DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 5 Mai 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutsche Bank:
Wie man die kleinen Aktionäre bluten läßt

Bundespräsident von Weizsäcker schafft nebenbei für den Bosch

Bonn:
Was den Deutschen auf den Nägeln brennt

Zionismus:
Rabbi Kahane will einen Staat Judäa

Insider:
Countdown im Handelskrieg

Sowjetunion:
Gorbatschows halbneues Denken

Parteien:
Das falsche Spiel von Wendelin Genscher und der FDP

CODE



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

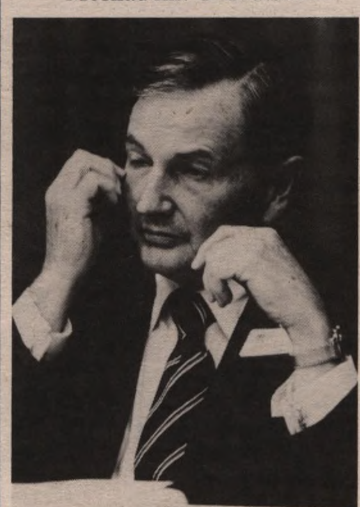
Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

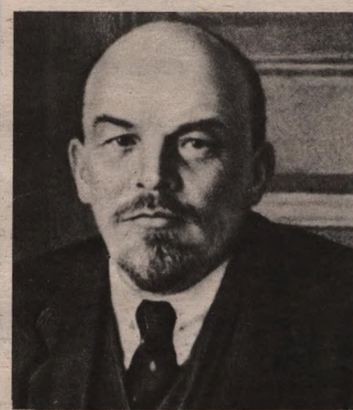
Deutschland

Finanzen



David Rockefeller, der Gründer der Trilateralen Kommission, fand die Gespräche höchst interessant, nutzvoll und hinsichtlich der denkbaren Folgen beruhigend.

Internationales



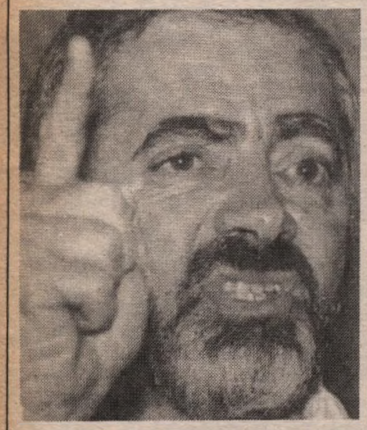
In Moskau wird heute Lenin beschworen. Er verkündete nach seinem Putsch, die Monopole auszuschalten. Anstelle pluralistischer Vielfalt trat marxistische Einfalt.



Der Kampf gegen die Apartheid ist von zweitrangiger Bedeutung; das Nahziel ist die Eroberung Südafrikas durch die Sowjets.

Nr. 5 Mai 1989

Naher Osten



Rabbi Meir Kahane, ehemaliges Mitglied der Knesset, will den unabhängigen jüdischen Staat Judäa gründen.

Kulturgeschichte

Medizin

Ständige Rubriken

Richard von Weizsäcker

Robert Bosch GmbH und der Waffen-handel

Günther Jansen

Die Skandalliste der nunmehr fünf Jahre währenden Amtszeit des derzeitigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ist lang – und wird mit jedem Monat länger. Als größter Skandal könnte sich jetzt aber entpuppen, was der frühere Bad Dürkheimer Amtsgerichtsdirektor Rudolf Deichner bei seinen Recherchen bezüglich von ihm vorgeworfener betrügerischer Manipulationen bei der Bremer Vulkan-Werft herausgefunden hat.

Bei diesen Machenschaften spielt auch die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, eine große Rolle, da sie, zusammen mit der Allianz Holding AG und der VFW GmbH, über ihre gemeinsame ABM-Beteiligung eine Sperrminorität an MBB hält. Bei seinen Recherchen in den diversen Handelsregistern stieß Deichner dann auch auf die Gesellschafter-Liste der Robert Bosch Stiftung GmbH. Und dort tauchte Mitte 1973 erstmals ein berühmter Name auf – und zwar der von Richard von Weizsäcker.

Das Bundespräsidialamt und das Handelsregister

Dieser hielt vom damaligen Gesellschafterkapital von DM 84000 einen Anteil von DM 12000 – das sind 14,29 Prozent –. In der bislang letzten im Handelsregister vorliegenden Gesellschafterauflistung vom Januar 1988 ist von Weizsäcker nach wie vor mit DM 12000 am nunmehrigen Gesellschafterkapital von DM 86400 – das sind 13,89 Prozent – beteiligt. Zwar erklärten sowohl das Bundespräsidialamt als auch die Robert Bosch Stiftung GmbH gegenüber Anfragen, daß sämtliche Rechte und Pflichten aus dieser Beteiligung seit Antritt von Weizsäckers zum Amt des Bundespräsidenten ruhen, doch seltsam bleibt dies allemal. Schließlich genießt das Handelsregister den sogenannten »öffentlichen Glauben«, das heißt, die dortigen Eintragungen sind bindend.

Bei bestimmten Klagen brauchen aber nicht alle Gesellschafter einer GmbH verklagt zu werden, sondern reicht es, sich einen Gesellschafter stellvertretend für alle herauszupicken. Und da im Handelsregister Richard von Weizsäcker als vollberechtigter Gesellschafter drin steht, gilt dies natürlich auch für den Bundespräsidenten.

Und dabei steht in Artikel 55 Absatz 2 des Grundgesetzes: »Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrate eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.«

Der Fairneß halber soll nicht verschwiegen werden, daß einige Notare der Ansicht sind, daß ein Ruhen der Gesellschaftsrechte und -pflichten nicht eintragungsnotwendig ist, was aber dem Rechtsverständnis des Handelsregisters eigentlich zuwiderläuft.

Ist dieses alles schon seltsam genug, folgt der eigentliche Skandal aber auf dem Fuße. Die Robert Bosch Stiftung GmbH ist, ebenfalls laut handelsregisterlicher Eintragung, zu 89,12 Prozent (= DM 712.920.000) an der Robert Bosch GmbH beteiligt. Und dieser wiederum gehört zu 100 Prozent die »Teldix GmbH, Heidelberg«, eine Firma, die Waffenorganisationssysteme herstellt, laut eigener Werbung beispielsweise für die Programme »MCRA, Tornado, Alpha Jet, F 104, GEPARD, ROLAND, MPDR 30, TÜR, TPz1, Fregatte F 122, Torpedo SEAL« und mehrere Satelliten.

Deichners Recherchen zufolge werden bei Teldix aber auch die Gehirne für Lenkraketen gebaut, die von MBB über die französische Tochtergesellschaft Euromissile, an der MBB und Aerospatiale zu je 50 Prozent beteiligt sind, während des Golfkrieges an den Irak geliefert worden seien. Dies würde aber nichts anderes bedeuten, als daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker, ob seine Gesellschaftsanteile nun ruhen oder nicht, an einer Waffenfirma beteiligt wäre.

Der Bundespräsident und der Industriegigant

Der Robert Bosch Stiftung GmbH stehen 300 der insgesamt 330 Stimmrechte der Robert Bosch GmbH zu. Zwar wurden diese offiziell auf die Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart, übertragen (die ihrerseits nur über einen Anteil von 0,01 Prozent an der Robert Bosch GmbH verfügt), doch schreibt Deichner in einer am 22. Dezember des vergangenen Jahres eingereichten Verfassungsbeschwerde hierzu folgendes:

»Nach § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages verwaltet die Robert Bosch Stiftung GmbH ihre Vermögenswerte, wozu hauptsächlich die Geschäftsanteile an der Robert Bosch GmbH gehören, im Sinne von Robert Bosch d. Ä.

Der Bundesgerichtshof hat überdies bereits mehrfach ausgesprochen, daß bei der offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft das Stimmrecht des Gesellschafters nicht losgelöst vom Gesellschaftsanteil übertragen werden kann (BGHZ 3, 354; 20, 363; BGH LM § 105 HGB Nr. 6). Er hat dies aus der Gesamthandelsbeteiligung hergeleitet. Für die Verwaltungsrechte des Gesellschafters einer GmbH kann nichts anderes gelten . . . Das Stimmrecht eines GmbH-Gesellschafters kann nicht losgelöst vom Geschäftsanteil übertragen werden (BGH in NJW 1968, 396, 397). Aus diesem Grunde wäre eine Stimmrechtsübertragung unwirksam (vgl. dazu auch Baumbach/A. Hueck/G. Hueck/Schulze-Osterloh/Zöllner, Kommentar zum GmbH-Gesetz, 15. Aufl. 1988 Randn. 19 zu § 14).

Eine solche wirkungslose Stimmrechtsübertragung hätte der rechtskundige Gesellschaftsrechtsexperte Dr. Richard von Weizsäcker auch nicht zugelassen. Die Robert Bosch Stiftung GmbH hat die Robert Bosch Industrietreuhand KG allenfalls als Wissensvertreterin bestellt, deren Kenntnis sich die Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung GmbH von Fall zu Fall zurechnen lassen müssen (vgl. hierzu Richardi ›Die Wissensvertretung‹ im Archiv für die civilistische Praxis).«

Deichner weiter: »Die Robert Bosch Industrietreuhand KG, die gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung GmbH im Heidehof 31 unter einem Dach ihren Geschäftssitz hat, handelt als faktische Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung GmbH jeweils im Auftrag und im Interesse dieser GmbH.

Die gewerbliche Tätigkeit des Herrn von Weizsäcker

Mit anderen Worten: Die Robert Bosch Industrietreuhand KG ist das andere Ich der Robert Bosch Stiftung GmbH in der Robert Bosch GmbH . . . Damit steht fest, daß Dr. Richard von Weizsäcker in seiner Eigenschaft als GmbH-Gesellschafter die Geschicke eines weltweit agierenden Industriegiganten entscheidend mitbestimmt . . .

Der Umstand, daß Dr. Richard von Weizsäcker aus seiner Tätig-

keit in der Robert Bosch Stiftung GmbH (soweit feststellbar) Gewinne nicht erzielt, ermöglicht eine abweichende Beurteilung des Gesamtkomplexes nicht ...

Die gewerbliche Tätigkeit, die Dr. Richard von Weizsäcker verbotswidrig (Art. 55 GG) ausübt, brachte der Robert Bosch GmbH ... immerhin einen Jahresüberschuß von 824 547 000 DM im Jahre 1987 gegenüber 454 045 000 DM im Jahre 1986. Von diesem Jahresüberschuß wird allenfalls ein Betrag in der Größenordnung von 20 bis 30 Millionen DM Förderzwecken zur Verfügung gestellt. Die FAZ berichtet in Nr. 245 vom 22. Oktober 1986, im vergangenen Jahr sei das bisher höchste Fördervolumen in einem Jahr erreicht worden. Angesichts dieser gegenüber dem Jahresüberschuß von 824 Millionen DM verschwindend geringen Beträge für gemeinnützige Zwecke wird in eklatanter Weise deutlich, daß die von Robert Bosch bereits 1921 gegründete Vermögensverwaltung Bosch GmbH im Jahre 1969 in Robert Bosch Stiftung GmbH änderte, um den Aufbau eines Industrieimperiums zu verschleiern (vgl. Katalog zu der Jubiläums-Ausstellung im Robert-Bosch-Haus, Stuttgart, 24. Sept./16. November 1986, Seite 99). Der Gewinn der Robert Bosch GmbH fließt nicht in erster Linie entgegen den Richtlinien von Robert Bosch für die Vermögensverwaltung Bosch GmbH vom 19. Juli 1935 (vgl. Jubiläumskatalog S. 82/83) sozialen Zwecken in Richtung der geistigen Einstellung des Stifters zu, sondern dient vorrangig zum Ausbau der Machtstellung des eigentlichen Führungskreises, der als Gesellschafterkreis in der Robert Bosch Stiftung GmbH seinen Sitz hat.«

Die Verflechtungen MBB, Bremer Vulkan, Daimler

Weitere Vorwürfe richtet Deichner gegen von Weizsäcker in bezug auf in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Vorgänge bei der Werft Bremer Vulkan. Dort sei durch mehrere Kapitalerhöhungen, in denen das eine Mal das gesetzliche Bezugsrecht der freien Aktionäre ausgeschlossen wurde und das andere Mal bei einem Börsenkurs von unter 90 Mark der Bezugskurs der jungen Aktien auf 90 Mark festgesetzt wurde, der Kreis der freien Kleinaktionäre immer weiter ausgehöhlt worden.

Bei der Kapitalerhöhung, die am 30. September 1986 unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts durchgeführt wurde, wurde als Äquivalent für die Ausgabe von 1,36 Millionen jungen Aktien an eine dem Bremer Senat gehörende Gesellschaft (Hibeg) von dieser eine mittelbare Beteiligung von 7,49 Prozent an MBB (über die VFW GmbH) in den Bremer Vulkan eingebracht, die angeblich einen Wert von rund 150 Millionen Mark haben sollte. Deichner deckte aber bei seinen Recherchen auf, daß der Wert dieser Sacheinlage wesentlich darunter liegen soll, genauer gesagt, bei, seiner Ansicht nach, nur 5,1 Millionen Mark. Ziel all dessen sei es gewesen, Daimler billig den Einstieg bei Bremer Vulkan und damit die Erlangung weiterer 7,49 Prozent bei MBB zu ermöglichen.

Und auch hieran sei von Weizsäcker beteiligt, da die VFW nicht alleine an der ABM (die dann wiederum eine Sperrminorität bei MBB hält) beteiligt ist, sondern in Gemeinschaft mit der Allianz Holding AG und der Robert Bosch GmbH. Deichner schreibt hierzu in seiner Verfassungsbeschwerde:

»Der personalistische Charakter der Robert Bosch Stiftung GmbH tritt zutage, wenn man bedenkt, daß der damals als Aufsichtsratsvorsitzender der Bremer Vulkan AG designierte Vorstandsvorsitzende der Friedr. Krupp GmbH, Dr. Wilhelm Scheider, dem Beschwerdeführer gegenüber in einem persönlichen Gespräch im Laufe der Hauptversammlung der Bremer Vulkan AG am 26. Juni 1987 bestätigte, daß er selbst die Gesellschafter der ABM-Beteiligungsgesellschaft mbH, darunter Dr. Richard von Weizsäcker, über die Hintergründe der bevorstehenden Kapitalerhöhung beim Bremer Vulkan vom 30. September 1986 ins Bild gesetzt habe.«

Die weiteren Taten des Bundespräsidenten

Dies sind also zwei weitere Episoden aus dem Leben eines Mannes, der sich anschickt, fünf weitere Jahre den westlichen Teilstaat Deutschlands als Bundespräsident zu »beglücken«. Sie reihen sich nahtlos in die anderen vorangegangenen ein. Es soll noch einmal kurz an sie erinnert werden:

Den Anfang der vom nationalen Standpunkt aus klar abzulehnenden Amtsführung von Weizsäckers machte seine berühmte »Befreiungsrede« vom 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestags der Kapitulation der deutschen Wehrmacht (nicht des Deutschen Reiches). Von Weizsäcker sagte wörtlich: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.« Dachte er dabei an die Millionen Deutschen, die in den Ostblockstaaten durch blinde staatlich gelenkte Rache nach dem 8. Mai 1945 ihr Leben lassen mußten und auch heute noch völkerrechtswidrig ihrer Rechte beraubt sind?

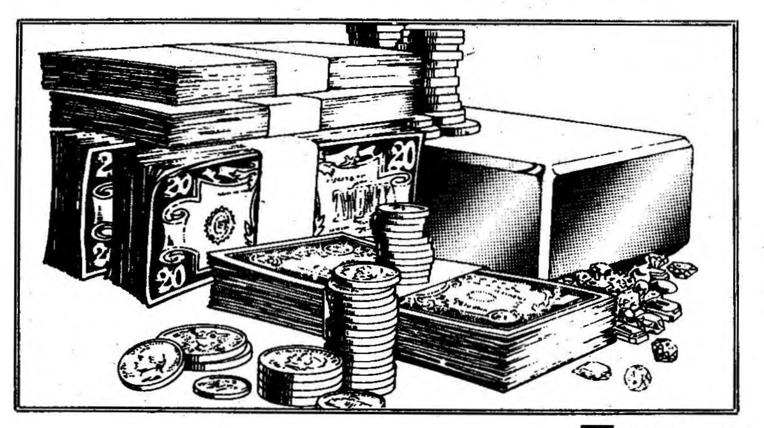
Zwar ging er in seiner Rede halbherzig darauf ein, so nannte er beispielsweise die Vertreibung eine »erzwungene Wanderschaft«, doch hätte eine Beachtung des obigen ihn nicht von einem »Tag der Befreiung« reden lassen. Dagegen gedachte er ausdrücklich »des Widerstandes der Kommunisten«. Diese wollten jedoch in den dreißiger und vierziger Jahren einen Staat stalinistischer Prägung erschaffen. Und Stalin hat, wie jetzt auch aus der UdSSR zugegeben wird, mehr unschuldige Opfer auf dem Gewissen, als es Hitler je haben wird, selbst wenn alle von antideutscher Propaganda aufgestellten Höchstzahlen zutreffen sollten.

Und so ging es weiter. Die Freilassung von Heß wurde von ihm nicht aus rechtlichen Gründen, sondern aus humanitären verlangt. Gleichzeitig zeigte sich von Weizsäcker aber Hand in Hand (im wörtlichen Sinne) mit dem marxistischen Diktator Simbabwes (des früher einmal wirtschaftlich und kulturell in voller Blüte stehenden, heute aber ausgeplünderten Rhodesien) und wandte sich gegen Südafrika.

Anfang dieses Jahres folgte dann angesichts des 75. Geburtstags Herbert Ernst Karl Frahms (besser bekannt als Willy Brandt) eine Lobeshymne ohnegleichen. Brandt sei eine der »großen Leitfiguren in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg«, und »die Deutschen schulden Brandt Dank«. Brandts Aufgabepolitik dem Osten gegenüber wurde von von Weizsäcker als »Verständigung« bezeichnet und sein Kniefall in Warschau ausdrücklich gelobt.

Als neueste »Heldentat« von Weizsäckers ist die nur nach zwölf Jahren Haft erfolgte Begnadigung der führenden RAF-Terroristin Angelika Speitel zu nennen. Während jeder »normale« Mörder mindestens 15 Jahre absitzen muß, kommt Speitel frei, weil sie sich in der Haft von der RAF losgesagt haben soll. Macht dies aber, einmal unterstellt, daß sie sich wirklich losgesagt hat, ihre Verbrechen rückgängig, wird dadurch der von ihr kaltblütig ermordete unschuldige Polizist wieder lebendig? Diese Leute anders zu behandeln als kaltblütige Mörder heißt sie aufwerten. Und genau dies tat von Weizsäcker! □

Die 104seitige Verfassungsbeschwerde mit zahlreichen weiteren Enthüllungen über Richard von Weizsäcker kann zum Selbstkostenpreis von 15,– DM bei Rudolf Deichner, Herrenbergstraße 4, D-6702 Bad Dürkheim, bezogen werden.



Die Gemeinnützigen

Was den Deutschen unter den Nägeln brennt

Günter Kaufmann

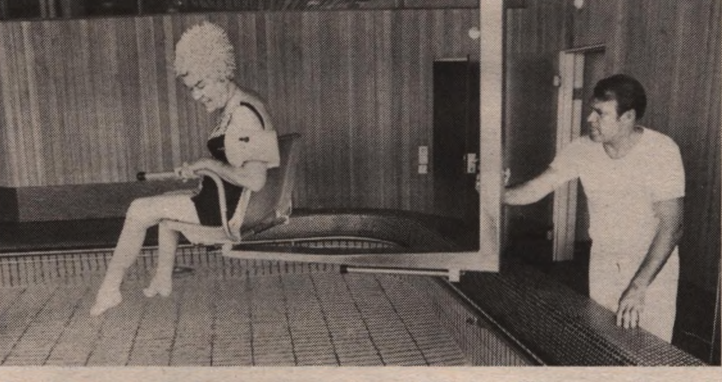
Der Hamburger Journalist Michael Sontheimer schrieb 1988: »Die deutschen Tugenden, in deren Namen das Land zwei Weltkriege entfachte, sind tatsächlich in dem vom Jahr 68 ausgehenden Wertewandel untergegangen. Das Utopia des Bundesbürgers ist nicht mehr der Arbeitsdienst sondern der Freizeitpark.«

Diesen Sachverhalt erfuhren im August letzten Jahres die Abgeordneten Sauer, Dr. Todenhöfer (CDU) und Cronenberg (FDP), als sie den ungedeckten Bedarf an Pflegepersonal in Alten-, Kranken- und Familienfürsorge zum Anlaß nahmen, über ein soziales Pflichtjahr für Mädchen öffentlich nachzudenken und dazu im Bundestag eine Anfrage an die Regierung einbrachten. Ihnen schloß sich der Vorsitzende der Jungen Union, Böhr, an, der für Frauen die Wahlmöglichkeit zwischen einem freiwilligen Dienst in der Bundeswehr und einem sozialen Pflichtjahr verlangte.

Niemand will diesen Job mehr haben

In der Tat fehlen trotz der gemeldeten 2,2 Millionen Arbeitslosen 6000 Betreuer beziehungsweise Betreuerinnen allein in den Altenheimen, in denen alte Menschen »oft würdelos verwahrt und verwaltet werden«. In 6170 staatlichen Heimen befinden sich 250 000 Pflegebedürftige und kranke Alte. Die 2043 privaten Heimen werden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, was auch bei ihnen Personalknappheit nach sich zieht.

Laut »Spiegel« hat sogar ein kommunales Altersheim in Wuppertal ein Gebäudereinigungsunternehmen mit der Körperpflege und Hygiene seiner Heiminsassen beauftragt.



Alte Ideen wie Opferbereitschaft und Pflichterfüllung sollten mit neuem Leben erfüllt werden.

Heute sind 15 Prozent, in zwölf Jahren aber 26 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt, davon jeder Achte ein Pflegefall, was die zunehmende Brisanz des Personalnotstandes ahnen läßt. In der »Weltstadt mit Herz«, in München, gingen 4000 Schwestern und Pfleger aus Altersheimen und Krankenhäusern auf die Straße, um gegen die Zustände an ihrem Arbeitsplatz und Unterbezahlung zu protestieren.

Nicht selten 60 und mehr Arbeitsstunden in der Woche nerven das Personal. 40 Prozent des Pflegepersonals an den 1800 Krankenhäusern der Bundesrepublik mit ihren 450 000 Betten würden sich, hätten sie die Wahl, für einen anderen Beruf entscheiden. Nachwuchs bleibt weg.

»Wenn wir die Schulen für die Ausbildung des Nachwuchses nicht mehr füllen können, dann wird's dramatisch«, meint ein bayerischer Klinikdirektor. Im Jahr 1991 gibt es ohnehin viel weniger 18jährige als noch vor ein paar Jahren.

Christian Zahn, Vorstandsmitglied der Angestellten-Gewerkschaft: »Schon jetzt fehlt beim Nachwuchs eine ganze Generation, weil niemand mehr diesen Job haben will.«

Alte Ideen mit neuem Leben erfüllen

Professor Heberer, Chirurg des Klinikums in Grosshadern, rief den »Pflegekräftenotstand« aus. In drei Münchner Krankenhäusern sind 163 Schwesternstellen unbesetzt.

So unbegründet war die Initiative der drei Bonner Volksvertreter also nicht, dennoch wurde sie von der damaligen Frauenministerin Rita Süssmuth als »Phantomdiskussion« abgeschmettert, und Justizminister Engelhard (FDP) winkte sogleich mit Artikel 12 a des Grundgesetzes, der Dienstverpflichtungen in Friedenszeiten auf Männer beschränkt.

Natürlich konnten die Väter des Grundgesetzes zu ihrer Zeit sich solche Notlagen in Friedenszeiten nicht vorstellen. So wäre es dann wohl an der Zeit, entsprechende Korrekturen am Verfassungsgesetz vorzunehmen.



Dienen, ein Wort, dessen Bedeutung in der Wohlstandsgesellschaft weithin verlorengegangen ist.

Frau Süssmuth, Galionsfigur von Zeitgeist und Gesellschaftsveränderung: »Ein soziales Pflichtjahr wäre eine weitere gesellschaftliche Schlechterstellung von jungen Frauen«, als ob der Dienst am Nächsten etwas unehrenhaftes und minderwertiges wäre, ein Dienst, wie er wohl auch von den wehrpflichten jungen Männern verlangt wird.

Die Zeiten sind vorbei, als es in Konstantin Hierls Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1933 hieß: »Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volk im RAD zu dienen. Der RAD ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.«

Zuvor hatte allerdings schon in der Weimarer Republik Reichskanzler Brüning mit einer seiner Notverordnungen einen freiwilligen Arbeitsdienst für Hauptunterstützungsempfänger ins Leben gerufen. Ganz so abwegig, nur weil im Dritten Reich zur Perfektion entwickelt, scheint also Pflicht- beziehungsweise Arbeitsdienst nicht zu sein.

Dr. Todenhöfer wagte sogar in seiner Bundestagsanfrage, im Hinblick auf junge Frauen von »einer wichtigen Bereicherung ihres späteren Lebensweges« zu sprechen. Heute kann er sich sogar auf US-Präsident George Bush berufen, der bei seiner Amtseinführung die US-Bürger aufrief, »alte Ideen wie Opferbereitschaft und Pflichterfüllung mit neuem Leben zu erfüllen«, oder ganz konkret könnte er sich auf Senegals Präsident Diouf beziehen, der eine Arbeitsdienstorganisation schuf, um mit ihrer Hilfe den Straßenbau zur Verbesserung der Infrastruktur seines Landes voranzutreiben.

Eine neue Kultur des Helfens

Vielleicht sollte der Bundestagspräsidentin als Bettlektüre die Schrift der »Neuen Helvetischen Gesellschaft« mit dem Titel »Der Geist des freiwilligen Dienens« auf den Nachttisch gelegt werden, weil sie daraus entnehmen kann, wie sich junge Frauen in der Schweiz in den Dienst ihrer demokratischen Gesellschaft stellen.

Ulf Fink, ihr Parteifreund, ahnt jedenfalls, was im Hinblick auf den Pflegenotstand not tut: »Der Wert des Helfens muß wieder öffentlich anerkannt werden. Wir brauchen eine neue Kultur des Helfens.«

Fürwahr! Auch ist es keine Äußerung aus der Hitlerära, wenn wir in der »Schweizerischen Zeitung für Militärmedizin« lesen: »Wir denken an die Fähigkeit zur disziplinierten Unterordnung unter einen fremden Willen im Interesse einer gemeinsamen Sache, an die Bereitschaft, auf das eine oder andere freiwillig zu verzichten und irgendein bescheidenes Opfer zu bringen – Kräfte und Tugenden also, die sich letztlich um den Begriff des Dienens gruppieren lassen, ein Wort, dessen Bedeutung in der Wohlstandsgesellschaft weithin verlorengegangen ist.«

Darum wurde auch im Hinblick auf Wählerstimmen die Erleuchtung einiger weniger Abgeordneter von der Parteiräson ihrer Fraktionen erstickt. Um den Notstand zu bekämpfen, wird vermutlich das alte untaugliche Rezept zur Anwendung empfohlen: mit Geld zu versuchen, das Problem zu lösen.

Existierte in der Bonner Demokratie eine der Gemeinnützigkeit ausschließlich verpflichtete Partei, so würde sie nicht bei der Forderung nach einem sozialen Pflichtjahr für Frauen stehen bleiben, sondern mit Nachdruck den Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes verlangen. Weil schon die Masse der Bevölkerung nach Gorbatschows Reden nicht mehr an eine militärische Bedrohung glauben und den Sinn der Landesverteidigung in Frage stellen, so sollte sie doch nach Tschernobyl und Armenien einen Sinn für die Notwendigkeit eines Zivilschutzes entwikkeln.

Ob Lang- oder Kurzstrecken-Raketen in tausendfacher oder nur in hundertfacher Zahl auf deutsches Gebiet gerichtet bleiben, der Gedanke an Schutzmaßnahmen sollte allem Populismus der Politiker zum Trotz doch allmählich Fuß fassen. Mag die militärische Bedrohung um einige Grade geringer erscheinen, niemand kann nach Tschernobyl die zahlreichen Kernkraftwerke inmitten Europas mit ihren oft mangelnden Sicherheitsvorkehrungen als Risikofaktor herunterspielen, und menschliches Versagen begegnet uns doch überall.

Einstieg in den Zivilschutz

Wann, so fragt man sich angesichts des Lärms um Biblis und Brockdorf, wird dem Einstieg in den Zivilschutz endlich Vorrang vor dem Ausstieg aus der Kernenergie verschafft werden?

Im Bundeshaushalt sind 1989 gerade 800 Millionen DM für den Zivilschutz vorgesehen, mit Ländern und Kommunen kommt diese Position auf 3,6 Milliarden DM, für die Bundeswehr aber stehen 53 Milliarden DM zur Verfügung. Dabei sind im Ernstfall bislang nur für zwei Millionen Bundesbürger Schutzräume vorhanden.

Immerhin könnte ein Drittel der Bevölkerung in solch einem Falle mit Trinkwasser versorgt werden, denn wenigstens 3200 Trinkwasser-Notbrunnen mit 84 kurzstreckigen Versorgungsleitungen sind vorhanden. Da legen die linken politischen Kräfte fortlaufend vom Staat zu finanzierende Arbeitsbeschaffungsprogramme vor, die dem »Umweltschutz« dienen sollen; der »Menschenschutz« durch Bau von strahlensicheren Schutzräumen ist nicht darunter und bei Bauherrenmodellen, Versicherungspalästen, Kulturzentren und Industrieanlagen sind Schutzräume gleichfalls nur Ausnahmen.

Aber man müßte dann auch die Bevölkerung anhalten, sich mit Notvorräten und Gallonenbehältern für Trinkwasser zu verproviantieren und sie in ihren Wohnbezirken über den nächstgelegenen Schutzraum informieren, was sie wohl als Zumutung empfinden wird, nachdem man sich gerade erst die Campingausrüstung für die Malediven beschafft hat.

Mögen Verbraucherverbände noch gehört werden, wenn es um mit Caesium verseuchte Pfifferlinge oder Wildbret geht, in Fragen der Vorsorge und des Menschenschutzes, da hört die Gemütlichkeit auf.

In der bösen Zeit funktionierte in Deutschland der Luftschutz, was sich daraus ergibt, daß bei Vernichtung von Zweidritteln der Stadtflächen doch 99 Prozent der Bevölkerung mit dem Leben davonkam. Doch was ist in der Wohlstandsgesellschaft vom einstigen Luftschutz noch übriggeblieben, obschon doch seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches 160 Kriege auf diesem Erdball geführt worden sind?

Politische Anstöße werden erforderlich, bei denen vorhandene positive Beispiele aus dem Katastrophenschutz über den Bildschirm ins öffentliche Bewußtsein gerückt würden. Auch dem über die Vergangenheit häufig meditierenden Bundespräsidenten wäre ein Arbeitspensum »künftiger Katastrophenschutz« als Mittel zur Bewältigung der Zukunft sicherlich nahezubringen, denn ein Umdenken müßte erreicht werden – wie immer die Katastrophe aussieht und woher sie kommen mag. Andernfalls wird die Geschichte einst über die Deutschen urteilen wie der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Jasow nach dem armenischen Desaster über die Rote Armee: »Für selbstaufopfernde Arbeit war sie unvorbereitet gewesen.« □

Bonn

Die kalte Invasion

Siegfried Gärtner

Trotz aller beschwichtigender Aussagen verschiedener Regierungsstellen ist das weitere Hereinfluten des Asylantenstroms in die Bundesrepublik Deutschland eine feststehende Tatsache. Vorsichtige Schätzungen beziffern die Zahl der »Asylsuchenden« für 1988 mit über 100 000. In diesem Jahr dürfte die Zahl noch höher liegen.

Diese Asylantenzahl während eines einzigen Jahres wurde schon einmal bei Beginn des jetzigen Jahrzehnts erreicht, nachdem das Problem 1979 mit der Aufnahme von Vietnamesen, der »Boat People«, begonnen hatte. Statt über den Umweg nach Ost-Berlin fliegen die »Asylanten« jetzt eben direkt nach Frankfurt am Main. Angesichts dieser Sachlage wirken die Ankündigungen des Bundesinnenministers Zimmermann, »demnächst« würden energische Maßnahmen gegen den ungehemmten Zuzug aus aller Herren Länder ergriffen werden, nicht nur hilflos, sondern müssen als Volksverdummung, wenn nicht als Volksbetrug bezeichnet werden.

Das Problem der Asylanten begann 1979 mit der Aufnahme von Vietnamesen, den »Boat People«.

Parteien als Verräter des Grundgesetzes

Denn was bedeutet die beschämende Tatsache anderes, wenn bei äußerst kostspieligen Anerkennungsverfahren 85 Prozent der Asylbewerber zwar abgelehnt, aber dann doch nicht abgeschoben werden? Dabei ist wahrscheinlich schon die Anerkennungsquote von 15 Prozent weit überhöht. Daß es sich nämlich bei den Asylanten fast ausschließlich um Wirtschaftsflüchtlinge handelt, wird inzwischen von keiner Seite ernstlich bestritten.

Zimmermann ist durchaus zuzugestehen, daß er subjektiv ehrliche Absichten hat und die Sprengkraft des Problems erkennt. Doch gegen die unaufhörliche Bremswirkung, die geschlossen von SPD, FDP, Grünen und Teilen der CDU ausgeht, ist der Innenminister fast machtlos.

Diese Parteien müssen daher als Gegner einer nationalen Selbstbewahrung und als Verräter des Grundgesetzes betrachtet werden, das alle Politiker feierlich verpflichtet, »Schaden vom deutschen Volke abzuwenden«.

Lassen wir aber zunächst einmal die reinen Wirtschaftsflüchtlinge außer Betracht. Denn es ist unschwer zu erkennen, daß es meist durch Minderheitsprobleme verursachte Schwierigkeiten sind, die die Asylanten in die Fremde treiben. Die ganze dritte Welt besteht aber nur aus solchen Minderheitenproblemen, ganz einfach deshalb, weil nach der Entkolonialisierung die neuen Staaten nur nach den Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Kolonialmächte geschaffen wurden ohne Rücksicht auf rassische, ethnische oder religiöse Gegebenheiten.

So umfaßt allein Nigeria etwa »250 Ethnien«, darunter einige Dutzend größere Völker mit ebensovielen Sprachen, und zahlreiche Religionen. Ähnlich sieht es überall in Afrika, Lateinamerika und Südasien aus.

Auch in Indien werden etwa 40 Sprachen und unzählige Dialekte gesprochen. Es verzahnen sich dort vier große Rassenkreise: Die Indoarier, Drawidas, Negritos und Mongolen. Es ist deshalb sonnenklar, daß sich da immer jemand »unterdrückt« fühlt. Am bekanntesten sind derzeit die Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka und die zwischen Kurden und Türken sowie die Religionskämpfe im Libanon.



Der »friedliche« Einheitsbrei aus allen Rassen, der unseren »One-World«-Utopisten vorschwebt, ist wahnwitzige Illusion.

Wir können nicht das Auffangbecken für alle Händel der Welt und deren Strandgut sein, da käme eine Milliarden-Lawine von Menschen auf Europa zu.

Die importierten Minderheitsprobleme

Hier kann nur helfen, an Ort und Stelle, das heißt in den Ländern der dritten Welt selbst, Änderungen vorzunehmen und Lösungen zu suchen. Denn es widerspricht jeder Vernunft und Logik, hier in der Bundesrepublik oder im übrigen Europa künstlich Minderheitenprobleme zu schaffen, die gerade die Ursache für zahllose Spannungen in der Welt sind. Haben wir nicht schon genug andere Sorgen und eigene Probleme?

Denn jene Spannungen bringen unaufhörlich Konflikte und terroristische Aktivitäten mit sich, die somit nach Europa importiert werden. Kommt es aber zu unvermeidbaren Schwierigkeiten mit Asylanten, so erhalten die moralische Prügel stets die Deutschen, die man überhaupt nicht gefragt hat.

Es bedarf nur geringer Phantasie, sich auszumalen, wie es in wenigen Jahrzehnten in Europa aussehen wird, wenn die Asylantenflut nicht gestoppt wird: Die Slums von São Paulo und Lagos werden dann überall sein; in einem blutigen Chaos von Terror, Haß und Bürgerkrieg wird dann das versinken, was bislang von europäischer Kultur noch erhalten geblieben ist. Der »friedliche« Einheitsbrei aus allen Rassen, Völkern und Kulturen jedoch, der unseren »One-World«-Utopisten vorschwebt,



Asylanten werden zum Hierbleiben verleitet, indem ihnen internationale Schlepperorganisationen goldene Berge versprechen.

wird als schillernde wahnwitzige Illusionsblase in tausend Stücke zerplatzen.

Recht auf eigene Identität

Wir wissen aus der Psychiatrie, daß der Verlust der persönlichen Identität, wie er zum Beispiel bei der Schizophrenie auftritt, das furchtbarste Krankheitsbild umreißt, das vorstellbar ist. Der Kranke ist nicht mehr er selbst, er ist zerfallen, gespalten, fühlt sich als das Subjekt von tausend Dingen und doch wieder von nichts. Jede rein körperliche Krankheit, mag sie auch noch so schmerzhaft sein, kann sich nicht mit einem solchen namenlosen Unglück vergleichen.

Was aber so vom Einzelmenschen gilt, trifft auch für ganze Völker zu. Auch Völker können ihre Seele, Kultur, Sprache und ihren ethnischen Stil verlieren. Blicken wir uns vor allem in der heutigen Jugend um, so stellen wir bereits mit Erschrecken diesen nationalen Identitätsverlust, die Bindungslosigkeit, kosmopolitisierende Verlorenheit und seelische Verarmung fest. Wir Deutschen haben aber wie jedes Volk ein Recht auf unsere Eigenart. Es ist dies ein selbstverständliches Naturrecht.

Wir wollen und wir müssen wir bleiben! Anders können wir unsere Mission auf der Erde nicht erfüllen. Außerdem ist solches ein selbstverständliches Erfordernis der Ökologie.

Was sind das nur für Naturschützer, die sich zwar mit Recht für die Erhaltung einiger Krötenarten einsetzen, über die Existenzgefährdung der in Jahrtausenden in bestimmten Räumen gewachsenen Völker aber mit schnöder Gleichgültigkeit hinweggehen? Nein, wir volkstreuen Deutschen sind die wahren Ökologen!

Was haben wir in diesem Jahrhundert bereits von unserem geschlossenen deutschen Volksboden verloren, im Elsaß, in Südtirol, in Westpreußen, im Sudetenland? In Pommern und Schlesien sind die Polen, in Ostpreußen die Russen und Polen. Der verbleibende Rest ist zerstükkelt, die deutsche Hauptstadt geteilt. Fremde aus einem halben Dutzend Staaten stehen seit 44 Jahren auf unserem Boden, darunter Amerikaner und Kanadier.

Ist das alles noch nicht genug? Was sollen die Deutschen noch alles opfern? Mit welchem Recht nötigt man uns, fremde exotische Menschen aus allen Erdteilen auf unserem engen Territorium aufzunehmen, wo wir bereits 12 Millionen Ostvertriebene eingegliedert haben und allen Deutschen, die jetzt kommen, eine neue Heimat geben müssen und auch von ganzem Herzen geben wollen? Wer hat ein Interesse an einer solchen Politik.

So sieht es in Wirklichkeit aus

Heimat und Welt stehen in einem innigen Spannungsverhältnis. Sie bedingen sich gegenseitig. Das Vaterland ist Besitz und integrierender Bestandteil jedes ungebrochenen Menschen. Es gehört zu seiner Persönlichkeit. Daher wird nur der, beispielsweise auf Reisen, die Fremde voll genießen können, der ein Vaterland hat. Dieses gehört ihm mit seiner Fülle, Kultur und Geschichte.

Kehren wir daher aus der Ferne nach Hause zurück, so wollen wir hier unsere Menschen sehen, unsere Sprache hören, unsere Kultur erleben, um auf dieser vertrauten Grundlage das in der Welt gesehene verarbeiten zu können. Denn es ist die Kulturlandschaft, die unsere Vorfahren unter gewaltigen Opfern geschaffen haben.

Amerikanisierte Straßenzüge, Libanesen in Frankfurt, Tamilen in München, Vietnamesen und Nigerianer in Hamburg bedeuten daher nicht nur Ärgernis und Stilbruch, sondern schleichenden Völkermord, wenn diese Fremden nicht als Besucher hier sind, sondern sich für immer bei uns niederlassen wollen. Und gerade an dieser Stelle ist einmal ein ganz klares Wort nötig:

Nicht wir volkstreuen Deutschen sind Ausländerfeinde, nicht wir sind Fremdenhasser, sondern ein großer Teil der Massenmedien wie leider auch zahlreiche Politiker sind extrem deutschfeindlich!

So sieht es in Wirklichkeit aus. Das deutsche Volk ist für Fremdes aufgeschlossen wie kaum ein anderes. Ein großer Teil der Weltentwicklungshilfe wird allein von der Bundesrepublik aufgebraucht, darunter jährliche Geschenke in Milliardenhöhe.

Wir haben nichts gegen andere Nationen und fremde Rassen. Rassisten im schlechten Sinne sind aber diejenigen, die Millionen fremder Menschen entwurzeln und nach Mitteleuropa hineinlocken, denn erstere wollen unser Volk mit rassistischen Mitteln vernichten.

Wir hegen keinen Haß gegen die einzelnen Asylanten, denn auch sie werden aus ihrer angestammten Kultur herausgerissen. Auch sie werden entwurzelt und ihrer Heimat beraubt. Im Grunde werden die Scheinasylanten mißbraucht und durch Versprechungen verführt. Beide, Einheimische und Asylsuchende, sind so die Opfer einer verbrecherischen Politik.

Fremde Armeen müssen früher oder später das von ihnen besetzte Gebiet wieder räumen. Die Asylanten werden aber zum Hierbleiben verleitet, indem ihnen internationale Schlepperorganisationen goldene Berge versprechen. Sie werden also für eine kalte schleichende Invasion mißbraucht.

Wozu unterhalten dann die Staaten eigentlich noch Millionenheere zum Schutz ihrer Grenzen, wenn es so einfach ist, ein fremdes Land mit dem Zauberwort »Asyl« in Besitz zu nehmen?

Stoppt die kalte Invasion!

Diejenigen, die sich hierzulande bei dieser falschen Politik auf das »Asylrecht« als einer heiligen Kuh berufen, wissen im Grunde ganz genau, daß die Verfasser des Grundgesetzes seinerzeit an Einzelpersonen oder kleine verfolgte Gruppen, nicht aber an eine durch das Asylrecht auszulösende Völkerwanderung gedacht haben.

Doch nicht nur aus diesen Gründen muß die Asylgesetzgebung geändert werden.

Im Hinblick auf die Zielsetzung des Grundgesetzes und auf die neue Politik der UdSSR sind die politischen Bedingungen und künftigen Möglichkeiten einer auf die deutsche Einheit gerichteten Politik im Licht der fortschreitenden Entdeutschung Westdeutschlands nüchtern und vorurteilsfrei zu analysieren und die Asylanten- und Ausländerpolitik dem primären Verfassungsauftrag zu unterstellen.

»Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«

Mit der jetzt auf vollen Touren angelaufenen Kampagne für ein »Ausländerwahlrecht« und für eine schnelle und vereinfachte »Einbürgerung« von Ausländern stellt sich die Frage, wie lange es noch ein »deutsches Volk« in Westdeutschland geben wird, dem dieses Verfassungsziel aufgegeben ist und am Herzen liegt.

Jeder einzelne Deutsche, ob in Parteien und Verbänden oder ganz allein tätig, ist aufgerufen, sich gegen die Umwandlung unseres Volkes in die geplante »multikulturelle Wohnbevölkerung« zur Wehr zu setzen. Stoppt die kalte Invasion! □

Richard von Weizsäcker

Umgang mit der Wahrheit

Günther Jansen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist im Ausland und bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung deswegen so beliebt, weil »er es nicht scheut, in seinen Reden auch unangenehme Wahrheiten unserer Vergangenheit klar und deutlich auszusprechen und zu ihnen zu stehen«. So jedenfalls hört man es immer wieder. Die wirklichen Motive des derzeitigen Bundespräsidenten sind offenbar andere und lassen ihn in einem ganz anderen Licht erscheinen. Entgegen seinen schriftlichen Verlautbarungen und entgegen Artikel 55 Absatz 2 Grundgesetz ist von Weizsäcker heimlich sehr wohl aktiver Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung GmbH.

Vorausgeschickt werden muß dabei, daß diese Stiftung als gemeinnützig anerkannt ist und damit der staatlichen Überprüfung unterliegt. Allerdings nur aufgrund der Rechtsform »GmbH« der nicht so strengen Überprüfung als gemeinnützige Institution und nicht der weitaus strengeren Überprüfung der Stiftungsaufsicht. Die Fragen, ob es vom Gesetzgeber nicht sinnvoller wäre, für Stiftungen strenge Maßstäbe anzulegen und eine einheitliche »Firmierung« zu verlangen und vor allem, warum dies bis jetzt nicht geschah, sollen an dieser Stelle einmal ganz außer acht gelassen werden.

Wie im vorangegangenen Artikel »Robert Bosch GmbH und der Waffenhandel« wurde aufgezeigt, daß die Robert Bosch Stiftung entgegen ihren eigenen Verlautbarungen sehr wohl aktiv auf die Geschäftspolitik der Robert Bosch GmbH Einfluß nimmt, an der sie knapp 90 Prozent der Gesellschaftsanteile hält. Dies würde aber dem Sinn einer Stiftung widersprechen und, was in diesem Zusammenhang noch viel wichtiger ist, eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit bedeuten.

Artikel 55 Absatz 2 Grundgesetz besagt aber: »Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrate eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.«

Auf entsprechende Anfragen hatten sowohl das Bundespräsidialamt als auch die Robert Bosch Stiftung erklärt, daß von Weizsäckers Mitgliedschaft in dieser Stiftung beziehungsweise seine Gesellschafterrechte und -pflichten seit seinem Antritt zum Amt des Bundespräsidenten im Juli 1984 ruhen, was aber laut Handelsregisterunterlagen nicht stimmt.

Besondere Beachtung sollte dabei dem Punkt geschenkt werden, daß eine gemeinnützige Organitsation eigentlich keine Gewinne erzielen darf beziehungsweise die erzielten Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern dem gemeinnützigen Zweck der Organisation zugeführt werden müssen; von daher bräuchten von Weizsäckers Gesellschafterrechte und -pflichten eigentlich gar nicht ruhen, wie sie es getzt aber den Auskünften zufolge tun. Dies erhärtet den Verdacht, daß die Robert Bosch Stiftung sehr wohl eine aktive, auf Erwerb gerichtete Geschäftspolitik betreibt.

Im Handelsregister der Robert Bosch Stiftung findet sich nämlich eine vom Stuttgarter Notar Hermann Keller unterschriebene Ausfertigung eines Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 19. November 1987. Bei den anwesenden Gesellschaftern taucht unter der Nummer 6 aber – man lese und staune – der Name des Bundespräsidenten auf.

Wenig später, auf derselben Seite, stellt der Notar fest, daß die Beschlüsse bezüglich der Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrags »einstimmig«, also mit der Stimme des Bundespräsidenten, gefaßt worden seien.

Unter die Gesellschafterrechte und -pflichten fallen aber nach geltender Rechtsprechung und Gesetzeskommentierung alle anfallenden Tätigkeiten, und hierzu gehören eben auch »Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrags«. Diese können nicht etwa als »nicht die laufenden Geschäfte betreffend« oder als »Sonderfälle« betrachtet werden. Laut Mitteilung des Bundespräsidialamtes vom 22. März dieses Jahres, damit also von Richard von Weizsäcker autorisiert, ruht aber angeblich seine Mitgliedschaft.

Damit scheint klar: Ein Bundespräsident, der über seine geschäftlichen Verhältnisse falsche Auskunft gibt und der allem Anschein nach gegen Artikel 55 Absatz 2 Grundgesetz verstoßen hat, ist für dieses Amt nicht mehr tragbar. Falls Weizsäcker an sich dieselben Maßstäbe anlegt, wie er dies bei der angeblichen »Schuld« der Deutschen immer tut, müßte eigentlich sein Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten die Folge sein. □

BUNDESPRÄSIDIALAMT
Der Leiter des persönlichen Büros des Bundespräsidenten
PETER SCHÖNFELD

5300 BONN 1, den 22. März 1989
Kaiser-Friedrich-Straße 16
Telefon: (0228) 200-307 (oder über Vermittlung 20 00)
Telex: 8 86 393
Telefax: (0228) 200-200

Per Telefax Nr. [illegible]

An
[illegible]

Sehr geehrter Herr [illegible]

der Herr Bundespräsident ist im Juni 1973 Mitglied der Robert Bosch Stiftung geworden. Seine Mitgliedschaft ruht aber seit dem 1. Juli 1984, also seit dem Amtsantritt des Bundespräsidenten, entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes, Artikel 55 Absatz 2.

Mit freundlichen Grüßen

P. Schönfeld

Laut Schreiben des persönlichen Büros des Bundespräsidenten ruht seine Mitgliedschaft als Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung GmbH.

Urkundenrolle Nr. 4317/1987 K
K/kö

Ausfertigung
Notare Keller u. Dr. Zags
7000 Stuttgart 1

219
222

Stuttgart

Geschehen am 19. November 1987 -neunzehnten November neunzehnhundertsiebenundachtzig-

Auf Ersuchen der Firma

Robert Bosch Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Stuttgart,

habe ich, der unterzeichnete

Notar Hermann Keller in 7000 Stuttgart 1, Hospitalstr. 8,

mich heute in das Hotel Graf Zeppelin in Stuttgart, Arnulf-Klett-Platz, begeben, um die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu beurkunden.

Dort traf ich an:

I. Von den Gesellschaftern

1. Frau Irmgard Bosch, Unterer Schloßberg 14, 7016 Gerlingen 2,
2. Herrn Dr. Reinhard Goerdeler, Beethovenstr. 8-10, 6000 Frankfurt a. Main,
3. Herrn Dr. Alfred Hetzel, Robert-Bosch-Platz 1, 7016 Gerlingen-Schillerhöhe,
4. Herrn Prof. Dr. Werner Knopp, Von-der-Heydt-Straße 16-18, 1000 Berlin 30,

- 2 -

220

5. Frau Dr. Eva Madelung, Bonselstraße 10, 8000 München 81,
6. Herrn Richard von Weizsäcker, Kaiser-Friedrich-Straße 16-18, 5300 Bonn 1,
7. Herrn Dipl.-Chem. Karl Würth, Hegaustraße 36, 7000 Stuttgart 30,
8. für Herrn Prof. Dr. Hans Georg Zachau, Pfingstrosenstr. 5 a, 8000 München 70, Herr Dr. Alfred Hetzel gem. Vollmacht vom 16.11.1987.

II. Von der Geschäftsführung

1. Herrn Dr. rer. pol. Hans Glücker, Stuttgart 1, Heidehofstraße 31.
2. Herrn Dr. Peter Payer, Stuttgart 1, Heidehofstraße 31.

Sämtliche Erschienenen sind mir, dem Notar persönlich bekannt.

Die Gesellschafter der

Robert Bosch Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Stuttgart,

treten zu einer Gesellschafterversammlung zusammen.

Herr Dr. Alfred Hetzel übernimmt satzungsgemäß den Vorsitz der Versammlung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt zunächst fest, daß zur heutigen Gesellschafterversammlung alle stimmberechtigten Gesellschafter form- und fristgerecht eingeladen worden sind und die Versammlung beschlußfähig ist.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Hetzel beschließen die Gesellschafter einstimmig folgende Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrags:

Auch während seiner Amtszeit als Bundespräsident hat Richard von Weizsäcker seine Aufgabe als Gesellschafter der Robert Bosch GmbH wahrgenommen.

Parteien

Das falsche Spiel von Genscher und der FDP

Fritz Dammann

Ist allgemein schon ein erschreckender Rückgang des deutschen Nationalbewußtseins bei den »bundesdeutschen« Politikern festzustellen, so nimmt aber der frühere FDP-Bundesvorsitzende und dienstälteste Außenminister der Welt, Hans-Dietrich Genscher, immer stärker eine mehr als zweifelhafte Führungsrolle bei dem Versuch der Internationalisierung Deutschlands ein. Und Bundeskanzler Helmut Kohl, der eigentlich die Richtlinienkompetenz über die offizielle Regierungspolitik innehat, kann oder will Genscher nicht stoppen.

Läuft es einem als national eingestelltem Deutschen schon manchmal eiskalt über den Rükken, wenn man »Wendelin Genscher« reden hört, so wird es aber erst richtig schlimm, wenn seine Taten und Aussprüche gesammelt wiedergegeben werden. Im Grunde ist dieser Politiker für Deutschland untragbar geworden. Und das besonders traurige dabei ist, daß Genschers Ansichten mehr und mehr hoffähig in der FDP werden. War die FDP zumindest in früherer Zeit einmal durchaus eine Alternative für Konservative, so wird sie nun schon fast von Woche zu Woche zu einem immer größeren Sicherheitsrisiko nicht nur für Deutschland, sondern auch für die gesamte freie Welt.

Hans-Dietrich Genscher betreibt eine Politik, die alles zum Ziel hat, nur nicht die Interessen Deutschlands.

In Moskau hofiert wie kein anderer Politiker

In erster Linie ist hier Genschers fast schon an unverhohlene Bewunderung grenzendes Verhalten gegenüber Michail Gorbatschow zu nennen. Er vertritt hierbei Positionen, die jeden objektiven Betrachter zweifeln lassen müssen, daß sie von einem westlichen sogenannten demokratischen Politiker stammen. Ein Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU könnte sie nämlich in weiten Bereichen nicht besser vertreten. So ist es dann auch kein Wunder, daß Genscher, wie Erich Follath im »Stern« schrieb, »in Moskau hofiert wurde wie kein europäischer Politiker zuvor«.

Schon im Juli 1988 hatte Genscher gesagt: »Der Osten ist zum Umdenken bereit«, was die gesamte Breite der konventionellen Rüstung angehe. Im Oktober des vergangenen Jahres sprach Genscher dann bei einem Vortrag in Bologna von »einem wahrhaft revolutionären« Reformkurs Gorbatschows, der »von einer beeindruckenden Dynamik« sei. Je weiter der Reformprozeß voranschreite, desto kooperationsfähiger werde die Sowjetunion in jeder Hinsicht für die westlichen Demokratien.

Genscher weiter: »Allen jenen, die sich nur schwer vom gewohnten Bild der Sowjetunion lösen können, die Feindbild mit Weltbild verwechseln, die glauben, im Falle der Sowjetunion immer den denkbar schlechtesten Fall unterstellen zu müssen, allen jenen sei empfohlen, ihr eigenes Denken zu modernisieren und mit uns die geschichtlichen Chancen zu sehen und zu nutzen, die in der Entwicklung in der Sowjetunion liegen.«

Wenn die sowjetischen Reformen gelängen, würden sie auf eine Ausweitung des Freiheitsraums der einzelnen Bürger und der verschiedenen Gruppen hinauslaufen. »Wir wünschen den Erfolg dieser Reformpolitik; sie nutzt auch uns.« Die Zukunft Europas liege nicht in der Hoffnung auf eine Destabilisierung des Ostens, sondern in Zusammenarbeit und produktivem Wettbewerb.

Beredt ist das Schweigen des Außenministers

Kein Wort hört man aber darüber, daß Gorbatschows schönen Worten bislang sehr wenig Taten gefolgt sind, sowohl innen-, als auch außenpolitisch. Die Versorgungslage in der UdSSR ist so schlecht, wie sie selbst unter den heute vom Zentralkomitee verdammten Zeiten Breschnews nicht war. Zwar sind einige Regimekritiker freigelassen worden, wozu natürlich in erster Linie der Name Sacharow zu nennen ist, doch ist es gerade in jüngster Zeit wieder verstärkt zu Verhaftungen von Regimegegnern, wie beispielsweise den Armeniern, gekommen. Doch hierüber schweigt »Wendelin«.



FDP-Vorsitzender Otto Graf Lambsdorff ist ein Internationalist in Reinkultur.

Der Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik, der die Bedrohung für unser Land nicht mindert, sondern im Gegenteil sogar vergrößert, wird von ihm gelobt, ebenso wie Gorbatschows Ankündigung, einseitig Soldaten und Panzer abzubauen. Dies müsse auch im Westen zu entsprechenden Schritten führen.

Übersehen wird dabei aber, daß Gorbatschow seine Schritte bis 1991 verwirklichen will; ob er es wirklich tut, steht auf einem anderen Blatt. Jeder bis dahin erfolgte Schritt des Westens und speziell der Bundesrepublik stellt also eine Vorleistung dar.

Außerdem ist es kein Geheimnis, daß der Warschauer Pakt einen Rattenschwanz von im Grunde nicht benötigten Soldaten mit sich herumschleppt. Eine mit dem Personalabbau gleichzeitig verbundene bessere Durchorganisation stärkt in Wirklichkeit aber die Schlagkraft der Roten Armee. Das gleiche gilt für das Material.

Daneben darf nicht vergessen werden, daß der Osten auch nach seiner einseitigen Abrüstung dem Westen noch vielmals überlegen ist und der Westen sich durch ebenfalls erfolgende Abrüstungen, wenn diese nicht stark asymmetrisch ausfallen, selber schädigt. Denn jeder Mili-

Parteien

Das falsche Spiel von Genscher und der FDP

tärforscher weiß: Ein Verhältnis von einer Million Soldaten (Block A) gegenüber 500 000 des Gegners (Block B) ist für Block A besser als ein Verhältnis von zwei Millionen zu einer Million oder vier Millionen zu zwei Millionen.

Genschers unverantwortliche Worte wären nicht so schlimm, wenn sie nicht wesentlich dazu beigetragen hätten, daß das Bedrohungsbewußtsein in der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion immer mehr schwindet und heute viele sogar bereits in den USA eine größere Gefahr für den Weltfrieden sehen als in der UdSSR.

Anpassung sogar im Sprachlichen

Keiner protestiert, wenn die UdSSR nach wie vor jeden Tag ihre veralteten Waffensysteme modernisiert. Was aber macht Genscher? Zitieren wir hierzu die »Welt am Sonntag« vom 13. November 1988: »Während seines Moskau-Besuchs in der Begleitung des Bundeskanzlers rief Genscher bei hohen Dienststellen in Rom, Brüssel und Den Haag an, um darauf hinzuwirken, daß sich die in der letzten Oktoberwoche tagenden Verteidigungsminister der Nuklearen Planungsgruppe nicht für die Modernisierung der nuklearen Kurzstrecken-Systeme aussprechen sollten. Wörner gelang es, dieser Intervention von außen die Wirkung zu nehmen.

Genscher hatte in Moskau längere Unterredungen mit dem ihm sehr vertrauten sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse, der mehrfach erklärt hatte, die Stationierung modernisierter US-Atomwaffen verstoße gegen den ›Geist‹ des INF-Vertrages. In den hohen NATO-Rängen in Brüssel fällt auf, daß sich Genscher bis in sprachliche Einzelheiten der Argumentation Schewardnadses angeschlossen hat.«

Dazu paßt es dann auch gut, daß Genscher erst 1992 über die Modernisierung der in Europa gelagerten Atomwaffen entscheiden will. Der Westen besitzt damit also nur noch absolut veraltete Systeme, während der Ostblock, um es wegen der Eindringlichkeit der Lage noch einmal zu wiederholen, sein Arsenal ständig auf den neuesten Stand der Technik bringt.

In einem Interview mit dem Kölner »Express« vom 31. Dezember des vergangenen Jahres sagte Genscher dann auch die bezeichnenden Worte: »Mir fehlt für die Einschätzung, daß Gorbatschows Politik eine Gefahr für die westliche Einheit und Verteidigungsbereitschaft darstellt, jedes Verständnis. Es gehört schon eine gehörige Portion Engstirnigkeit dazu, wenn man – wie manche Politiker es tun – eine abrüstungsbereite Führung in Moskau als gefährlicher ansieht als die frühere, die uns mit Mittelstreckenraketen und konventioneller Überrüstung bedroht hat.«

Naivität und Blauäugigkeit

Angesichts dieser an Naivität kaum noch zu überbietenden Blauäugigkeit ist es dann kein Wunder, wenn das Wort vom »Genscherismus« die Runde macht. Zu unverhohlen ist schließlich Genschers Bewunderung des sowjetischen Führers. Zwar weist er immer darauf hin, daß die UdSSR asymmetrisch abbauen müsse, das westliche Atomarsenal zur Abschreckung erhalten werden müsse, doch kann man ihm dies nicht abnehmen. Dies beweisen die wenigen oben aufgeführten Beispiele, der noch viel mehr folgen könnten.

Doch nicht nur außenpolitisch, auch innenpolitisch fährt Genscher einen für Deutschland ins Verderben führenden Kurs. So hat für ihn die Westbindung eine größere Bedeutung, als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die Genscher wie die gesamte FDP, wenn überhaupt, dann sowieso nur für West- und Mitteldeutschland fordert. Die Ostgebiete sollen davon ebenso wie die Gebiete, die Deutschland sonst noch völkerrechtlich zustehen – also alle Gebiete per Stand 31. August 1939 – ausgenommen werden.

Entlarvend sind dabei Genschers Äußerungen in einem Interview mit dem »Handelsblatt« vom 31. März des vergangenen Jahres:

»Als gravierendes Beispiel nannte der Außenminister die Tatsache, daß Geißler mit der Auffassung Anstoß errege, die nationale Frage der Deutschen könne nur in Übereinstimmung mit den Nachbarn geregelt werden. Wer dies nicht akzeptiere, habe aus der Geschichte nicht die Lehre gezogen, daß, kein Land so sehr auf den Konsens mit den Nachbarn angewiesen ist wie wir Deutschen«.

Genscher wörtlich: »Das ist ja gerade die Hauptlehre der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß wir unser Schicksal eingebettet haben in das europäische Schicksal. Wer daran rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland, und er weiß weniger von der deutschen und europäischen Verantwortung unseres Landes als die Väter des Grundgesetzes. Das wäre ein schwerwiegender Vorgang.

Ich will mich nicht an Worte klammern, aber der Grundgedanke der europäischen Einbettung unserer Außenpolitik muß erhalten bleiben. Und das heißt nun einmal: Nur mit unseren Nachbarn und nicht gegen sie können wir West und Ost einander näher bringen. Deshalb ist Zusammenarbeit das Schlüsselwort für eine bessere Zukunft Europas.«

»Der Außenminister empfahl«, so das »Handelsblatt« weiter, »in die Präambel des Grundgesetzes hineinzuschauen, in der an erster Stelle stehe, daß es die Aufgabe der Deutschen sei, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Auch im Brief zur Deutschen Einheit wurde von einem Hinwirken auf einen Zustand des Friedens in Europa gesprochen.« Und so ein Mann hat den Eid auf die deutsche Verfassung geschworen.

Eintreten für eine ungehinderte Einwanderungspolitik

Dazu paßt auch, daß sich Genscher am Jahreswechsel 1988/89 für mehr Rechte des Europaparlaments aussprach. Er sei ein uneingeschränkter Anhänger einer europäischen Verfassung, »in der dem Europäischen Parlament Rechte zugestanden werden, die einem Parlament gehören in einem demokratisch verfaßten Staat«. Der Widerstand der Zögernden, die mit »Souveränitäts-Argumenten die Übertragung von Zuständigkeiten an dieses Parlament ablehnen«, müsse überwunden werden.

Besonders frappierend ist das Eintreten der FDP für eine nahezu ungehinderte Einwanderungspolitik in die Bundesrepublik, die noch vornehm mit dem Wort »Asylrecht« kaschiert wird.

Der Zuzug von Ehegatten bereits in der Bundesrepublik lebender Ausländer soll ebenso erleichtert werden, wie der von Kindern, die bis zum 16. Lebensjahr ungehindert einreisen dürfen. Interessant ist dabei, daß die FDP auch die Absichten von Bundesinnenminister Zimmermann verhindern will, angesichts der zunehmenden Einreise von Kindern unter 16 Jahren mit speziell gecharterten Maschinen, eine Visumpflicht auch für unter 16jährige einzuführen.

Die FDP, allen voran Genscher, ist selbstverständlich aus »humanitären Gründen« gegen die Abschiebung hier nicht anerkannter Asyltouristen in »Problemländer« – was man darunter auch immer verstehen mag – und für die Einführung eines EG-weit geltenden kommunalen Wahlrechts.

Das Interessante ist dabei das Wort »EG-weit«. Damit soll suggeriert werden, daß alle Staaten gleich behandelt werden und alle EG-Bürger überall die gleichen Rechte hätten. Man vergleiche aber nur einmal die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Italiener und Spanier – und ab 1992 auch die der Türken – mit den in diesen Ländern lebenden Deutschen. Das Verhältnis stellt sich vielleicht auf 1:1000.

Es ist Volksverdummung größten Ausmaßes von »gleichem Recht für alle EG-Bürger« zu sprechen, wenn die in diesen Ländern lebenden Deutschen bei keiner Wahl auch nur die geringste Chance haben, durch ihr Votum auf den Wahlausgang

Einfluß zu nehmen, während hier die Türken als größter ausländischer Volksstamm durch ihre Stimmenabgabe entscheiden, wer in einer deutschen Stadt Bürgermeister wird!

Auch will die FDP, neben Genscher vor allem die altbekannten »Liberalen« Hirsch, Baum, Hamm-Brücher, den hier lebenden Ausländern die Einbürgerung erleichtern – leider hat jetzt auch Innenminister Zimmermann Schritte in diese Richtung angekündigt, so daß damit auch die CSU für jeden wahrhaft national eingestellten Deutschen ihre Unwählbarkeit endgültig unter Beweis gestellt hat. Auch dieses ist nicht einzusehen, da nämlich ein in Berlin, München, Hamburg oder sonstwo in Deutschland geborener Türke, auch wenn er kein Wort türkisch sprechen kann, aufgrund seiner Erbanlagen eben Türke und kein Deutscher ist.

Deutscher ist einer nicht nur durch die Geburt in diesem Land, sondern kennzeichnet dies auch den Volksstamm, dessen Anlagen aber durch Jahrhunderte und nicht erst durch acht oder zehn Jahre gewachsen sind. Umgekehrt gilt dies natürlich in gleicher Weise.

Befürwortung von Abtreibungen

Während die FDP also für einen nahezu ungehemmten Zuzug von Ausländern in die Bundesrepublik eintritt, befürwortet sie auf der anderen Seite aber den Mord an Ungeborenen, nämlich die Abtreibung. Statt eine konsequente Familienpolitik zu betreiben, mit der materielle Notlagen durch neugeborene Kinder gar nicht erst entstehen können, sondern vielmehr die Kosten für das Kind weitgehend vom Staat übernommen werden, und dadurch die für unser Land notwendige »Grundversorgung« an deutscher Bevölkerung zu sichern, werden lieber Ausländer ins Land geholt, die dann die durch mangelnden deutschen Nachwuchs entstehenden Lücken auf dem Arbeitsmarkt und bei der Rentenversorgung schließen.

Dabei kostet diese Einwanderungspolitik viel mehr Geld als eine konsequente Familienpolitik, da die Ausländer, ohne vorher auch nur eine müde Mark in die deutschen Steuerkassen gezahlt zu haben, sofort in den Genuß von Kindergeld, Wohngeld und und und kommen.

Daß sich die FDP, und nicht zuletzt auch Genscher, für eine Begnadigung inhaftierter RAF-Terroristen einsetzt, sofern sich diese von der RAF losgesagt haben, aber »aufgrund der besonderen Verantwortung, die wir Deutsche für Israel haben«, gegen die Lieferung des Tornado-Bombers nach Jordanien ist und sich ganz allgemein gegen einen Rüstungsexport nach den arabischen Ländern ausspricht, sowie eine ganz besonders starke Kotau-Politik gegenüber Israel betreibt, soll nur am Rande erwähnt werden. Ebenso die Bewunderung der FDP für Bundespräsident Richard von Weizsäkker sowie die Verdammung alles politisch Rechtsstehenden einschließlich der Verhinderung einer wahrheitsgemäßen Geschichtsdarstellung über die Zeit zwischen 1933 und 1945.

Internationalisten in Reinkultur

Abschließend soll jedoch ein Fall aufgeführt werden, der in der Bundesrepublik nur auf wenig Resonanz gestoßen ist, in Wirklichkeit aber einen der größten Skandale des vergangenen Jahres darstellt: das Einreise-Verbot für den Schah-Sohn, Reza Cyrus Pahlevi. Wie die »Quick« und der Kölner »Express« übereinstimmend schreiben, verweigerte das Bundesinnenministerium auf eindringliche Bitten Genschers Pahlevi die Einreise in die Bundesrepublik. Dieser wollte in der Kölner Sporthalle vor 5000 Landsleuten zum Widerstand gegen das Mullah-Regime aufrufen.

Doch Genscher befürchtete diplomatische Verwicklungen. Dagegen werden Herr Honecker oder Herr Gorbatschow, an deren Händen das Blut von tausenden unschuldig Getöteten klebt, von Genscher mit offenen Armen begrüßt. Zwar ist es richtig, daß Deutschland nicht zu einem Tummelplatz irgendwelcher rivalisierender Gruppen anderer Länder werden darf, doch soll die Bundesrepublik angeblich ein Staat mit einer freiheitlichen Grundordnung sein, in der es keine Zensur gibt. Doch was ist dies anderes?! □

Bonn

Staatsschutz oder Rechtsstaatsgefährdung?

Werner Symanek

Der jüngste Bericht des Bundesdatenschutz-Beauftragten Alfred Einwag ist ein Beispiel dafür, wie ein bis zur Lächerlichkeit führender »Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung« den Rechtsstaat gefährden kann, statt ihn zu bewahren.

Am 10. Februar 1989 meldete die Presse, daß der Bericht des obersten bundesdeutschen Datenschützers über die elektronisch gespeicherte Neugierde der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes »manchem Bundestagsabgeordneten die Haare zu Berge stehen« ließ.

Sammelleidenschaft beim Staatsschutz

Weil ein betrunkener Fußballfan im Vorbeigehen zwei Polizeibeamten »Sieg Heil« zugerufen hatte, landete er ebenso in der für Staatsschutzdelikte angelegten BKA-Datei »Apis« wie ein Bürger, der an seinem Fahrzeugschlüssel-Anhänger einen Miniatur-Reichsadler mit Hakenkreuz angebracht hatte.

»Diese Ausuferung von Datenspeicherung können doch die Apis-Erfinder selbst nicht gewollt haben«, kritisierte Einwag.

Wie stark die »Sammelleidenschaft« von Staats- und Verfassungsschutz sein kann, wurde Einwag bei einem weiteren Blick in die Apis-Datei klar. Selbst Intimdaten von Personen, gegen die gar kein unmittelbarer Verdacht und auch keine Beschuldigung vorlag, sondern die nur flüchtig mit Staatsschutzdelikten in Verbindung gebracht wurden, waren dort gespeichert. Eß-, Rauch- und Trinkgewohnheiten wurden erfaßt, »besondere sexuelle Gewohnheiten« registriert und Beurteilungen wie »aalglatt« oder »arrogant« festgehalten.

Einen ebenfalls großzügigen Speicherdrang stellte der Bundesdatenschutz-Beauftragte bei der vom Bundeskriminalamt (BKA) geführten Datei »Nadis« fest, die für den Verfassungsschutz bestimmt ist. Weil ein Autofahrer ein Verwarngeld wegen Falschparkens nicht bezahlt und auf dem begleitenden Anschreiben »mit deutschem Gruß« unterschrieben hatte, landete er in dieser Datei.

Zwei andere Bürger wurden gespeichert, weil sie in einem bayerischen Festzelt die Rede eines Münchener Staatssekretärs mit »Heil Gauleiter« unterbrochen hatten.

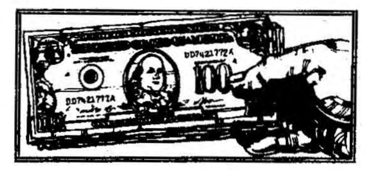
Sind die Grundrechte bereits eingeschränkt?

Auch die Bundespost, deren gespeicherte Daten andere Behörden über die sogenannte Amtshilfe jederzeit abrufen können, beteiligt sich an der Aushöhlung der Grundrechte.

Beim Funktelefondienst sind die Postler nach den Erkenntnissen Einwags wahre Weltmeister: »Das geht weit über die Erfassung von Daten zur Gebührenabrechnung hinaus«, stellte der Datenbeauftragte fest und sah das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung durch die Sammelwut eingeschränkt. So würden nicht nur Datensätze von denjenigen Personen angelegt, die per Funktelefon eine Verbindung herstellen und damit von der Post zur Kasse gebeten werden.

Auch wer einen Anruf per Funktelefon erhält, werde sorgsam elektronisch notiert, obwohl dies für die Gebührenabrechnung nach Ansicht Einwags völlig überflüssig ist. Mehr noch: Sogar Nummern, die vergeblich angerufen wurden, seien registriert.

In Anlehnung an Theodor Heuss kann man dazu nur sagen: »Na, dann schützt ihn mal schön, den Rechtsstaat« – bis er abgeschafft ist. Es ist offenbar gar nicht so einfach, den Rechtsstaat vor seinen eigenen Organen zu schützen. □



Ägypten unter Druck des Währungsfonds

Es stellen sich Bedingungen heraus unter denen die ägyptische Regierung des Hosni Mubarak gezwungen werden könnte, Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu akzeptieren. Schwerpunkt dieser Vorschriften liegt auf der Beseitigung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, was zu einem Volksaufstand und zum Sturz der Regierung führen könnte. In der Vergangenheit rief die zeitweilige Durchführung der IWF-Programme in den größeren Städten Ägyptens spontane Unruhen hervor.

Bis spätestens Juli 1989 werden etwa 2,8 Milliarden Dollar von Ägyptens niederschmetternden Auslandsschulden in Höhe von 46 Milliarden Dollar fällig, wovon Ägypten den größten Teil den Vereinigten Staaten schuldet. Das Haushaltsdefizit, das nach einer Vereinbarung mit dem IWF um zwei Prozent sinken sollte, soll bis auf 18 Prozent des Bruttosozialprodukts angestiegen sein. Falls die Regierung kein Abkommen mit dem IWF treffen kann, kommt Ägypten auch nicht zu einer Umschuldungsvereinbarung mit ausländischen Gläubigern. □

Weltbank legt Brasilien Bedingungen auf

Die Weltbank hat für die Freistellung von 500 Millionen Dollar an Brasilien für den Elektro-Sektor drei Bedingungen gestellt: Erhaltung der Umwelt; Schutz der »einheimischen Gemeinden« vor den Auswirkungen der Errichtung neuer Kraftwerke auf die Umwelt; Anwendungen der dem brasilianischen Atomkraftprogramm durch den Nuclear Non Proliferation Treaty (Vertrag über die Nichtausbreitung der Kernkraft) auferlegten »Absicherungen«.

Die Weltbank legte diese Bedingungen der brasilianischen Mission in Washington vor. Vorher hatte die Weltbank verlangt, daß Maßnahmen zur Verringerung der Bevölkerungsziffer zur Vorbedingung für die Gewährung von Krediten gemacht werden. □

Insider Trading eine Gefahr für Mitterrand

Frankreich wird von einem Insider-Trading-Skandal erschüttert, der wie berichtet »bis in die höchsten Ebenen« der sozialistischen Regierung François Mitterrands hineinreicht. Der Skandal hat mit niederschmetternden persönlichen Profiten aufgrund von Tips von »Insidern« zur Übernahme der amerikanischen Can-Co-Filiale der Triangle Industries durch den französischen Aluminium-Riesen Péchiney zu tun.

Die Übernahme wurde von den amerikanischen Finanziers Nelson Peltz und Peter May in die Wege geleitet. Drexel Burnham Lambert, in den USA wegen anderer Insider-Trading-Delikte verurteilt, war der Anlagebanker für den Verkauf, heißt es aus zuverlässigen Quellen.

Gerüchten auf dem französischen Markt für Investitionspapiere zufolge, sind Alain Boubfil, Chefgehilfe des französischen sozialistischen Finanzministers, und mehrere Politiker aus der allerobersten Spitze in den Skandal verwickelt. Sie hatten vor der Abwicklung Triangle-Aktien gekauft.

Ebenso darin verwickelt ist der in Paris ansässige libanesische Waffenhändler und Finanzmanager Samir Traboulsi, der bei dem Verkauf als Makler diente. Außerdem ist der Pariser Finanzier Pelat, ein intimer Freund des französischen Präsidenten Mitterrand seit 1940, in diesem Skandal verwickelt.

Nach Presseberichten heimste Pelat einen »Profit« von 4 bis 5 Millionen Dollar ein, indem er drei Tage vor Bekanntgabe des Verkaufs von Péchiney 200 000 Anteile von Triangle kaufte.

Weiterhin in den Skandal verwickelt ist der 76jährige einstmalige Freund von Leo Trotzky, der sozialistische Millionär Max Theret. □

Mexiko will den Einsatz erhöhen

Laut Salomon Brothers könnte Mexiko bei Neuverhandlungen mit den Banken den Einsatz erhöhen. Diese internationalistische Bank hat eine Studie mit dem Titel »Mexico: Now Come the Fireworks« (»Mexiko: Jetzt kommt das Feuerwerk«) herausgegeben, in der sie voraussagte, daß Mexikos Hauptschuldenvermittler José Angel Gurria bei den nächsten Gesprächen eine »Sprengbombe« auf den Tisch legen könnte.

Man glaubt, daß Gurria verlangen wird, daß die Banken in den kommenden sechs Jahren bis zu 80 Prozent der fälligen Zinszahlungen Mexikos kapitalisieren sollen, das heißt, die Banken werden ganz einfach die Zinsen selbst zahlen und sie dem nominellen Gesamtwert der Schulden Mexikos hinzurechnen.

Gurria könnte auch fordern, daß Zinsen auf alle Darlehen nicht auf annähernd einen Punkt über den London-Inter-Bank-Overnight-Rate (Libor), sondern auf einen Satz gesetzt werden, der auf den durchschnittlichen Inflationsraten in den Entwicklungsländern basiert, die derzeit viel niedriger liegen. □

Marxisten und Millionäre verkaufen Hongkong aus

Eine »vertrauliche Allianz zwischen Marxisten und Millionären« hat Hongkong verraten, als sich Funktionäre der chinesischen Kommunistischen Partei in Kanton mit Industriebossen und Finanzleuten aus Hongkong trafen.

Die Vorschläge für das Hongkong-Grundgesetz, das nach 1997 in Kraft treten soll, wenn die Souveränität Großbritanniens auf China übergeht, was auf der Zusammenkunft begrüßt wurde, lassen einen Volksentscheid erst nach 2011 zu und selbst dann kann lediglich entschieden werden, ob eine Hauptexekutive und Legislative in Hongkong direkt gewählt werden soll oder nicht.

Darüber hinaus sind die von den Chinesen verlangten Bedingungen so kompliziert, daß es unwahrscheinlich ist, daß eine Volksabstimmung jemals stattfindet. Von den 23 Mitgliedern des Ausschusses aus Hongkong besitzen die meisten bereits andere Pässe, die es ihnen ermöglicht, Hongkong bis spätestens 1997 zu verlassen. Sieben von ihnen, darunter der Milliardär Sir Y. K. Pao, haben britische Pässe.

Aber rund 5,5 Millionen Bürger Hongkongs, darunter viele Menschen indischer oder anderer nationaler Herkunft, besitzen nur Hongkong-Kennkarten und können das Land ohne die Genehmigung Beijings nicht verlassen. Etwa 25 000 vietnamesische Flüchtlinge befinden sich ebenfalls in Hongkong. □

Banken schmuggeln Drogen-Bargeld

Von der Chase Manhattan Bank in New York bis zu den größten Finanzinstituten der Schweiz, Frankreichs und der Türkei, mehr als 300 Großbanken sind darin verwickelt, die von dem internationalen Drogenkartell Jahr für Jahr herausgeschleuderten Milliarden zu managen. Erschreckendes Beweismaterial dafür, daß einige der größten Banken der Welt das finanzielle Fangnetz für den blühenden Drogenhandel bilden, kam kürzlich bei einem sich windesschnell ausbreitenden europäischen Heißgeld-Skandal zutage.

Von Dick Marty, dem hart durchgreifenden Schweizer Staatsanwalt, der den sich ausbreitenden Geldwäsche-Skandal ans Tageslicht brachte, unter Feuer genommen, gab Crédit Suisse, eine der führenden Schweizer Banken zu, Hand-

lungsreisende, die für die Drogenbande tätig waren, mit Beglaubigungsschreiben versorgt zu haben, die sie als Bank-Kuriere auswiesen.

Als die Bank dieses Eingeständnis machte, versuchte darüber hinaus der Sprecher der Bank diesen Schlag gegen ihr Image dadurch zu mildern, daß er erklärte, »mehr als 300« andere Banken seien in gleicher Weise tätig.

Unter Verwendung der von dem Schweizer Finanzinstitut und von anderen Banken herausgegebenen Dokumentation haben Drogenfinanziers Milliarden an »schmutzigem Bargeld« rund um die Welt bewegt, ohne daß der Zoll oder irgendeine andere Behörde eingegriffen hätte.

Die Großbanken erhielten ihrerseits Protektion von hohen Beamten, die durch Drogenmagnate korrumpiert oder eingeschüchtert worden waren. Elizabeth Kopp, die Schweizer Polizei- und Justizministerin, wurde im Januar ihres Postens enthoben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie in den Skandal verwickelt war. Frau Kopp, deren parlamentarische Immunität von der Strafverfolgung am 10. März einstimmig durch den Bundesrat der Schweiz aufgehoben wurde, sieht nun aus Berichten, daß das private Anwaltsbüro, das sie zusammen mit ihrem Ehemann, Rechtsanwalt Hans Kopp, in Zürich eingerichtet hatte, eine vornehme Fassade für das Drogenkartell war, und muß sich darum einem Strafverfahren unterziehen.

Gegen europäische Nachrichtenmeldungen, in denen die Schweiz der »Drogen-Banker der Welt« genannt wurde, zurückschlagend, enthüllte der Schweizer Vizepräsident Aohille Casanova, daß »geheime US-Kreise« ebenfalls in den riesigen Drogenskandal verwickelt sind.

Obwohl sie nach strengen Geheimhaltungsregeln arbeiten, teilen Schweizer Untersuchungsbeamte auf privater Ebene mit, daß Geheimagenten des CIA ebenso wie die US-Defense Intelligence Agency und der Mossad, Israels Geheimdienst, die Bankeneinrichtungen gemeinsam mit den Drogenfinanziers der Unterwelt in Anspruch genommen haben.

Diese Enthüllungen lenkten wieder einmal die Aufmerksamkeit auf Frau Kopp, die häufig nach Washington reiste, als sie Mitte der achtziger Jahre als höchste Polizeibeamtin der Schweiz diente. Frau Kopps Vetter, Fred Ikle, wurde als einer der mächtigsten Bürokraten des Nationalen Sicherheitsrates der Reagan-Ära angesehen. Wie zu erfahren ist, diente Ikle zu der Zeit als Staatssekretär des amerikanischen Verteidigungsministeriums in einer Reihe von Geheimeinsätzen in Gebieten, die große Mengen Drogen erzeugen, darunter Afghanistan und Indochina.

Hochausgezeichnete amerikanische Veteranen des Vietnam-Krieges, wie James »Bo« Gritz, haben die Geheimverbindungen zwischen hohen Beamten des US-Verteidigungsministeriums und Drogenhändlern in diesen Gebieten verurteilt. □

Kissingers Mann bei George Bush

Lawrence Eagleburger, US-Präsident Bushs auserwählter stellvertretender Außenminister, bezog letztes Jahr mehr als 900 000 Dollar Gehalt, Zulagen und Trennungsentschädigungen von den beiden internationalen Beraterfirmen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, heißt es in einer Erklärung zur Offenlegung seiner Finanzen, die beim Ausschuß für auswärtige Beziehungen des US-Senats einging. Er soll im Juli planmäßig weitere 197 121 Dollar von den Kissinger-Firmen erhalten, »die den Rest meiner Trennungsentschädigung für frühere Dienstleistungen darstellen«, sagte Eagleburger.

Im vergangenen Jahr verdiente Eagleburger auch 190 000 Dollar an Honoraren von sieben Firmen, in deren Aufsichtsräten er gedient hatte. Zu diesen Firmen gehören die ITT-Corporation und die LBS-Bank von New York, die Filiale einer jugoslawischen staatseigenen Bank. Außerdem bezog der Karrierebeamte des amerikanischen Außenministeriums ein Gehalt von 55 000 Dollar als Gastprofessor an der University of South Carolina und als Vorsitzender des Beratungsgremiums des internationalen Zentrums der Universität.

Weit über eine Million Dollar für ein Jahr Beratungsdienste! Gar nicht so schäbig für einen ehemaligen Regierungsangestellten, der noch vor vier Jahren etwa 85 000 Dollar pro Jahr verdiente. Eagleburger muß sehr viel gelernt haben, als er für die amerikanische Regierung arbeitete, um derart hohe Preise von seinen und Kissingers Kunden fordern zu können.



Eagleburger trat der Firma Kissinger Associates im Juni 1984 bei, einen Monat nachdem er als Staatssekretär für politische Angelegenheiten, nach 27 Jahren im US-Außenministerium, zurückgetreten war. Als Vorstandsvorsitzender von Kissinger Associates hatte Eagleburger es direkt mit 15 Kunden zu tun, darunter solche großen amerikanischen und ausländischen Konglomerate wie Coca Cola, Fiat, Daewoo Corporation von Südkorea, Union Carbide, Volvo, Midland Bank, Ericsson und H. J. Heinz, von denen jeder finanzielle Interessen rund um die Welt hat.

Aus dem Ausschuß des US-Senats verlautet, daß Eagleburger der Offenlegungserklärung über seine Finanzen einen Brief beifügte, der an Richter Abraham Sofaer, den Rechtsberater des US-Außenministers, gerichtet war und in dem er mitteilte, er werde Äußerungen »über jede Angelegenheit, die speziell die Kissinger Beratungsfirmen betreffen«, wegen Befangenheit verweigern, »um auch nur den Anschein eines Interessenkonflikts zu vermeiden«.

Er sagte ferner, er werde es aus den gleichen Gründen ein Jahr lang, wegen Befangenheit ablehnen, sich mit irgendwelchen Dingen zu befassen, die »speziell« seine ehemaligen Kunden betreffen.

Da die Berufung Eagleburgers der Ablehnung des ehemaligen Senators John Tower als amerikanischer Verteidigungsminister – nach Informationen aus dem US-Kongreß teilweise wegen seiner intimen Beziehungen zu Vertragslieferanten des Verteidigungsministeriums – auf dem Fuß folgte, wurde Eagleburgers Ernennung auch schärfer untersucht als dies normalerweise der Fall ist. Retten wird Eagleburger seine Verbindung mit Firmen, die in Israel tätig sind, sowie seine engen Verbindungen mit der amerikanisch-jüdischen, pro-israelischen Lobby. □

Deutsche Bank

Im Mittelpunkt der Kritik

Ludwig Bader

Die Front gegen die Deutsche Bank und vor allem gegen ihren selbstherrlich regierenden Vorstandsvorsitzenden Alfred Herrhausen formiert sich. Nicht nur daß in der Presse zusehends negativ über das größte deutsche Geldhaus berichtet wird, auch innerhalb der Banken, und hier vor allem der beiden anderen Großbanken Dresdner Bank und Commerzbank, wächst die Bereitschaft, »Herrhausen eins auszuwischen«.

CODE hat bereits in der vergangenen Ausgabe ausführlich über einen der größten Konkurs-Skandale der Nachkriegszeit, dem des Grefrather Textilkonzerns Girmes, ausführlich berichtet. Nach Redaktionsschluß der vergangenen Ausgabe sind jedoch noch mehrere weitere äußerst skandalöse Vorfälle bekanntgeworden, die das ganze Ausmaß dieses Skandals darstellen.

Girmes bot sich geradezu an

Wie berichtet, drehte sich die Auseinandersetzung zwischen Girmes-Verwaltung und Banken auf der einen und den Aktionären auf der anderen Seite am Ende formal nur noch um zehn Millionen DM, praktisch jedoch ging es nur noch um pures Machtgehabe. Während die Verwaltung des Unternehmens als Beitrag der Aktionäre zur Sanierung, die nach katastrophalen Managementfehlern in der Vergangenheit unumgänglich geworden war, eine Kapitalherabsetzung von 50 auf 20 Millionen DM forderte, wollten die Aktionäre nur einem Kapitalschnitt von 50 auf 30 Millionen zustimmen. Da die Banken sich auf der außerordentlichen Hauptversammlung zu einem weiteren Sanierungsbeitrag von zehn Millionen DM bereit erklärten, wäre unterm Strich alles beim alten geblieben.

Wäre! Die Banken stießen sich daran, daß es ausgerechnet Bolko Hoffmann war – der Herausgeber des in Düsseldorf erscheinenden Börsenjournals »Effecten-Spiegel« führt schon seit Jahren eine Art Feldzug gegen die Deutsche Bank –, der die Stimmen sammelte, die dann den Vorstands- und Bankenvorschlag zu Fall brachten. Und da, wie Börsengerüchte wissen wollen, die Deutsche Bank nach Mitteln und Wegen sucht, Hoffmann, wie er selber es ausdrückt, einen »pinnen« zu wollen, bot sich Girmes dann geradezu an.

Die Banken erhofften sich dann nach Ansicht Hoffmanns durch den Anschlußkonkurs ein großes Protestgeschrei der betroffenen Aktionäre gegen ihn und massenhafte Kündigungen von Effecten-Spiegel-Abonnements. Doch darin sahen sie sich getäuscht. Hoffmann selber berichtete nur von 20 Abo-Kündigungen. Vielmehr drehte er den Spieß um und verklagte seinerseits das zentralverantwortliche Girmes-Aufsichtsratsmitglied, das Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Ulrich Cartellieri, auf Schadensersatz von zunächst einer Million Mark. Dieser Klage schlossen sich dann rund 3000 Girmes-Aktionäre an.



Udo Proksch, hier mit Damen seiner Demel-Konditorei in Wien, ist ein Duzfreund von Alfred Herrhausen.

Dazu schreibt Hoffmann im »Effecten-Spiegel«: »Daß der vom ›Effecten-Spiegel‹ unterbreitete und unbestritten nicht nur für die Aktionäre günstigere Alternativ-Vorschlag 5:3 im Endeffekt nicht nur die von den Aktionären geforderten 30 Millionen Mark voll gebracht, sondern die Gesellschaft durch die Liquiditätszuführung sogar noch besser gestellt hätte als das Konzept der Verwaltung, stimmt mich doch sehr nachdenklich, zumal inzwischen bekannt ist, daß der Verwaltung von der Deutschen Bank gedroht wurde, die Kredite zu kündigen, falls sie meinem Vorschlag 5:3 zustimmen würde.«

Sollte dieses von Hoffmann Geschilderte zutreffen, und bislang ist nicht bekannt, daß die Deutsche Bank hiergegen angeht, dann schreit dieser eklatante Machtmißbrauch nach Konsequenzen, die er aber aufgrund der derzeitigen politischen Konstellationen in der Bundesrepublik nicht haben wird.

Machtmißbrauch schreit nach Konsequenzen

Wer glaubt, daß dies aber nur ein Einzelfall sei, der täuscht sich. Und daß dies nicht nur bei Großunternehmen geschieht, darüber kann beispielsweise auch der Düsseldorfer Rechtsanwalt Harry Ehricke, der Dutzende Mandanten gegen die Willkür der Großbanken vertreten hat, unzählige Geschichten erzählen.

Im übrigen war CODE vor einigen Jahren selbst einmal davon betroffen, als die Deutsche Bank nach einer Enthüllungsserie über Siemens auf einmal über Nacht alle Kredite fällig stellte.

Doch damit nicht genug. Die neugegründete Girmes GmbH, die als Auffanggesellschaft nach dem Anschlußkonkurs der Girmes AG deren Geschäfte weiterführt und alles Aktivvermögen für lächerliche 150 Millionen



Die Machtfülle der deutschen Banken dient vorrangig den Interessen der Internationalisten.



Die Börse wird von den Großbanken so manipuliert, daß die kleinen Aktionäre immer voll bluten müssen.

DM bekommen hat, ist bei einem Umsatz von rund 300 Millionen DM mit einem Stammkapital von noch lächerlicheren 25 Millionen DM ausgestattet. Einer der Anteilseigner der Hamburger Aris GmbH, die mit 74,9 Prozent an der Girmes GmbH beteiligt ist (die restlichen 25,1 Prozent hält der Krefelder Textilausstatter Tag), erklärte daraufhin, dieses Stammkapital erscheine auf den ersten Blick zwar sehr gering, aber es müßten die erheblichen stillen Reserven berücksichtigt werden, über die Girmes verfüge.

Da stellt sich doch für jeden die Frage: Wenn Girmes schon über so viel stille Reserven verfügt, wieso wurde dann nicht versucht, diese zu kapitalisieren? Es ist doch das normalste auf der Welt, daß der Vorstand versucht, wenn ein Unternehmen sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, die stillen Reserven aufzulösen. Und daß dies geht, ja sogar gehen muß, zeigt die Erklärung des neuen Anteilseigners. Denn aus dessen Satz läßt sich nichts anderes schließen.

Sowohl nach dem alten als auch nach dem jetzigen Sanierungsprogramm wird die Girmes-Tochter Dülken Spinnerei in Viersen-Dülken geschlossen. Warum wurde also nicht schon im vorhinein versucht, einen Käufer hierfür zu finden, der mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags das akute Problem der Überschuldung und damit die Konkursgefahr gelöst hätte? Ja, warum wohl?

Die Kleinen voll bluten lassen

Je intensiver man sich den Fall Girmes zu Gemüte führt, desto mehr neigt man Hoffmanns Ansicht zu, daß die Deutsche Bank »auch hier wieder nach der Methode ›Klöckner-Genußscheine‹« die Kleinen voll bluten lassen will, während sich das Großkapital selbst die dicksten Brokken zuschanzt. Hierzu muß man noch wissen, daß an der Aris GmbH der Vorstandsvorsitzende der Hussel AG, Jörn Kreke, zu 15 Prozent beteiligt ist.

Wie geschickt die Banken vorgehen, soll auch der Fall der sogenannten Aktionärsvertreter und Berufsopponenten auf den Hauptversammlungen zeigen, den wiederum der »Effecten-Spiegel« aufgedeckt hat:

»Kurt F., der ursprünglich Assistent bei den Hoesch-Werken in Dortmund war und dort gefeuert wurde, weil er zu scharfe Opposition betrieb, fiel am Anfang seiner Karriere durchaus mit bemerkenswerter und scharfer Kritik auf.

Da er sich aber ausschließlich mit dem Aktiengeschäft und einer Vermögensverwaltung beschäftigte, geriet er eines Tages in große Schwierigkeiten. Er hatte sich verspekuliert, und zwar mit Krediten in zweistelliger Millionen-Höhe. Dabei haben ihn die Großbanken voll ins offene Messer laufen lassen, um ihm dann, wie es an der Börse so schön heißt, ›den Hals umzudrehen‹ und ihn ›einzusacken‹.

Man hat F. die Pistole auf die Brust gesetzt und ihm klar gesagt, daß er mit seinen Krediten nur dann nicht exekutiert würde, wenn er in Zukunft nur noch großkapitalfreundlich opponiere. Das sah dann so aus, daß man seitdem alle Reden vor den Hauptversammlungen mit ihm abstimmte. Damit es nicht zu dick auffiel, wurde ihm noch ein gewisser Spielraum für ›hauchzarte‹ Kritik erlaubt.

Echte Opposition wird abgewürgt

Seitdem spricht F. selbst davon, er mache nur noch ›konstruktive Opposition‹. Das sieht dann in der Praxis so aus, daß er mit ›viel Wind‹ auch schon einmal ein vorsichtiges Wort der Kritik über die Lippen bringt, sofern es bei den vermeintlich Angegriffenen um unwichtige Figuren, nie aber um Großbankiers in den betreffenden Aufsichtsräten geht. Aber das ist alles nur ein Sturm im Wasserglas.

Diese sogenannten Berufsopponenten werden deswegen vom Großkapital eingefangen, weil sie die Aufgabe haben, zu erwartende ›heiße Themen‹, insbesondere natürlich Mißmanagement, in bestimmten Bereichen anzuschneiden und gleich die entsprechende Entschuldigung mitzuliefern, um die Brisanz aus der Sache zu nehmen. Möglicher echter Opposition soll so von vornherein der Wind aus den Segeln genommen werden.«

Der »Effecten-Spiegel« fährt fort: »Warum das alles? Natürlich weil die Großbanken in den Aufsichtsräten sitzen, die Macht auf sich konzentrieren und jegliche Kritik von Anfang an durch dieses ausgeklügelte System abwehren. Echte Opposition wird so von vornherein abgewürgt und das Mißmanagement, das in vielen Fällen auf das Konto der Großbankiers geht, unter den Teppich gekehrt.

Und diese Macht reicht auch noch zu allem Überfluß bis nach Bonn. Eine gesetzliche Änderung des Depotstimmrechts hat Herrhausen bei Kohl verhindert oder zumindest auf die lange Bank geschoben. Lambsdorff aber klopft nur große Sprüche, um anschließend noch mehr umzukippen als damals schon Mende.«

Der Doppelsinn der Klage

Über die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) und ihre Verflechtungen zum Großkapital – unter anderem ist der Vizepräsident der DSW, Dr. Gerold Bezzenberger, Rechtsvertreter der Großbanken in vielen Prozessen, und Präsident ist niemand anderes als der FDP-Vorsitzende Lambsdorff – hatte CODE ebenfalls vor wenigen Ausgaben groß berichtet.

Nun hat die DSW aber eine Klage gegen die Deutsche Bank wegen der »Enteignung« der Klöckner-Genußscheininhaber erhoben, obwohl die Deutsche Bank stets erklärte, bei einem späteren Verkauf der von ihr übernommenen Beteiligung an Klöckner & Co. die Genußscheininhaber daran partizipieren zu lassen; unter anderem wurde die Klage mit dem Hinweis begründet, daß die aus illegalen Öl-Termingeschäften resultierenden Verluste weit geringer als erwartet ausgefallen sind. Dieses ist auf den ersten Blick sicherlich positiv zu bewerten, zumal einige barsche Worte gegen die Deutsche Bank gerichtet wurden und der Wortlaut der Klage auch sonst nicht schlecht ist, doch gilt es auch hier, einige Dinge zu berücksichtigen.

Interessant dabei ist, daß Herrhausen schon am 14. Dezember des vergangenen Jahres in Düsseldorf ankündigte, »daß unsere Verwertungsbemühungen gera-

Deutsche Bank

Im Mittelpunkt der Kritik

de von denen gestört und vielleicht sogar gefährdet werden könnten, an deren Vermögenseinbußen auch wir denken, wenn prozessuale Auseinandersetzungen sie beschweren. Hier wäre eine unbehelligte, zielstrebige Weiterentwicklung unserer Pläne sicher gerade auch im Hinblick auf die Erwartungen der Genußscheininhaber hilfreicher«.

Dies wurde an der Börse weitgehend so interpretiert, daß die Deutsche Bank damit die spätere Entschädigung der Genußscheininhaber – beispielsweise bei einer Börsenplazierung des Duisburger Handelshauses durch den verbilligten Bezug dieser Aktien – möglichst niedrig halten wolle. Der Kurs der Genußscheine am Tag der Notierungseinstellung hatte mit 111 Mark nur um eine Mark unter seinem Jahreshöchststand gelegen.

Millionen-Profit für die Bank

Nun macht eine zweite Version die Runde. Die Klage der DSW soll nicht gerichtlich geklärt werden, vielmehr soll sich die Deutsche Bank auf diese Klage berufend zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit erklären wollen. Ein außergerichtlicher Vergleich hat aber immer zur Folge, daß der Kläger weniger bekommt, als wenn die Klage zu seinen Gunsten entschieden worden wäre. Gewinner wären also beide.

Die DSW, deren Mitglieder massiv gegen das lange Zaudern ihrer Organisation im Fall Klöckner protestiert hatten, hätte ihr Gesicht gewahrt, könnte sogar »mit Stolz« darauf verweisen, daß sie die große Deutsche Bank zum »Einlenken« gezwungen habe. Und die Deutsche Bank macht neben einem Reibach von, wie an der Börse geschätzt, rund einer Milliarde DM durch den Verkauf oder die Börsenplazierung Klöckners, einen stattlichen Gewinn dadurch, daß die Genußscheininhaber sich mit 135 Millionen DM an der Sanierung beteiligt haben, nun aber nur, wie ebenfalls von Börsianern geschätzt, zwischen 70 und 80 Millionen DM zurückerhalten. Der Bank verbliebe bei Richtigkeit dieser Börsengerüchte also ein Gewinn von zusätzlich 55 bis 65 Millionen DM.

Ein weiterer Fall, bei dem die Deutsche Bank eine führende Rolle spielt, ist die geplante Fusion Daimlers mit dem Rüstungskonzern MBB. Dazu muß man wissen, daß die Deutsche Bank mit ihrem Anteil von 28,3 Prozent der Daimler-Aktien, ihrem Einfluß auf die Mercedes-Holding und mit den Depot-Stimmen ihrer Bankkunden praktisch die Verfügungsgewalt über Daimler hat; Aufsichtsratsvorsitzender Daimlers ist übrigens Herrhausen.

Ging bislang alles glatt, stimmte sogar die FDP, die kurz vorher noch allergrößte Bedenken gegen die Fusion angemeldet hatte, dieser zu – etwa zeitgleich erfolgte die überraschende Ernennung des früheren FDP-Bundeswirtschaftsministers und Dresdner-Bank-Vorstandssprechers Hans Friderichs zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden des europäischen Konsortiums Airbus Industrie –, so spielt nun auf einmal das Bundeskartellamt nicht mehr mit und verweigert, so jedenfalls »Der Spiegel«, der Fusion seine Zustimmung.

Der Duzfreund des Bundeskanzlers

Zeitgleich sollen hinter den Kulissen die Drähte zwischen der Deutschen Bank und der Bundesregierung beziehungsweise den sie tragenden Parteien heiß geglüht haben, da ein Veto des Bundeskartellamts durch die Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers überstimmt werden kann. Es soll nicht vergessen werden zu erwähnen, daß Herrhausen wirtschaftspolitischer Berater Kohls und gleichzeitig auch sein Duz-Freund ist.

Wie eng die Verflechtung Deutsche Bank – Bundesregierung anscheinend schon ist, wird aus den Worten von Professor Ulrich Immenga, dem Vorsitzenden der Monopolkommission, deutlich. Der Einfachheit halber soll hier aus einem Artikel der »Welt« vom 14. März 1989 zitiert werden:

»Immenga hat der Bundesregierung vorgeworfen, sich die Fusionspläne von Daimler-Benz und MBB zu sehr zu eigen gemacht zu haben. Es sei einem korrekten kartellrechtlichen Verfahren nicht zuträglich, wenn Staatssekretäre und Minister der Bundesregierung von Beginn an eng an dem Verfahren mitwirken, über das sie nach einer Ablehnung des Bundeskartellamts selbst eine unabhängige Entscheidung fällen sollen, meinte Immenga. Er verwies auf Äußerungen des Staatssekretärs Erich Riedl, der bereits eine Genehmigung der Fusion signalisiert habe. Ebenso sei Wirtschaftsminister Helmut Haussmann an den Verhandlungen beteiligt.

Zu den Fusionsplänen selbst wollte sich Immenga nicht äußern, da die Monopolkommission offiziell bisher nicht damit befaßt sei. Wenn die Bundesregierung nach einem ›Nein‹ des Bundeskartellamts eine Minister-Sondererlaubnis ins Auge faßt, muß sie die Stellungnahme der Monopolkommission einholen. Die Monopolkommission werde allerdings prüfen, ›ob sie überahupt zu einem Verfahren inhaltlich Stellung nehmen soll, dessen Ende politisch schon feststehen dürfte‹, sagte Immenga.« Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

Eine Macht ohne Kontrolle

»Der Spiegel« schreibt unter dem Titel »Dieser Mann potenziert das Problem« (gemeint ist natürlich Alfred Herrhausen, der »Cassius Clay des Bankwesens«, wie der »Effecten-Spiegel« schreibt): »Das Frankfurter Geldhaus hat sich in der Bundesrepublik längst als eine Art Nebenregierung etabliert. Mit 300 Milliarden DM übersteigt die Bilanzsumme der Bank den Umfang des Bundeshaushalts. Ein Viertel des Außenhandels läuft über die Konten des Instituts. Kein wirklich großes Geschäft, keine Entscheidung von Gewicht in der bundesdeutschen Wirtschaft, bei denen die Spitzen der Deutschen Bank nicht beteiligt wären.

Eine regionale Ballung von industrieller und finanzieller Kraft und Herrlichkeit, wie sie der Komplex Deutsche Bank heute darstellt, ist einzigartig in den demokratisch regierten Ländern der Industriewelt.

Es ist Macht ohne Kontrolle. Die Aktien der Deutschen Bank sind weit gestreut (dieses soll so nicht stimmen, angeblich soll die Rothschild-Gruppe über eine wesentliche Beteiligung verfügen, der Verfasser), Herrhausen und seine Kollegen zeichnen gegenüber einem Aufsichtsrat verantwortlich, der sich mehrheitlich aus ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Bank und aus treuen Geschäftsfreunden zusammensetzt. Die Auswahl dieser Räte trifft der Vorstand (obwohl es ja gemäß Aktiengesetz eigentlich genau umgekehrt sein müßte, der Verfasser), den Vorsitz dieses Gremiums übernimmt in der Regel ein ehemaliger Vorstandssprecher (derzeit Wilfried Guth, der Verfasser).

Es ist eine Machtfülle, die nur schwer mit den Erfordernissen eines demokratisch und marktwirtschaftlich organisierten Gemeinwesens in Übereinstimmung zu bringen ist. Marktwirtschaft und Demokratie zeichnen sich gemeinhin dadurch aus, daß Herrschaft nur für begrenzte Zeit verliehen wird und daß die Gewalt geteilt ist.« So weit »Der Spiegel«.

Herrhausens Pech mit Fiat-Aktien

Herrhausen versucht den Vorwurf der Machtfülle besonders im Zusammenhang mit Daimler-MBB dahingehend zu entkräften, daß selbst dieser Riesenkonzern im internationalen Vergleich noch lange nicht zu den größten Unternehmen dieser Art gehöre.

Er »vergißt« aber zu erwähnen, daß beispielsweise in den USA diese Riesenkonzerne trotz exorbitant höherer Bilanzsummen als Daimler-MBB angesichts des dortigen ebenfalls sehr viel höheren Bruttosozialprodukts und der großen Bevölkerungszahl noch lange nicht eine derartige Machtfülle sowohl finanziell als auch arbeitsmarktpolitisch innehaben wie die Deutsche Bank dann in der Bundesrepublik. Auch sind derartige Rüstungskonzerne in anderen Ländern oft im Staatsbesitz.

Beginnt also bereits der Fall Daimler-MBB langsam an Herrhausens Lack zu kratzen, so war

dies aber nicht sein einziger bisheriger Fehler.

In den vergangenen Jahren hatte die Deutsche Bank viele Unternehmen an der Börse plaziert, nicht immer mit Erfolg. Der größte Flop dabei war jedoch Puma, deren Aktienkurs kurz nach der 1986 erfolgten Emission bis auf rund 1500,– DM stieg und nach einem Tiefstkurs von rund 170,– DM nunmehr bei etwa 275,– DM vor sich hindümpelt. Grund hierfür waren hohe Verluste, speziell in den USA. Über die bei Puma bestehenden durchaus erkennbaren Gefahren hätte die Deutsche Bank aber als börseneinführende Bank Bescheid wissen und damit die Aktionäre vor großem Schaden bewahren müssen.

Rund eine halbe Milliarde DM kostete die Deutsche Bank die absolut fehlgeschlagene Fiat-Plazierung, was die angesehene Zeitschrift »Euromoney« als »Fiatsco« bezeichnete. Die Bank hatte 1986 für rund zwei Milliarden DM Fiat-Aktien, die dem libyischen Staat gehörten, übernommen, um diese dann an der Börse zu verkaufen. Ihr Pech war dann aber, daß das Kaufinteresse sehr gering und die Bank auf einem Teil der Aktien sitzen blieb. Neben den etwa 500 Millionen DM büßte die Deutsche Bank aber, was vielleicht für sie noch schlimmer ist, international viel an Prestige ein.

Die Verbindung zum Lucona-Skandal

Herrhausen gehört zwar zu den »Vätern« des Europäischen Binnenmarkts, nichtsdestoweniger ist die Deutsche Bank eigentlich nur sehr unvollkommen darauf vorbereitet. Bisher ist die Bank lediglich in Italien und, mit Einschränkung, in Spanien für den Binnenmarkt gerüstet. Völlig unzureichend ist dagegen die Präsenz in den wichtigen EG-Ländern Frankreich und Großbritannien mit insgesamt nur vier Stützpunkten.

Und nun passierte Herrhausen ein weiterer Fehler. Hierzu »Der Spiegel«: »Ohne die notwendige Genehmigung der Madrider Behörden versuchte Herrhausen im vergangenen Jahr, der Deutschen Bank eine Mehrheit an der spanischen Bancotrans zu verschaffen. Als die Spanier davon Wind bekamen, kürzte die Notenbank die Kreditlinien. Herrhausen mußte erst einmal den Rückzug antreten und verlor wertvolle Zeit.«

Und auch Daimler bereitet dem Deutsche-Bank-Vorstandsvorsitzenden nicht nur Freude. So war im vergangenen Jahr im Lkw-Geschäft, der einzig wirklich profitablen Sparte des Konzerns, ein drastischer Ertragseinbruch zu verzeichnen. Und obwohl die Produktion bei Mercedes mittlerweile deutlich gesenkt wurde, sollen derzeit mehr als 30 000 Mercedes-Autos weltweit auf Halde stehen.

Zu einem gefährlichen Stolperstein könnte sich für Herrhausen jetzt aber seine vom »Spiegel« aufgedeckte Verbindung zu dem Österreicher Udo Proksch werden, der dafür gesorgt haben soll, daß 1977 der Frachter »Lucona« im indischen Ozean mit sechs Mann Besatzung in die Luft gesprengt wurde. Die Beziehung zwischen Herrhausen und Proksch, die als Urlaubsbekanntschaft begann, war laut »Spiegel« so eng, daß sich beide Männer sogar duzten, was zumindest bei Herrhausen sicherlich nicht alltäglich ist.

Es ging natürlich auch um Waffen

Im Spätherbst 1983 bat Proksch dem »Spiegel« zufolge Herrhausen, bei der Suche nach geeigneten Firmen für den Bau einer Erdgasverflüssigungsanlage in Ungarn um Hilfe. In seinem Antwortbrief (die Anrede soll »Lieber Udo« und die Unterschrift »Dein Alfred« gelautet haben) habe Herrhausen Proksch dann an die bundesdeutschen Firmen Linde und Lurgi weiterverwiesen. Kontakte könne er (Herrhausen) »selbstverständlich jederzeit« herstellen.

»Der Spiegel« weiter: »In einem anderen Schriftverkehr aus demselben Jahr – damals stand Proksch schon unter massivem Verdacht, die ›Lucona‹ versenkt zu haben – ging es um Waffen.

Am 20. Oktober telexte Proksch einen Einkaufszettel an Herrhausen (Anrede: ›Lieber Doktor‹). Er brauche, so der Österreicher, für ein asiatisches Land mehrere Kriegsschiffe mit Waffen und Elektronik. Proksch fragte Herrhausen, ob die Möglichkeit bestünde, die ›Ware über Deine ev. Kontakte‹ zu beziehen. ›Über Finanzierung‹ sei noch nicht gesprochen worden. Einige Tage später telexte Herrhausens Büro Proksch eine Empfehlung des Bankiers in die Walfischgasse 12 nach Wien. Proksch solle sich an Herrn Henke, Vorstandsvorsitzender der Bremer Vulkan-Werft, wenden.

Herrhausen und Proksch hatten mindestens bis ins Jahr 1985 hinein noch miteinander zu tun. Am Nachmittag des 13. Februar – Proksch hielt sich damals vor dem Gericht in Wien versteckt – flog der Waffenhändler zu Herrhausen nach Frankfurt, unmittelbar im Anschluß an einen heimlichen Besuch bei dem im Burgenland kurenden damaligen Außenminister Gratz. Proksch kehrte mit der letzten Maschine nach Wien zurück. Gut 24 Stunden später wurde er verhaftet.

Bei seiner Vernehmung durch die Polizei behauptete Proksch am 26. Februar, er habe am Vormittag mit Gratz über Ölgeschäfte eines Freundes in Indonesien gesprochen. Bei seinem Herrhausen-Besuch sei es um seine Mitwirkung beim Verkauf von Flick-Aktien an arabische Finanzgruppen gegangen. Herrhausen dazu: ›Totaler Blödsinn.‹

Der Name von Rolf Breuer macht die Runde

Was an dem grauen Februar-Tag in der Deutschen Bank in Frankfurt wirklich besprochen wurde, weiß der Bankier allerdings auch nicht zu sagen. Herrhausen: ›Ich kann mich nicht erinnern.‹«

Angesichts all dieser oben geschilderten Vorfälle und angesichts der Tatsache, daß Herrhausen dem Vernehmen nach sowohl innerhalb der Deutschen Bank als auch anderen Banken gegenüber einen kalten, rücksichtslosen Stil fahren soll, erscheinen dann Gerüchte glaubhaft, daß die Opposition gegen ihn von Tag zu Tag größer und auch massiver wird.

So soll Herrhausen sehr wohl vorgehabt haben, den Aufsichtsratsvorsitz bei Krupp zu übernehmen. Der Restvorstand der Deutschen Bank soll aber nach mehrstündiger Diskussion sein Veto hierzu verkündet haben, so daß Herrhausen nichts anderes übriggeblieben sei, als sich dem, wenn auch nur widerwillig, zu beugen.

Andere Gerüchte besagen, daß speziell die Commerzbank und die Dresdner Bank – aber auch andere Banken – nur darauf warten sollen, daß er wieder einen Fehler begeht, um dann gemeinsam gegen ihn vorzugehen.

Im Interesse der Internationalisten

Und auch bei den eigenen Vorstandskollegen soll Herrhausens Machtfülle zunehmend ein Dorn im Auge sein. Aus glaubhaften Quellen stammende Gerüchte machen die Runde, wonach Herrhausens Alleinherrschaft – bis 1988 hatte die Bank nach dem Ausscheiden Abs immer zwei Vorstandssprecher gehabt – bald zu Ende sein soll und er sich den Vorstandsvorsitz wieder teilen muß.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Name von Rolf Breuer genannt. Und es würde auch passen: Im früheren Gespann Guth – Christians war der jetzige Aufsichtsratsvorsitzende für das Auslandsgeschäft und Christians für das Wertpapiergeschäft zuständig. Während Herrhausen ebenfalls im internationalen Geschäft groß geworden ist, kommt Breuer aus dem Wertpapiersektor.

Ganz egal, wer es nun wird. Eines steht fest, Herrhausen muß gestoppt werden. Nicht aus persönlichen Gründen. Nein, hinter dem kalten Äußeren soll sich dem Vernehmen nach ein einfühlsamer, umgänglicher Privatmensch verbergen. Man könnte diese Machtfülle auch tolerieren, wenn Herrhausen sie ganz im Sinne Deutschlands einsetzen würde. Da dies aber nicht der Fall ist, sondern Herrhausen, der auch stets an den Bilderberger-Treffen teilnimmt, die deutschen Interessen den Zielen des Internationalismus unterstellt, wäre ein durchgreifender Wechsel in der Führungsetage der größten deutschen Bank vonnöten. Eine Möglichkeit hierfür wäre das Erstarken einer wahren nationalen Partei, die konsequent deutsche Interessen vertritt. □

Banker

Ausplünderung der dritten Welt

James Harrer und Martin Mann

Eine Allianz zwischen unkorrekten Bürokraten und sich selbst bedienenden Bankern plündert die Weltwirtschaft in einer stählernen Schuldenfalle aus. Für diese neue Elite von Finanziers und Funktionären waren die Vergünstigungen wie Macht, Profite und Rückkäufe enorm. Die Verlierer sind die Arbeiter und Angestellten, der Mittelstand, deren Zorn sich über Steuern, direkte oder indirekte Abgaben langsam bis zur Explosion steigert.

»Die Schulden schwellen Jahr für Jahr an. Ebenso der Geldstrom, der sie stetig steigen läßt«, kommentiert Professor Tristram Garay Losado, ein peruanischer Wirtschaftler, der ein Jahr als Gastgelehrter in den Vereinigten Staaten verbringt. »Mehr als die Hälfte dieses riesigen Bargeldstroms verschwindet in Rattenlöchern des Betrugs, der Übervorteilung, der Verschwendung und der Lügen. Kein Wunder, daß die Leute ärgerlich werden.«

Ein Durcheinander aus Lügen und Täuschung

Andere Experten, die im Verlauf einer wochenlangen Ermittlung zur Überprüfung der Verschlechterung des Standes der Schuldenkrise befragt wurden, stimmten mit dieser Absicht bis auf einige unwichtige Details überein.

»Wenn wir das internationale Zahlungsproblem diskutieren, sollten ›Lügen‹ zuerst erwähnt werden. Dieses Unglück wurde in einem Durcheinander von Unwahrheiten und Täuschung geboren«, sagte Dr. Vernon Byatt, ein ehemaliger Wirtschaftslehrer an der University of California, der jetzt eine eigene Firma leitet. »Rockefeller, Armacost und Wriston lösten einander ab, der Öffentlichkeit zu erzählen, daß die Milliarden, die sie an mittellose Nationen ausgeben, zur Förderung des Fortschritts, zur Ankurbelung der Produktion und zur Anhebung des Lebensstandes eines jeden Bürgers bestimmt sind. Dies waren nicht nur Lügen. Wie wir jetzt erkennen können, gehörten sie zu den größten Lügen der Geschichte.«

Eine Überprüfung der Nachrichtenarchive bewies, daß Byatt recht hatte. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre hielten David Rockefeller, Samuel Armacost und Walter Wriston – die seinerzeit Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der drei führenden amerikanischen Großbanken, Chase Manhattan, Bank of America und Citybank, waren – Dutzende von Reden, in denen sie internationale Anleihen als Hauptstraße zum Fortschritt und Wohlstand für die weniger entwickelten Länder priesen.

Schmeicheleien der Banker

Was geschah mit den Regierungen, die die Schmeicheleien und Anleihen der Banker für bare Münze genommen haben? Um dies herauszufinden, überprüften wir die wirtschaftlichen Bedingungen in drei größeren lateinamerikanischen Republiken, die als Großkreditnehmer bekannt sind:

Mexiko ist ein Fall wie aus dem Bilderbuch für durch Schulden hervorgerufene Auf- und Niedergänge. Nach Jahren eines unechten, auf Borgen basierenden Booms begann hier die Schuldenkrise offiziell im August 1982 mit der Ankündigung, daß die Nation ihren Verpflichtungen in Zusammenhang mit den Anleihen nicht nachkommen könne.

Heute »verdienen mexikanische Arbeiter an Reallöhnen nur noch etwa die Hälfte dessen, was sie 1982 in der Lohntüte hatten«, sagte der Wirtschaftskorrespondent Juan-Baptista Pedroso, der aus New York City für eine Gruppe von Nachrichtenorganisationen in Mexiko City berichtet.

»Die Preise sind um etwa 200 bis 300 Prozent gestiegen. Was die Lohnempfänger am härtesten traf, ist die Tatsache, daß die Kosten der gewöhnlichsten Verbrauchsgüter und Dienstleistungen – Mehl, Salatöl, Reis, elektrische Energie, Wasser, Busfahrscheine – am steilsten in die Höhe geschossen sind.«

Die Wirtschaft liegt in Trümmern und die Unzufriedenheit unter der arbeitenden Bevölkerung entwickelt sich langsam zur offenen Rebellion. »Ich glaube, wir nähern uns in Mexiko dem Zerreißpunkt«, sagte Pedroso. »Die Arbeitslosigkeit lag 1982 um 10 Prozent herum. Jetzt liegt sie bei 22 Prozent, aber das ist nur die amtliche Ziffer; in Wirklichkeit kann fast die Hälfte der Arbeiter keine feste Vollzeitbeschäftigung finden. Ich befürchte, daß uns eine Explosion ins Haus steht.«

In Brasilien sind Schulden »wie eine Droge«. Nach einem kurzen Hoch haben wir Jahre der Depression«, sagte Jaquito Teixeira, ein leitender Beamter, der die Miami-Zweigstelle eines größeren brasilianischen Schuhwaren- und Kunststoff-Konsortiums leitet. »Wie Mexiko erlebten wir Jahre der Vollbeschäftigung und des schnellen Wirtschaftswachstums in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren, als wir uns auf einer vergnügten Bierreise des Borgens befanden. Nun müssen wir den Preis dafür zahlen.«

In den letzten fünf Jahren war die brasilianische Volkswirtschaft entweder stagnierend oder im Schrumpfen begriffen. Die Arbeitslosenziffern, die angeblich zwischen 40 und 50 Prozent liegen, werden nicht mehr amtlich registriert. Die Inflation beläuft sich derzeit auf über 1000 Prozent pro Jahr.

»Wenn Sie die größeren Städte verlassen«, sagte Teixeira, »dann sehen Sie Tausende zerlumpter Kinder, die in der Landschaft umherstreifen. Von ihren zerbrochenen, entwurzelten Eltern im Stich gelassen, jagen sie wie hungernde Tiere nach Nahrungsmittelbrocken. Die alles zerfressenden Schulden haben unsere Wirtschaft ruiniert.«

Tausend Prozent Inflation

Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires war einst als zweites Paris bekannt – Lateinamerikas Lichterstadt. »Jetzt gibt es nur noch Licht für ausländische Diplomaten, Polizeibeamte und Notärzte«, sagte Geoffrey Truett, ein amerikanischer Geschäftsmann, der kürzlich nach Washington zurückkehrte, nachdem er sich fast ein Jahrzehnt als Einkäufer für eine Konserven- und Fleischverpackungsfirma in Argentinien aufgehalten hatte.

»Die Schulden haben Argentiniens Devisenreserven bis zu einem katastrophalen Tiefstand erschöpft. Es ist kein Geld vorhanden für Treibstoff und nicht genügend elektrische Energie, um über die Runden zu kommen. An den meisten Tagen in der Woche wird der Strom teilweise abgeschaltet, so daß etwa ein Drittel von Buenos Aires ohne elektrische Energie auskommen muß.

Die gleiche harte Rationierung schränkt den Busdienst und andere öffentliche Verkehrsmittel ein. Angestellte, denen es gelingt, ihre Arbeitsplätze zu behalten – die Massenarbeitslosigkeit breitet sich immer weiter aus –, finden, daß sie nur drei Stunden pro Tag arbeiten.

Es ist Ironie, wenn man sich an die rosigen Vorhersagen erinnert, die eine bessere Produktivität und mehr Fortschritt versprachen, und die Argentinien von jedem Banker zu hören bekam, als es in den späten siebziger Jahren zu einer Hauptschuldnernation wurde.

Auf lange Sicht müssen sich die in der Falle sitzenden Schuldnerländer irgendwie von ihrer Unterdrückung durch die Banker freimachen oder einer sozialen Explosion ins Auge schauen.« □

Banker

Profite durch Macht-mißbrauch

C. Gordon Tether

Um den neuen Formen des finanziellen Piratentums ein Ende zu bereiten, wird es notwendig sein, viel mehr zu tun als Steuersysteme auf den neuesten Stand zu bringen.

Der amerikanische Abgeordnete Byron Dorgan hat der ganzen Weltgemeinde einen wertvollen Dienst erwiesen, indem er die Aufmerksamkeit des neuen amerikanischen Kongresses auf die Notwendigkeit eines unverzüglichen Handelns lenkte, um die amerikanischen Arbeiter und die US-Wirtschaft davor zu schützen, was er »die Gier der Firmenplünderer« nannte, um die zerstörerische Praxis der »leveraged buyouts« – durch Leihkapital finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften durch Investmentfirmen – einzudämmen.

Die gleiche Technik wird weltweit angewandt

Es sind nicht nur die Vereinigten Staaten und ihre Bürger, die ernsthaft von dem Vormarsch dieser neuen Erscheinung in der Finanzwelt bedroht werden.

Firmenplünderer, die die gleiche Technik anwenden, toben sich inzwischen weltweit in stetig steigendem Umfang aus, vor allem natürlich in den reichen Industriestaaten. Sogar die Riesen unter den weltweit agierenden Unternehmen werden inzwischen als geeignete Ziele anvisiert.

Nichts konnte die Sachlage besser demonstrieren als der riesige transatlantische Streit, der über der Frage wütete, wem die größten Elektrokonzerne der Welt und ihre Imperien gehören sollen, und in dem sowohl europäische als auch die amerikanischen Firmen des General Electric Konzerns tief verwickelt waren.

Der »durch Leihkapital finanzierte Aufkauf«, das muß erklärt werden, hilft den Unternehmen jeder Größenordnung dabei, feindliche Angebote für andere Konzerne in ihrer Sichtweite – darunter viel größere – von Stapel zu lassen, indem sie sie in die Lage versetzen, Bankfinanzierungen locker zu machen, um irgendwelche geeigneten Mittel, die sie vielleicht selbst besitzen, zu ergänzen.

Die Gesetzgebung, die Dorgan dem US-Kongreß vorlegen wird, zielt darauf ab, den Firmenplünderern, die diese Technik anwenden, einen Stein ins Getriebe zu werfen durch Beseitigung eines Aspekts der amerikanischen Steuervereinbarungen, der die Ausbreitung derartiger Aktivitäten ermutigt – nämlich die Tatsache, daß die Zinsen, die auf für diesen Zweck geliehene Gelder gezahlt werden, von der Steuer abgezogen werden können.

Da dem Geschäft der durch Leihkapital finanzierten Firmenaufkäufe ein Teil des Gewinnes entzogen wird, würde eine solche Maßnahme offensichtlich hilfreich sein.

Aber die bloße Tatsache, daß diese Form der Finanztätigkeit zu einem wesentlichen Merkmal der Geschäftsszene wird in Ländern, wo die Funktion des Besteuerungssystems sich nicht so sehr zu deren Gunsten auswirkt als in den Vereinigten Staaten, ist höchst bemerkenswert. Dies bedeutet nämlich, daß man bei einem wirklich wirksamen Versuch, mit dem Problem fertigzuwerden, schon viel tiefer graben muß.

Eine erste Notwendigkeit besteht natürlich darin, die kommenden Regierungsgewalten davon zu überzeugen, daß sie nicht das Recht haben, träge beiseite zu stehen, während Finanz-Freibeuter das Industrie- und Handelswesen völlig umkrempeln, in, wie Dorgan es ausdrückte, »einer Orgie von Fusionen und Neuerwerbungen« – ein Verkehr dessen Hauptzweck darin besteht, eine kleine Minderheit, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Gemeinschaft als Ganzes, zu bereichern.

Eine Orgie von Fusionen und Übernahmen

Leider hat die Hauptbeschäftigung der zuständigen Behörden in den führenden Ländern in den letzten Jahren mit der Stärkung der Rolle von Marktkräften bei der Ordnung des Wirtschaftslebens dazu geführt, daß man den potentiell bösartigen Auswirkungen solcher Neuerungen, wie der durch Leihkapital finanzierte Aufkauf von Firmen, weiterhin ein blindes Auge zukehrt.

Es ist ganz klar höchste Zeit, daß diese neue aggressive Verhaltensweise zum Gegenstand einer gründlichen Studie gemacht wird, mit dem Ziel, festzustellen, was getan werden sollte, um die Interessen der breiten Öffentlichkeit abzusichern. Und das Wichtigste, worauf man die Aufmerksamkeit lenken muß, ist die Rolle, die in dem Firmenaufkaufgeschäft von der internationalen Bankgemeinde gespielt wird.

Denn es kann wenig Zweifel darüber bestehen, daß dieser Geschäftsverkehr niemals die gefährlichen Ausmaße angenommen hätte, wie es tatsächlich geschehen ist, hätte es nicht die Bereitschaft der Banken gegeben, eine praktisch unbegrenzte Versorgung mit Krediten zur Anheizung der Angebote der Firmenplünderung.

Der Hang zu neuen Krediten

Es mag überraschend erscheinen, daß Banker sich dazu bereit erklärt haben, die traditionellen Anforderungen der Bankvorsicht soweit beiseitezuschieben, daß sie jetzt weitgehend in Transaktionen solch zweifelhafter Art verstrickt sind, um so mehr als ihre Verwicklung in diese Angelegenheit oft dazu führt, daß sie sich gegenüber langjährigen Kunden unloyal verhalten müssen.

Es hat den Anschein, daß ihre Gier durch die Leichtigkeit genährt wird, mit der sie Kredite praktisch aus dem blauen Dunst herbeizaubern können.

Dank der Internationalisierung der Geldmärkte, die in allen fortschrittlichen Ländern Brust an Brust mit dem Fortschritt der Entregulierung des Finanzwesens einherging, steht es Banken jeder Größenordnung jetzt frei, jeden Kredit herbeizuschaffen, wenn sie für ihn eine Verwendung finden. Falls sie durch Beschränkungen in ihren Heimatländern in irgendeinem Ausmaß daran gehindert werden, dies zu tun, dann können sie vom internationalen Markt Gebrauch machen, um einen Ausweg zu finden. Denn auf diesem Gebiet herrscht in jeder Hinsicht ein völliger Mangel an irgendeiner Form der amtlichen Oberaufsicht.

Was dies für die weltweite Kreditbeschaffung bedeutet, kann man an den vom Internationalen Währungs-Fonds erstellten Zahlen für Auslandsguthaben der Depositbanken ablesen. Sie sind in jedem Jahr seit Anfang der achtziger Jahre um 100 Milliarden Dollar und darüber hinaus gestiegen und stehen nun – mit fast 5 Billionen Dollar – fast zweimal so hoch wie Anfang der achtziger Jahre. Dies ist natürlich eine Wachstumsrate, die die für das Wirtschaftswachstum über diesen Zeitraum hinweg benötigten Zahlen bei weitem überschreiten.

Da es so leicht ist und wenig kostet, sich einen Kredit zu besorgen, besteht unvermeidlich kein Hang dazu, sich über die Möglichkeit, ihn bei risikoreichen Unternehmen wieder zu verlieren, allzu große Gedanken zu machen.

Dies mag zwar für die Bankgemeinschaft einen Sinn geben, denn sie hofft, daß solche Unternehmen reiche Gewinne einbringen können. Aber es besteht kein Grund dafür, warum die Interessen der breiten Öffentlichkeit auf dem Altar der gierigen Banken geopfert werden sollen. □

Absprachegremien

Countdown im Handelskrieg

Peter Blackwood

Der Countdown für einen Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft (EG) läuft. Mit Wirkung vom 1. Januar 1989 sollte die EG eingeführtes amerikanisches Rindfleisch, das mit wachstumsfördernden Hormonen behandelt worden ist, aus dem Handel nehmen. Als Gegenschlag ordnete die US-Regierung an, daß einer Reihe von Einfuhrgütern aus Europa die vollen Zolltarife auferlegt werden sollen. Die Aufstellung enthält italienische Dosentomaten, französischen Käse, deutsche Fleischprodukte, dänischen Schinken und Haustierfutter. Man erwartet, daß die EG dann gegen die Einfuhr von Obst und Gemüse aus den USA einschreiten wird und die Vereinigten Staaten nachträglich alle Fleischimporte aus Europa mit Strafzöllen belegen werden.

Die sich anbahnende Obst- und Gemüseschlacht ist die zweite Hauptreibungsursache, die zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zusammengetrommelt wurde. Die erste war Ronald Reagans ausdrücklich übernommene Verpflichtung, alle sogenannten Subventionen auf landwirtschaftliche Produkte bis zum Jahr 2000 weltweit zu beseitigen. Dieser Disput trug zum Zusammenbruch der GATT-Gespräche Anfang Dezember 1988, die in der sogenannten Uruguay-Runde im kanadischen Montreal stattfanden, bei.

Beide Seiten arbeiten zusammen

Dritter Reibungspunkt ist die Beschwerde, die als Ergebnis einer Aktion der amerikanischen Copper and Brass Fabricators nun vom US-Office of the Trade Reprensentative untersucht werden soll. Man beschuldigt die EG-Staaten der »räuberischen Preisgestaltung« bei Kupferschrott, mit dem Ziel, Schrottausfuhren aus dem amerikanischen Markt herauszuhalten und in Amerika höhere Preise zu erzwingen als sie in Europa vorherrschen.

Anders als die heraufkommende Obst- und Gemüseschlacht greift diese neue Beschwerde mitten in die interne europäische Preisbildung und Produktionspolitik hinein, und das, bei einem Schlüssel-Industrieprodukt, das für alle metallverarbeitenden Industrien lebenswichtig ist.

Das Merkwürdige an diesem Handelskrieg, und worüber man einmal nachdenken sollte, ist jedoch die Tatsache, daß beide Seiten ziemlich munter zusammengearbeitet haben, um ihn zu organisieren. Auf beiden Seiten des Atlantiks sind die kriegschürenden Seiten innerhalb der Brüsseler europäischen Gemeinde und innerhalb der amerikanischen Regierung Befürworter von David Rockefellers Trilateraler Kommission und der hinter dieser Körperschaft stehenden Finanzmachtzentren.

Es ist kein wirklicher Krieg, sondern ein Scheinkrieg, den beide Seiten haben wollten. Noch bevor die Tomaten und das Obst, mit denen geworfen werden soll, angefangen haben zu faulen, steigt aus den derzeit im Gange befindlichen Preliminarien ein deutlich wahrnehmbarer Gestank empor.

Die Entwicklungen im Handelskrieg sollte man in Verbindung mit der andauernden transatlantischen Kampagne sehen, die seit dem Bombenanschlag auf den PamAm-Flug 103 über Lokkerbie kurz vor Weihnachten eskaliert ist, und die darauf hinausläuft, daß militärische Schritte gegen mutmaßliche oder angebliche Produktionsanlagen für chemische Waffen in Libyen unternommen werden sollten.

Es ist anzunehmen, daß die Forderung, »Libyen zu bombardieren«, sich nicht unbedingt gegen Libyen selbst richtet, sondern eher als Deckname für eine Operation dient, die auf etwas anderes hinzielt. Zum Beispiel der Deckname für Pläne, die für militärische Einsätze gegen Pan-Am oder für eine breitere Konfrontation innerhalb des Nahen Ostens, zum Beispiel Israel und Syrien, angefertigt werden.

Die Umformung hinter der Nebelwand

Die Kampagne unter dem Namen: »Bombardiert Libyen«, begann eigentlich schon, bevor der PanAm-Flug 103 heruntergeholt wurde, und wurde in vertraulichen Besprechungen und Diskussionen, die vom damaligen US-Außenminister George Shultz ausgingen, an anderen Stellen aufgeheizt. Seit dem Bombenanschlag auf den Pan Am-Flug wurde die Forderung subsumiert unter dem Ruf nach Vergeltung gegen die Täter dieses scheußlichen Verbrechens.

Sowohl der Scheinhandelskrieg als auch das Einsatzgeschrei unter dem Decknamen »Bombt Libyen«, haben vermutlich ihren Ursprung in den gleichen Kreisen und sind vermutlich auf das gleiche Ziel gerichtet. Wer in den Kreisen des Lord Victor Rothschild und seinen Bundesgenossen wie den ehemaligen britischen Premierministern Harold Wilson und Edward Heath nahestehenden britischen Geheimdienst Untersuchungen anstellen würde, käme den Dingen zweifellos sehr nahe.

Es ist anzunehmen, daß beide Operationen als Nebelwand geplant sind, zur Verschleierung der Bemühungen zur Umformung der institutionalen Beziehungen zu den finanziellen und politischen Strukturen der Allianz in der vor uns liegenden Zeit, die im Januar begonnen hat und sich über das nächste halbe Jahr erstrecken wird.

Was eine solche Neuordnung der Institutionen sein könnte und was die Russen dabei tun werden, denn sie haben sowohl hinsichtlich der Finanzpolitik als auch unter dem Kessel des Nahen Ostens ihre eigenen Eisen im Feuer um ihre Vorteile wahrzunehmen und ihr Engagement, die Bundesrepublik Deutschland vom atlantischen Bündnis zu trennen, durchzusetzen, sind verschiedene Fragen. Die Nebelwand soll besonders an der Finanzfront jene Schritte tarnen, die eine tiefgehende Beziehung zu beiden haben werden, da, wie so oft in der Vergangenheit, Krieg und Wirtschaft die Mittel der Destabilisierung sind, mit denen Neuordnungen der finanziellen und institutionalen Macht herbeigeführt werden.

Der Treiber ist die ständig schlimmer werdende Konkurskrise des auf dem Dollar basierenden Kreditsystem. Da diejenigen, die die Entscheidung getroffen haben zum Handelskrieg überzugehen, dies im Lichte dessen taten, was einige der vorhersehbaren Konsequenzen einer solchen Handelsweise sein könnten, muß die Entscheidung darüber, so zu verfahren, weiterhin bedeuten, daß die gleichen Mächtigen auch zu der Ansicht gekommen sein müssen, daß die Krisenmanagement-Methoden, die in den letzten Jahren angewendet wurden, um Krisen und Kaufzeit einzudämmen, nicht mehr anwendbar oder ausreichend sind.

Ob diese Charaktere begreifen, womit sie spielen oder die Art von Kettenreaktion, die sehr leicht daraus entstehen kann, unter Kontrolle bringen können, ist eine ganz andere Sache. Bei ihrer unbegrenzten Weisheit hat ihre Motivation zweifellos mit der Herbeiführung einer Art von Schock zu tun, die den Willen der jetzigen amerikanischen Bush-Regierung brechen und deren Unterwerfung unter jene Art von drakonischer Sparpolitik erzwingen wird, wie sie von den internationalen Gläubigern der Vereinigten Staaten verlangt werden.

Neuauflage der Weltwirtschafts-Krise

Es gibt Außenstände von ungesicherten Obligationen im Werte von über 20 Billionen Dollar, die den Kern der Konkurskrise des Dollar-Systems bilden. Der zwi-

schen Europa und den Vereinigten Staaten ausgelöste Handelskrieg wird diesen Berg von Papier ins Ungleichgewicht bringen, und zwar unter Bedingungen, unter denen das Wirtschafts- und Finanzsystem auf jeden Fall mehr als reif für eine weitere Serie von einseitigen Zusammenbrüchen wäre.

Das Profil im allgemeinen wäre wie eine Neuauflage der sogenannten protektionistischen Smoot-Hawley-Gesetzgebung der dreißiger Jahre. Die damalige Übernahme dieses legislativen Pakets wird generell, wenn auch irrtümlich, als Ursache des Bankenkrachs angesehen, der 1933 eintrat, als die Wirtschaft steil in die Depression stürzte.

Dieses Mal wäre es jedoch viel, viel schlimmer. Damals wurden die Zolltarife von konkurrenzfähigen Währungsabwertungen begleitet und gefolgt von Anstürmen auf die Banken. Damals war der Zusammenbruch die Folge einer Politik, die unter der Regierung von Calvin Coolidge übernommen und durchgesetzt wurde und unter der man die Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigung aushöhlte, um einer ungezügelten Spekulation und dem Kreditwucher zu frönen, die dann zu dem Börsenkrach vom Oktober 1929 führten. Nachträglich verschärft mit Forderungen nach der Beschneidung von Haushaltsausgaben, wie es jetzt geschieht, rief diese Smoot-Hawley-Gesetzgebung den Bankenzusammenbruch von 1933 hervor.

Damals unterschied sich jedoch das Verhältnis zwischen Welthandel und Welt-Geldspekulation himmelweit von dem, was heute daraus geworden ist. Heute beläuft sich der Welthandel als Ganzes auf etwa 1,5 Billionen Dollar, wobei der amerikanische Anteil ungefähr ein Drittel ausmacht. Außerdem sind in der einen oder anderen Form spekulativer Tätigkeit noch Finanzgeschäfte in der Höhe von etwa 30 Billionen Dollar vorhanden.

Doch letztendlich müssen jene Spekulationsgelder gegen Forderungen auf verkaufte Waren und die Produktionskapazität und Arbeitskräfte, die diese Güter erzeugen, abgesichert werden. Ein Handelskrieg wird höchstwahrscheinlich dazu beitragen, eine wilde Jagd aus den im wesentlichen ungesicherten Papieren heraus in eine verzweifelte Suche nach greifbaren Werten provozieren.

Hinter den Kulissen des abgekarteten Spiels

Gegen eine solche Eventualität würde sich die Bankkrise von 1933, die zu Roosevelts Schließung des Systems als Ganzes am Bankfeiertag führte, wie ein echtes Ferien-Picknick ausmachen. Und doch wird uns versichert: »Es kann nicht wieder geschehen.« Oder: »Nun, es kann noch einmal passieren, wenn die Dinge schieflaufen, aber wir haben sie im Griff.«

Wer, bitteschön, wird den Zusammenbruch mit umgekehrter Hebelwirkung von Wertpapieren in der Höhe von, sagen wir mal 5 bis 7 Billionen Dollar, unter Kontrolle bringen? Bestimmt nicht die Leute, die darauf bestehen, daß es nicht noch einmal geschehen kann. Sie wissen nicht einmal, was in der wirklichen Welt vor sich geht.

Obendrein besteht in den Vereinigten Staaten die latente Gefahr einer immer größer werdenden Katastrophe des zahlungsunfähigen Wirtschaftlichkeitssystems und des Verhältnisses zwischen diesem System und den durch die Regierung nach dem Motto »full faith and credit« (volles Vertrauen und Kredit) abgesicherten Hypothekenwertpapieren in Höhe von 900 Milliarden Dollar und dem spekulativ aufgeblähten nationalen Immobilienmarkt.

Hinter den Kulissen dieses abgekarteten Spiels sitzen die Leute um Victor Rothschild und David Rockefeller. Sie nutzen ihre Chancen, hinter der Nebelwand des Handelskriegs und der Konfrontation im Nahen Osten verborgen, durch gezielte Machenschaften die Veränderungen in der institutionellen Finanzmacht herbeizuführen. Sie wissen natürlich, worum es geht, und sie haben das Krisenpotential geschaffen, das jetzt drauf und dran ist, zu explodieren und das die Sprengkraft in sich birgt, nicht nur sie und ihr geliebtes System, sondern uns alle auszulöschen. □

Neue Weltordnung wird forciert

James P. Tucker

Die Hauptspieler hinter der Schatten-Weltregierung sind in ihrer Kampagne, die Sowjetunion in eine neue Weltregierung einzugliedern, viel weiter fortgeschritten als die Berichte der Medien des Establishments über das Treffen der Trilateralen Kommission mit Michail Gorbatschow am 18. Januar 1989 erkennen lassen.

Informationsquellen in Moskau und im Büro der Trilateralen Kommission in New York besagen, daß »innerhalb weniger Jahre« die Sowjetunion ein Vollpartner der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer Kanäle zur Transferierung von amerikanischen Dollar in Länder überall in der Welt sein wird.

Eine neuartige Vision der Welt

Durch die ganze langgezogene Sitzung zwischen Gorbatschow, seinen Spitzenhelfern und den Führern der Trilateralen Kommission als auch ihrer Schwestergruppe, den Bilderbergern, hindurch wurden die Schlagwörter für die Weltregierung herausgeschleudert: »gegenseitige Abhängigkeit« und »eine neue Weltordnung«. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS faßte diesen Taumel von Schlagworten unter dem Begriff »eine neuartige Vision der Welt« zusammen.

Das Wesentliche was Gorbatschows Gesprächspartner »alle wissen wollten«, waren »seine Ansichten über die Perestroika und wie lange es dauern würde, bis seine Ideen so verwirklicht werden können, daß es möglich sein wird, das Thema der organischen Integration der Sowjetunion in die Weltwirtschaft anzuschneiden«.

Das Establishment beschloß, nicht über die Anwesenheit der Banker David Rockefeller und William Hyland, Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) und Herausgeber von dessen Zeitschrift »Foreign Affairs« zu berichten.



Henry Kissinger plädierte in Moskau für ein System, in dem Rivalität durch Zusammenarbeit ersetzt wird.

Sowohl die Trilaterale Kommission wie die Bilderberger treffen sich jedes Frühjahr drei Tage lang hinter verschlossenen Türen. Sie setzen sich aus internationalen Finanzleuten und politischen Führungskräften zusammen.

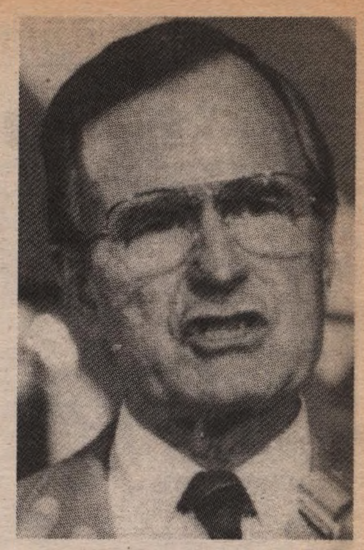
Der CFR ist einer ihrer jüngeren Abspul-Gruppen; seine Aufgabe besteht darin unter amerikanischen Politikern für die von der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern entwickelte Politik Anerkennung zu erheischen.

Die Einbringung der Sowjetunion

Henry Kissinger, der ehemalige amerikanische Außenminister, wurde früher meistens mit den Bilderbergern identifiziert, aber er gehört jetzt auch dem Exekutivausschuß der Trilateralen Kommission an.

Da sowohl zu der Trilateralen Kommission als auch zu den Bilderbergern jeweils zwei mächtige Männer zählen – Rockefeller und Kissinger – gibt es keinen Zweifel darüber, daß das Einbringen der Sowjetunion in die neue Weltregierung in der Politik der beiden geheimen Gruppen eine hohe Vorrangstellung einnimmt.

Witte sagte, die Trilaterale Kommission würde einen Bericht über das Moskauer Treffen erstellen, der im Juli ungefähr den höchsten amerikanischen Regierungsstellen zugeleitet wird. US-Präsident George Bush ist langjähriges Mitglied der Trilateralen Kommission, ebenso wie es der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter und dessen Vizepräsident, Walter Mondale, waren. Der ehemalige US-Präsident Gerald Ford gehörte zu den Bilderbergern.



Der neue amerikanische Präsident George Bush ist seit vielen Jahren Mitglied der Trilateralen Kommission.

»Wir alle, die wir in verschiedenen Teilen der Welt leben, müssen uns darin einig sein, daß die Welt sich in einem Übergangsstadium befindet«, sagte Gorbatschow vor der Trilateralen Kommission, in einer Reaktion auf Fragen über die Eingliederung der Sowjetunion in die neue Weltordnung.

TASS berichtete: »Kissinger verband das Problem mit der Schaffung eines internationalen Systems in dem Rivalität durch Zusammenarbeit ersetzt wird und die Nationen ihre Interessen durch gegenseitige nützliche Kontakte statt auf Kosten anderer wahrnehmen.«

David Rockefeller fand alles nutzvoll

»Es müßte in der Wirtschaft eine größere gegenseitige Abhängigkeit bestehen, um die moderne politische Struktur der Weltgemeinde erfolgreich aufzubauen«, meinte Gorbatschow. Der sowjetische Führer regte eine Stärkung der Vereinten Nationen dahingehend an, daß diese tatsächlich eine Weltregierung werden.

TASS meldete dazu: »David Rockefeller erklärte im Namen seiner Kollegen, das Gespräch sei höchst interessant, nutzvoll und hinsichtlich seiner denkbaren Folgen beruhigend gewesen.« □

Hintergrundmächte

Revolution durch Rassenmischung

Beat Christoph Baeschlin

Trotz militärischer Überlegenheit wurde Frankreich im Algerienkrieg politisch besiegt und mußte sein Kolonialreich preisgeben. Seither findet ein Zustrom von afrikanischen und asiatischen Einwanderern statt, von denen Frankreich regelrecht kolonisiert wird. Diese Invasion ist ganz eindeutig manipuliert, denn es herrscht kein Mangel an Arbeitskräften, sondern eine bedrohlich und unwiderstehlich wachsende Arbeitslosigkeit.

Jeder, der es wissen will, kann sich vergewissern, daß diese Invasion in ganz bestimmten Hintergrundmächten ihre heimlichen Komplizen und Wegbereiter besitzt. Jacques Ploncard d'Assac, wohl der beste Kenner und Kritiker der Freimaurerlogen, hat nachgewiesen, daß der französische »Groß-Orient« am 4. August 1949 die Idee einer Weltregierung als Dogma verkündet hat.

Viele unterwürfige Hilfskräfte

Ploncard schreibt: »Damit ist ein imposantes Machwerk gegen die europäischen Völker ins Rollen gebracht worden. Denn vom Groß-Orient gehen alle mondialistischen Kampfrufe aus, die sich vorerst gegen die Eigenständigkeit des französischen Volkes richten.«

Eine üble Manipulation ist seither gegen alle Völkerschaften Europas in Gang gesetzt worden. Denn die Parole-Ausgabe von 1949 ist in allen europäischen Staaten als verbindliche Weisung anerkannt worden, obwohl nirgends ein entsprechender Volksbeschluß vorliegt. Trotzdem sind die Massenmedien überall vorsorglich mit Leuten bestückt worden, die folgsam und unterwürfig dieses neue Evangelium predigen. Tag für Tag wird den Radio- und Fernsehkonsumenten diese Lehre unmerklich eingehämmert.

Die Hintergrundmächte haben es verstanden, auch die großen christlichen Kirchen mit Leuten zu durchsetzen, die ihnen aus der Hand picken. Die Weisungen des Groß-Orients werden da mit christlichem Geruch angereichert. Und doch sind gerade die protestantischen Kirchen seit langem zu angeblich demokratischen Organisationen umgestaltet worden. Aber das sind bloße kirchliche Scheindemokratien zur Täuschung des Volkes. Kein Wunder, daß im kirchlichen Betrieb die Manipulierkünste mit beachtlicher Virtuosität betrieben werden.

Natürlich ist auch das ganze öffentliche Unterrichtswesen allmählich auf diese Lehren eingefuchst worden. Und Schließlich ist die Politik, als die staatliche Willensbildung zu einem Gebiet geworden, wo strenge Meinungszucht herrscht: Wer den internationalistischen Lehren nicht beipflichtet, wird kurzerhand als Feind, als Bösewicht verschrien, was im heutigen politischen Sprachgebrauch durch die Worte »Reaktionär«, »Faschist« oder »Rassist« ausgedrückt wird.

Die Völker Europas auslöschen

Das Programm der Hintergrundmächte lautet so: »Alle Begriffe wie Rasse, Landesgrenzen, soziale Klassen etc. müssen beseitigt werden, um einer weltweiten Integration – gemeint ist: Gleichschaltung – Platz zu machen. Darin besteht die große Revolution unseres Zeitalters, die wahre Revolution, die uns aufgetragen ist.«

Diese Worte stammen aus dem vertraulichen Mitteilungsblatt des Groß-Orients »Humanisme«, Heft November 1982. Da wird folglich straks auf eine weltweite Einheitsmenschheit hingearbeitet. Das vordringlichste Anliegen, um diese »wahre Revolution« durchzuführen, besteht in der planmäßigen Förderung der Rassenvermischung.

Als hauptsächliche Opfer dieser Bastardisierung sind die westeuropäischen Völker ausersehen. Diese beinhalten eine unwahrscheinliche Summe von Intelligenz und Erfindergabe. In Jahrhunderte dauerndem vulkanartigem Entwicklungsgang haben diese Völker die ganze Erde in ihren Bannkreis gezwungen.

Durch Kreuzung die geplante Mischrasse

Nun sollen diese Völker ausgeschaltet werden, indem sie auf ein weltweites Durchschnittsmaß herabgemindert werden. Schon sind seit 200 Jahren Liberalismus und Sozialismus emsig am Werk, um die religiösen, intellektuellen und sittlichen Kräfte der westeuropäischen Völker abzubauen. Dann ist in den letzten Jahrzehnten der Bauernstand zerstört worden, um auch die biologischen Kraftvorräte zum Versiegen zu bringen. Und nun soll durch die Einschleusung und allmähliche Kreuzung mit Farbigen die geplante Mischrasse entstehen.

Eine flankierende Maßnahme zur Verwirklichung dieser »großen Revolution« besteht in der unentwegten Förderung der Abtreibung und jeglicher Art von Empfängnisverhütung in den westlichen Völkern, bei gleichzeitiger rückhaltloser Anheizung der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern. So entsteht langsam ein Vakuum. Der ungenügende Nachwuchs in den abendländischen Völkern wird aus der dritten Welt aufgefüllt, womit eine beschleunigte Wanderbewegung in Gang kommt.

Offenbar haben sich die Ereignisse nicht im gewünschten Tempo abgespielt, so daß sich die Menschheitsbeglücker etwas Neues einfallen ließen: nämlich die Schlaumeierei mit den sogenannten Asylanten und Flüchtlingen. Die westlichen Völker sind schon in eine derartige geistige Narkose eingelullt, daß ohne Schwierigkeit führende Politiker angeheuert werden konnten, um »Flüchtlingsgesetze« zu beantragen. Ohne merklichen Widerstand gaben die willfährigen Parlamente der demokratischen Staaten ihre Zustimmung zu dieser plumpen List. Und dann ging es los.

Verschwörung, eine böswillige Erfindung?

Weisungsgemäß wurden Tür und Tor von innen her geöffnet für eine rasch anschwellende Flut von »Asyl«-Bewerbern. Auf leisen Sohlen trippelte ein nicht enden wollender Strom von Zuwanderern daher. Die überraschten und übertölpelten Völker begehrten auf.

Aber da und dort war mit »Antirassismus-Gesetzen« bereits vorsorglich ein Maulkorb fabriziert worden, um jeden Widerstand im Keime zu ersticken. Und überall erscholl ein wohl orchestriertes Wehgeheul zugunsten der angeblich so grausam verfolgten Menschen. Vorsichtig, aber nachhaltig leiht die Meinungsmache diesen falschen Tönen Verstärkung und wirksame Unterstützung.

Es gehört in den Rahmen der manipulierten »großen Revolution«, daß die Westeuropäer glauben sollen, das sei alles ganz von selbst gekommen, das seien alles bloße Naturereignisse. Aber man beachte die Zornesausbrüche in der »ganz seriösen Presse«, wenn diese sich über »angebliche Pläne von Hintergrundmächten« empören.

Die Leute, die sich als Kardinäle des Informationswesens aufspielen, verlieren da plötzlich die Nerven. Gerade daraus kann man ermessen, daß diese Pläne tatsächlich existieren und mit harter Entschlossenheit verwirklicht werden.

Auch können die von Ploncard d'Assac gelieferten Zitate nicht geleugnet werden.

Und schließlich sind die Redakteure der ganz »seriösen Zeitungen« auch nicht blöd. Die wissen, was gespielt wird . . . denn sie spielen selber wacker mit! □

Bekenntnis von Frauen: »Wir haben abgetrieben«

Inzwischen haben 1000 Frauen, darunter viele prominente, in der Hamburger Illustrierten »Stern« bekannt: »Wir haben abgetrieben.« Sie fordern zugleich eine Abschaffung des Paragraphen 218 und damit die völlige Freigabe der Abtreibung. Zu ihnen gehören die Sängerinnen Katja Ebstein, Gitte Haenning, Nina Hagen und die Schauspielerinnen Iris Berben und Ruth-Maria Kubitschek.

Auch eine Reihe von Politikerinnen sind dabei. Unter anderen die SPD-Vorstandsmitglieder Karin Junker und Ruth Winkler sowie die Bundestagsabgeordnete der Grünen Waltraud Schoppe, Ellen Olms und Verena Krieger.

Über 400 Männer erklären ferner: »Wir waren an einer Abtreibung beteiligt.« Darunter befinden sich die Schriftsteller Johannes Mario Simmel und Max von der Grün, die Sänger Klaus Lage und Marius Müller-Westernhagen, der Schauspieler Dietmar Schönherr, der frühere Studentenführer Daniel Cohn-Bendit und der Ex-Bundesvorsitzende von »Pro Familia«, Jürgen Heinrichs. □

EG fordert Schließung eines Stahlwerkes in Italien

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) verlangt von Italien, daß bis spätestens 30. Juli 1989 das Schmelzwerk Bagnoli, als Teil der nach dem Plan »Europa 1992« vorgesehenen Entindustrialisierung Süditaliens, zu schließen.

Bagnoli ist der drittgrößte Arbeitgeber in Neapel, hinter dem Autowerk Alfasud und der Stadt selbst; nahezu 10 000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt davon ab. Ironischerweise arbeitet das Werk derzeit mit schwarzen Zahlen, obwohl die »Experten« voraussagen, daß es gegen Ende des Jahres ein Defizit aufweisen wird. Wenn Bagnoli schließt, bleibt Italien nur noch das Walzwerk Taranto.

Hinter der Schließung steht eine merkwürdige Allianz zwischen der am rechten Flügel angesiedelten Liberalen Partei, die das Werk als Maßnahme »gegen die Verschwendung« schließen möchte und der Grünen und Radikalen Partei, die Umweltgründe und das Potential der Region für den Tourismus anführt.

Die Schließung von Bagnoli wird die älteste örtliche »Industrie«, die Camorra, die Verbrecher-Organisation Neapels, stärken. Vielleicht nicht zufällig führt der Führer der Radikalen Partei, Marco Panella, eine Kampagne, um eine volle Legalisierung aller Drogen zu erreichen, mit der Begründung, Kokain sei sicherer als Wein. Die Camorra beherrscht den illegalen Cocahandel zwischen Italien und Südamerika. □

Sowjets leben heute schlechter als im Jahr 1913

Die Sowjets essen heute ärmlicher als 1913 unter den Zaren, meint der sowjetische Wirtschaftler Alexander S. Zaychenko. Er entlarvte amtliche Behauptungen über eine sowjetische Kost mit hohem Eiweißgehalt und beharrte fest darauf, daß, wenn man Speck und kaum verdauliche »Fleischprodukte« von den amtlichen Zahlen abzieht, Sowjetbürger nur etwa ein Drittel soviel Fleisch essen wie die Amerikaner.

Laut Zaychenko sind sowjetische Kost, Wohnungen, Gesundheitspflege und Verbrauchsgüter nicht nur von schlechter Qualität, sondern gehören auch zu den teuersten der Welt, wenn man die einzelnen Werte in Arbeitsstunden umrechnet. Anscheinend finden die riesigen Mengen Getreide, die aus dem Westen in die Sowjetunion eingeführt werden, weder direkt noch indirekt ihren Weg in die Kost des Durchschnittsrussen. Vom 1. Oktober bis 23. Dezember 1988 wurden insgesamt 8,8 Millionen metrische Tonnen amerikanischer Mais, 1,5 Millionen metrische Tonnen amerikanische Sojabohnenprodukte und 2 Millionen metrische Tonnen subventionierter amerikanischer Weizen an die UdSSR verkauft.

Diese Tonagen kommen in die richtige Perspektive, wenn man den gesamten Welt-Getreidehandel von etwa 185 Millionen metrischen Tonnen pro Jahr und mehrere Millionen weitere Tonnen Sojabohnen damit vergleicht. Frankreich, Australien und viele andere Nahrungsmittel exportierende Länder haben sich ebenfalls verpflichtet, riesige Mengen Getreide und Sojabohnen an die Sowjetunion zu liefern. □

Gegen den Bau einer Zentralmoschee

Im Großraum Augsburg hat sich die Partei der Republikaner gegen den Bau einer Moschee gewandt. Dies fördere die Entchristlichung der Stadt und stärke den Islam. Das Motto radikaler Moslems, daß die Fahne Mohammeds von Zypern bis Oslo wehen müsse, sei keineswegs eine leere Drohung. Die Republikaner erhielten bei der letzten bayerischen Landtagswahl mehr als drei Prozent der Stimmen. □

Amerikanische Fernseh-Produktionen im Vormarsch

An europäischen Kino- und Fernsehfilmen mangelt es nicht. Obwohl die Produktion in der Europäischen Gemeinschaft in den zurückliegenden Jahren um die Hälfte zurückging, wurden in der Zwölfergemeinschaft nach wie vor mehr Filme gedreht als in den Vereinigten Staaten.

Die in den zwölf Mitgliedsstaaten produzierten Filme sind jedoch zum überwiegenden Teil ausschließlich für den einheimischen Markt bestimmt. Nur 10 Prozent davon spielen Gewinne ein. 20 Prozent immerhin die entstandenen Produktionskosten. 70 Prozent der europäischen Produktionen entpuppen sich als reine Verlustgeschäfte. Infolgedessen lassen sich in Europa kaum noch Produzenten finden, die ein derart hohes Risiko auf sich nehmen. Mit staatlichen Subventionen allein ist der europäischen Filmbranche auf Dauer auch nicht gedient.

Auf Grundlage eines Berichts des niederländischen Abgeordneten Gijs de Vries hat das Europäische Parlament jetzt einen Ausbau des bereits bestehenden EG-Programms »Media« zugunsten der audiovisuellen Industrie gefordert. Media zielt insbesondere auf eine bessere Verteilung europäischer Film- und Fernsehproduktionen ab. Nach Ansicht des EG-Abgeordneten sollte die Gemeinschaft das Programm jedoch auf drei wichtige Bereiche ausdehnen. Hierzu zählen die Finanzierung audiovisueller Produktionen, die für den Sektor relevante Gesetzgebung sowie der Austausch mit Drittstaaten.

Besondere Sorge bereitet dem Europa-Parlamentarier die zunehmende Amerikanisierung des audiovisuellen Sektors in Europa. Über 60 Prozent der Filme, die in die Kinos der Zwölfergemeinschaft gelangen, stammen aus den USA. Bei Fernsehserien und -filmen übersteigt dieser Anteil sogar 70 Prozent. Demgegenüber finden sich unter den 500 Filmen, die in den USA mehr als 10 Millionen Dollar eingespielt haben, lediglich 35 europäische – meist britische – Produktionen. □

Nationale Mahnstätte in Bonn für Abtreibungsopfer

Zum Gedenken an die Opfer der Abtreibung soll in der Bundeshauptstadt eine nationale Mahnstätte errichtet werden. Zu ihr gehört auch ein Dokumentationszentrum über das ungeborene Leben. Zur Verwirklichung des Projektes wurde in Gießen der Verein »Pro Conscientia –

Informations- und Mahnstätte zugunsten des ungeborenen Kindes« gegründet.

Wie der Vorsitzende, der Physiker Professor Hermann Schneider (Heidelberg), mitteilte, werden im Bundesgebiet jährlich 300 000 Kinder abgetrieben, ohne daß sich in der Politik entschiedener Widerstand rege. Von daher wolle eine »Basisinitiative« von evangelischen und katholischen Christen aktiv werden. □

Waffenstillstand im Hormonkrieg

Die zwölf EG-Mitgliedsstaaten haben sich mit den Vereinigten Staaten auf einen Waffenstillstand im »Hormonkrieg« verständigt. Eine bilaterale Sachverständigengruppe soll nun nach möglichen Kompromissen suchen. Die Europäer wollen jedoch weiterhin an ihrem Embargo für hormonhaltiges Rindfleisch aus den USA festhalten. Auch die Washingtoner Regierung denkt vorläufig nicht an eine Aufhebung der von ihr im Gegenzug beschlossenen Handelsrestriktionen.

Beide Seiten beharren nach wie vor auf ihrem Standpunkt: Die Zwölfergemeinschaft rechtfertigt ihr Einfuhrverbot für amerikanisches Rindfleisch mit dem Hinweis auf eine mögliche gesundheitliche Gefährdung der Verbraucher. Die USA sehen in dem Importstop lediglich eine protektionistische Maßnahme der Europäer. Ihrer Ansicht nach gibt es keinerlei wissenschaftlichen Beweis für eine gesundheitsschädigende Wirkung der von ihren Mästern eingesetzten Hormone.

Immerhin läßt jetzt die vereinbarte Feuerpause auf einen friedlichen Ausgang des Kräftemessens hoffen. So wird die Gemeinschaft vorerst von weiteren Vergeltungsmaßnahmen absehen. Dafür verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, ihre Handelsrestriktionen entsprechend der Zunahme ihrer Exporte von hormonfreiem Rindfleisch in die Gemeinschaft schrittweise abzubauen. Eine Reihe texanischer Züchter hatte sich bereits zum Verzicht auf Hormone bereiterklärt. Bislang hatten die amerikanischen Behörden jedoch die Ausfuhrgenehmigung verweigert. Die neugebildete Sachverständigengruppe soll in Kürze die Möglichkeit für den Verkauf von hormonfreiem Fleisch in die EG abklären.

Der gesamte Handelsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Zwölfergemeinschaft belief sich 1988 auf 166 Milliarden Dollar. Gemessen daran geht es im jüngsten transatlantischen Konflikt um eine lächerliche Summe von 100 Millionen Dollar. Dennoch wollen es die USA offenbar auf eine Zerreißprobe ankommen lassen. Vielleicht fürchtet man in Washington, auch die einheimischen Verbraucher könnten anfangen, sich Gedanken über die Qualität amerikanischen Rindfleischs zu machen. □

EG verbietet das ehrliche Ei

Die Lebensmittelkette »Spar« wollte »ehrliche Eier« verkaufen. Sie ließ auf jedes Ei aufsprühen, wann es vom Huhn gelegt wurde. Vier Wochen wurden die Frischeier für 37,9 Pfennig in Hamburg verkauft – dann hat die Wirtschaftsbehörde unter Hinweis auf eine EG-Verordnung es verboten: »Unlauterer Wettbewerb«. Erlaubt sei nur das Verpackungsdatum.

Dagegen Dr. Karl-Peter Kress von »Spar«: »Aber ein Ei kann auch schon vier Wochen alt sein, wenn es verpackt wird.«

»Spar« will in Hamburg vor Gericht und bei der EG in Brüssel für die »ehrlichen Frischeier« kämpfen.

Übrigens: Alte Eier schwimmen wegen ihrer größeren Luftblase im Wasser oben, frische liegen waagerecht am Boden. □

Aaron Lustiger als Erzbischof von Paris

Aaron Jean-Marie Lustiger, ein »katholischer« Jude, aus Polen gebürtig, mit Hilfe seines Landsmannes Wojtyla zum »Kardinal« und »Erzbischof« von Paris avanciert, nachdem er mit 14 Jahren vorgeblich zum Christentum übergetreten ist, präzisiert seine Auffassung bezüglich des Verhältnisses zwischen Juden und Christen wie folgt:

Am 4. Februar 1941 äußerte sich Lustiger gegenüber der »Agence Telegraphique Juive«: »Ich bin Jude, und ich . . . werde es bleiben; die Konversion eines Juden zum Christentum kann nur als eine Verleugnung angesehen werden.«

Am 3. Februar 1981, nachdem Lustiger bereits »in Amt und Würden« steht, modifizierte er diese Aussage: »Ich bin Jude; für mich sind die beiden Religionen (die jüdische und die christliche) nur eine einzige.«

Seinen Eltern hatte er erklärt, daß er den jüdischen Glauben bewahren wolle, als er zur Taufe wegging. Den Namen Aaron wolle er behalten, um dadurch anzuzeigen, daß er levitischer Herkunft sei. Ausdrücklich sagte er später, daß der Neue Bund, der durch Christus gegründet wurde, den sinaitischen Bund nicht beendet hätte, ein Satz, der die ganze christliche Tradition verurteilt.

Diese Häresie erlaubt ihm zu sagen, daß Christus nur ein Prophet Israels gewesen sei, der Welt präsentiert, um den Heiden das Licht des jüdischen Messianismus zu bringen. Lustiger weist die Hauptschuld am Tode Christi den Römern zu und der Menschheit. Sicherlich nahm Christus den Tod auf sich, um die Sünden der Menschen zu sühnen.

Gewiß ist aber auch, daß Christus selbst die Hauptschuld an der unmittelbaren Herbeiführung seiner Hinrichtung dem jüdischen Hohen Rat anlastete.

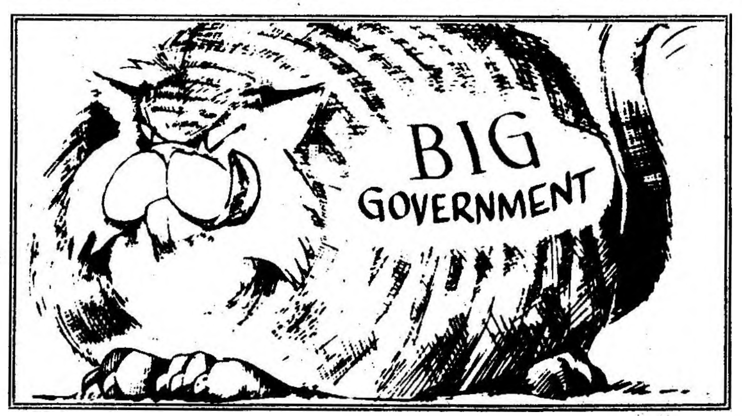
Was bedeutet für Lustiger die heilige Messe: »Sie ist wesentlich ein Mahl«, welches »in eine Opfersymbolik« eingebettet ist und das »ganz und gar seinen Sinn verliert, wenn man es ohne Beziehung sieht zu dem früheren jüdischen Ostermahl«.

Hier behauptet Lustiger gleich zwei Häresien. Einmal ist die heilige Messe wesentlich Opfer, Sühnopfer. Und zum anderen ist das alttestamentliche Passah-Mahl wohl Vorläufer und Vorbild der heiligen Messe, aber es hat keine konstitutive Bedeutung für die heilige Messe. Diese hat ihren absoluten Sinn – als Opfer, als Sühnopfer – in und aus sich selbst.

Die Juden sind nach Lustiger seit Anbeginn der Welt Verfolgte, denn sie stellen die Repräsentanten des leidenden Messias dar, den Isaias als Knecht Jahwes bildhaft vorstellte. Jeder Angriff auf das Judentum ist nach Lustiger eine Gotteslästerung. Die Kirche ist nach ihm eine jüdische Angelegenheit, in der »die Juden bei sich selbst sind«. □

Millionen Tonnen Weizen in die dritte Welt

Dieses Jahr wird die Europäische Gemeinschaft der dritten Welt Lebensmittelhilfe in Höhe von etwa der Menge des letzten Jahres leisten. Die Entscheidung der EG-Kommission sieht mehr als 1,3 Millionen Tonnen Weizen, 94 000 Tonnen Milchpulver, mehr Zucker und Öl als 1988 und zum ersten Mal Erdnüsse vor. Diese Lebensmittelhilfe umfaßt nicht die Nothilfe, über die bei Katastrophen von Fall zu Fall entschieden wird. □



Frankreich

Freihandel brachte die Französische Revolution

Oscar Boline

Paul Gann, der Steuerrevolutionär aus den Vereinigten Staaten, landete erfolgreich seinen populistischen Feldzug gegen die Absichten der Bürokraten, die Menschen ihres verfassungsmäßigen Rechts auf Eigentum zu berauben, dadurch, daß gerade zu diesem Zeitpunkt die Steuern auch in Frankreich erhöht wurden. Er sprach in Versailles und jedes Wort, das er zu sagen hatte über seinen Kampf in den USA gegen die Absichten der dortigen örtlichen und staatlichen Regierungsbürokraten, wurde von seinen französischen Zuhörern als persönlicher Rat für ihren eigenen Kampf gegen ihre örtlichen Regierungsbürokraten aufgefaßt.

Gann hielt sich in Versailles als Gastredner bei einer zweitägigen Zusammenkunft der Front National (NF), Frankreichs junger und wachsender populistischer Partei, auf. Mehr als tausend Kandidaten und Funktionäre der FN waren zusammengekommen, um ihren Wahlkampf zur Eroberung von Sitzen in den Stadt- und Gemeinderäten bei den Kommunalwahlen im März, den ersten seit 1983, in Gang zu bringen.

Gegen die Aufblähung der Staatskosten

Wie die politischen Feldzüge Ganns in den Vereinigten Staaten, richtet sich das Bestreben der FN gegen die französische Bürokratie und deren unersättliche Suche nach Projekten zum Geldausgeben, die zu einer fortwährenden Aufblähung der Staatskosten, zu einer weniger effizienten Regierung und zu ständig höheren Steuern führen.

Die höheren Steuern müssen von den Mitgliedern der FN aufgebracht werden, denn sie gehören vorwiegend dem besitzenden Mittelstand an. Staatlicherseits haben sie mit einer Reihe von gesetzlichen Einschränkungen zu tun, die von den Bürokraten und etablierten Parteien errichtet wurden, und dazu noch mit den alteingesessenen Interessen, die die »freie Presse« mit Sack und Pack kontrolliert.

Eine der wesentlichen Einschränkungen für das Ausbreiten der NF ist das Verhältniswahlrecht.

Sie haben vergessen, woher das Geld kommt

Aber zurück zu den Ausführungen von Paul Gann: »Es gibt nicht genug Geld in der Welt, um die Bürokratie zu befriedigen. Wenn sie alles hätten, dann würden sie innerhalb von 90 Tagen nach einem Weg suchen, Geld zu drucken, denn sie haben vergessen, woher das Geld kommt. Es kommt von ›uns, dem Volk‹!«

Gann weiter: »Ich kämpfe nicht für die Person, die die Verpflichtungen schafft, die Bürokratie. Ich kämpfe für die Person, die die Rechnungen bezahlt: Wir, das Volk!«

»Ich wurde frei geboren«, sagte Gann zu der Versammlung, »weil vorangegangene Generationen den Mut hatten, an der Freiheit festzuhalten. Freiheit ist nicht frei erhältlich. Mit der Freiheit geht eine sehr feierliche Verpflichtung für Euch und mich einher, für ›Uns das Volk‹, verantwortlich zu handeln.«

Diese Worte hatten eine besondere Bedeutung für die gebildeten Franzosen. Erinnerungen an die Regierungszeit Ludwig XIV., als Frankreich die größte unter den europäischen Mächten war. Erinnerung an Ludwig XV. und an das »Zeitalter der Aufklärung«. Das war das Zeitalter als Versailles, Paris und fast ganz Frankreich die geistige Hauptstadt Europas und eines Großteils der Welt war.

Der Sturm auf die Bastille hatte seine Ursache in der damals gepflegten Doktrin des »freien Handels«.

Einige sagen, dies sei an jenem Juli-Tag im Jahre 1789 zu Ende gegangen, als die Bastille von einem Mob in Paris gestürmt wurde, gefolgt von der schließlichen Hinrichtung König Ludwig XVI. im Jahre 1793.

Eine Anzahl derjenigen, die an dieser Versammlung teilnahmen, hatten Vorfahren, die in jener Periode von Frankreichs Größe bedeutende Rollen innehalten. Einige sahen eine Ähnlichkeit zwischen dem Elend der Vereinigten Staaten heute und dem Frankreichs von 1789 am Vorabend der Erstürmung der Bastille.

Diese Franzosen berichteten, daß Frankreich in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts, wie später die Vereinigten Staaten, von der Doktrin des »freien Handels« eingenommen war. Ludwig XIV. war völlig davon überzeugt und wollte nur noch auf seine »Freihandels«-Berater hören, gegen die Proteste der französischen Industriellen, hauptsächlich Stahlproduzenten und französische Bauern.

»Laßt den Marktplatz die Antwort finden«, war ebenso en vogue in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts wie es heute in Washington und in der Europäischen Gemeinschaft der Fall ist.

Das Ergebnis war die Revolution

Die Marktplätze von Paris und des übrigen Frankreich wurden in jenen Jahren mit subventionierten Ausfuhrgütern aus England überflutet, ebenso wie die amerikanischen Märkte in den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts mit Exporten aus Japan, dem pazifischen Rand und aus der übrigen Welt. Französische Arbeitsplätze gingen damals unter wie heute amerikanische Arbeitsplätze.

In einem Versuch, die Schreie der Arbeitslosen zu sänftigen, erhöhte Ludwig XVI. die Ausgaben für das Heer und die Marine. Aber er hatte nicht die freundlichen ausländischen Mächte an seiner Seite, die bereit waren, französische Regierungsbürgschaften zu kaufen, um ihre Exporte nach französischen Märkten zu stützen, wie sie die amerikanische Regierung zur Seite hat – oder zumindest hatte – in den späten achtziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Die Folge war die Französische Revolution und das Schreckensregime, das kein europäischer politischer Führer zu vergessen wagt. Sie dienen als Warnung für alle in der Politik Tätigen, daß sie immer um das wirtschaftliche Wohl der Menschen, über die sie herrschen, besorgt sein müssen. □

Sowjetunion

Gorbatschows halbneues Denken

Hermann von Berg

Rosa Luxemburg sah das Elend voraus: Der Sozialismus liegt völlig im Nebel der Zukunft. Das war ihr ökonomisches Credo. Die promovierte Nationalökonomin verkündete es 50 Jahre nach den Ansichten des ökonomischen Autodidakten Marx. Politisch hatte sie dessen Thesen von der Diktatur als notwendigen Weg zum Reich der Freiheit entgegengesetzt, was heute ein Portugalow vom Zentralkomitee (ZK) der KPdSU im Zweiten Deutschen Fernsehen lobt: Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Ein solcher Spruch verhilft manchen in der DDR zur westlichen Form derselben.

Michail Gorbatschow, zentristisch zwischen der Bergpartei und der Gironde angesiedelt, irrlichterndes Sumpflicht in den Augen der Altgläubigen, setzt auf den in der SED stets bekämpften »Luxemburgismus«, auf die Revision des marxistischen Dogmas: nicht zentralistische Planung in Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur, sondern dezentralisierte »sozialistische« Marktwirtschaft. Warum?

Verbaler Fortschritt war realer Rückschritt

Weil die Praxis auch im Gegenmodell Jugoslawien, im RGW wie China, erwies, daß Maximierung der partei-monopolistischen Staatswirtschaft Minimierung der Effektivität und letztlich Ruin der Volkswirtschaft bedeutet.

Politische Ziele bestimmen die ökonomischen Prioritäten – koste es was es wolle. Luxemburg sah die Gebrechen der uralten Marktwirtschaft, die sie mit Kapitalismus verwechselte, in deren Tendenz zum ökonomisch ineffizienten und daher sozial parasitären Monopolismus begründet, weil ein solcher keine materiellen, in Konkurrenz wurzelnden Antriebskräfte und folglich keinen gesellschaftlichen Fortschritt mehr haben werde,

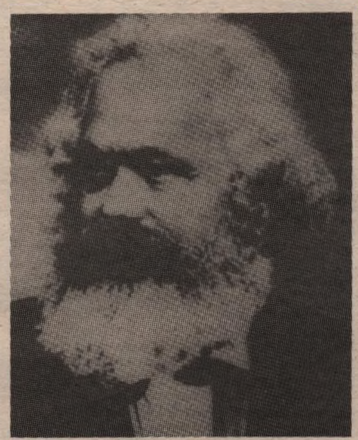


Michail Gorbatschow hat offenbar eingesehen, daß der russische Kommunismus der weiteste Umweg zur sozialen Marktwirtschaft ist.

daher »sterbender Imperialismus« sei, wie Lenin daraus folgernde, dem »Monopol« als Synonym für »Imperialismus« galt.

So steht es auch in Gorbatschows neuem Parteiprogramm. Lenin verkündete nach seinem Putsch gegen die sozialliberale Regierung, die Monopole auszurotten: Wie? Anstelle pluralistischer Vielfalt trat marxistische Einfalt; ein einziges, weder Kritik noch Konkurrenz unterworfenes Supermonopol, das absolute Macht-, Ideologie- und Wirtschaftsmonopol der Partei.

Der verbale Fortschritt war realer Rückschritt; Vernichtung der von den Völkern in Jahrhunderten blutig erkämpften Gewaltenteilung, des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft. Dieser rote Überimperialismus wurde nicht durch ökonomische Hebel, sondern mittels Staatsterrorismus durchgesetzt. Er beruhte auf zwangsweiser Eintreibung und Verteilung der Produkte bei Eli-



Den Namen von Karl Marx sucht man heute in Reden der KPdSU vergeblich: »Er hat uns nichts Brauchbares hinterlassen!«

minierung des Geldes und war der Versuch, den Kommunismus direkt einzuführen, rückblikkend verfälschend als Kriegskommunismus deklariert, beschlossen, als der Sieg im Bürgerkrieg feststand.

Was geschah damals?

Die Volkswirtschaft brach dieser abenteuerlichen Wirtschaftspolitik wegen total zusammen. Mit selbstmörderischem Mut gestand es Lenin 1921 ein. Der Aufstand war die Folge. In Kronstadt begann er. Die Bauernsöhne in Uniform meuterten.

Dann besiegten Tuchatschewski und Schukow – Stalin befahl später die Erschießung dieser bis dahin marschallierten Erschießer, Schukow entging dem durch Hitlers Angriff, man sah ihn daher 1945 in Berlin wieder – mit 33 750 Rotgardisten, mit 312 Maschinengewehren und 44 Geschützbatterien, die in Notwehr handelnden, sich verzweifelt vor ihre verhungernden Kinder und Frauen stellenden werktätigen Bauern im Gouvernement Tambow unter Alexander Antonow. Sie wurden abgeschlachtet, diese »Kulaken«, die gerade ein Pferd und zwei Kühe besaßen, denen die Requirierungskommandos der Partei alles weggenommen hatten, selbst das Saatgut, so die Hungersnot mehrend.

Im Geschützdonner gegen 80 Prozent des Volkes zerbrach die Politik des Kriegskommunismus. Lenin ersetzte die Zwangseintreibung sofort durch die Naturalsteuer. Überschüsse durften nun verkauft werden, gegen wieder eingeführtes Geld: das war die NÖP, die Neue Ökonomische Politik, – das halbneue Denken, denn die Preise dieser sozialistischen Marktwirtschaft bestimmte, indirekt, aber nicht weniger wirksam, der Staat.

Immerhin: Der Außenhandel hatte bereits ein Jahr später Mühe, überschüssigen Roggen und Zucker im Westen abzusetzen.

Heute erhoffen die Sowjets erneut dieses Wunder, denn ihr wichtigstes Problem ist das der Ernährung. Selbst auf dem Dorf träumen sie von einer Stange Wurstersatz und genießbarem Brot.

Deshalb kreisen die heutigen Flügelkämpfe in der KPdSU um die Erwägung: Was war Lenins NÖP? Langfristiges Sozialismuskonzept oder politökonomisch modifizierter Irrtum?

Wäre das Regime auch totalitär und antisozial geworden, wenn Bucharin für Stalin das NÖP-Konzept nicht umgeschrieben hätte? Dieser hatte bereits das Parteiprogramm des Kommunismus verfaßt. Warum also kehrte die damals noch kollektive Führung der KPdSU zu dieser totalen Monopolisierungsstrategie zurück?

Auszubeuten ist bei den Russen nichts mehr

Nun: Um höhere Effektivität zu erreichen. Die NÖP von ehemals ist das polnische Modell von heute, private Bauernwirtschaft im partei-monopolistischen Gefüge. Walesa nennt dieses Polen das Armenhaus Europas, obwohl die Bauern dort Eigentümer des Bodens sind.

Sowjetunion

Gorbatschows halbneues Denken

In der Sowjetunion sollen sie hingegen künftig nur für 50 Jahre pachten können, eine schon der deutschen Sozialdemokratie geläufige Vorstellung. In deren Parteitagsbeschluß von 1870 steht, man wolle im Sozialismus den Boden »von Staats wegen an Ackerbauern verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten«.

Auszubeuten ist bei den Russen nichts mehr. Im 19. Jahrhundert hatten ihre Ländereien einen Humusgehalt von 10 bis 15 Prozent aufzuweisen. Die sozialistische Mißwirtschaft hat ihn auf zwei oder drei Prozent reduziert. So verkündet die »Prawda« am 1. August 1988 einen »bewundernswerten Triumph«. Zwölf Dezitonnen Getreide wurden vom Hektar geerntet – die DDR holt 48, die Bundesrepublik 57 Dezitonnen vom Halm.

Ihre Bauern haben sie in der Kollektivierung ausgerottet oder zu Landproletariern gemacht. Die rächen sich wie ihre Kollegen in der Industrie durch permanente Leistungsverweigerung. »Das Volk hat aufgehört zu arbeiten«, wie im Kriegskommunismus. Das ist der wichtigste Satz aus dem Protokoll des 19. Parteikongresses der KPdSU vom Juni 1988.

Die Sowjetunion importiert so subventionierte Lebensmittel und Hochtechnologie aus dem Westen und exportiert Waffen zu Monopolpreisen in die halbe Welt. Rußland lebte vom Getreideexport. Die Sowjetunion lebt vom Verschleudern unersetzbarer Naturreichtümer.

Die gehen, überhöht prognostiziert, rapide zu Ende. Dabei bedeutet die rücksichtslose Ausbeutung der Bodenschätze die Vernichtung der Lebensgrundlage der Eingeborenen im hohen Norden wie im asiatischen Teil des Imperiums. Selbst die Naturschutzgebiete des Kaspischen Meeres und des Aralsees sind ökologisch tot. Das führt zu wachsendem nationalem Widerstand gegen das russische Herrenvolk.

Diesem werden, wenn sich der Alkoholverbrauch noch um drei Liter pro Kopf erhöht – die Moslems trinken nicht –, mehr debile Kinder geboren als gesunde. In der Säuglingssterblichkeit liegen sie auf Platz 51 hinter Mauritius und Barbados. 56 Prozent ihrer Kinder sind bei der Einschulung nicht gesund, 25 Prozent sind es noch bei der Schulentlassung, »eine Katastrophe«, wie der zuständige Funktionär es wiederholend auf dem 19. Parteikongreß klagte.

Was haben wir da aufgebaut?

Die Hälfte der sowjetischen Schulen hat keine Zentralheizung, keine Wasserleitung, keine Kanalisation. Es herrscht Mehrschichtbetrieb. Der Gesundheitsminister jammert über mangelnde Hygiene und Seuchen – letzte Hiobsbotschaft: Hunderte von Kindern wurden Aids-infiziert in einer Klinik –, fehlende Medikamente, nicht vorhandene Operationstische.

Ein Drittel der Krankenhäuser hat weder Warmwasser noch Kanalisation, jedes sechste Bett im Krankenhaus ist ohne Wasseranschluß. Tuberkulose, statistisch nicht vorhanden, peinigt Hunderttausende in den Randgebieten des kolonialen Imperiums, 3,5 Millionen Frauen werden vielfältig diskriminiert, müssen in zehnfach überschrittenen Schadstoffkonzentrationen atmen, ohne Urlaub unter primitiven Bedingungen auf dem Dorf »früh altern«, ohne ausreichende medizinische Versorgung. Dies, so sagt die Vorsitzende des Frauenkomitees, »ruft Kummer und Schmerz hervor«, zumal die Frauen ohne Rechtsschutz sind – im Gegensatz zu denen des Westens.

»Was haben wir da aufgebaut?« fragt ein Delegierter, und andere antworten: »Ein primitives Weltbild, rückständige Naturalwirtschaft, Faulheit, Korruption«. Aber am schärfsten formuliert es der georgische Parteichef, in dessen Land Stalins Standbilder die längsten Schatten werfen: »Verbrechen, feudalen Machtmißbrauch, den Kult des Apparates, Totalitarismus«.

Richtig, das Monopol gebiert den gewöhnlichen, das parteimonopolistische Staatswirtschaftsmonopol, den roten Faschismus. Die erbärmlichen Unterkünfte in den Städten, gemeinsam von Generationen belegt, erinnern an das Wohnungselend im unterentwickelten Industriekapitalismus, worüber Pinselheinrich Zille schrieb: »Mit einer solchen Wohnung kann man einen Menschen erschlagen wie mit einer Axt.«

Arbeitslosigkeit, in den asiatischen Gebieten Millionen, vor allem Jugendliche treffend, Banden, Mafiosos, unter Führung des örtlichen Polizei- und Staatschefs, Drogen, Prostitution, Raub, Mord – es gibt kein Gebrechen angeblich kapitalistisch determinierter Art, das im Lichtkegel von Glasnost nicht auftaucht.

Die sozialen Schwächsten zahlen am meisten, die Kriegerwitwen, die Invaliden und Rentner, die vielen Arbeiter, die mit ihrem Lohn nicht überleben können. Erstmals wird zugegeben, parteiamtlich, daß für Millionen der Ausgebeuteten das Existenzminimum nicht durch den strukturellen Hunger in Frage gestellt ist.

Damit ist klar, warum es die SED nicht wagen kann, die Protokolle dieses Kongresses zu veröffentlichen. Sie beenden den Wahn der sozialistischen Vision ganz offiziell.

Fehlanzeige der marxistischen Pseudo-Theorie

»Wir brauchen ein neues System«, fordert Gorbatschow, wiederholen die Delegierten. Welches? Alle Augen richten sich auf den bislang so arg geschmähten Kapitalismus. Dessen Monopole sind effizient, sie sind nicht absolutistisch sondern pluralistisch strukturiert, national wie international, supranational wie multinational, staatlich wie privat, erzeugen nur die Hälfte des Bruttosozialproduktes, aber erzwingen wissenschaftlich-technischen Fortschritt, ökonomische Effektivität durch weltweite Arbeitsteilung und Konkurrenz, und nur wer in einer hoch-technisierten Leistungsgesellschaft hohen Profit macht – erstmals forderte ihn Andropow –, kann umverteilen, sozial und ökologisch.

Hier liegt die Fehlanzeige der marxistischen Pseudo-Theorie: Die Namen Marx und Engels sucht man in den Reden der Delegierten vergeblich: »Sie haben uns nichts Brauchbares hinterlassen.«

Lenin wird beschworen: Sein Geist? Oder der Buchstabe seiner Aufsätze? Falls letztes: Dann wird die Sowjetunion, jetzt abgefallen auf Platz vier der ökonomischen Weltrangliste, auch militärisch zum Entwicklungsland.

Sie hat schon jetzt 20 Jahre Rückstand in der Grundlagenforschung, und, bei gleichem Personalbestand, nur 20 Prozent der Mittel für ihre Wissenschaftler, die amerikanischen Gelehrten zur Verfügung stehen. Der Maschinenbau der Hauptstadt zählt 20 Lenze, der Westen modernisiert alle vier, fünf Jahre seine Ausrüstungen.

Die technologischen Linien der Leicht- und Konsumgüterindustrie sind 30 Jahre alt. Sie produzieren 35 Prozent Ausschuß bei Fernsehgeräten und sonstigen hochwertigen Konsumgütern. Mähdrescher, Traktoren, LKWs fallen, neuwertig, zu einem Drittel aus.

Neues Wissen, neue Technik, neues Geld, neue Kredite, neue Manager, neue Studenten – neues Denken: Westen hilf! »Wir haben uns ruiniert«, weil wir uns nach unseren Verhältnissen, denen einer »stagnierenden, undemokratischen Gesellschaft« gerichtet haben, schreibt die »Prawda«. Spät oder zu spät?

Die neuen Reformgesetze greifen nicht. Arbeiter, Minister, Parteikaiser diagnostizieren öffentlich die Gefahr des Scheiterns. »Die Partei führt nicht«, sagen 85 Prozent aller Genossen, befragt vom ZK-Institut: halbherziges Glasnost, halbherzige Maßnahmen, keine Geld-, Lohn- und Preisreform als Kern der Wirtschaftsreform. Wie soll da die Effektivität steigen?

Es wird alles verbal perestroikaschiert: Firma Möbelholz heißt neu Firma Holzmöbel, der kollektive Arbeitsvertrag heißt neu Pachtvertrag. Wer fleißig ist, privat, in der Genossenschaft oder im Betrieb, wird nach wie vor bestraft. Er arbeitet wirklich – mit welchem Erfolg?

»Das Geld ist tot«, konstatierte der Kongreß mehrfach. Richtig, es gibt weder neue Maschinen, noch Rohstoffe, noch Baumaterialien, noch Obst, Gemüse oder Fleisch zu kaufen. Warum? Weil ich Appel und Ei nicht zweimal planen kann, einmal finanziell und einmal stofflich, wie Charlie Murx es vorschreibt. 24 Millionen Produkte kann ich preislich nicht planen und schon gar nicht ihre astronomischen Querverflechtungen.

Es droht die Unregierbarkeit

Wann wird wo was warum gebraucht von 300 Millionen Menschen unterschiedlichster Völkerschaften, außerdem im RGW und auf dem Weltmarkt? Welcher Kopf speist das dem Computer ein?

Sozialistischer Markt ist sozialistisches, also totes Geld. Heute drucken manche Betriebe ihr eigenes, weil sich sonst die angewiesene ökonomische Regulierung nicht machen läßt. Die Inflation trabt, der Staatshaushalt ist desolat. Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Bundesbank, GATT, Europäische Gemeinschaft, Bundesrepublik: Hilf!

Gemeinsame Ausbeutung zugunsten sozialistischer Millionäre in gemeinsamen Gesellschaften, Konvertibilität – wirklich, der russische Kommunismus ist der weiteste Umweg zur sozialen Marktwirtschaft. ZK-Funktionäre sehen die Unregierbarkeit heraufziehen, und Gebietsfürsten verweisen auf den Ausweg der Perestroika von unten: »Hinweg mit den korrupten Beamten« – mit solchen Losungen demonstrierten zum 1. Mai 1988 sowjetische Arbeiter. Kein Zweifel: Neues Denken.

Neues Denken – nach außen wegen der inneren Katastrophe, die zwingt, Weltmachtambitionen aufzugeben, Mittel umzulenken auf technologische Sanierung, um der Volksrevolution zuvorzukommen?

Ja, deshalb allseitige Kooperation mit dem Westen. Man braucht, nach Lenins Erfahrungen, siehe Friedensschluß von Brest-Litowsk, eine Atempause. In der politischen Resolution des 19. Kongresses wird, unfaßbar, der Wahnsinnsanspruch des Dogmatismus wiederholt: Der Sowjetunion sei aufgetragen, die »historische Gesetzmäßigkeit« zu vollstrecken, den erstrebenswerten Sozialismus, den ohne Menschenwürde und ohne Butterbrot, durchzusetzen, weltweit.

Gesetzmäßigkeit heißt im stalinistischen Dogmatismus das, was bei Hitler Vorsehung hieß, hie Klassenwahn, hie Rassenwahn. Welche Linie gilt? Schewardnadse verkündet die Überlebtheit des Klassenkampfprinzips auf seiner Diplomaten-Konferenz. Ligatschow korrigiert ihn sofort auf seiner Parteisekretärkonferenz.

Wir tun gut daran, unser Pulver trocken zu halten. Die Geschichte kennt nie nur eine – dazu irreversible – Möglichkeit, selbst wenn hiesige Altdenker das verkünden. Übrigens irrt Gorbatschow auch, wenn er behauptet, die KPdSU habe als neues Kriterium das der allgemein menschlichen Probleme, vorrangig vor Klassenproblemen zu behandeln, unter seiner Führung erkannt.

Chruschtschow ließ die Lehrbücher umschreiben wie Gorbatschow heute. Es erschien 1957 ein neues Philosophielehrbuch, in welchem als neu, den Marxismus bereichernd, das Schlagwort von der »relativen Selbständigkeit der Ideologie« formuliert war: Der Humanismus wurde nun nicht mehr mit Marxismus, sondern mit der humanistischen Tradition gleichgesetzt, die es auch in den vorsozialistischen Ausbeuterordnungen gegeben habe.

Allgemeine Menschheitsprobleme – ökologische, demographische – hat die Sowjetunion so seit 1957 akzeptiert. Inzwischen, nach Tschernobyl, ist ein Gesichtspunkt wirklich neu dazu gekommen: Der Atomkrieg ist nicht gewinnbar. Das wußten amerikanische Filmemacher erheblich früher als das russische Politbüro.

Aber noch immer hält Gorbatschows Parteiprogramm, das verbindliche Dokument, konventionelle Kriege für gerecht, zum Beispiel, wenn sie der nationalen Befreiung dienen. Nun: Hoffentlich verstehen das die Leute in Berg-Karabach und anderswo nicht falsch. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 31. Mai 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Paraguay

Drogen als Schlüssel zur Macht-übernahme

Warren Hough

Der neue Führer Paraguays, General Andres Rodriguez, der den langjährigen regierenden starken Mann General Alfredo Stroessner in einem blutigen Staatsstreich stürzte, unterhält starke Bindungen zum illegalen Drogenhandel.

Was noch erstaunlicher ist, der Staatsstreich wurde unter anderem unterstützt von einer Clique amerikanischer Staatssicherheits-Bürokraten, heißt es aus amerikanischen Informationsquellen. General Stroessner, 76, der Paraguay 35 Jahre lang regierte, wurde am 3. Februar dieses Jahres bei einem gewalttätigen Staatsstreich aus dem Amt gedrängt, dessen Rollenverteilung folgende Persönlichkeiten einbezog:

Geld von den Drogen-Mogulen

Einen Drei-Sterne-General, Rodriguez, der, während er als Paraguays Armeekommandeur diente, so tief in den Drogenhandel verwickelt wurde, daß er Anfang der siebziger Jahre bei einer amerikanischen Einsatztruppe zur Drogenbekämpfung auf der Abschußliste stand.

Ein Konsortium der hundert Millionen schweren französischen, italienischen und libanesischen Drogen-Mogulen, die Gelder, Flugzeuge und sogar Nachrichteneinrichtungen für den Staatsstreich zur Verfügung gestellt haben sollen.

Einen inneren Kreis Washingtoner Staatssicherheits-Bürokraten, die durch ihre gemeinsame Teilnahme an der Amtsenthebung des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos im Jahre 1986 miteinander verbunden sind.

Die schweizerische ehemalige Polizei- und Justizministerin Elizabeth Ikle-Kopp, die Verbindungen sowohl zur Washingtoner Bürokratie – durch ihren Vetter Fred Ikle, einen Spitzenbeamten des US-Verteidigungsministeriums – als auch zum Drogensyndikat unterhielt – durch ihren Ehemann, Rechtsanwalt Hans Kopp, der, wie berichtet wurde, für die Drogenbande als Aushängeschild diente.

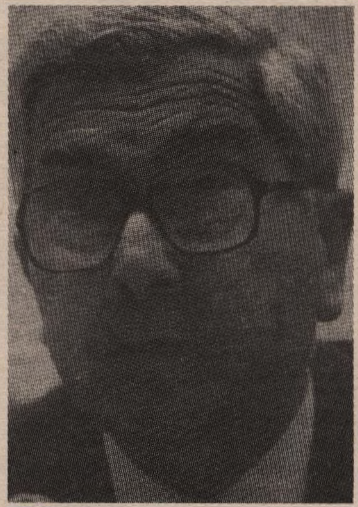
Ungewöhnliche Bündnisse

Bei der Rekonstruktion der Ereignisse, die zu General Stroessners Sturz führten, in privaten Gesprächen mit amerikanischen diplomatischen Verbindungen und Washingtoner Nachrichtendienstkreisen brachte man eine Reihe von ungewöhnlichen Allianzen und Bewegungen zutage, die einer weiteren Erklärung bedürfen.

»Die meisten Amerikaner finden es schwer zu glauben, daß amerikanische Staatsbeamte insgeheim den Anschlag eines im Drogenhandel verstrickten Generals auf ein stabiles amerikafreundliches Regime unterstützen würden«, erklärte Richard Clement, ein ehemaliger Experte für Sondereinsätze des US-Verteidigungsministeriums, der als Sicherheitsdirektor einer größeren US-Bundesstelle diente, bevor er sich im vergangenen Jahr privaten Geschäften zuwandte.

»Aber genau das ist in Panama geschehen, wo die Chase Manhattan Bank, die Drogenbande und der CIA General Manuel Antonio Noriega gegen Ricardo Arias, einen mit einem erstaunlichen Erfolg gewählten populistischen Präsidenten, unterstützten. Und denken Sie daran, daß Noriega immer noch an der Macht und immer noch ein Drehpunkt des Drogengeschäfts ist.«

Als man beim amerikanischen Außenministerium telefonisch diese Behauptungen nachfragte, gab es nur ein schwaches Dementi: »Paraguay ist anders als Panama«, argumentierte ein Pressesprecher. »Paraguay ist weiter weg. Es liegt nicht an einer strategischen Kreuzung. Es ist kein strategischer Brennpunkt für uns.«

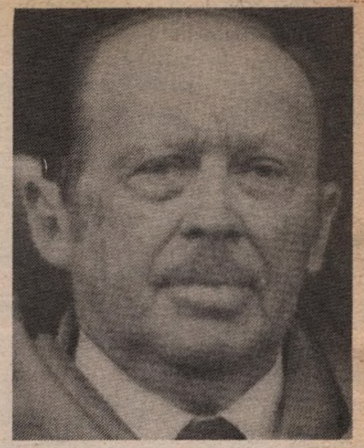


Der ehemalige Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Fred Ikle war eine Schlüsselfigur in der Kabale um Stroessner.

»Wenn auch ausweichend, klang diese Erklärung einigen unserer eigenen Informationsquellen akzeptabel. Es stimmt, daß Paraguay weiter weg liegt und weniger relevant für amerikanische Interessen ist als Panama«, bemerkte ein ehemaliger Experte des US-Außenministeriums für Nachrichten und Forschung.

Schon lange als »Droguero« bekannt

Aber andererseits haben die Ereignisse in den beiden Ländern sehr viel gemeinsam. In Panama müssen wir uns mit einem militärischen Kraftprotz abfinden, der auf der Gehaltsliste des internationalen Drogenkartells steht. In Paraguay haben wir es nun mit dem gleichen Problem zu tun.«



Alfredo Stroessner wurde von der gleichen Washingtoner Clique fallengelassen wie vorher Ferdinand Marcos.

Paraguay, eine von Land eingeschlossene Republik von der Größenordnung Kaliforniens (Bevölkerung 3,8 Millionen), führte seit Jahrzehnten die ruhige Existenz eines lateinamerikanischen Stauwassers unter der festen, aber entschlossenen Herrschaft des starken Mannes Stroessner. Die Volkswirtschaft, obwohl klein und weitgehend landwirtschaftlich, war stabil und wuchs in den meisten siebziger Jahren mit einer beachtlichen Steigerungsrate von vier bis sechs Prozent.

»General Stroessner führte Paraguay mit fast deutscher Umsicht«, sagte der Wirtschaftskorrespondent Ivo Dawney. »Aber in den frühen achtziger Jahren geriet das Land in ein steuerliches Defizit. Die Auslandsschulden stiegen auf fast 2,3 Milliarden Dollar. Die Hartwährungsreserven sanken um fast 50 Prozent.«

Der Grund: Als sich der Griff des alternden starken Mannes lockerte, fingen die ihn umgebenden Generale an, »eine eigene Schau aufzuziehen«, formulierte ein Informant aus den Vereinten Nationen.

An vorderster Stelle unter ihnen befand sich General Andres Rodriguez, Kommandeur der bewaffneten Streitkräfte, schon lange in seinem Heimatland als »Droguero« bekannt – ein Beamter auf der Gehaltsliste des Drogensyndikats.

»General Rodriguez, dessen Truppen die Grenzen beherrsch-

ten, wandelte Paraguay in ein Schmuggler-Paradies um«, sagte der Experte des US-Außenministeriums. »Schließlich verlegte er sich auf das Geschäft der Geldwäsche, wurde selbst ein Drogen-Banker und richtete sich ein großes Geldzentrum in der Innenstadt der Hauptstadt Asuncion ein.«

In der Tat wurde Rodriguez ein Multimillionär, verlautet aus Quellen, die mit seinen Aktivitäten vertraut sind. »Bei einem nur bescheidenen Sold als sein bekanntes Einkommen hat dieser General riesige Landbesitze, einen Juwelen-Konzern – er gewann Interesse an Gold – und andere Geschäftsbetriebe gekauft«, sagte ein Kenner aus dem amerikanischen Gesetzesvollzug, der sich mit Drogenfahndungen in Lateinamerika befaßte, als er in den siebziger Jahren als höherer amerikanischer Zollbeamter diente.

Der reichste General in der Region

»Heute gilt General Rodriguez als einer der reichsten Männer in Lateinamerika. Nach General Noriega ist er gewiß die reichste Militärperson in der Region.«

In dem Prozeß, ein Drogenmagnat zu werden, entwickelten General Rodriguez und seine Bank zahlreiche Verbindungen mit der Schweiz, einem Land, das für seine Gastfreundschaft, für gewaschenes Geld und seine Allianz mit Drogenmagnaten bekannt ist.

1972 stellte die Nixon-Regierung, begierig, einen bedeutsamen Schritt gegen die steigende Drogenbedrohung zu unternehmen, eine supergeheime Schlagtruppe freiwilliger Drogengesetz-Vollzugsbeamter zusammen. Ihre Aufgabe: ausländische Haupt-Drehpunkte des Drogenhandels, die sich außerhalb der Reichweite konventioneller amerikanischer Gesetzesvollzugs-Dienststellen befanden, zu »erledigen«, das heißt zu ermorden.

»General Noriega und General Rodriguez waren beide von dieser verdeckten Aktionsmannschaft als Ziel ausersehen«, erinnerte sich ein kenntnisreicher ehemaliger CIA-Sachbearbeiter. Keiner von ihnen wurde beseitigt, weil das geheime »Erledigungs«-Programm zu US-Senator Lowell Weicker durchsickerte, der es im Sitzungssaal des amerikanischen Senats offenlegte.

Bis spätestens 1987 hatten sich die Bedingungen geändert, verlautet aus diesen Informationsquellen. In Washington hatte eine Clique von Beamten aus dem Verteidigungsministerium und dem Nachrichtendienst Beförderungen und steigende Macht eingeheimst, als sie die Amtsenthebung von Marcos ausbrüteten. Begierig ihren Staatsstreich zu wiederholen, sahen sie sich nach einem anderen alternden invaliden starken Mann um, um ihn vom Sockel zu stürzen.

Eine neue weitere Drogen-Enklave

Ihr Gelegenheitsziel: General Stroessner, der sich – fast so wie Marcos – in schlechtem Gesundheitszustand befand und sein Regime nicht mehr in der Gewalt hatte. Ihr Instrument: General Rodriguez, der Stroessner in einem blutigen Staatsstreich hinauswarf und als Paraguays neuer Diktator an dessen Stelle trat.

»Der amerikanische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Fred Ikle, und sein langjähriger Gehilfe, der stellvertretende Minister Richard Armitage, die die amerikanische Militärpolitik leiteten, waren Schlüsselfiguren in dieser bürokratischen Kabale«, sagte ein ehemaliger Beamter für öffentliche Information aus dem US-Verteidigungsministerium.

»Es besteht keine Frage, daß sie bei der Unterstützung von Stroessners Sturz mitgeholfen haben, eine neue Drogen-Enklave in Lateinamerika ins Leben zu rufen – ein direkter Verstoß gegen den lauthals verkündeten Krieg gegen die Drogengefahr.«

Dieser Krieg – ein notwendiger weltweiter Kreuzzug – wird solange auf dem Zeichenbrett bleiben, bis der US-Kongreß den Staatsstreich in Paraguay und andere Entwicklungen, die hohe amerikanische Regierungsbeamte mit dem Drogenhandel in Zusammenhang bringen, einmal unter die Lupe nimmt. □

Süfafrika

Winnie Mandela enttarnt

Klaus Frühling

Über viele Jahre wurde der schwarze Terrorist und Verbrecher Nelson Mandela von der einheitlich gesteuerten Weltpresse als ein Idol für den Kampf um die »Menschenrechte« und gegen den »Rassismus« aufgebaut.

Noch Anfang dieses Jahres meldete die Presse, die Bonner Regierung habe für ein Mandela-Buch Geld gespendet. Man bedenke: eine aus CSU-CDU-FDP bestehende Regierung, die manche als »rechts« bezeichnen. Man kann sich nur wundern, wohin das Geld des deutschen Steuerzahlers fließt – trotz einer Billion Mark Staatsschulden.

Die Bundesregierung hat inzwischen bestätigt, daß sie 15 000 DM »gespendet« habe, um in Südafrika die Herausgabe einer Biographie über den inhaftierten Terroristenführer Nelson Mandela zu ermöglichen. Tausende von bundesdeutschen Schriftstellern dagegen warten vergeblich auf eine staatliche Förderung.

Nachdem die südafrikanische Regierung Nelson Mandela mehrfach die Freilassung angeboten hatte, wenn er der Gewalt abschwören würde – was er ablehnte –, wurde es zwischenzeitlich stiller um ihn. Zum Ersatz – weil die Presse-Mafia ein Idol brauchte – wurde in den letzten Jahren zunehmend seine Frau Winnie als solches vermarktet.

Nun liegt auch das von den Medien geschaffene Trugbild der »Mutter der Nation«, Winnie Mandela, endgültig in Scherben.

Die grausame Behandlung und das rätselhafte Verschwinden des 14jährigen Stompie Mokhesi, der vermutlich von Winnie Mandelas »Fußballmannschaft« entführt, gefoltert und schließlich beseitigt wurde, hat selbst ihre schwarzen Anhänger in Soweto auf die Barrikaden gebracht. Sie fordern eine genaue Untersuchung der rätselhaften Vorfälle um Frau Mandelas Schlägertruppe. Schwarze Politiker trafen sich in geheimen Sitzungen und forderten inzwischen Nelson Mandela auf, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Jetzt hat der Minister für Gesetz und Ordnung, Adriaan Vlok, einen hohen Offizier des Sicherheitsdienstes, Generalmajor Jaap Joubert, ernannt, um die Zwischenfälle um das »Fußballteam« der schwarzen Aktivisten zu untersuchen.

So sieht sich nun sogar die Presse gezwungen, über die Vorfälle in dem großzügig eingerichteten Hause Winnie Mandelas in dem Soweto-Viertel Diepkloof zu berichten. Über Seiten hinweg werden die Machenschaften Winnie Mandelas und ihres »Clubs der Angst« sowie die Umstände des rätselhaften Verschwindens des 14jährigen Stompie Mokhesi geschildert.

Die Schlägertruppe von jungen, sportlich trainierten Schwarzen bewachte nicht nur die Frau des ANC-Führers Nelson Mandela, sie trat auch demonstrativ bei Begräbnissen und anderen Ereignissen auf. Frau Mandela hatte die Leibwächter zu Beginn der südafrikanischen Unruhen 1984 angeworben. Sie begleiteten die schwarze Aktivistin auf Schritt und Tritt, trugen Trainingsanzüge in den Farben des ANC, Schwarz, Gold und Grün, und galten schon bald in Soweto als die am meisten gehaßte Organisation.

Im vorigen Jahr versuchten aufgebrachte schwarze Schüler die Mandela-Fußballer zu verjagen. Sie zündeten das Haus Winnie Mandelas an. Augenzeugen berichten, daß die Nachbarn keinen Finger rührten um das Feuer zu löschen. Angst verbreitete sich unter der friedliebenden schwarzen Mehrheit, als die »Befreiungs«-Führerin vor laufenden Fernsehkameras erklärte, daß man das Land mit Streichhölzern und »Halskrausen« befreien würde.

»Halskrausen« werden die brennenden Autoreifen genannt, die man den mit den verhaßten Weißen zusammenarbeitenden schwarzen Mitbürgern über den Kopf stülpt.

Nun, hoffentlich sind vorerst einmal die Schwarzen von ihrer gewalttätigen »Königin« und wir wenigstens in diesem Fall von der Verdummungspropaganda der Presse-Mafia befreit. □

Südafrika

Verrat an Südafrika

Klaus D. Vaqué

Die vorherrschende Meinung ausländischer Beobachter der südafrikanischen Szene ist, daß das Land am Vorabend einer blutigen Revolution steht und daß es nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, bis der letzte Rest weißer Hegemonie in Afrika verschwunden ist –, entweder durch Gewalt oder auf dem Verhandlungswege. Es wird auf die Beispiele der ehemaligen Kolonialländer Angola, Mozambique und Rhodesien hingewiesen, in denen weiße Vorherrschaft dem angeblichen Drängen des erwachenden schwarzen Nationalismus weichen mußte.

»Afrika den Afrikanern!« lautet die Parole unbekümmerter Ignoranten im Westen. »Uhuru« schallt es aus afrikanischen Landen; »Befreiung« um jeden Preis. Wenn man die Auslandspresse und die Sensationsmeldungen überseeischer Nachrichtenmedien verfolgt, bekommt man in der Tat den Eindruck, daß die Tage der Weißen in Südafrika gezählt sind. Nichts kann angeblich die Übermacht der Schwarzen aufhalten.

Steht Afrika wirklich am Vorabend einer Revolution?

Ist es wirklich so? Oder handelt es sich hier um das Wunschdenken liberaler Intellektueller und roter Ideologen? Steht Südafrika wirklich am Vorabend einer »schwarzen« Revolution, die die Regierung stürzen und mit Gewalt die Macht aus den Händen der Weißen reißen könnte?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir uns nüchtern mit den Gegebenheiten und Verhältnissen in Südafrika auseinandersetzen, wie sie heute bestehen. Öffentliche Meinungsumfragen anerkannter Forschungsinstitute, die mit schwarzen Interviewern arbeiteten, haben einwandfrei ergeben, daß von einem klassischen revolutionären Klima im Lande nicht geredet werden kann.

So stellte sich bei einer Umfrage heraus, daß nur 20 Prozent der befragten Schwarzen ihr Verhältnis zu den Weißen als »poor« (schlecht) bezeichneten. Eine Umfrage des Bergstraesser-Instituts unter urbanisierten Schwarzen, die gewöhnlich radikalere Meinungen vertreten als die übrige schwarze Bevölkerung, ergab, daß nur jeder vierte einen friedlichen Wandel nicht mehr als wirkungsvollste Maßnahme ansah, die Position der Schwarzen zu verbessern.



Eineinhalb Jahrhunderte haben die Buren um Südafrika gegen den englischen Imperialismus gekämpft.

Es ist eine Tatsache, die jeder Besucher des Landes immer wieder mit Erstaunen zur Kenntnis nimmt, daß das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen in Südafrika ausgesprochen harmonisch und freundlich ist. Ob Weiße oder Schwarze, beide sind Afrikaner; beide sind auf diesem Kontinent geboren und aufgewachsen, haben sich angepaßt und sind vertraut mit der Mentalität des anderen. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Abneigung europäischer Völker gegenüber dem Eindringen fremdländischer Gastarbeiter, verstehen sich schwarze, weiße und braune Südafrikaner als natürliche Landsleute, deren Geburts- und Aufenthaltsrecht nicht in Frage gestellt wird.

Die große Masse der schwarzen Bevölkerung Südafrikas hatte an den Unruhen und Aufständen der vergangenen Zeit keinen Anteil. Was im Ausland oft verkannt wird, ist die Tatsache, daß es sich bei den »revolutionären Unruhen« zumeist um Machtkämpfe rivalisierender schwarzer Gruppen handelte, die zusätzlich von kriminellen Elementen ausgenutzt wurden.

Machtkämpfe zwischen schwarzen Gruppen

Die »Aufstände« richteten sich nicht gegen die Weißen, sondern gegen die schwarzen Mitbürger, was schon daraus hervorgeht, daß die Kämpfe ausschließlich in schwarzen Wohngebieten stattfanden. Wenn weiße und schwarze Polizei zum Schutze der Bürger eingriff, entstanden Szenen, die im Ausland den Anschein erweckten, als herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen Weißen und schwarzen Südafrikanern.

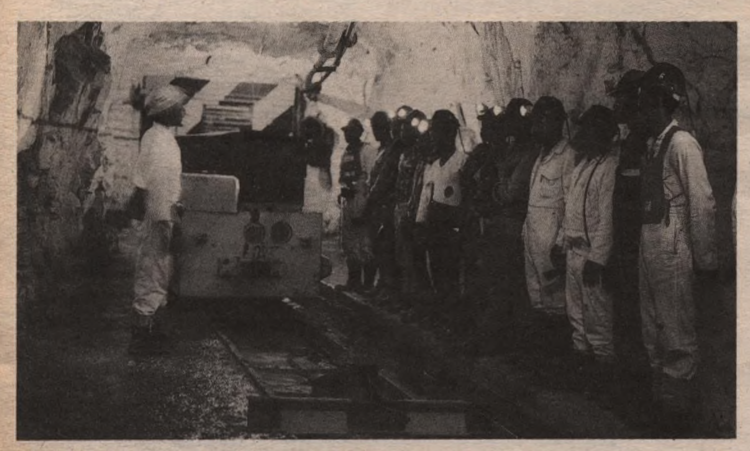
Es gibt weitere entscheidende Umstände, die meiner Ansicht nach eine gewaltsame Revolution in Südafrika ausschließen. Keine Revolution ist je erfolgreich durchgeführt worden, ohne daß alle oder die meisten der folgenden Vorbedingungen erfüllt waren:

Schwäche einer traditionell starken und stabilen Regierung – oft mit einer militärischen Niederlage verbunden –; das Hervortreten einer alternativen (schwarzen) Führungsschicht aus dem Volk – in einer homogenen Gesellschaft, wie sie in Südafrika nicht besteht –; eine labile militärische Führung, in der zumindest Teile mit der alternativen (schwarzen) Führungselite sympathisieren; sichere Basen innerhalb oder außerhalb des Landes; starke Unzufriedenheit und schwelender Haß gegen eine tyrannische Regierung; weit verbreitete Korruption, Parteienzersplitterung und Mangel an Führungswillen der herrschenden Elite; große finanzielle und organisatorische Unterstützung durch ausländische Kräfte.

Keiner dieser Punkte, mit Ausnahme des letzten, dürfte mit Sicherheit auf Südafrika zutreffen. Ein weltbekannter Experte über revolutionäre Kriegsführung, Professor Calvin Woodward von der Universität New Brunswick in Kanada, kam vor einiger Zeit zu der Feststellung: »Es gibt keine Anzeichen eines revolutionären Klimas in Südafrika. Es kann auch nicht mit Sicherheit von einer weit verbreiteten Unzufriedenheit gesprochen werden. Die Machthaber strahlen Stärke und Zuversicht aus und die Anwendung von Gewalt . . . hat über die Jahre nicht wesentlich zugenommen. Kurz gesagt, Südafrika war und ist ein politisch stabiler Staat.«

Das Problem der radikalen Führer

Wenn diese Aussage auch vor den Unruhen der letzten Zeit gemacht wurde, bleibt ihre Kernaussage dennoch richtig. Dies bedeutet natürlich nicht, daß es nicht Versuche eines revolutionären Umsturzes in Südafrika gibt. Wie wir wissen, setzen der ANC und seine Anhänger alles daran, die schwarzen Massen aufzuwiegeln und zu einem landesweiten Aufstand zu bewegen, um die Regierung zu stürzen. Dies ist ja gerade der Grund, weshalb die ANC/UDF/SACP-Allianz und andere militante Organisationen die schwarzen Townships mit Gewalt und Terror überziehen, um die Bevölkerung unter ihre Kontrolle zu bringen.



Die Goldminen in Südafrika gehören zur Lebensgrundlage für die Weißen und Schwarzen.

Das Problem der radikalen Führer ist es, daß die große Masse der Schwarzen einem revolutionären Aufstand ablehnend gegenübersteht –, wohl auch deshalb, weil sie die Ergebnisse »erfolgreicher Revolution« in den Nachbarländern kennt, aus denen heute Ströme verzweifelter und verhungernder Flüchtlinge nach Südafrika fliehen. Zudem ist die Macht des weißen Establishments und die Stärke und Loyalität seiner Sicherheitskräfte so groß, daß ein gewaltsamer Umsturz als völlig unrealistisch angesehen werden muß.

Südafrika ist der größte Produzent von Edelmetallen und Mineralstoffen wie Gold, Platin und Diamanten.

Im Gegensatz zum früheren Rhodesien, das bei einem Bevölkerungsverhältnis von 17 Schwarzen zu einem Weißen trotzdem 13 Jahre lang auf dem Schlachtfeld unbesiegt blieb, beträgt das Zahlenverhältnis in Südafrika nur vier zu eins.

Hinzu kommt der entscheidende Unterschied, daß Südafrika nie eine Kolonie war, die sich die Buren widerrechtlich angeeignet hatten. Sie haben deshalb weder diesbezügliche Schuldgefühle, noch sehen sie eine moralische Verpflichtung, ihr Land an die inzwischen zur Mehrheit angewachsenen schwarzen Bevölkerung abzutreten. Die weißen Afrikaner haben nie den Wunsch, die schwarzen zu beherrschen. Man gab ihnen größtmögliche Selbstverwaltung in ihren Gebieten und überließ sie im übrigen dem Regiment ihrer Häuptlinge und die traditionelle Struktur ihres Stammes. Gerade aber weil man die Schwarzen nie beherrschen wollte, ist es für die Buren unvorstellbar, sich von den Schwarzen beherrschen zu lassen.

Die Regierung sucht daher nach einem Verfassungsmodell, mit dem die volle Selbstbestimmung der Schwarzen realisiert werden kann, ohne die eigene Selbstbestimmung – die die Buren nach fast eineinhalb Jahrhunderten Kampf gegen den englischen Imperialismus erst 1948 endgültig erlangten – extrem zu gefährden.

Bereitschaft zur Machtteilung

Viele Verfassungsmodelle mit Minderheitenschutz sind in den letzten Jahren im Auftrag der Regierung wissenschaftlich analysiert worden – vom Kantonsystem der Schweiz und dem Modell Belgiens bis hin zum einstigen »Mährischen Ausgleich« in der Donaumonarchie; bislang scheinbar ohne eine überzeugende Lösung, die für Südafrika geeignet wäre.

Es steht außer Zweifel, daß die südafrikanische Regierung fest entschlossen ist, eine Verfassungsreform zu finden, die das Sicherheitsbedürfnis der Weißen mit der Forderung der Schwarzen nach einem allgemeinen Stimmrecht erfüllt. Im Gespräch ist auch ein föderativer Staatsaufbau, in dem in Verbindung mit einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit institutionelle Barrieren geschaffen werden sollen, die eine Diktatur selbst für den Fall verhindern würde, wenn die Mehrheit sich für eine Diktatur entscheiden sollte.

Die weiße Wählerschaft, die der regierenden Nationalen Partei das Mandat zur Einführung notwendiger Reformen und einen friedlichen Gesellschaftswandel erteilt hat, ist heute tief gespalten über die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses. Statt Anerkennung für ihre Bereitschaft zur »Machtteilung« mit den Schwarzen, erlebt sie gewalttätige Aufstände, verstärkten Druck aus dem Ausland, wirtschaftliche Strafmaßnahmen und werden Forderungen an sie gestellt, die auf eine völlige Machtübergabe an »die schwarze Mehrheit« hinauslaufen, die es – stammes- und volksbedingt – gar nicht gibt.

Die Bereitschaft der Weißen zu einer »Machtteilung« wurde erwartungsgemäß von vielen im In- und Ausland als Schwäche interpretiert. Radikale schwarze Führer, die kommunistische »Befreiungsorganisationen«, sowie die Internationalisten im amerikanischen State Department verstärkten sofort den Druck auf die Regierung und

Verrat an Südafrika

schürten den Konflikt. Mit wirtschaftlichen Sanktionen, Handelsboykotten und Unterstützung militanter schwarzer Oppositionsgruppen hofften sie, den Kollaps der Regierung herbeiführen zu können.

Je größer die Reformbereitschaft der Buren wurde, je stärker wurde der Druck auf ihre Regierung und ihr Gesellschaftssystem. Viele Afrikaner stehen diesem scheinbaren Paradox verständnislos gegenüber und fordern inzwischen die Rückkehr zur ungeteilten Machtpolitik vergangener Jahre. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in relativ kurzer Frist ein Verfassungsmodell vorzulegen, das der weißen Bevölkerung eine gesicherte Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung garantiert und dem Land wieder Stabilität und Ordnung verschafft, muß sie mit einer Ablösung durch die parlamentarische Opposition der Konservativen Partei rechnen.

Eine deutliche Warnung an die Regierung

Diese fordert eine Rückkehr zur Politik der »getrennten Entwicklung« als den einzigen gangbaren Weg für ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Völker Südafrikas. Eine territoriale Aufteilung nach Volkszugehörigkeiten und das Recht jedes Volkes auf politische Selbstbestimmung soll die Grundlage ihres angestrebten Staatswesens bilden, das jegliche Vorherrschaft ausschließt. Eine »Machtteilung« wird von der Oppositionspartei als ein sicherer Weg ins Chaos angesehen, der letztendlich zu einer Herrschaft der Schwarzen über die Weißen führen würde.

Es ist in diesem Zusammenhang nebensächlich, welche Partei die überzeugendsten Argumente besitzt. Fest steht, daß der Afrikaner nicht bereit ist, seine politische Selbstbestimmung aufzugeben, für die er so lange gekämpft hat. Ein politischer und gesellschaftlicher Wandel kann aber nur mit dem Einverständnis der Weißen erfolgen. Sie sind zu Konzessionen bereit, jedoch nur solange ihre Sicherheit und die Zukunft ihrer Kinder gewährleistet bleibt. Das starke Anwachsen der rechten Oppositionspartei und der Zustrom zur rechtsnationalen »Afrikaanischen Widerstandsbewegung« (AWB), die einen unabhängigen weißen »Volksstaat« innerhalb des jetzigen Territoriums der Südafrikanischen Republik fordert, ist eine deutliche Warnung an die Regierung, daß sie mit ihrer Reformpolitik nicht zu weit gehen darf.



Südafrika verfügt über unschätzbare Bodenschätze und über eine moderne Industrie, die beste Afrikas.

Südafrikas Streitkräfte, seine militärische Führung und sein ziviler und militärischer Abschirmdienst gehören zu den besten der Welt. Die hohe Moral seiner Soldaten und der zähe Widerstandswille der burischen Bevölkerung ist weit ausgeprägter, als dies in Europa oder Amerika der Fall ist. Südafrikas Menschen sind noch frei von dem Bazillus des Defaitismus und des Unwillens zu kämpfen, wie es ein Nach-Vietman-Amerika und ein Großbritannien mit seinem nicht endenden Nordirland-Problem an den Tag legen.

Ein externer militärischer Anschlag gegen das Land – auch von einer vereinten afrikanischen Streitmacht – hätte keine Aussicht auf Erfolg. Südafrikas total mobilisierbaren Streitkräfte, einschließlich paramilitärischer Einheiten – über 400 000 gut ausgerüstete Soldaten – werden von Militärexperten als sechststärkste der Welt eingeschätzt. Sie sind zäh, kampferprobt und außerordentlich motiviert. Sie wären heute ein unvergleichlich stärkerer Gegner, als sie es während des Burenkrieges waren, wo sie der britischen Weltmacht schwere Verluste zufügten.

Südafrikas hochmoderne Waffenindustrie, die erst 1977 durch das Waffenembargo der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde, machte das Land nicht nur in kürzester Zeit unabhängig von ausländischen Lieferungen, sondern schuf auch eine eigene Waffenindustrie, die zu den zehn größten der Welt gehört. Seine Waffensysteme werden heute in viele Länder der Erde exportiert.

Die Gefahr für das Land liegt daher weniger in einer militärischen Konfrontation von außen, sondern in der Täuschung und Aufweichung seiner Bevölkerung im inneren, der Zerstörung des moralischen Charakters seiner Jugend und der allmählichen Unterwanderung und »Liberalisierung« seiner politischen und kulturellen Institutionen. Mit »Zuckerbrot und Peitsche« versucht man die Weißen zur stufenweisen Abdankung und zur »Machtteilung« mit den Schwarzen zu bewegen.

Unterwanderung und Liberalisierung

Wie diese »Machtteilung« in der Praxis aussehen soll und weshalb ein solches Experiment gerade im Vielvölkerstaat Südafrika gelingen sollte, wo es überall in Afrika und in der Welt mißglückt ist, läßt auch die Regierung vorläufig unbeantwortet. Es ist zu hoffen, daß es ihr gelingt, ein Verfassungsmodell zu entwerfen, das es Schwarzen und Weißen erlaubt, gemeinsam – aber in getrennter politischer Selbstverantwortung – einen friedlichen Weg in die Zukunft zu finden. Sonst gibt es nur zwei Alternativen: Weiße Vorherrschaft oder schwarze.

Macht zu teilen wäre ein Absurdum, ein unhaltbarer Zustand, der nach kurzer Zeit zu neuen Machtkämpfen und zur alleinigen Macht der stärksten Gruppe führen würde. Es ist anzunehmen, daß die südafrikanische Regierung sich des gefährlichen Balanceaktes bewußt ist, den sie mit ihrem Reformprogramm beschritten hat. Sie wird sich jedenfalls kaum auf ein ähnliches diplomatisches Täuschungsmanöver wie die »Lancaster House-Vereinbarungen« einlassen, mit denen das frühere Rhodesien – heute Simbabwe – von Amerika und besonders vom britischen Außenamt hereingelegt wurde. Der damalige englische Außenminister Lord Carrington, der die Weichen für den kommunistischen Diktator Robert Mugabe gestellt hatte, war bis vor kurzem Generalsekretär der NATO.

Fassen wir kurz zusammen: Sanktionen und Handelsboykotte sind nicht in der Lage, Südafrikas Wirtschaft – die weitaus stärkste des Kontinents – so lahmzulegen, daß es zu einem völligen Zusammenbruch käme; ein offener militärischer Angriff auf das Land muß für die absehbare Zukunft als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden, da er unkalkulierbare Risiken für jeden Angreifer enthält; ein gewaltsamer Umsturz durch revolutionäre Kräfte von innerhalb und außerhalb des Landes hat keine Aussichten auf Erfolg; eine totale Isolierung Südafrikas ist nicht durchführbar, so daß immer mehr Menschen den heimtückischen Anschlag der »Neue-Welt-Planer« und den Verrat an Südafrika erkennen.

Zudem werden die Probleme in der Welt immer größer, was zwangsläufig ein Nachlassen des internationalen politischen Drucks auf Südafrika zur Folge haben muß. Eine weltweite Depression, ein Zusammenbruch des US-Dollar, riesige Bankenpleiten durch einen Rückzahlungsstopp der »Schuldenbombe«, Massenarbeitslosigkeit und ein mit dem Dollar verbundener Währungskollaps in führenden Industrienationen, der katastrophale Auswirkungen auf alle Länder der Welt hätte, muß für die kommenden Jahre durchaus in Erwägung gezogen werden.

Südafrika befindet sich aufgrund seiner isolierten geographischen

Position, seines Mineralreichtums und einer fast autarken Wirtschaft in der beneidenswerten Lage, daß es den möglichen kommenden Sturm weit besser überstehen kann, als die Länder der nördlichen Halbkugel, der Ostblock und die verarmten Länder der dritten Welt. Voraussetzung ist, daß ihm die Zeit bleibt, seine innenpolitischen Probleme zu lösen und einen Weg in die Zukunft zu finden, der all seinen Völkern gerecht wird.

Die drohende Gefahr einer neuen Weltordnung

Wenn Weiß-Südafrika das Wohlwollen seiner farbigen Landsleute erhalten kann, wenn es ihm gelingt, eine Staatsform zu entwickeln, die allen Völkern politische Selbstbestimmung und freie Entwicklungsmöglichkeiten gewährt, wenn es die geistige und moralische Stärke seiner weißen und farbigen Bevölkerung für den gemeinsamen Abwehrkampf mobilisieren kann, um der Einmischung von außen ein entschiedenes »Bis hierhin und nicht weiter« entgegenzuhalten, wenn seine Politiker den Willen und die Entschlossenheit behalten, den Vormarsch des humanistischen »Neuen Zeitalters« zu stoppen, das allen Völkern der Welt aufgezwungen werden soll, dann könnte Südafrika zum Vorreiter einer Gegenrevolution werden, auf die viele in der Welt warten.

Es gibt ermutigende Anzeichen, besonders in Amerika, für eine große spirituelle Erweckung. Immer mehr Menschen erkennen die drohende Gefahr einer gottlosen, materialistischen »Neuen Weltordnung« (»New Age«), die alle alten Ordnungen zerstören will, um auf den Ruinen des christlichen Abendlandes und dem Untergang der weißen Rasse ihre totalitäre »Neue Welt« zu errichten.

Wenn Südafrika sich hingegen täuschen läßt, wenn es die Gefahr des liberalen Zeitgeistes nicht erkennt und dessen dekadente materialistische Weltanschauung übernimmt, wenn es sich von den Feinden des Landes zu immer weiteren Konzessionen und zu einer unmöglichen »Machtteilung« drängen läßt, wenn seine Regierung dem heutigen Gleichheitswahn erliegt und Südafrikas Völker in den Schmelztiegel eines demokratischen Einheitsstaates zwingen will, dann wird das Land im afrikanischen Chaos versinken und seine Zukunft verspielt haben.

Der tragische Abschluß einer solchen – wenn auch vorläufig unwahrscheinlichen – Entwicklung könnte dann in eine der folgenden Endphasen münden: Entweder eine militärische Intervention der UNO mit Hilfe der Großmächte und Einsetzung der kommunistisch-beherrschenden Exilorganisation »Afrikanischer Nationalkongreß« (ANC), ein coup d'etat des südafrikanischen Militärs und Einsetzung einer Militärregierung oder ein Aufstand der Buren, der zu einer Sezession und der Gründung eines separaten weißen Burenstaates führen würde.

Eine Weltregierung kann nur aus Zwangsherrschaft bestehen

Die Pläne der Eine-Welt-Verschwörer sind weit fortgeschritten. Der Traum eines Rockefellers, der Kommunistischen Internationale und ihrer liberalen Mitläufer nach einer sozialistischen Weltrepublik könnte in wenigen Jahren in Erfüllung gehen. Mächtige Organisationen innerhalb der UNO, des amerikanischen Außenamtes, des Weltfreimaurertums, des Weltkirchenrates und seiner nationalen Kirchenräte, der Council on Foreign Relations, die »Bilderberger«, die »Trilaterale Kommission«, die »New Age«-Bewegung und unzählige andere Organisationen arbeiten an dem Zustandekommen einer Weltregierung, die angeblich die Menschheit vereinen und der Welt immerwährenden Frieden bringen soll.

Die Wirklichkeit wird jedoch anders aussehen, radikal anders. Eine Weltregierung muß zwangsläufig diktatorische Maßnahmen ergreifen, um »den Mob« – die Weltbevölkerung – unter Kontrolle zu haben. Das Nationalbewußtsein der Völker, ihre bisherigen Wertvorstellungen, Traditionen und Ehrbegriffe, Rassenunterschiede und religiöse, moralische und kulturelle Eigenheiten können nicht einfach ausgeschaltet werden. Sie können aber in einem gleichartigen, gottlosen und totalitären Weltsystem nicht geduldet werden. Deshalb kann eine Weltregierung nur in einem System brutaler Zwangsherrschaft bestehen, die wiederum nur mit drakonischen Gesetzen, Polizeiterror und der Ausschaltung aller individuellen Freiheiten aufrechterhalten werden kann.

Das System des Sowjetkommunismus ist seit nunmehr 70 Jahren an einem Drittel der Menschheit ausprobiert worden. Es wurde eigens zu diesem Zweck geschaffen und schickt sich an, die Weltherrschaft im Auftrag der Superbanker zu übernehmen. Die allmähliche Ablösung der alten Garde im Kreml mit modisch-westlichen, lächelnden »charmanten« Führungspersönlichkeiten ist Teil dieser Strategie, die die Menschen im Westen täuschen und die Verschmelzung mit dem Kommunismus erleichtern soll.

Seien wir aber gewarnt! Nach wenigen Jahren der sozialistischen Friedensherrschaft wird eine »Konsolidierungsphase« einsetzen, in der Abermillionen »unerwünschter Elemente«, einschließlich ganzer nationaler und rassischer Gruppen, wissenschaftlich eliminiert werden. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit, in keinem Krieg sind je so viele Menschen getötet worden, wie es nötig sein wird, um die »Neue Sozialistische Weltordnung« einzuführen.

Südafrika soll der Hebel sein

Wie in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten kann sich eine Weltregierung nur mit rücksichtslosem Terror und einem lückenlosen brutalen Polizeiapparat an der Macht halten.

Ich weiß, dies sind erschreckende Gedanken. Doch es sind bittere Realitäten, denen wir ins Auge sehen müssen, wenn wir unsere Freiheit behalten wollen. Der Plan zur Errichtung einer Weltdiktatur besteht wirklich. Er ist keine Einbildung der Phantasie, ebenso wie die geschilderten Konsequenzen dem bisherigen Geschichtsverlauf entsprechen – und im übrigen mit dem Inhalt der »Protokolle der Weltdiktatur« – abgedruckt im Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«, Verlag Diagnosen, Leonberg – übereinstimmen.

Die Novus Ordo Seclorum, die Neue Weltordnung des Antichristen, könnte mit dem Fall Südafrikas in ihr endgültiges Stadium treten. Südafrika ist der Hebel, mit dem der Rest der freien Welt aus den Angeln gehoben werden soll.

Die freie Welt schrumpft immer mehr. Südafrika darf nicht das nächste Opfer werden. Dies ist ein großes und starkes Land, es braucht aber Ihre Unterstützung. Helfen Sie mit, die Verschwörung abzuwehren und den Vormarsch der geplanten Weltdiktatur zu stoppen. □

Klaus Dieter Vaqué wurde 1940 in Kolberg geboren. Bei Kriegsende mit Mutter und Schwester Flucht in den Westen. Aufbau erfolgreicher eigener Firmen in Schweden, Norwegen und Dänemark. 1977 Auswanderung mit Familie nach Südafrika. Hier gerät er bald in den Strudel des politischen Umbruchs im Land. Neben seinen geschäftlichen Tätigkeiten engagiert er sich besonders in kirchlichen Belangen. Er wird als »Zugereister« in den Kirchenvorstand der größten deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Gemeinde gewählt. Er ist Mitbegründer mehrerer konservativ-christlicher Organisationen.

Sein Buch »Verrat an Südafrika«, aus dem wir den vorstehenden Beitrag entnommen haben, kann gegen Vorkasse auf das Postgirokonto Frankfurt – Bankleitzahl 500 100 60, Konto-Nummer 395762-609 – zum Preis von 28,50 DM bestellt werden bei G. Grossmann, Burgstraße 13, D-6446 Nentershausen.



Terrorismus

Hintergrund der Pan Am-Katastrophe

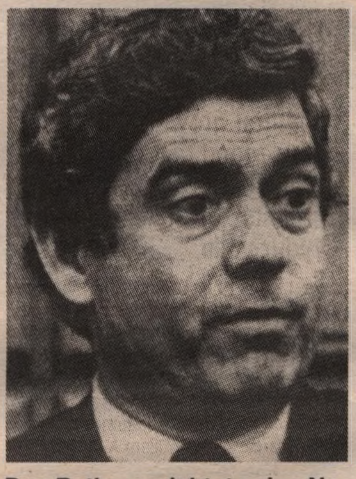
Mike Blair

Das US-Außenministerium hat einen Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft »CBS News«, wonach eine palästinensische Gruppe, unterstützt durch Libyen und Syrien, für den Absturz eines Jumbos der amerikanischen Fluggesellschaft Pan American World Airways über Schottland am 21. Dezember 1988 verantwortlich sein soll, als unwahr verworfen. Die Flugzeugabsturz-Tragödie, die schlimmste in der britischen Geschichte, forderte das Leben aller 259 Menschen an Bord der Boeing 747 und 11 Opfer am Boden.



Menachem Begin, der spätere Premierminister von Israel, war einer der Anführer der israelischen Terroristen-Bande Irgun Zwei Leumi.

In dem Bericht, der über das landesweite amerikanische Fernsehnetz der CBS in der Nachrichtensendung mit Dan Rather ausgestrahlt wurde, wird behauptet, eine ungenannte »Quelle innerhalb einer internationalen Terroristengruppe« hätte angedeutet, daß die Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command (PFLP-GC), angeführt von Ahmed Jibril, einem ehemaligen syrischen Armee-Hauptmann, das Flugzeug gesprengt hätte. In dieser Fernsehsendung wurde weiter behauptet, die Beamten, die den Absturz untersuchen, seien »nahe dabei«, die CBS-Version über die Ursache der Tragödie zu akzeptieren.



Dan Rather errichtete eine Nebelwand, um jüngste Berichte über terroristische Tätigkeiten, die Israel zugeschrieben werden, zu verschleiern.

»Wir praktizieren keinen Terror«

»Ich sage Ihnen, daß wir es nicht getan und nichts damit zu tun haben«, sagte Omar Shehabi, ein Sprecher des PFLP-GC, ärgerlich und verurteile den CBS-Bericht. »Wir praktizieren keinen Terrorismus und wir verurteilen solche Aktionen.«

Das amerikanische Außenministerium teilte daraufhin mit, man habe Beweise gefunden, die darauf hindeuten, daß der Jumbo-Jet »Maid of the Seas« (Meerjungfer) mit einer Bombe aus Plastiksprengstoff, die in einem Frachtraum versteckt war, in der Luft gesprengt worden sei. Das Ministerium kritisierte besonders die CBS-Behauptung, wonach der syrische Nachrichtendienst die Aktion unterstützt und gebilligt hätte.

Ein Sprecher des Ministeriums sagte, es gebe keinerlei derartigen Beweise für eine syrische Mittäterschaft an der Greueltat und die Fahndungsbeamten hätten den Absturz der Maschine in Wirklichkeit keiner Gruppe zuschreiben können, ja, es sei nicht einmal festgestellt worden, daß überhaupt eine »terroristische Gruppe« verantwortlich war.

CBS News ließ dem ersten Bericht in Rathers Nachrichtensendung am darauffolgenden Abend einen weiteren Bericht folgen. Ungenannte Quellen in »einer internationalen terroristischen Gruppe« hätten wieder einmal festgestellt, daß die palästinensische Gruppe unter Jibril einen Angriff auf ein Hotel in Tripolis, Libyen, geplant habe. CBS berichtete der Angriff sei ein Versuch, die kürzlich stattgefundene Nahost-Friedenskonferenz mit Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der Palestine Liberation Organization (PLO) zu stören.

Versuch eine Nebelwand zu errichten

Einige Nahost-Beobachter und Kritiker des Rather-Berichts meinten, die gegen die Jibril-Gruppe erhobenen Anklagen seien »nichts Neues« und ein »Versuch eine Nebelwand zu errichten«, um jüngste Berichte über terroristische Tätigkeiten, die Israel zugeschrieben werden, zu verschleiern, darunter Berichte wonach der Mossad, Israels Geheimdienst, für die Pan Am-Tragödie verantwortlich gewesen sei.

Sie sprachen in erster Linie von einem Bericht der Associated Press (AP), wonach der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass mitgeteilt habe, daß der syrische Geheimdienst festgestellt hat, daß der Mossad hinter der Pan Am-Bombenlegung stehe, und daß ein amerikanischer Soldat die Bombe mit an Bord genommen habe, dort wo der Flug begann, nämlich in Frankfurt am Main.

Der AP-Bericht wurde von fast allen Zeitungs- und Rundfunkmedien-Abonnenten der Associated Press unterdrückt und erschien nur in einigen wenigen amerikanischen Tageszeitungen und kleineren Rundfunkstationen, so wie Radio WHEN in Syracuse, New York.

In einem früheren Bericht in der Ausgabe der britischen Zeitung »Sunday Express« hieß es, amerikanische Fahndungsbeamte untersuchten gerade die Möglichkeit, daß ein US-Soldat, der Diamanten schmuggelte, unwissentlich die Bombe mit an Bord genommen haben könnte, was der syrische Beamte auch gesagt hatte.

In der Folgesendung des Rather-Berichts wurde angedeutet, die Jibril-Gruppe habe den Pan Am-Flug gewählt, weil sie wußte, daß in Deutschland stationierte amerikanische Soldaten und ihre Familien an Bord des Flugzeugs sein würden en route to den Vereinigten Staaten wegen der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage.

CIA-Agenten waren an Bord

Die Fahnder haben einen Bericht im Radio Forth, eines kommerziellen Senders in Edinburgh, Schottland, verworfen, wonach die Jibril-Gruppe eine Gruppe von Beauftragten des CIA an Bord der Pan Am-Düsenmaschine infiltriert und die Bombe in die Aktentasche eines der Agenten gelegt habe.

Aus dem Bericht im Radio Forth ging hervor, daß die CIA-Agenten in Beirut, Libanon, gewesen seien, um die Freilassung von neun im Nahen Osten festgehaltenen amerikanischen Geiseln zu erreichen. Jedoch, obwohl bekannt ist, daß sich CIA-Agenten an Bord der tragisch verunglückten Maschine befanden, haben Nachrichtenquellen, die uns zur Verfügung stehen, mitgeteilt, daß Beamte im Untersuchungszentrum für den Flugzeugabsturz in Lockerbie den Bericht verworfen haben, weil festgestellt worden sei, daß die

Bombe in einem Koffer im vorderen Gepäckraum, nicht jedoch in der Aktentasche eines Agenten an Bord gebracht worden ist. Teile des Koffers wurden gefunden.

Der Bericht von Radio Forth enthält jedoch eine seltsame, unerklärte Ungereimtheit. Nach dem Bericht wurde die Bombe, die aus einer Zeitschaltvorrichtung und einer drei Pfund schweren Semtex-Ladung, einem in der kommunistischen Tschechoslowakei hergestellten Sprengstoff bestand, in Helsinki ausgelöst.

Angeblich, so der Bericht, flogen die Agenten von Beirut über Helsinki nach Frankfurt, wo sie an Bord des Pan Am-Flugs 103 gingen, der planmäßig im Londoner Flughafen Heathrow zwischenlanden sollte, vor seinem Flug über den Atlantik nach New York und dann weiter nach Detroit.

Von Frankfurt zum Flughafen London Heathrow wurde eine kleinere Pan Am Boeing 727 verwendet.

In Heathrow verließen einige Passagiere den Flug. Neue Passagiere kamen hinzu, darunter 35 Studenten der Syracuse University im Hinterland von New York, die in Britannien studiert hatten und zu den Feiertagen nach Hause fliegen wollten. Gepäck wurde in Heathrow in die Boeing 747 umgeladen.

Das Flugzeug sollte über dem Atlantik explodieren

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß eine Zeitschaltvorrichtung in Helsinki ausgelöst worden sein könnte, in erster Linie deshalb weil die Saboteure nicht gewußt haben können, welche Verspätungen des Fluges es sowohl in Frankfurt, als auch in London gegeben haben mag.

Die meisten Experten glauben, die Saboteure hätten damit gerechnet, daß die Maschine in der Luft über dem Atlantik explodieren würde, wo die Untersuchungsbeamten nicht in der Lage gewesen wären, viele von den Trümmern, darunter Nachweise, sogar Teile der Bombe zu bergen.

Als Folge der Verspätung und Änderung der Flugroute wurden Wrackteile der »Maid of the Seas« über eine Fläche von 800 Quadratmeilen Südschottlands verstreut.

Der Fatah Revolutionary Council (Revolutionsrat Fatah) ist eine weitere arabische Gruppe, die von israelischen Behörden beschuldigt wird, den Angriff auf die Pan Am verübt zu haben.

Finnische und amerikanische Untersuchungsbeamte kamen zu dem Schluß, daß die Warnung aus Helsinki ein Jux war. Die Federal Aviation Administration (Bundes-Luftfahrt-Verwaltung) machte jedoch allen US-Botschaften rund um die Welt von der Warnung Mitteilung, und mindestens eine Botschaft, in Moskau, nahm sie ernst genug, um das Botschaftspersonal zu warnen, daß sie vielleicht andere Flüge benutzen möchten, falls sie eine Ferienreise zurück nach den Vereinigten Staaten planten.

Andere amerikanische Reisende hatten jedoch keine Ahnung von der Warnung, als sie den schicksalsbelasteten Pan Am-Flug bestiegen. Schon zwei Tage nach der Pan Am-Tragödie starteten israelische Behörden einen Feldzug, um den Absturz den Palästinensern anzulasten.

FBI fand keine Anhaltspunkte

Beispielsweise brachte am 23. Dezember 1988 der israelische Außenminister Moshe Arens den Absturz mit palästinensischen Gruppen in Zusammenhang.

Über den israelischen Rundfunk sagte Arens, daß »auf der Grundlage unserer Vermutungen und deren der (nicht identifizierten) Experten, dies eine Operation des internationalen Terrors, anscheinend des arabischen internationalen Terrors ist«.

Und die »Nation«, eine israelische Zeitung, zitierte »nicht identifizierte Quellen«, die berichtet haben sollen, daß die »von Syrien unterstützte Ahmed Jibril-Gruppe« für den Angriff verantwortlich ist. Die Zeitung schrieb, Untersuchungsbeamte, wiederum ungenannt, seien der Auffassung, mindestens eine Person an Bord der Maschine könne mit Jibrils PFLP-GC in Zusammenhang gebracht werden. Nach der Untersuchung eines jungen Mannes, der bei dem Absturz zu Tode kam, konnte das FBI eine solche Verbindung nicht herstellen.

Aber der interessanteste Bericht kam aus London, wo ein Korrespondent für den englischsprachigen Dienst des israelischen Rundfunks sagte, zu den Passagieren an Bord der Maschine hätten »Mitglieder einer geheimen Mannschaft des US-Außenministeriums auf dem Rückflug vom Libanon gehört, wo sie wegen der Freilassung amerikanischer Geiseln verhandelt hätten«.

Man achte auf die frappante Ähnlichkeit zwischen diesem Bericht und dem Bericht des schottischen Senders Forth.

Briten kennen Israels Terrorismus

Indessen machen sich britische Beamte weitere Gedanken darüber, ob arabische Terroristen für die Lufttragödie verantwortlich sein könnten, aber sie ziehen andere Möglichkeiten in Betracht.

Den Briten ist der israelische Terrorismus keineswegs fremd.

Bevor die Briten aus Palästina hinausgingen und vor Gründung des zionistischen Staates im Nahen Osten, nämlich am 22. Juli 1946 sprengte eine Bande israelischer Terroristen, bekannt als Irgun Zwei Leumi und angeführt von Menachem Begin, der später Premierminister von Israel werden sollte, das im King David Hotel in Jerusalem untergebrachte britische Hauptquartier in die Luft, mit dem Verlust von 88 Menschenleben.

Sie entsandte auch eine Schlagmannschaft nach Großbritannien, um General Evelyn Barker, einen ehemaligen Armee-Kommandeur in Palästina, zu ermorden. Es gelang ihnen jedoch nicht.

Andere terroristische Mannschaften wurden nach Porthmouth, England, entsandt, um einen britischen Zerstörer in die Luft zu sprengen und nach Schanghai, China, um ein britisches Passagierschiff mit Hunderten von Menschen an Bord in die Luft zu sprengen. Auch dort versagten sie.

Zum Vorteil für Israel

Sie waren jedoch erfolgreicher beim Durchschneiden der Kehlen von schlafenden britischen Soldaten in Palästina und der Gefangennahme und Ausprügelung von britischen Offizieren.

Begins Bande zeichneten sich jedoch wirklich als Terroristen aus, als sie zwei britische Sergeanten an einen Baum in einer Eukalyptuspflanzung aufhängten und dann die Körper mit einer Minenfalle in die Luft sprengten.

In der erwähnten CBS-Fernsehsendung führte der britische Experte für Terrorismus, Michael Yardley, aus, daß es Leute gibt, die guten Grund dafür haben, die Sprengung der »Maid of the Seas« palästinensischen Gruppen anzulasten.

»Zum Beispiel«, sagte Yardley, »ist es für die Israelis politisch von Vorteil, wenn die Öffentlichkeit glaubt eine palästinensische Gruppe sei verantwortlich. Wir sollten erkennen, daß es für die Israelis von Vorteil ist, so wie sie es sehen, die Schuld auf eine palästinensische Gruppe zu schieben.« □



Lateinamerika

Allianz zwischen Marxisten und Drogenlords

Warren Hough

Sechs Amerikaner wurden in den ersten zwei Monaten dieses Jahres in Lateinamerika entführt und werden dort als Geiseln festgehalten. Trotz dieser erschütternden Tatsachen haben sich die amerikanischen Medien entschieden, diese Tatsache der Weltöffentlichkeit vorzuenthalten.

Die US-Regierung unter George Bush hat ebenfalls einen besorgten Deckel der Geheimhaltung auf die neue anti-amerikanische Terrorwelle südlich der Grenzen der USA gesetzt. Sogar die Identität der entführten Amerikaner kann man aus amtlichen Quellen kaum erfahren. Als Reaktion auf eine Reihe von Ferngesprächen unseres Mitarbeiters Paul Chevasson bestätigte die Dienststelle des Botschafters L. Paul Bremer, Leiter der Abteilung zur Bekämpfung des Terrorismus im amerikanischen Außenministerium, daß zwei amerikanische Staatsbürger in Kolumbien als Geiseln festgehalten werden.

Die Versionen widersprechen sich

Der Sprecher des US-Außenministeriums Joseph Reap meinte dazu nur, daß die beiden amerikanischen Gefangenen im Verlauf von Kampfeinsätzen gegen Guerillas von kolumbianischen Streitkräften befreit worden sind. Er identifizierte die beiden Opfer als Michael Reif und Normaen Echevarria, protestantische Missionare aus Philadelphia. Wie sich herausstellte, ist nur Reif amerikanischer Staatsbürger; Echevarria wohnt lediglich in den Vereinigten Staaten.



Auslandsschulden und eine Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem Chaos zerstören Kolumbien.

Aber kolumbianische Behörden gaben eine widersprüchliche Version dieser Angelegenheit. »Das US-Außenministerium muß äußerst verwirrt sein«, sagte Frau Athala Morris, eine Sprecherin für die kolumbianische Botschaft in Washington. »Reif und Echevarria, die im Januar entführt und nun von kolumbianischen Truppen befreit wurden, sind Geschäftsleute.

Die beiden amerikanischen Missionare die Anfang dieses Monats ergriffen wurden, werden immer noch irgendwo in der Region von Cali von Terroristen festgehalten«.

Wer sind diese ungenannten amerikanischen Gefangenen? »Wir haben Schwierigkeiten, ihre Identität festzustellen«, räumte Frau Morris ein.

Auf dringendes Ersuchen des US-Außenministeriums hat das kolumbianische Militär einen Vorhang der Geheimhaltung vor diesem Fall heruntergelassen, fügte sie hinzu.

Die Macht des Drogensyndikats

Kolumbien ist darüber hinaus nicht das einzige amerikanische Land wo amerikanische Bürger als Geiseln festgehalten werden. Aus diplomatischen Kreisen verlautet, daß mindestens zwei weitere Amerikaner in den letzten Wochen von Terroristen geschnappt worden sind. Einer der Gefangenen, die wie berichtet von peruanischen marxistischen Guerillas festgehalten werden, soll Bergbauingenieur sein. Das andere in Bolivien ergriffene Opfer wird als Vertragshändler für landwirtschaftliche Geräte bezeichnet.

In einem Versuch die neue Politik des Verbergens und des Ausweichens zu rechtfertigen, verweist das US-Außenministerium auf »Geheimhaltungsregeln« und »Sicherheitsdirektiven«, die von der neuen Bush-Regierung gerade verschärft worden seien.

Private diplomatische Quellen weisen jedoch auf drei bedrohliche Entwicklungen hin, die sich, wie ein Beobachter es ausdrückte, als »der Öffentlichkeit schwer begreifbar zu machen«, erwiesen haben:

Die Geiselnahme ist das Werk einer aufstrebenden neuen Macht südlich der Grenze: einer Allianz zwischen den linksradikalen Guerilla-Armeen und den milliardenschweren Drogenhändlern.

Weitere amerikafeindliche Schritte sind zu erwarten, weil einige lateinamerikanische Nationen – Kolumbien, Peru, Bolivien einschließlich Panama – jetzt sogenannte »Drogen-Staaten« sind, wo das Drogensyndikat mehr reale Macht ausübt als die jeweilige Regierung.

Washingtoner Experten der Nachrichtendienste schieben die Schuld für steigende Gewalttätigkeiten und Anarchie auf die Großbanken, die Lateinamerika eine verheerende Schuldenwirtschaft auferlegt haben.

Zur Bestätigung dieser Einschätzung haben wir herausgefunden, daß die Entführer zu dem Zeitpunkt als Reif und Echevarria in Kolumbien als Geiseln festgenommen wurden, eine noch nie dagewesene Forderung an die amerikanische Regierung richteten. Sie verlangten die Freilassung von Carlos Lehder, eines größeren kolumbianischen illegalen Drogenhändlers, der im vergangenen Jahr in die USA ausgewiesen und anschließend durch ein US-Bundesgericht in Florida zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Die Banken zerdrücken Lateinamerika

»Auslandsschulden und die damit einhergehende Wirtschaftskrise – Arbeitslosigkeit, Armut und soziales Chaos – zerstören die demokratischen Regime, die in Lateinamerika zur Macht gekommen sind«, sagt Terry L. McCoy, Direktor des Zentrums für lateinamerikanische Studien an der University of Florida, und führender Sachverständiger für diese Region.

Andere Beobachter stimmen mit dieser Bewertung überein.

»Die Banken zerdrücken Lateinamerika«, versicherte der Soziologe Dr. Joyce Lefurge, der kürzlich ein akademisches Urlaubsjahr in Argentinien verbrachte.

»Depression, Entwurzelung und Hunger sind überall der Nährboden zur Revolution und begünstigen die einzige Dollar-Einnahmequelle – den Drogenhandel. Statt die Tatsachen zu verheimlichen, muß die Bush-Regierung sich stark machen, um ihnen ins Auge schauen zu können.« □

Israel

Das Netzwerk der Lobby

Victor Marchetti

Es gibt heute in den Vereinigten Staaten über hundert landesweite jüdische Organisationen und Hunderte weitere auf örtlicher Basis, die auf die eine oder andere Weise für Israel arbeiten. Strenggenommen liegen jedoch diejenigen, die offen bei der amerikanischen Bundesregierung als Lobby auftreten, zahlenmäßig unter 150 – von denen fast 100 politische Aktionskomitees (PAC) sind.

Die am besten bekannten israelischen Lobby-Orgnisationen sind: die Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations (Konferenz der Präsidenten größerer amerikanisch-jüdischer Verbände): AIPAC – die einzige amtlich registrierte Lobby – und das Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA), das das amerikanische Verteidigungs-Establishment zum Ziel hat.



Gleichwertig mit Mutterschaft

Die Conference of Presidents funktioniert angeblich als offizielle Stimme der amerikanischen Judenheit in Sachen Israel, aber wenige ihrer Organisationen mit jeweils ungefähr 40 Mitgliedern sind bereit, sich in Angelegenheiten von wirklicher Bedeutung ausschließlich der Meinung und Einstellung der Konferenz zu beugen. In solchen Angelegenheiten behalten sich die Mitgliederorganisationen das Recht vor, ihre eigene Meinung zu sagen und ihre Lobby-Bemühungen selbst zu tätigen.

Folglich ist die Konferenz nur die Stimme für einhellige Meinungen der jüdischen Gemeinde, während der American Jewish Congress, das American Jewish Committee, B'nai B'rith und seine Filialen, die Anti-Defamation League (ADL) sowie die anderen Mitgliedsorganisationen sich weiterhin ihre eigenen Meinungen bilden und sie dem amerikanischen Kongreß und der US-Regierung gegenüber durch eigene Kanäle zum Ausdruck bringen.

Der bemerkenswerteste und dauerhafteste Beitrag zur Konferenz und der weitgefächerten Organisationen, aus denen sie sich zusammensetzt, zur Sache der Israelis ist nicht die direkte Lobbyfunktion bei der amerikanischen Regierung, sondern rührt vielmehr von ihrem verderblichen Einfluß auf die amerikanische öffentliche Meinung her.

Nach Jahrzehnten der Propaganda, Einschüchterung und Gehirnwäsche seitens dieser stark engagierten und höchst angriffslustigen Sonderinteressengruppen, die jeweils nur eine bestimmte Sache vertreten, neigen die Amerikaner dazu den Pro-Israelismus praktisch als gleichwertig mit Mutterschaft und Apfelpastete zu betrachten. Die übermäßige Anpassung der amerikanischen Regierung an diesen Pro-Israelismus zu kritisieren, wird heute schon fast als unamerikanisch angesehen.

Parallel zu diesen Errungenschaften haben AIPAC und das Gerede von freigiebigen PACs im US-Kongreß einen noch größeren Sieg für den Pro-Israelismus errungen. Jene Senatoren und Kongreßmänner, die noch nicht völlig von der Lobby vereinnahmt worden sind, leben mit wenigen Ausnahmen in der Angst diese zu verletzen.

Ihre Angst ist wohlbegründet, denn AIPAC kann und tut mehr als seine Freunde dadurch zu unterstützen, daß man durch die verschiedenen PACs großzügige Finanzierungsfeldzüge für den Wahlkampf in die Wege leitet. Die jüdische Lobby hat schon mehrmals ihre Macht in der Weise zur Schau getragen, daß sie scheinbar fest im Sattel sitzende Amtsinhaber aus dem Sattel warf. Erst kürzlich, während der Wahlen im November 1988, gelang es ihr den republikanischen US-Senator Chic Hecht aus dem US-Bundesstaat Nevada zu besiegen, weil er nicht genügend Loyalität zu Israel gezeigt hatte.

Finanzielle Hilfe im Wahlkampf

AIPACs stimmgewaltiger und reibungssüchtiger leitender Direktor, Thomas Dine, ist mit der Arbeitsweise im Kongreß bestens vertraut. Er war einst Direktor für Fragen der nationalen Sicherheit der USA im Haushaltsausschuß des Senats. Er diente auch als Helfer bei der Gesetzgebung für die US-Senatoren Edward Kennedy, Frank Church und Edward Muskie.

Durch seinen einmaligen Erfolg im Kongreß ermutigt, richtet AIPAC nun seinen Blick auf die Exekutive und auf die Regierung des neuen US-Präsidenten George Bush.

Der jüngste Bestandteil – aber vielleicht der subversivste im Sinne der amerikanischen Staatssicherheit – des pro-israelischen Netzwerkes ist JINSA, dessen Zweck es ist, in das amerikanische Militär-Establishment einzudringen und es zu einer Stütze für den zionistischen Staat umzufunktionieren. Außer der Pflege von intimen Beziehungen zwischen den Militärs beider Länder dient JINSA als Leitung für den Austausch von strategischem Gedankengut zwischen Israel und vielen amerikanisch-jüdischen Loyalisten, die seit der Reagan-Regierung in den höheren Etagen des Verteidigungsministeriums beschäftigt werden.

Mehr als jeder andere Bestandteil der pro-israelischen Lobby unterstreicht JINSA das zwischen der US-Regierung und der Lobby bestehende Drehtür-Verhältnis.

Die Lobby ist kein Bittsteller

Stephen Bryen, ehemalige Senats-Hilfskraft und vor kurzem zurückgetretener Beamter des US-Verteidigungsministeriums spielte bei der Gründung des JINSA eine besondere Rolle: Seine Gattin ist leitender Direktor des Instituts. Richard Schifter, Assistant Secretary of State for Human Rights (stellvertretender Minister für Menschenrechte) ist ehemaliger Präsident der Organisation. Max Kampelman, der kürzlich als US-Chief Arms Negotiator (Chef-Unterhändler für Waffenfragen) bei den Sowjets zurücktrat, wurde soeben zum neuen Präsidenten des JINSA gewählt.

In seinem 1986 erschienenen Buch über die pro-israelische Lobby: »American Jewish Organizations & Israel« schreibt der Verfasser Lee O'Brien: »Die endgültige Machtquelle der pro-israelischen Lobby besteht darin, daß sie aus äußerst tüchtigen und engagierten Einzelpersonen und Verbänden besteht, die in der altehrwürdigen Tradition der Lobbyisten ihr Unterstützungs-Netzwerk von Eliten und von der Masse unterstützten Bestandteilen systematisch ausnutzen. Dieses Organisationstalent zeitigt immer noch dramatische Erfolge wegen der vorwiegend moralischen, ideologischen und pro-israelischen Gesinnung in den Vereinigten Staaten, die somit die einmalige Rolle der Lobby als Erzwinger anstatt als Bittsteller für eine Sache zu Wege bringt.« □



Nahost-Journal

Ausländische Spione halfen Israel

Saboteure – möglicherweise französische Techniker, die Sympathisanten der Israelis waren – halfen bei der Zerstörung des irakischen Kernreaktors während des israelischen Luftangriffs auf die Einrichtung im Jahr 1981 mit, geht aus einem in London veröffentlichten Buch hervor. In dem Buch mit dem Titel »The Invisible Bomb« des Atomfachmannes Frank Barnaby heißt es, daß es bei Israels Angriff mit 14 Flugzeugen praktisch unmöglich gewesen wäre, den Reaktor mit Bomben zu zerstören, weil sein Kern mit einer dicken Betonschicht umgeben war.

»Sprengstoffe müssen an kritischen Stellen im Reaktorkern angebracht worden sein, als er gebaut wurde«, schreibt Barnaby. Er beharrt darauf, daß es nur mit Sabotage an Ort und Stelle zu erklären ist, daß der Reaktor bei dem Angriff voll zerstört wurde, aber der Beton-Container vollständig erhalten blieb. □

Beschränkungen für Ausfuhr israelischen Know-how

Israels Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, die Ausfuhr von landwirtschaftlichem Knowhow und Technologie Beschränkungen aufzuerlegen, als Teil seiner neuen Wirtschaftsstrategie, die darauf abzielt, den Vorteil des jüdischen Staates auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten.

»Wir sind immer sehr großzügig gewesen, sogar verrückt«, meinte der Minister Avraham Katz-Oz, »wenn es um die Ausfuhr unseres Know-how geht.« Israels Bewässerungstechnologie sollte den Aufschwung in der Baumwollindustrie des kommunistischen Chinas sicherstellen. Inzwischen verursacht China auf dem Weltmarkt mit seiner Baumwolle Überschüsse und fügt damit Israels Baumwollindustrie gewaltige finanzielle Schäden zu.

Grenzen werden auch gesetzt für den Export von israelischem Viehsperma, doch der Export von Viehembryos soll ermutigt werden. □

Israels Fremdenlegion

Seit 1982 sind über 15 000 Freiwillige aus den USA, Europa, Südamerika und Südafrika nach Israel gekommen, um den Verteidigungsstreitkräften durch Arbeiten an Militärbasen im Dreitage-Tournus zu helfen. Die Freiwilligen, die in Küchen, Büros, Panzer-Reperatureinrichtungen arbeiten, setzen israelische Soldaten für Dienstleistungen in Feldkommandos frei. Viele der Freiwilligen, die meisten von ihnen Juden, haben über die Jahre hinweg schon viele Dienstzeiten abgeleistet.

Selbst der ehemalige Gouverneur des US-Bundesstaates Nevada, Donald O'Callagham, ein irischer Katholik, hat sechs Dienstzeiten in einem israelischen Waffenlager absolviert. □

Mehr Militärhilfe von den USA gefordert

Der Stabschef der israelischen Verteidigungsstreitkräfte General Dan Shomron beendete Gespräche in Washington sichtlich erfreut über die amerikanische Entschlossenheit, die militärischen und strategischen Bindungen zu festigen. Shomron führte Gespräche mit einer Reihe von höheren amerikanischen politischen und militärischen Beamten, darunter dem Berater des Weißen Hauses für Nationale Sicherheit Brent Scowcroft.

Derzeitige israelische Haushaltsschwierigkeiten hindern die israelischen Verteidigungsstreitkräfte daran, alle Waffensysteme zu kaufen, die sie glauben besitzen zu müssen. So glauben einige Beobachter, daß Shomron versucht haben wird, amerikanische Behörden zu überreden, einer besonderen langfristigen Finanzierung – über die jährliche Summe von 1,8 Milliarden Dollar amerikanischer Militärhilfe hinaus – zuzustimmen, um die Bedürfnisse der israelischen Streitkräfte zu decken. □

Neuer UN-Botschafter Israels

Stets bereit, ganz gleich welcher Trickmechanismus oder Vertrauensschwindel angewendet werden muß, um die gemeinsame Sache voranzutreiben, erwägt die israelische Regierung jetzt, den ehemaligen sowjetisch-jüdischen Dissidenten Natan Sharansky für den Posten des Botschafters bei den Vereinten Nationen zu benennen.

Das vorgeschlagene Kunststück – ausgebrütet von dem ehemaligen israelischen UN-Botschafter Binyamin Netanyahu – trifft jedoch innerhalb der zionistischen Regierung auf einigen Widerstand.

»Er ist ein loses Großmaul«, meint ein amerikanisch-jüdischer Journalist, der Israel häufig besucht. »Dieser Kerl ist sehr emotional und unberechenbar. Er haßt die Sowejts. Er könnte alles, was die israelische Regierung und die USA mit Moskau erarbeitet haben, an einem Tag zerstören. Das ist wahrscheinlich Netanyahus Hoffnung. Er liebt die Dinge, so wie sie zu sein pflegten: Israel und die USA gegen die Sowjets in jeder Sache.«

Die Befürworter von Sharanskys Ernennung versuchen jedoch ihre wahre Absicht zu verbergen, indem sie Argumente vorbringen, die darauf abzielen, an jüdische Gefühle zu appellieren. Sie sagen, der ehemalige Dissident und seine orthodoxe Frau würden »die jüdische Befreiungsbewegung in der Sowjetunion symbolisieren und beschleunigen«. Und daß, da er und seine Frau »gerade heraus, aufrichtig, nicht beschämt und vorbehaltlos jüdisch-zionistische Israelis« sind, würden sie auch entsprechend handeln und sich kleiden (er in seiner Jarmulka, sie in ihrem Halstuch), wenn sie Israel sowohl in amtlicher als auch in gesellschaftlicher Umgebung bei den Vereinten Nationen vertreten müssen.

Doch die Besorgnis über die Ernennung des ehemaligen Dissidenten sitzt noch tiefer in den Nachrichtenkreisen des Untergrunds, vor allem beim Mossad und bei der CIA.

»Es wäre ein Schlag ins Auge des KGB«, verlautet von einem amerikanischen Nachrichtenexperten. »Und es wäre unter den derzeitigen Umständen der Entspannung auch nicht sehr klug.« Er fügte hinzu: »Man braucht kein Genie zu sein, um sich vorstellen zu können, warum die Sowjets Sharansky ins Loch gesteckt haben und ihn erst gehen lassen wollten, als wir für ihn einen Handel abschlossen.

Falls Sie es vergessen haben, wir tauschten 1986 die Koechers (Karl und Hana), zwei tschechische Illegale, die in den Foreign Broadcast Information Service (FBIS) des CIA eingedrungen waren, gegen Sharansky aus. Man tauscht keine gefangenen Agenten gegen Dissidenten aus.

Und warum glauben Sie, gab es jene ruhige kleine Zeremonie für Sharansky im Weißen Haus im letzten November in Anwesenheit von Bush und Shultz, als Präsident Reagan dem kleinen Kerl ›im Namen der ganzen Menschheit‹ die goldene Medaille des Kongresses anheftete? Seit wann verleihen wir Medaillen an Dissidenten?

Die israelische Regierung weiß dies alles, ebenso Netanyahu. Dieser Herr versucht mit seinem Sharansky-UN-Manöver nur die Dinge zwischen uns und den Sowjets kaputtzumachen.« □

Die Probleme mit Jerusalem

In der Werbebranche gibt es ein Sprichwort, das etwa wie folgt lautet: »Ziehen wir es am Fahnenmast hoch und warten wir ab, ob es jemand grüßt.« Nun, die Zeitschrift »Foreign Affairs«, das Blatt des Council on Foreign Relations (CFR) des internationalistischen Establishments, hat in seiner jüngsten Ausgabe genau das getan.

In einem Artikel des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kol-

leck stellt dieser sich im Geiste vor, daß die palästinensischen Bürger der Stadt innerhalb der souveränen und vereinigten israelischen Hauptstadt des jüdischen Staates ihre eigene Flagge hissen könnten – natürlich unter gewissen Umständen, die von den Israelis festgelegt werden.

»Die Flaggen, die von den Moscheen des Tempelberges herabwehen könnten, werden Jerusalem nicht weniger jüdisch oder stärker moslemisch machen«, schreibt Kolleck. »Jerusalem ist groß genug für ein paar Flaggen neben der des Staates Israel.«

»Aber«, fügt er hinzu, »wir müssen fest bleiben mit unserer Erklärung, daß die Einheit Jerusalems, der Hauptstadt Israels, außerhalb jeder Verhandlung steht. Wir müssen jedoch zuversichtlich genug sein um zu verkünden, daß alles andere selbstverständlich verhandlungsfähig ist.«

Kolleck glaubt, daß Veränderungen, die sich auf Jerusalem beziehen, längst überfällig sind und durchgeführt werden sollten, »unabhängig von politischen Entwicklungen anderswo, und ohne darauf zu warten, wie die Zukunft der West Bank und des Gaza-Streifens aussehen wird«.

Ohne auf Friedensverhandlungen mit den Palästinensern und anderen Arabern zu warten, meint der Bürgermeister, muß Israel »neue und dauerhafte Vereinbarungen treffen«, die die Rechte der nicht-jüdischen Minderheiten in der Hauptstadt schützen. »Dann, wenn andere Regierungen ihre Unterstützung für solche Rechte zum Ausdruck bringen sollten, können wir einige der so oft für Jerusalem erwähnten ›internationalen Sicherheiten‹ bekommen.«

Kolleck lehnt jede geographische Teilung der Stadt ab, sagt aber, es sei »Spielraum für eine funktionelle Teilung der Autorität, für eine interne Autonomie jeder Gemeinde und für eine funktionelle Souveränität vorhanden«.

Dies ist ein sehr geschicktes Vorgehen des CFR. Sollte das Konzept die Unterstützung »anderer Regierungen« gewinnen und besonders wenn »internationale Sicherheiten« ins Haus stehen, dann könnte die Jerusalemer Lösung als Modell dienen und als Präzedenzfall für ein ähnliches Arrangement mit Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete. Wenn dem so ist, dann wäre dies für die Israelis ein attraktiver Weg, um der Forderung der Palästinenser nach völliger Unabhängigkeit auszuweichen.

Also warten wir ab. Der Fahnenmast ist hochgezogen und die Israelis warten jetzt, ob jemand »grüßt«. □

Ergebnis der Spendensammlung für Israel

Der United Jewish Appeal sammelte 1988 357,8 Millionen Dollar – also weniger als die 372,2 Millionen Dollar für 1987 – für seine humanitären Programme in den USA, Israel und 33 anderen Ländern. Die UJA hatte im vergangenen Jahr erhofft, 390 Millionen Dollar zusammenzubekommen, aber die Bemühungen, Gelder aufzutreiben, wurden durch die amerikanische Steuerreform des Jahres 1988, den Börsenkrach vom Oktober 1987 und die Reaktion auf den Palästinenser-Aufstand beeinträchtigt. Etwa die Hälfte aller gesammelten UJA-Gelder gehen nach Israel. □

Die »Frieden-jetzt«-Bewegung wächst in Israel

Von Tag zu Tag wachsen die Sympathie und die Unterstützung für die Bewegung »Frieden jetzt«, die in den Nachwehen des blutigen Einfalls in den Libanon des Jahres 1982 ihren Ursprung nahm, unter amerikanisch-jüdischen Gemäßigten und Liberalen.

In New York und Washington fanden eindrucksvolle Massenveranstaltungen statt, an denen die Stars der liberalen Linken, sowohl Amerikaner als auch Israelis, wie auch eine stattliche Reihe palästinensischer Vertreter teilnahmen – darunter auch Vertreter der PLO. Aber anders als bei den Versammlungen und Verkündigungen der gängigen pro-isrealischen Organisationen wurden diesen bedeutsamen Entwicklungen seitens der Nachrichtenmedien kaum Beachtung geschenkt.

Nichtsdestoweniger sieht die israelische Regierung das Wachstum dieser Bewegung mit steigender Besorgnis, da sie sie als eine Auflösung der Gesellschaft innerhalb Israels und Bedrohung für die Solidarität seines amerikanisch-jüdischen Unterstützungssystems betrachtet. Noch größere Besorgnis ruft jedoch die Tatsache hervor, daß die Bemühungen der »Frieden-jetzt«-Aktivisten neue Reibereien in dem besonderen amerikanisch-israelischen Verhältnis schaffen.

Mit einem von israelischen Offiziellen kritisierten Schritt erteilte die Bush-Regierung Visa an drei normalerweise unberechtigte PLO-Mitglieder, so daß sie an den Versammlungen der »Frieden-jetzt«-Bewegung teilnehmen konnten. Die Visa wurden genehmigt für: Nabil Shaath, ein erfahrener Berater des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat und Leiter des politischen Ausschusses der Palestinian National Council; Afif Safich, dem PLO-Vertreter in den Niederlanden; Noha Nicholas Tadros, einem Beamten der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten des PLO-Hauptquartiers in Tunis.

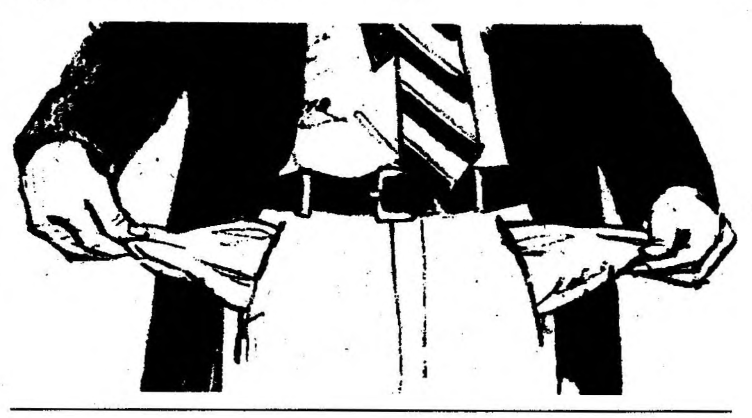
Die israelische Botschaft in Washington behauptet, daß die Zulassung der drei PLO-Offiziellen gegen das amerikanische Gesetz von 1974 verstößt, nach dem es Mitgliedern der PLO wegen der amtlichen Bezeichnung der PLO als terroristische Organisation nicht gestattet ist, in die Vereinigten Staaten einzureisen.

Das amerikanische Außenministerium stellte jedoch fest, daß das Gesetz Einschränkungen von Fall zu Fall vorsieht. Im vergangenen November erregte der damalige amerikanische Außenminister George Shultz einen internationalen Sturm der Entrüstung, als er unter dem gleichen Gesetz dem Vorsitzenden der PLO Arafat ein Visum verweigerte, als dieser vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprechen wollte.

Gleichzeitig gestattete es die israelische Regierung nach ihrer eigenen freien Auslegung des Gesetzes, vier Knesset-Mitgliedern des linken Flügels und dem Palästinenser-Führer der West-Bank, Faisal al-Husseini, an Massenversammlungen der »Frieden-jetzt«-Bewegung teilzunehmen. Nach israelischem Gesetz ist es keinem israelischen Bürger gestattet, irgendwelche Verbindungen zur PLO zu unterhalten.

Und was Husseini betrifft, so wurde er erst kürzlich entlassen, nachdem er 18 der letzten 21 Monate im Gefängnis verbracht hatte, weil er angeklagt worden war, PLO-Mitglied und Terrorist zu sein.

Die wachsende Popularität und das Ansehen der »Frieden-jetzt«-Bewegung, die sich aus mehreren amerikanisch-jüdischen, pro-israelischen Gruppen zusammensetzt, hat seit Ausbruch des Palästinenser-Aufstandes bedeutende Schwungkraft erhalten. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Bewegung sowohl in die einheimische palästinensische Führung als auch in die PLO hineinreicht. Sie hat dadurch eine kooperative – im Gegensatz zur traditionellen gegnerischen – Annäherung zur Herbeiführung des Friedens geschaffen. □



Israel

Trauriger Zustand der Wirtschaft

Mark Lane

Ein Aspekt der derzeitigen Lage in Israel, der fast routinemäßig in den europäischen und amerikanischen Nachrichtenmedien außer acht gelassen wird, ist der traurige Zustand der israelischen Wirtschaft. Obwohl der palästinensische Aufstand und der derzeitige internationale Druck auf die Israelis zur zwangsweisen Herbeiführung einer Einigung unweigerlich bedeutende – wenn nicht sogar verheerende – Folgen für das Leben der Israelis hat, rührt eigentlich die größte Bedrohung für das Land in diesen Tagen von seiner Unfähigkeit her, sein finanzielles Haus in Ordnung zu bringen.

Shlomo Maoz, der Wirtschaftsredakteur der »Jerusalem Post«, schrieb kürzlich über eine von ihm unternommene Reise in die Schweiz, auf der er feststellte, daß dort die Tomatenpreise – offensichtlich Importware – niedriger als die in Israel waren. »Also«, so schrieb er, »im Land von Milch, Honig, Orangen und Tomaten zahlen wir mehr als die Leute im Ausland. Es gibt keinen Druck auf die israelischen Erzeuger um konkurrenzfähig zu sein.«

Keine Konkurrenz aber starke Monopole

Aber Tatsache ist, daß die Israelis nicht auf gleicher Grundlage mit ihren Handelspartnern konkurrieren wollen. Wenn sie das tun müßten, dann wären sie gezwungen, ihre Wirtschaft umzugestalten, sich von dem verderblichen Einfluß der halbamtlichen Gewerkschaften und staatlich betriebenen Monopole, die Preise und Lohnkosten diktieren, zu befreien.

Maoz schreibt weiter, daß »ein kleines Land, wie das unsrige es sich nicht länger leisten kann für die Konkurrenz geschlossen zu sein und solche starken Monopole zu haben, sonst werden alle Anstrengungen, ein langfristig gesundes Wachstum mit einer niedrigen Inflationsrate zu ermutigen, weiterhin nur ein Tagtraum sein«.



Das Problem läuft letzten Endes darauf hinaus, einen künstlich hohen Lebensstandard zu bewahren, einen, der nicht durch den echten Wert der durch Israelis geschaffenen Güter und Dienstleistungen gerechtfertigt ist. Somit ist er stark von der amerikanischen Hilfe abhängig geworden. Die gesamte Wirtschaft Israels bräche zusammen, wenn die Amerikaner ihre Unterstützung einstellen würden.

Dies alles weist auf die von Maoz erhobene zentrale Klage hin, nämlich, daß mit der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft mit ihrem gemeinsamen Markt der zwölf Mitgliedsstaaten »internationale Handelsabkommen und wirtschaftliche Realitäten die Staaten daran hindern werden, leistungsunfähigen heimischen Erzeugern Zuschüsse zu gewähren oder Zölle und Steuern auf Einfuhrgüter zu erheben.

Schuld hat der sozialistische Zionismus

Eine übermonopolisierte Wirtschaft, mit untüchtigen Managern, privilegierten Bereichen, übermäßig geschützter Industrie und Landwirtschaft, unterbezahlten Arbeitskräften auf dem Textil-, dem Nahrungsmittel- und Bausektor – dies alles würde in dem Wirtschafts-Regime, das dann vorherrscht, nicht einmal ein paar Wochen überleben.«

Was Maoz als Wurzel des israelischen Wirtschafts-Schlamassel erkennt, ist der zionistische Sozialismus, der ein grundlegendes Strukturproblem, nicht nur eines der Unterlegenheit gegenüber der Konkurrenz darstellt. Er erwähnt als Beispiel die Tatsache, daß noch vor wenigen Wochen israelische Arbeiter einen Zuschuß von 4,5 Prozent zum Lebensunterhalt erhielten, der dann auf einen Schlag fast völlig aufgehoben wurde, als die Regierung den Schekel um fast die gleiche Punktzahl abwertete.

Dieses Strickmuster der Gewährung von Lohnerhöhung zum Ausgleich für die Inflation, sie dann wieder durch Abwertung wettzumachen, ist schon ein langjährig, gepflegtes Spiel. Der kumulative Betrag der Abwertungen seit Gründung des jüdischen Staates im Jahre 1948 beläuft sich auf insgesamt 6 719 000 Prozent.

Da kommentierte Maoz: »Das einzige, was uns Abwertungen gebracht haben, sind Inflation, Umverteilung des Wohlstands zugunsten der Wohlhabenden – und Frustration.«

Die Umorganisation des israelischen Wirtschaftssystems mag daher leichter gesagt als getan sein. Bevor irgendwelche Änderungen in die Wege geleitet werden können, muß die alte Struktur abgerissen werden. Ob Israel die politische Willensstärke hat, die Macht der Gewerkschafts-Föderationen, die mit Sicherheit jedem derartigen Plan entgegenstehen werden, und die vom Staat gecharterten Monopole zu zerschlagen, bleibt abzuwarten.

Mit dem von Finanzminister Shimon Peres Anfang des Jahres eingeführten neuen Wirtschaftsplan soll versucht werden, die Wirtschaft durch Milderung der strengen staatlichen Kontrollen, Öffnung des Landes für Auslandsinvestitionen, Entmachtung der Monopole und andere den freien Markt begünstigende Vorschläge zu reformieren.

Israelis haben wenig Vertrauen zur eigenen Wirtschaft

Es ist nichts Falsches an einer Nation, die starke Zollschranken errichtet, um ihre eigene Industrie und Produkte zu schützen, solange diese Nation autark ist, das heißt, über ein Übermaß an natürlichen Resourcen und einen ausgedehnten üppigen Inlandsmarkt verfügt. Oder andererseits, wenn eine Nation die starke Barrieren gegen ausländische Güter errichtet über einige wesentliche Schätze verfügt wie Gold, strategische Mineralien oder Öl. In diesen Fällen kann diese Nation auch ihre heimischen Industrien schützen, da ihr eine stetige und günstige Handelsbilanz sicher ist.

Israel hat keines dieser Dinge und hängt von Produkten fremder Nationen ab, nicht nur, um seinen verhältnismäßig hohen Lebensstandard zu erhalten, sondern auch um zu überleben.

Auch die Israelis selbst scheinen wenig Vertrauen zu ihrer heimi-

schen Wirtschaft zu haben und ziehen es vor, sich außerhalb des Landes nach finanzieller Sicherheit umzuschauen. Einer der lebhaftesten Märkte ist die Spekulation mit Devisen, teilweise dank der ständigen Inflation und Abwertung des Schekel.

Finanzminister Shimon Peres selbst war derart schockiert über Berichte, daß solche Spekulationen in den Tagen vor der jüngsten Abwertung Rekordsummen erreicht haben – man spricht von einem Wert in Höhe von 300 Millionen Dollar –, daß er nach Wegen suchte, um solche Gewinne zu versteuern. Aber sowohl Beamte des Finanzministeriums als auch der Bank von Israel sagten, es sei unmöglich festzustellen, wer Devisen zu Spekulationszwecken eingeführt hat.

Der US-Dollar ist in Israel eine Zweitwährung, und viele Güter und Dienstleistungen werden mit einem Rabatt angeboten, wenn sie mit Dollar bezahlt werden.

Nicht alle Probleme in der Wirtschaft sind jedoch auf das Unvermögen der Israelis zurückzuführen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu leben. Die hohen Kosten des Araberaufstandes tragen wesentlich zu ihren finanziellen Sorgen sowie zur allgemeinen Atmosphäre der Unsicherheit bei, von der die israelische Finanzszene durchdrungen ist.

Schwere Verluste im Tourismus-Geschäft

Der Aufstand zehrt nicht nur an den Kräften des Militärs und der Schutzpolizei, sondern die damit verbundenen arabischen Boykotte israelischer Kaufleute und Produkte machen sich auch schmerzlich in Israels Brieftasche bemerkbar, da die Palästinenser vor dem Aufstand dem Wesen nach einen abhängigen Markt für israelische Waren darstellte.

Hinzu kommt noch, daß der Aufruhr einer der wichtigsten Industrien – dem Tourismus – schwere Verluste zugefügt hat. Die Industrie erlebte einen Rückgang von sage und schreibe 23 Prozent, seitdem die Schwierigkeiten begannen, obwohl sie sich in letzter Zeit wieder etwas erholt hat.

Zu anderen Schlägen, die der Wirtschaft in jüngster Zeit zuteil wurden, gehört die Einstellung des Lavi-Jäger-Projekts, das 1987 300 Millionen Dollar an Verkäufen durch die heimische Industrie einbrachte. 1988 sank der Ausstoß der Industrien um drei Prozent.

Die wirtschaftliche und politische Unsicherheit der israelischen Bevölkerung spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die Quote der persönlichen Ersparnisse auf zwei Prozent des Privateinkommens gesunken ist. Vor drei Jahren belief sich die Quote noch auf etwa 20 Prozent.

Auch das System der kibbutz-eigenen Unternehmen bemüht sich um eine Abschreibung und Umschuldung von Schulen in Höhe von mindestens einer Milliarde Dollar. Die Zahl der israelischen Firmen in finanziellen Schwierigkeiten ist allein im Jahr 1988 um 42 Prozent gestiegen. Dieser hohe Anstieg wird auf schlechtes Management und Rückgang der Nachfrage zurückgeführt.

Schweigen aus Angst vor Reformen

Das Versagen der israelischen Wirtschaft stellt für Israels Sicherheit ein größeres Problem dar als der Aufstand, die militärische Bedrohung durch die Araber oder die Aussicht, auf eine durch die Supermächte oder die UN auferlegte Schlichtung des arabisch-israelischen Streits. Und doch findet diese Tatsache hierzulande in der Öffentlichkeit relativ wenig Beachtung.

Ein Grund dafür könnte sein, daß die Israelis selbst ihre Schwierigkeiten nicht zu sehr an die große Glocke hängen möchten, aus Angst davor, daß der amerikanische Kongreß tatsächlich als Gegenleistung für weitere Wirtschaftshilfen einige interne Reformen verlangen könnte.

Eines ist jedoch gewiß. Wenn der Zusammenbruch kommt und die von Peres vorgeschlagenen unzureichenden und zu späten Reformen nicht durchgreifen, dann wird sich Israel an die Vereinigten Staaten halten, damit diese das Land durch Bürgschaften aus seinen Schwierigkeiten herauslotsen. □

Israel
Dollarisierung des Landes

Victor Marchetti

Der amerikanische Dollar kommt nach Israel – aber nicht unbedingt in der Form, wie es die Israelis gerne haben möchten. In diesem einen Fall kommt der Dollar nicht als Geschenk vom amerikanischen Steuerzahler zur Finanzierung des künstlich hochgehaltenen Lebensstandards des jüdischen Staates. Statt dessen kommt er in Form von »Dollarisierung«, das heißt Stützung des israelischen Schekel gegenüber dem US-Dollar. Das bringt jedoch große Schwierigkeiten mit sich.

Viele Länder haben ihre Währung am Dollar festgenagelt. Indem sie dies tun, gewinnen sie Spielraum für völlig freie Fluktuation der Devisen. Wenn dies auch gewisse klare Vorteile hinsichtlich des Außenhandels bietet, so kann es doch in einer kleinen Wirtschaft wie die Israels ernsthafte Unstabilität verursachen, und zwar wegen des freien Flusses von großen Summen ausländischen Kapitals in das Land hinein und hinaus. Einige anerkannte Wirtschaftler, wie der Amerikaner Milton Friedman, glauben, daß die Dollarisierung Israels wirtschaftlicher Gesundheit schaden kann.

Abhängiger von anderen Regierungen

Nach Meinung des Wirtschaftsjournalisten Shlomo Maoz von der »Jerusalem Post« bedeutet die Dollarisierung Israels, daß das kleine Land des Nahen Osten »abhängiger von Auslandsmärkten und dem Verhalten anderer Regierungen, besonders der amerikanischen Regierung sein wird«.

Indem er feststellt, daß Israel bereits für Änderungen in der amerikanischen Wirtschaftspolitik und in steigendem Maße für die in der Europäischen Gemeinschaft sehr verwundbar ist, schreibt Maoz: »Wenn wir zur Gemeinschaft des 21. Jahrhunderts gehören wollen, dann müssen wir uns irgendwie in einen der kristallisierenden wirtschaftlichen Blöcke um die Erde herum eingliedern.«

Darüber hinaus, sagt er, wenn Israel eine »stabilisierte Wirtschaft mit einer starken von Wachstum begleiteten Währung haben will, dann müssen wir alle schließlich tüchtiger sein, der öffentliche Sektor sowie auch der industrielle und private Sektor«. Und das wird in der heutigen sozialisierten, von den USA finanzierten Wirtschaft des Landes nicht leicht sein.

So widersetzen sich fast alle Politiker Israels, seine riesige Bürokratie und Gewerkschaften, dem, wie viele Wirtschaftler glauben, unvermeidlichen Schritt, den das Land tun muß, wenn es in den kommenden Jahren – ohne stetig wachsende US-Hilfe – überleben und gedeihen will.

Aber Dollarisierung bedeutet, daß die israelische Regierung nicht in der Lage sein wird, eine Inflation zu ihrem eigenen Wohl zu verursachen. Sie wird nicht in der Lage sein, die Zinssätze willkürlich zu erhöhen oder eine Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz künstlich zu verhindern und eine hohe Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

»Vom Standpunkt des Politikers aus«, sagt Maoz, »bedeutet dies, daß die Regierung ihre Fähigkeit verlieren wird, uns in die Taschen zu greifen oder irgendeinen faulen Sektor zu finanzieren. Die Histadrút (Arbeitergewerkschaft) wird ihre Macht als Union verlieren. Industrielle werden mit der Sache fertigwerden und im Ausland konkurrieren müssen.«

Die meisten amerikanischen Wirtschaftler, auch jene die dem zionistischen Staat höchst sympathisch gegenüberstehen, glauben, daß eine derartige wirtschaftliche Umwandlung nicht ohne die langfristige Infusion eines erheblichen Betrages aus der Tasche des amerikanischen Steuerzahlers – im Werte von mehreren Milliarden Dollar über die kommenden fünf bis zehn Jahre hinweg – geschehen kann.

Die Inflation in Israel im vergangenen Jahr belief sich auf mehr als 16 Prozent. In diesem Jahr wird sie wahrscheinlich höher und noch schneller steigen. □

Israel

Bleibt Bush ein zuverlässiger Freund

Mark Lane

Die Fackel ist von Ronald Reagan an George Bush weitergereicht worden und ganz oben in den Gedanken der amerikanischen pro-israelischen Gemeinde steht die Frage: Wird George Bush ein ebenso guter und zuverlässiger Freund Israels sein wie Ronald Reagan es war? Aber während einige abwarten und sich Gedanken machen, strebt AIPAC, die kämpferische Lobby der jüdischen Gemeinde entschlossen danach, sicherzustellen, daß der neue amerikanische Präsident es seinem Vorgänger gleichtun wird – so wie er es versprochen hat.

»George Bush ist nicht der einzige Erbe und Nachfolger Reagans, er war ein Teilnehmer an dem Prozeß«, rief AIPAC in ihrem Nachrichtenblatt ihren Lesern ins Gedächtnis zurück. Und warnte: »Die pro-israelische Gemeinde paßt jetzt genau auf, ob der neue Präsident seine Wahlkampfversprechen einhalten wird.«

Bush-Verpflichtung an der Klagemauer

Falls der neue Präsident oder irgend jemand anders jene Versprechen vergessen haben sollten: Das Nachrichtenblatt der AIPAC enthält eine vierseitige Sondereinlage mit den zahlreichen und oftmals überspannten Gelöbnissen der Lehnstreue zu Israel, die Bush – als Gegenleistung für jüdische Stimmen und Gelder – während seines Wahlkampfes im Herbst 1988 zum Einzug ins Weiße Haus abgab. Die Erinnerung mit Warnung – mit dem Titel »Die Bush-Verpflichtung« – enthält das berühmte Foto aus dem Jahr 1986, das einen Jarmulka tragenden Bush zeigt, der die Lippen spitzt, um die Klagemauer in Jerusalem zu küssen.

Wenn auch ein Großteil der Verpflichtung aus Auszügen aus dem Programm des Bush-Wahlkampfs von 1988 zum Nahen Osten besteht, so ist sie doch mit anderen ausgewählten Zitaten des Kandidaten Bush aus dessen Wahlkampf um die Präsidentschaft gesalzen.

AIPAC läßt keinen Zweifel daran, daß sie diese Wahlkampfversprechungen als bindende Verträge ansieht, und daß die Lobby voll beabsichtigt, den neuen amerikanischen Präsidenten an seine Worte des Handels zu binden.

So beabsichtigt AIPAC, den neuen Präsidenten an sein feierliches Gelübde zu binden, es liege in Amerikas Interesse, daß »Israel frei, demokratisch, militärisch gesichert und wirtschaftlich stark bleibt«. Obwohl Bush sagte, er würde es vorziehen mit Amerikas Verbündeten zusammenzuarbeiten, um Amerikas Interessen in der Region zu vertreten, fügte er hinzu: »Wir sollten bereit sein . . . allein falls notwendig, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu schützen.«

Letzterer Kurs erscheint immer wahrscheinlicher zu werden, da Amerikas europäische Verbündeten damit begonnen haben, ihren eigenen Friedensplan für den Nahen Osten zu betreiben, wobei sie Israel, und falls notwendig, auch die Vereinigten Staaten als einen ungewissen Faktor auslassen wollen.

US-Präsident George Bush besuchte 1986 Jerusalem und spitzte die Lippen, um die Klagemauer zu küssen.

Fortsetzung der Reagan-Doktrin

»Die Bush-Präsidentschaft wird sich das neue, während der Reagan-/Bush-Regierung aufgebaute Verhältnis zu Israel zunutzemachen, um die Aussichten für Frieden und Sicherheit in der Region zu verbessern.

Die Entwicklung von Israels politischen Status bei den Vereinigten Staaten – von dem eines bedrohten Familienangehörigen in den siebziger Jahren zu dem eines Verbündeten und regionalen Partners der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren – ist eine entscheidende Wandlung. Israel ist nicht mehr einfach eine demokratische Nation, die Amerikas religiöse und Einwanderungsursprünge teilt, Israel teilt auch unsere Sicherheitslasten«, wird in dem Bush-Positionspapier festgestellt.

Es ist eine Fortsetzung der Reagan-Doktrin bezüglich Israel, daß diese winzige Nation militärisch und wirtschaftlich ein voller und gleichwertiger Partner der Vereinigten Staaten ist – soweit es die Festlegung der Politik und den Genuß der Vergünstigungen betrifft, die ein solches Verhältnis einschließen. Aber in der Praxis ist dieses Verhältnis äußerst einseitig und die USA werden allzuoft in eine Lage versetzt in der sie von Israel zum Narren gehalten werden.

Die USA halten die Fiktion der gleichen Partnerschaft aufrecht, während Israel in Wirklichkeit ein abhängiger Staat ist. Und doch, wenn Israel seinen eigenen Weg geht oder sich in einer Weise verhält, die den amerikanischen Wünschen zuwiderläuft, dann behaupten Amerikas Führer sie könnten sich nicht in Israels innere Angelegenheiten einmischen.

Und dies trotz der Tatsache, daß Israel mit sage und schreibe drei Milliarden Dollar pro Jahr bezuschußt wird, dargeboten zu günstigeren Bedingungen als irgendeinem anderen Empfänger amerikanischer Wirtschaftshilfe gewährt wird, und zuzüglich von noch einmal so vielen Leistungen an indirekter Hilfe, wie Handelsvorzüge, Erlasse von Darlehensrückzahlungen und vorteilhafte Refinanzierungspläne.

Die Liste der Versprechungen

Wenn dies Amerika nicht zumindest die Macht, wenn nicht das moralische Recht verleiht, sich in die israelischen internen Angelegenheiten »einzumi-

schen«, wenn Israel sich politisch schlecht benimmt, was dann?

Die Liste von Versprechungen in der Bush-Verpflichtung geht weiter und stellt die Gegnerschaft des neuen Präsidenten zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates fest. »Seine Errichtung ist schädlich für die Sicherheitsinteressen Israels, Jordaniens und der Vereinigten Staaten«, heißt es da. Und die Vereinigten Staaten werden sich, verspricht Bush feierlich, aus den Vereinten Nationen zurückziehen, falls Israel jemals die Mitgliedschaft verweigert werden sollte.

Verpackt ist in dem Papier ein innewohnendes Versprechen von amerikanischer Hilfe an jene Länder, die bereit sind, es Ägypten mit der Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Israel gleichzutun, ein Versprechen mit möglicherweise weitreichenden Implikationen für den amerikanischen Staatshaushalt.

Ägypten wird als »Katalisator« in der arabischen Welt für die Wegbereitung zum Frieden bezeichnet und fährt »als einzige Nation, die formal Frieden mit Israel geschlossen hat« dessen Vergünstigungen ein. Mit Amerikas wirtschaftlicher und militärischer Hilfestellung ist Ägypten in die wirtschaftlichen und verteidigungsmäßigen Institutionen des Westen einbezogen worden«, wird in dem Positionspapier festgestellt.

Wieviel wird Bush Israel zahlen?

Diese Tatsache wirft einen besorgniserregenden Aspekt der Verwicklung Amerikas im Nahen Osten auf: Wer wird den Friedensprozeß finanzieren?

Israel wird keinerlei Zugeständnisse machen, es sei denn es könne auf vielfache Art und Weise davon profitieren, wobei der wirtschaftliche Gewinn vorneweg rangiert. Die Camp-David-Vereinbarungen waren nicht gerade billig. Hilfeleistungen an Israel und Ägypten wurden dramatisch in die Höhe getrieben und sind seitdem aneinander gebunden; das heißt, wenn die Hilfe an Israel erhöht wird, steigt auch die Hilfe an Ägypten.

Israel sieht sich einem Wust von wirtschaftlichen Problemen gegenüber, und der einzige Weg, diese ohne Schmerzen oder Senkung des künstlich hochgehaltenen Lebensstandards zu bewältigen, ist eine Infusion mit amerikanischen Dollar.

Wieviel wird Bush Israel zahlen um zu einem anderen Ausgleich zu kommen? Wieviel werden die arabischen Teilnehmer an den Schlichtungsverhandlungen verlangen, um den Handel von Anfang an durchzuziehen?

Was die amerikanische Fähigkeit betrifft, die Rolle des Vermittlers zu spielen, was notwendigerweise zumindest ein bißchen Unparteilichkeit erfordert, versprach Bush: »Wir werden weiterhin Israels qualitativen Vorteil über jeden Gegner oder Koalition von Gegnern aufrechterhalten.«

Vielleicht die beste Zusammenfassung der Stoßkraft von Bushs Versprechungen an Israel findet sich in einer Feststellung die er bei seinem Auftreten im Simon-Wiesenthal-Center am 27. Oktober 1988 abgab: »Amerika wird Israel weiterhin zur Seite stehen. Wir werden in unserer Unterstützung niemals schwanken und die volle strategische und wirtschaftliche Partnerschaft, die wir in den vergangenen acht Jahren neu geschmiedet haben, wird beibehalten und erweitert.«

Wird sie das wirklich? Dauernde Freundschaft und Unterstützung zu versprechen, wie Bush es tat, ist eine Sache. Blindes Nachgeben auf jeden einzelnen Wunsch Israels hin, wie es bei der Reagan-Regierung der Fall war, ist eine andere Sache. Bush konnte diese Versprechungen abgeben, wobei er in der Zukunft voll verlangen wird, daß Israel sich in einer verantwortungsbewußten Weise verhält. Es gibt viele Hinweise dafür, daß Bush tatsächlich solche Forderungen an Israel stellen wird.

Der Spielraum in der Nahost-Politik

Schließlich hat Bush alle diese Feststellungen vor der Wahl getroffen, gegenüber einer mächtigen und wohlhabenden Wählerschaft. Die meisten davon sind verschwommen genug, um den USA in ihrer zukünftigen Nahostpolitik sehr viel Spielraum zum Manövrieren einzuräumen. □

Israel

Spannungen in der jüdischen Gemeinde der USA

Victor Marchetti

Die Spannungen zwischen Israels politischen Führern und den höchsten Rängen der amerikanisch-jüdischen Gemeinde, die den zionistischen Staat so ergeben unterstützt, nehmen zu. Die amerikanischen Juden werden ungeduldig über die fortwährende Starrköpfigkeit der israelischen Regierung angesichts der wachsenden internationalen Stimmung und des Drucks, die palästinensische Situation auf friedlichem Wege einer Lösung zuzuführen.

Während einer Konferenz in Jerusalem mit Premierminister Yitzhak Shamir und seinen wichtigsten Kabinettsmitgliedern, sagte der Präsident des American Jewish Congress Robert Lifton zu den israelischen Politikern: »Jeder fühlt, daß Sie der israelischen Regierung eine Gelegenheit geben müssen, sich zu beweisen. Wir sagen, Ihr habt unsere volle Unterstützung – nun kommt um Himmelswillen auch mit einem Friedensprogramm voran, das als realistisch wahrgenommen wird.«

Aber eine bloße Wahrnehmung könnte nicht ausreichen, um einige amerikanisch-jüdische Führer zufriedenzustellen. Sie wollen mehr als eine geschickte Schleuderbremse für Israels blutige Politik der Überfallkommandos, um mit dem palästinensischen Aufstand fertig zu werden.

»Gebt uns eine Politik, die wir unseren Wählern erklären können«, flehte ein amerikanisch-jüdischer Führer.

Von Wolfe Kelman, dem rabbinischen Führer der »Konservativen Jüdischen Bewegung«, unter Druck gesetzt, der amerikanischen Judenheit eine solche Initiative vorzulegen, sagte Israels Außenminister Mosche Arens: »Ich bewundere Ihre Geduld . . . und ich schlage vor, daß Sie noch ein wenig mehr Geduld aufbringen.«

Kelman erwiderte scharf: »Unsere Geduld ist nicht ewig.«

So war der allgemeine Tenor der Konferenz kaum zufriedenstellend für jene amerikanisch-jüdischen Führungspersönlichkeiten, die die israelische Regierung drängen, mit den Palästinensern zu einer Art Ausgleich zu kommen, der für die außenstehende Welt annehmbar wäre.

Während Shamir eine kühle Haltung bewahrte und auf der Konferenz keine ausfallenden Bemerkungen machte, waren einige Teilnehmer darüber bestürzt, daß der Premierminister vor einer israelischen Zuhörerschaft eine heftige Rede gehalten hatte, wobei er mit der Faust auf das Podium schlug, und in der er noch einmal die Souveränität des zionistischen Staates über Eretz Yisrael (Großisrael) bekräftigte.

Verärgert über absichtliche Täuschung

Die meisten amerikanischen Juden auf der Konferenz waren auch über die offensichtliche Täuschung seitens des ehemaligen UN-Botschafters Benjamin Netanyahu verärgert, der vor der Versammlung ausführte: »Sie kamen zu uns, als Sie ein Problem mit der Frage hatten: ›Wer ist Jude?‹, und wir haben Sie angehört. Und zum Wohle des jüdischen Volkes haben wir dies zu den Akten gelegt. Nun kommen wir mit einem Problem zu Ihnen. Wir stehen unter einer ungeheuren Propaganda und politischen Attacken, und wo sind Sie?«

Lawrence Goldmuntz, der in dem in Washington ansässigen Institute for National Security Affairs (Institut für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit) tätig ist, sprach für viele auf der Konferenz, als er zu Arens sagte: »Wenn Sie von der jüdischen Gemeinde Hilfe verlangen – und natürlich ist jeder hier bereit Ihnen zu helfen – dann muß ich Ihnen sagen, daß Leute in dieser Regierung die Palästinenser nicht ›Grashüpfer‹ nennen, ihre Knochen brechen, ihre Häuser zerstören und sie ausweisen können. Wenn Sie jemanden Haus zertrümmern, dann sagen die meisten Amerikaner: ›Mein Gott, das könnte mein Haus sein‹. Diesen Dingen muß ein Ende bereitet werden.« □

Zionismus

Jüdische Geheimnisse

Ze'ev Chafets

In einer aufsehenerregenden Stellungnahme über sein Judentum und warum er nach Israel ausgewandert ist, erklärt der überzeugte, in Amerika geborene Zionist Ze'ev Chafets »die Geheimnisse der Juden«. Die Enthüllungen erfolgen in Form einer Einführung zu seinem Buch »Members of the Tribe« (»Stammesbrüder«).

Da Chafets während der blutigen Invasion des Libanon im Jahre 1982 Direktor des israelischen Presse-Büros war und seinen gewissen Grad an Popularität erwarb, indem er »nachwies«, daß das amerikanische NBC-Fernsehen und andere Teile der Medien in den Vereinigten Staaten in ihrer Berichterstattung über jenes Blutbad israel-feindlich seien, glauben wir, daß seine Stellungnahme zu jüdischen Geheimnissen einer besonderen Aufmerksamkeit wert ist. Chafets schreibt in der Einführung zu seinem Buch:

Ich wurde erzogen, um mich als Amerikaner zu betrachten, der zufällig Jude ist. Das Judentum, so wie man es mich in der Sonntagsschule und daheim lehrte, war ganz einfach eine andere Religion, theologisch langweilig und gesellschaftlich anerkannt.

Meine Eltern ermunterten mich, christliche Freunde in unseren Reform-Tempel einzuladen und wiederum deren Gottesdienste zu besuchen. Es war kein heimtückisches Vorgehen, sondern offen und mittel-westlich. Wir waren wie jene Christen, die nicht an Jesus glaubten, und was ist daran schon besonderes?

Und trotzdem hatte ich das Gefühl, daß Unterströmungen vorhanden waren, die ich nicht verstand, irgend etwas im Zusammenhang mit dem Judesein, das ein wenig geheimnisvoll war.

Irgendwie hatte dieses Gefühl etwas mit dem Passah-Fest zu tun. Jedes Jahr verließen wir unsere eigene nicht-jüdische Nachbarschaft in Pontiac im US-Bundesstaat Michigan, um zu den Eltern meines Vaters nach Detroit, eine halbe Stunde entfernt, zu fahren. Und dort bei der rituellen Passah-Seder nahm ich eine eigenartige Umwandlung wahr.



Juden haben etwas gemeinsam, was sie oft nicht artikulieren können, sie sind noch heute »Stammesbrüder«.

Meine Onkels, Gemüsehändler und Kleinkaufleute, lehnten sich auf Kissen zurück und ließen seltsame hebräische Gesänge erklingen. Sie verkündeten, sie hätten einst mit Moses am Berg Sinai gestanden, stießen die Türen der kleinen Wohnung auf, um Elias, den Propheten, zu begrüßen. Sie tröpfelten süßen Rotwein auf ihre Teller, um an die Plagen in Ägypten zu erinnern und flehten Gott an, seinen Zorn über ihre Feinde zu ergießen.

Im Wohnzimmer meiner Großeltern war ich plötzlich kein amerikanischer Junge mehr. Ich war nicht einmal in Amerika. Durch irgendeinen Zauber war ich an den Tisch von grimmigen Wüstenfremden geraten.

Es war stets ein Schock, als die Seder beendet war und wir nach Hause fuhren. Plötzlich war ich wieder in den USA. So, da war ich. Ich hatte eine Farbe, die ich nicht sehen konnte, eine Geheimsprache, die ich nicht verstand. Ich hatte Onkels, die uralte Flüche durch die Jahrhunderte schleuderten und sich dann wieder niederließen, um die Endspiele um den Stanley Cup im Fernsehen zu betrachten, Tanten die Amerika verehrten und jedesmal abergläubig ausspuckten, wenn sie an einem christlichen Friedhof vorbeigingen.

Ich hatte eine unsichtbare Geografie und eine Familie, die wie aus dem blauen Himmel nach Amerika gekommen war. Niemand wollte irgend etwas erklären, und doch schien jedermann stolz zu sein, wenn ich etwas ganz von allein herausgefunden hatte.

Erst, als ich im Alter von 20 Jahren nach Israel kam, konnte ich zwei und zwei zusammenzählen. Allmählich wurde sich mein amerikanisches Ich dieser kleinen Geheimnisse intensiv bewußt. Der jüdische Aspekt meines Lebens war unbedeutend und das Judentum, das ich in Pontiac kannte, schien eine verhältnismäßig harmlose Art moderner Religion zu sein. Und doch wußte ich, daß über zweitausend Jahre hinweg meine Vorfahren verfolgt und gefoltert, sogar ermordet wurden, weil sie diese Religion ausübten.

Was war nun wirklich jüdisch? Was war wirklich jüdisch an mir? In Jerusalem fand ich, was meine Ahnen besaßen aber nicht an die Nachwelt weitergegeben hatten: die Haltungen und Geschicklichkeiten, den Geist und die Substanz einer ausgeprägten, in sich abgeschlossenen jüdischen Zivilisation.

Ich blieb in Israel und lernte allmählich seine Art, das Judentum zu betrachten, kennen. Das Konzept des jüdischen Volkstums liegt stillschweigend in Israels Haltungen und ausdrücklich in seinen Gesetzen und seiner Politik.

Als ich die jüdische Realität durch das Prisma des israelischen Lebens zu verstehen begann und mir die notwendigen Geschicklichkeiten erwarb, um daran teilzunehmen, geschah etwas Seltsames: in verderblicher Weise machte mich das amerikanische Judentum – eigentlich das jüdische Wesen – neugierig.

Als Amerikaner haben viele dieser Leute nichts miteinander gemein: aber als Juden haben sie etwas gemeinsam, was sie oft nicht artikulieren können, nicht einmal sich selbst gegenüber. Es ist eine emotionelle Bindung an Orte, wo sie niemals gelebt hatten, an eine Geschichte, an die sie sich kaum erinnern können, an andere Juden, die ihnen niemals begegnet sind. Für einige ist dieses Gefühl eine lodernde und stetige Flamme, für andere ein gelegentliches und geheimnisumwittertes Aufflackern. □

Zionismus

Kahane will einen Staat Judäa

Mark Lane

Eine traurige Saga des radikalen Rabbi Meir Kahane entfaltet sich weiterhin in einer Art niemals endender zionistischer Seifenoper voller Hoch- und Tiefpunkte und oft überraschender Verrenkungen und Wendungen. Das letzte Kapitel dieser Seifenoper ist eine geistes-verwirrende Fortsetzung, die man nur als beste Kahane-Chuzpe bezeichnen kann.

Der einstige Kopf der Jewish Defense League (Jüdische Verteidigungs-Liga) und ehemaliges Mitglied der Knesset verkündete in Jerusalem, daß er beabsichtige, einen unabhängigen jüdischen Staat, den Staat Judäa, zu gründen, und zwar genau dort, wo sich heute die besetzte palästinensische West Bank befindet.

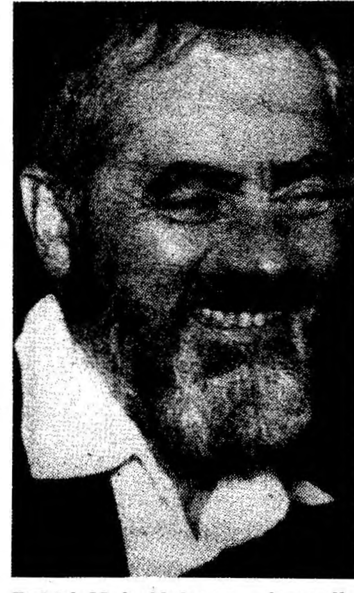
Ein auf der Torah basierender Staat

»Das neue Judäa«, sagte Kahane auf einer Pressekonferenz in Jerusalem, »wird ein jüdischer Staat, kein Staat von Juden sein.« Es wird ein auf der Torah basierender demokratischer Staat sein. Letztendlich wird er jedoch ein Teil Israels werden.

»Wir wollen Israel antreiben und anstoßen, die Gebiete zu annektieren«, sagte er. »Wir wollen keine zwei jüdischen Staaten. Aber mehr als das, wir wollen auch nicht einen palästinensischen Staat.«

Da eine Annektion zur gegenwärtigen Zeit keine politisch lebensfähige Option ist, entwickelt Kahane nur die Infrastruktur für den Staat Judäa. Der vorgeschlagene Staat ist weder ein Trickmechanismus noch ein Spiel, sagte er. So will er für das neue Judäa bei den Vereinten Nationen den Beobachterstatus erreichen – genau wie die PLO.

Als Kahane dies verkündete, sagte der charismatische Rabbi, daß eine vorläufige Versammlung für den neuen Staat bereits gewählt worden ist und Erziehungs- und Verteidigungsministerium seien schon »bereits eingerichtet«. Er verteilte »Staatsbürgerschaftskarten« an alle, die der Pressekonferenz beiwohnten, und stellte fest, diese seien für Anhänger in Israel und im Ausland erhältlich.



Rabbi Meir Kahane, ehemaliges Mitglied der Knesset, beabsichtigt einen unabhängigen jüdischen Staat Judäa zu gründen.

Die Staatsbürgerschaftskarten gibt es nur für Juden. Was die jetzt in der West Bank lebenden Palästinenser betrifft, so wird man sie vor die Wahl stellen, ohne jede Staatsbürgerschaftsrechte in Judäa zu leben oder das Land zu verlassen.

Wie viele seiner in der Vergangenheit gemachten Gesten, mit denen er seinen lebenslangen Kreuzzug zur Erfüllung des Traumes der Neugründung von Eretz Yisrael (Großisrael) belebt, trägt Kahane wieder einmal einen Gedanken vor, den viele Israelis, einschließlich die politische Führung des Judenstaates, vertreten, aber nur wenige haben den Mut, offen dafür Partei zu ergreifen.

In diesem einen Fall, wo er jeden Gedanken an eine Land-für-Frieden-Regierung mit den Palästinensern glatt zurückweist, berührt der radikale Rabbi nämlich die sehr heikle Frage des zukünftigen Status der vielen jüdischen Siedlungen – lange von der israelischen Regierung ermutigt und finanziert –, die in der West Bank errichtet worden sind.

In der Tat mußte Kahane Vorwürfe seitens der israelischen Nachrichtenmedien, seine Bemühungen zur Gründung des Staates Judäa seien ein Akt des Verrats, zurückweisen. So betonte er, daß er nicht darauf besteht, daß irgendein Teil von Israel abgetrennt wird, sondern nur darauf, dort einen Staat zu erklären, wo Israel noch nicht seine Souveränität erklärt hat – es aber tun sollte.

Inzwischen kündigte der israelische Premierminister Yitzhak Shamir an, daß acht neue jüdische Siedlungen in der West Bank errichtet werden.

Die Hauptbasis der Unterstützung für Kahane und seiner nunmehr außergesetzlichen Kach-Partei waren stets die jüdischen Siedlungen in der West Bank. Wäre die Kach-Partei im vergangenen Jahr am Vorabend der allgemeinen Wahlen nicht von der israelischen Regierung verbannt worden, dann hätten Kahane und Kach, darüber sind sich die meisten israelischen politischen Beobachter einig, vier bis sechs Sitze in der Knesset errungen.

Der Bann gegen ihn und seine Partei war ein verheerender Schlag für Kahanes politische Ambitionen sowie auch eine große persönliche Demütigung. Kahane hatte erst einige Wochen vorher zögernd auf seine amerikanische Staatsbürgerschaft verzichtet – ein Schritt, den er jahrelang erfolgreich vermieden hatte –, um in der Knesset bleiben zu können. Seitdem er außerhalb des Gesetzes gestellt wurde, verhandelt er mit dem amerikanischen Außenministerium, um seine Staatsbürgerschaft wiederaufleben zu lassen und wieder in Besitz seines Passes zu gelangen. Die Angelegenheit wird in den USA zur Zeit noch erwogen.

Wenn auch Kahanes Extremismus immer noch in Israel floriert, so ist der Rabbi selbst praktisch zur politischen Unperson geworden. Nach gutunterrichteten jüdischen Informationsquellen befürchtet der radikale Rabbi jetzt, daß die Regierung sogar eine Art Plan ausbrüten könnte, um ihn ins Gefängnis zu sperren, da er nicht mehr die parlamentarische Immunität genießt.

Der Unruhestifter ist ausgebrannt

Inzwischen hat Kahanes Ansehen innerhalb der jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten einen Sturzflug vollzogen. Während eines Besuchs zur Eintreibung von Geldern für seine politische Sache und für den neuen Staat Judäa konnte er nicht mehr jene Art von Aufmerksamkeit seitens der Medien gewinnen, die er früher auf sich gezogen hat. Seine öffentlichen Auftritte wurden kaum besucht und seine Bemühungen, Geld aufzutreiben, waren weitgehend erfolglos. Ein öffentliches Abendessen zu seinen Ehren und zur Spendensammlung in Washington, wo er in der Vergangenheit oft aufgetreten war, mußte mangels Interesse abgesagt werden.

Einige Beobachter der zionistischen Szene glauben, daß der radikale Rabbi am Ende ist. Der Unruhestifter ist ausgebrannt, sagen sie. Andere glauben jedoch, daß er wieder aus der Asche emporsteigen wird, in einer neuen Fleischwerdung – in Amerika.

Aus einem Bericht geht hervor, daß er sich schließlich in Los Angeles niederlassen wird, wo er sein Banner des Zionismus in der dortigen großen und sich schnell ausbreitenden jüdischen Gemeinde erheben wird; in einer Gemeinde, die eine wachsende Anzahl von israelischen Aussiedlern und sowjet-jüdischen Einwanderern in ihren Reihen zählt. □

Kulturgeschichte

Die Geschichte der Templer

Ralf Ettl

Es ist kein Zufall, wenn um die Templer und deren geschichtliche wie okkulte Hintergründe Unklarheit besteht. Diese Unklarheit wurde gezielt herbeigeführt, namentlich während der vergangenen 150 Jahre. Das »Geheimnis um die Templer« brauchte kein Geheimnis zu sein, wäre es nicht zu einem solchen gemacht worden. Und zwar von Kreisen und Mächten, die ein aus ihrer Sicht verständliches Interesse daran hatten und haben, die Wahrheit im Dunkel zu halten. Wäre es möglich gewesen, das Andenken und den Namen der Templer vollständig auszurotten, so wäre dies geschehen und von Geheimnissen um den Orden heutzutage keine Rede mehr. Wissenschaftler im stillen Kämmerlein hätten die wahre Geschichte samt deren Hintergründe zusammengefaßt und zu den Akten gelegt.

Die Erinnerung an die Templer ist aber wach geblieben in den Völkern Mittel- und Westeuropas. Und gerade das »Tabu«, das um den Orden verhängt wurde, rief Interesse hervor – nicht zuletzt das Interesse des Menschen am Geheimnisvollen, verbunden mit dem Reiz des Verbotenen. Die alten Templer erlangten so eine neue Popularität.

Eine Schicksalsgemeinschaft mit Jesus Christus

So geschah es, daß die Templer in eine merkwürdige Schicksalsgemeinschaft mit ihrem Herrn Jesus Christus gerieten. Genau wie dessen Lehren in deren Gegenteil verkehrt wurde, als das sogenannte »Alte Testament«, dessen Gesetze er bekämpfte, dem Christentum zugeschlagen wurde, so wurde auch der Geist des Templerordens verdreht; und es war derselbe Kernpunkt der Verfälschung in beiden Fällen.

Und dennoch ist dem wachen Blick die Erkenntnis der Wahrheit verhältnismäßig leicht, wenn er erst einmal die Systeme durchschaut.

In jüngerer und jüngster Zeit haben sich nun, wie bekannt ist, verschiedene »Neo-Pseudo-›Templer‹-Orden« gegründet.



Jakob Bernhard von Molay, der letzte Templer-Großmeister, nach einem Stich.

Unter diesen finden sich gewiß Menschen guten Willens, aber auch Scharlatane und Diener genau jenen Geistes, den die alten Templer bekämpften. Der Name »Templer« ist nicht rechtlich schützbar. Doch gibt es seit Erlöschen des alten Ordens keine einzige Gruppierung, die sich mit Fug und Recht auf den ursprünglichen Templerorden berufen könnte. Völlig grotesk ist eine Verquickung von Namen und Geist der Templer mit freimaurerischen Komponenten.

Welchen Glauben, welche Geisteshaltung und Weltanschauung vertraten nun die Templer wirklich?

Eine Bedrohung für die herrschenden Strukturen

Es sei dazu einiges vorweggenommen, ehe auf einige rein historische Details eingegangen werden soll, die den konsequenten Weg der Templer dokumentieren; und zwar so klar und einfach, daß jeder Interessierte selbst aufgrund der wenigen noch öffentlich zugänglichen Zeugnissen die Bestätigung finden kann – denn der geistige Weg der Templer war klar und einfach und ist unmißverständlich.

Betrachten wir aber zuerst jene entscheidenden Punkte der templerischen Lehren und Ideen, die schließlich zur Vernichtung des Ordens führten. Dabei wird schnell deutlich werden, daß die Templer in der Tat eine elementare Bedrohung für die herrschenden Strukturen und deren Machtinhaber darstellten und heutzutage auch für die heutigen darstellen würden.

Wir haben es hier mit hochpolitischen Aspekten zu tun. Im Zuge der nachstehenden Betrachtungen wird klar werden, daß die geschilderten Perspektiven sehr wohl auch gegenwärtig aktuell sind, daß sich lediglich die Machtproportionen innerhalb der Templer-Gegner etwas verschoben haben, die wesentlichen Aspekte indes unverändert bestehen.

Auf drei Eckpfeilern ruhte das mittelalterliche Abendland: Auf der jüdisch-christlichen Religion, einer auf alttestamentarischer Zinserlaubnis basierenden Geld- und Handelswirtschaft und dem Prinzip der absolutistischen Herrschaft. Alle diese drei Eckpfeiler gedachten die Templer einzureißen, sobald die Zeit und ihre wachsenden Möglichkeiten dazu gekommen sein würden.

Also: Eliminierung der jüdisch-christlichen Kirche und statt dessen Aufbau einer urchristlichen Glaubensgemeinschaft unter vollkommener Ausschaltung aller alttestamentarischen Komponenten. Daraus resultierend Umsturz des Geld- und Wirtschaftssystems, so auch Zinsverbot. Abschaffung der absolutistischen Monarchien und Aufbau einer aristokratisch-republikanischen Ordnung, die nach heutigen Maßstäben nichts mit Demokratie gemein gehabt hätte.

Das Andenken umfunktionieren und mißbrauchen

Allein dies schon verdeutlicht, daß die herrschenden Kräfte zur Vernichtung der Templer schreiten mußten, nachdem die eben geschilderten Ideen und Pläne des mächtigen Ordens durchzusickern und bekannt zu werden begannen. Es war dies nichts an-

deres gewesen als die Auseinandersetzung der herrschenden Mächte mit einer revolutionären Kraft.

Wenn auch die Templer ganz und gar religiös dachten und empfanden, so waren die politischen Konsequenzen deshalb nicht weniger konkret und revolutionär. Die Verbindung von geistlichem Empfinden und militärischem Denken schlug hier durch. Das »Ora et labora« gewann einen außerordentlichen praktischen Sinn mit Blick auf die weltlichen Zustände. Über die Vision des »Templer-Staates« wird an späterer Stelle noch zu sprechen sein.

Der historische Entwicklungslauf des Ordens als militärischem Ritterorden ist weitgehend bekannt; es gibt darüber vernünftige Literatur, etwa das Buch von John Charpentier – jedoch nicht zu verwechseln mit dem Unsinn eines gewissen Louis Charpentier. An dieser Stelle sei also über die reine Ordensgeschichte nur das wesentlichste vermerkt, zumal jene wesentlichsten Punkte und Aspekte gleichsam zur quasi-ideologischen Grundlage des Ordens leiten.

Die Anfänge des Templer-Ordens waren klein und zunächst unbedeutend. In jüngster Zeit ist verschiedentlich versucht worden, die Dinge hineinzugeheimnissen und zu unterschieben, die blanken Unfug darstellen. Etwa angebliche Hintergrundlogen und dergleichen, die es nicht gegeben hat, wie sich im übrigen leicht nachweisen läßt. Wir haben es bei solchen Histörchen vor allem mit dem Versuch zu tun, den Namen und das Andenken der Templer »umzufunktionieren« und ausgerechnet im Sinne jener Kräfte zu mißbrauchen, die die Templer bis in den Märtyrertod bekämpften. Geschäftemacherei mag ein weiterer Aspekt solcher unseriöser und verleumderischer Literatur sein.



Der Großmeister Jakob von Molay und der Präzeptor der Normandie Gottfried von Charney werden auf der Seine-Insel »Ilot aux Juifs« auf Befehl von König Philipp IV. verbrannt.

Wer dem Geiste und dem Bekennermut der alten Templer Respekt zollt, kann sich von Verdrehungen ihres Glaubens und Wollens nur angewidert abwenden. Insofern ist der klerikale Templergegner immer noch ehrenhafter als es jene sind, die als Templer-Sympathisanten auftreten, und dann das Gegenteil dessen propagieren, wofür die alten Templer ihr Leben hingaben; nämlich: Die reine Lehre Christi im Sinne des Marcion; den Glauben, daß in Jesus Christus Gott selbst Mensch geworden war; daß Christus gegen den »Gott« der Hebräer auftrat, den er als den Satan bekämpfte; die Ablehnung des sogenannten »Alten Testaments«; die Bezugnahme auf alte sumerisch-babylonische und karthagische Mythen als wahre Grundlage der Menschwerdung Gottes in Christo; die Erwartung des »Neuen Babylon« im Lande der Mitternacht (Deutschland).

Dem mittelalterlichen Menschen genügte der Glaube

Am Anfang des Templer-Ordens standen zwei tiefgläubige Männer: Hugo de Payns und Geoffroy de Saint-Omer, ein Franke und ein Normanne. Ein kleiner Freundeskreis bildete sich heraus, beseelt von einer dem Mittelalter zueigen gewesenen Glaubenskraft, die der heutige Mensch sich kaum vorzustellen vermag. Das Bedürfnis, ja: die Sehnsucht, in Demut vor Gott im Sinne des Heilands wirken zu können, war zu jener Zeit außerordentlich stark in den meisten Menschen des Abendlands.

Es bedurfte wahrlich keiner skurrilen Hintergedanken, um einen Dienst wie etwa den des Beschützers von Pilgern zum Heiligen Grab erstrebenswert erscheinen zu lassen. Allein die Unfähigkeit des modernen Menschen, sich in die Seelenverfassung eines solch starken Glaubens zu versetzen, läßt ihn nach Motiven suchen, die für ihn »lohnend« gewesen wären. Dem mittelalterlichen Menschen aber genügte sein Glaube! Dies nachzuempfinden ist eine Voraussetzung für das Verständnis des gesamten Komplexes.

Zum Weihnachtsfest des Jahres 1117 beschloß also jene kleine Gruppe in Jerusalem, eine Gemeinschaft zum Schutze der Pilgerwege zu bilden. Ihr einziger Wunsch dabei war, dem Herrn Jesus Christus und dem Glauben zu dienen. Die Gruppe von nun mehr neun Rittern stand dabei völlig allein; sie hatte weder Protektion noch bedeutendes Vermögen.

Im Frühjahr 1118 wurde die kleine Gruppe bei König Balduin I. von Jerusalem und beim Patriarchen vorstellig. Ihre Absicht wurde lobend zur Kenntnis genommen.

Bald darauf durften die Ritter, deren Quartier bis dahin im »Deutschen Haus«, einem von Deutschen betriebenen Spital, gewesen war, auf dem ehemaligen Tempelgelände ein eigenes Quartier errichten. Und obgleich ihnen dies den Namen »Tempelritter« eintrug, verstanden sie selbst sich stets als »die Brüder vom wahren Tempel Christi«, womit also der »innere Tempel der Seele« gemeint war.

Die Geschichte der Templer wäre sicherlich ganz anders und höchstwahrscheinlich recht unbedeutend verlaufen, hätte sich in den Tempelruinen nicht ein bemerkenswerter Fund ergeben, mit dem die Ritter zunächst nicht viel anzufangen wußten. Es waren Überbleibsel hebräischer Schriften, kleiner Fetzen nur, deren Inhalt bald von entscheidender Bedeutung für die Ritter und die ganze folgende Ordensgeschichte werden sollte.

Widersprüche zur allgemein gepredigten Lehre

Eben jene Schriftfetzen wurden dem hochgebildeten Etienne Harding zugeleitet, der auch für Übersetzungen sorgte. Und dies ergab den Anstoß für alles Nachfolgende. Die Funde entpuppten sich nämlich als Fragmente von Berichten jüdischer Eschaimin (Spione), die im Auftrage der Priesterschaft über das Treiben »des verfluchten Mamzers (Hurensohns) Jesus« und dessen »Lästerungen gegen den Gott Israels« Rapport erstatteten.

Und was darin zu lesen stand, widersprach der allgemeinhin gepredigten Lehre vollkommen. Jesus Christus hatte demnach

Kulturgeschichte

Die Geschichte der Templer

den Hebräergott »Jahve« als den Satan bezeichnet und den Juden vorgeworfen, den Teufel selbst zu ihrem alleinigen »Gotte« gemacht zu haben.

Deutsche Spuren dessen finden sich noch heute im Johannes-Evangelium des Neuen Testaments, wo Jesus den Juden sagt: »Ihr habt den Teufel zum Vater.« (Johannes 8,44). Es mußte also eine gewaltige Verfälschung der wahren Lehre Christi stattgefunden haben.

Man muß sich nun wiederum in die starke Gläubigkeit jener Ritter hineinzusetzen versuchen, um den Schock zu verstehen, der sie traf. Der »Gott«, den die Kirche als »Vater Christi« lehrte, war nach Christi eigenen Worten der Teufel, den zu bekämpfen er auf die Erde gekommen war.

Studien der Bibel verdeutlichten schnell dem gesunden Menschenverstand der einfachen Ritter, daß die Lehre Jesu und das sogenannte »Alte Testament« polare Gegensätze waren und also unmöglich zueinandergehören konnten.

Überdies nannten die Juden ihren Gott nie Vater, sondern »Jahve« und »El Schaddei«. El Schaddei aber das war der Scheitan, das hieß »der verworfene Engel« (Schaddeim = die Verworfenheit; Worte wie »Schatten«, »Shadow« kommen aus demselben Stamm; »El« = Großengel. El ist oft irrtümlich mit Gott übersetzt worden. »Gott« heißt aber im altorientalischen »Il«).

Der Wille, die Wahrheit zu ergründen

Als im Jahre 1128 die formale Ordensgründung vonstatten ging, bei der Bernhard von Clairvaux bis zu einem gewissen Grade als Schirmherr zu betrachten war, hatte die kleine Schar der Tempelritter bereits ein »Geheimnis«: Es war der Wille, die Wahrheit Christi zu ergründen. Noch herrschte lediglich Ungewißheit – bald würde man Gewißheit haben.

Dieser Wille muß jedoch als der einer Gruppe von Rittern von geradezu naiver Frömmigkeit angesehen werden, die einfach nur ihrem Herren Jesus Christus dienen und dessen wahre Lehre wiederfinden wollten. Es war nichts Aggressives in diesem Wollen gewesen, denn sie unterstellten niemandem Böses. Es war Bernhard, der ihnen klarmachte, daß ihre Ambitionen auf keine Gegenliebe stoßen würden und daß es klug sei, nicht offen auszusprechen, was sie dachten.

In den folgenden Jahren fanden sich keine weiteren Hinweise auf die ursprüngliche Lehre Christi. Der Templer-Orden wandte sich nun vor allem militärischen Aufgaben zu. Das »Geheimnis« lebte bald nur noch in der Erinnerung weniger, vor allem provencialischer, Brüder fort. Die praktischen Notwendigkeiten im Orient ließen wenig Raum und Zeit, sich um das »Geheimnis« zu kümmern.

Es war zunächst der nähere Kontakt zum Islam, der neue Impulse gab. Einige Briefe, die Ali Ibn Abu Thalib (Immam Ali) zugeschrieben wurden, fielen einer Templer-Abteilung bei einem Vorstoß gegen Damaskus in die Hände. Ali berichtete darin über eine nachträgliche Verfälschung des Korans, die er mit den Verfälschungen der Evangelien Christi vergleicht. Diese Papiere gelangten in die Provence, wo daraufhin der alte Gedanke wieder auflebte, die Wahrheit Christi erforschen zu wollen.

Außenansicht der Templerkirche Tomar in Portugal.

Jetzt ging es Schlag auf Schlag: der provencialischen Komturei wurde ein Dokument zugespielt, das aller Wahrscheinlichkeit aus Katharerkreisen stammte. Darin liegt wohl auch der Grund, warum die Templer sich später weigerten am »Kreuzzung« gegen die Katharer teilzunehmen.

Die Verkündigung der Selbstheiligung

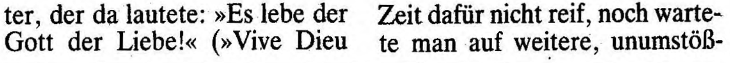
Es handelt sich um ein Stück des Ur-Johannes-Evangeliums, niedergeschrieben von dem Häretiker Marcion im Jahre 94 nach Christus. Beigefügt war ein Brief mit einer knappen Schilderung der Lebensgeschichte Marcions.

Marcion brachte in der Zeit von etwa 90 bis 130 nach Christus eine bedeutende rein-christliche Bewegung zustande, die erst nach seiner Ermordung zusammenbrach. Marcion, der noch mit dem Apostel Johannes zusammengetroffen war, lehrte, daß Jesus Christus die Menschwerdung Gottes selbst gewesen sei, daß es keinen »Gottvater-Jahve« gäbe, sondern daß eben jener Hebräergott der Satan sei. Er lehrte ferner, daß Christus den Menschen die »Selbstheiligung« verkündet habe, daß allein es des guten Willens jedes einzelnen bedürfe, aber keiner Tempel und also auch keiner Kirche.

Von nun an entwickelte sich ein »Orden im Orden«, eine regelrecht verschworene Marcioniter-Gemeinschaft. Es waren vor allem Provencialen und Deutsche, die diese Sonderformation innerhalb des Templer-Ordens bildeten. Das Gros der Tempelritter hat zu jener Zeit gewiß nicht durchschaut, was die Umgestaltung des Ordenskreuzes vom schlichten, gleichmäßigen Kreuz zum »Ritterkreuz« bedeutete.

In den Anfängen waren die heute typischen »Ritterkreuze«, wie sie in ähnlicher Form bald auch andere Orden benutzten, noch nicht vorhanden. Auch die Templer trugen ursprünglich ein ganz simples rotes Kreuz auf ihren weißen Mänteln. Erst der untergründige marcionistische Einfluß machte das »Marcioniter-Kreuz«, das Dornenkreuz, zum Symbol der Templer.

In frühchristlicher Zeit war das Dornenkreuz das Wahrzeichen der Marcioniter gewesen; es war »das Häretikerkreuz«. Wie es heißt, hatte der Evangelist Johannes aus Dornen ein Kreuz für die heiligste Mutter Maria gebastelt. Das rote Dornenkreuz wählte Marcion dann zum Zei-



chen der reinen Christenheit. Das Ritterkreuz der Templer ist somit für den Eingeweihten das Symbol Marcions. In späterer Zeit entstand noch das »Doppeldornenkreuz« der templerischen Geheimwissenschaftler.

Es lebe der Gott der Liebe!

Um die selbe Zeit entsteht auch der »Kampfruf« der Tempelritter, der da lautete: »Es lebe der Gott der Liebe!« (»Vive Dieu Saint-Amour«), worin die alleinige Hinwendung zu Christus und die Ablehnung des alttestamentarischen Rache-»Gottes« Ausdruck fand.

Die große Mehrzahl der Menschen – sowohl außerhalb wie innerhalb des Ordens – war in die Hintergründe all dessen nicht eingeweiht. Noch erschien die Zeit dafür nicht reif, noch wartete man auf weitere, unumstößlich beweiskräftige Dokumente aus frühchristlicher Zeit.

Der Tempel in Paris, nach einem alten Stich.

Solche Dokumente sollten sich in der Tat finden. Allerdings auf Umwegen, auf die im einzelnen einzugehen jetzt zu viel Raum einnehmen würde. Sei es genug mit der Feststellung, daß zwei Tempelritter ein uraltes Marcioniter-Versteck in Ruinenresten des alten Karthago fanden. Dorthin waren sie jedoch nicht zufällig geraten, sondern auf den Spuren Marcions, der sich sehr viel an jenem Orte aufgehalten hatte.

Was sie fanden, waren jedoch nicht allein Bruchstücke der Original-Evangelienschriften von Johannes und Matthäus, sondern auch eine alte karthagische Glaubens- und Weltschöpfungsschrift samt der wahrscheinlich von Marcion angefertigten griechischen Übersetzung. Und in dieser Schrift, dem »Ilu Aschera«, erkannte man nun die wahre Grundlage der Lehren Jesu Christi.

Die ökonomischen Ideen der Templer

Die Verwandtschaft zwischen der wahren Lehre Christi und dem altorientalischen »Ilu« erwies sich als sehr offensichtlich. Wer die Fragmente des Ur-Johannes-Evangeliums mit dem »Ilu Aschera« verglich, sah sogleich, daß in beiden Texten vom selben »Reich Gottes« die Rede war; eben jenem Reich Gottes, über das in den offiziellen biblischen Evangelien nichts mehr stand, außer: »Und Jesus lehrte vom Reich Gottes.«

Was aber Jesus da lehrte, war und ist gänzlich beseitigt worden, denn dies vertrug sich nicht mit der mosaischen Lehre. Die marcionitische Erkenntnis, daß in den Texten des sogenannten »Alten Testaments« die Schriften des Teufels, des Widersachers Christi, zu sehen seien, verdeutlichte gleichsam, daß jenseitige Wesen, die in den Hebräerschriften verflucht wurden – etwa Aschera oder Baal –, in Wirklichkeit positive Geister sein mußten.

Weitere Bestätigung fand all dies dann durch umfangreiche Schriften, die durch einen Handel mit Hasan Ibn Sabbah in den Besitz der Templer gelangten. Es waren dies vor allem babylonische Textfragmente und deren arabische oder persische Nacherzählungen.

Dazu muß erwähnt werden, daß die Keilschrift noch bis ins erste

Kulturgeschichte

Die Geschichte der Templer

vorchristliche Jahrhundert hinein an verschiedenen Orten in Gebrauch war. Ein gebildeter Mann, der Hasan Ibn Sabbah fraglos war, konnte diese also lesen und verstehen.

Hier dürften auch assyrische Wirtschaftsgesetze in Templerhände geraten sein, die, in Ergänzung mit der islamischen Zinsverbotslehre, die Grundlage für die ökonomischen Ideen des »Templerstaats« gebildet haben mögen. Noch in unserem Jahrhundert schöpften Reformphilosophen wie Gottfried Feder oder Silvio Gesell aus diesem Ideenschatz.

Verchristlichung der Wirtschaft

Es waren nun jene ökonomischen Überlegungen, die zunächst aus den Kreisen der templerischen Geheimwissenschaftler zu allgemeinem Ordensgut wurden. Die »Verchristlichung der Wirtschaft« war ein konkretes Ziel des Ordens geworden. Um es zu erreichen, sagten die Templer dem Geld- und quasi Bankwesen ihrer Zeit den Kampf an. Mit dem »Leih- und Schenkgeld« unterliefen sie sämtliche Zinsgeschäfte und wurden schnell zur Drehscheibe des Geldgeschäftes.

Dies war weder ein Wunder noch bedurfte es besonderer Protektion, denn die Templer hielten sich ganz einfach nicht an die gängigen Regeln. Wenn sie Geld verliehen, so nicht gegen Zins, ja, nicht einmal mit Rückzahlungsverpflichtung. Es wurde dem Borger als Ehrensache anheimgestellt, das geliehene Geld zurückzuzahlen, wenn er könne – und falls er wolle, eine Spende für den Orden hinzuzufügen.

Sollte er die Summe aber nicht zurückzahlen können, so war diese als Geschenk zu betrachten. Konnte der Borgende nur einen Teil zurückzahlen, so war die Differenz ein Geschenk des Ordens. Gegen solche Bedingungen konnte natürlich kein kommerzieller Geldverleiher konkurrieren.

Die professionellen »Banker« jener Epoche waren in kurzer Zeit allesamt mehr oder weniger pleite. Und es war dies der wesentlichste Grund für die Zerschlagung des Ordens durch die herrschenden Mächte.

Selbst völlig neue Geldkonzepte wurden von Templern entwikkelt. Etwa Geldwertscheine, die nach Ablauf eines Jahres ihren Wert verloren. Dadurch sollte das Horten von Geld verhindert werden, da Geld als Mittel zur Schaffung von Bewegung verstanden wurde. Machte jemand Geld selbst, das dem Handel dienen sollte, zur Handelsware, so pervertierte er den Sinn des Geldes.

Die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Templer ließ sie schnell zu einem bestimmenden Faktor des Wirtschaftslebens werden. Ihre Macht gründete sich hier auf Geradlinigkeit und gerechtes Denken. Die ersten »Girokonten« der Geschichte funktionierten über Templer-Komtureien.

Der Widerstand der Herrschenden

Der »Faktor Mensch« zeigte aber auch in Templer-Kreisen mitunter seine Auswirkungen, wie nicht verschwiegen werden soll. Namentlich von London aus, wo das geschäftliche Hauptquartier des Ordens angesiedelt worden war, geschahen auch Dinge und Transaktionen, die dem ursprünglichen Templer-Geist zuwiderliefen.

Es ist kein Zufall, daß die Templer-Verfolgung in England praktisch nicht stattfand; denn dort arrangierten sich leitende Ordensangehörige schnell mit dem herrschenden System.

Es hieß damals manchmal, der Geist des Ordens habe nicht den Weg über das Wasser von Calais nach Dover geschafft, allein das Fleisch sei hinübergekommen. Dieses Urteil kontinentaler Templer war gewiß nicht immer gerecht, entbehrte jedoch auch nicht des wahren Kerns.

Die »Verchristlichung der Wirtschaft« sollte also die Grundlage für das neue Reich, den »Templerstaat«, bereiten. Daß in diesem Gedanken auch ein gutes Stück naiven Glaubens bester Prägung enthalten ist, wird klar, wenn man bedenkt, daß die geplante Umformung auf alle Fälle den Widerstand der herrschenden Mächte hervorrufen mußte; und deren vereinigter Schlagkraft war auch der Templerorden nicht gewachsen.

Um die Dinge jedoch recht zu verstehen, muß über ein sonderbares und in der Tat geheimnisumwobenes Stück Templer-Geschichte gesprochen werden: die »Templer-Offenbarung«, besser bekannt als »Roderich-Bericht«.

Über jene aus dem Jahre 1236 stammende »Templer-Offenbarung« ist hier nur so viel zu berichten wichtig, daß sie das Kommen eines lichten Reichs verheißt, zu dessen Wegbereitern die Geneigten der Tempelritter ausersehen seien. Die Offenbarung geschah, als zwei Rittern, die nach marcionitischen Schriften suchten, im Raume des alten Karthagos eine weibliche Erscheinung gegenübertrat und eben jene Botschaft überbrachte.

Bedeutsam an dieser Vision ist immerhin, daß aufgrund ihrer »Tempelhof« – Berlin – gegründet wurde; nämlich als die »Nordhauptstadt« des verheißenen »Neuen Babylon«.

Der Glaube an den Gehalt jener Offenbarung ist gewiß insofern wichtig, wie er eine wesentliche Grundlage für das Sendungsbewußtsein der Eingeweihten des Ordens schuf, auf das gewagte Ziel des »Templerstaats« energisch hinzuarbeiten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß der Name »Tempelhof« – der vor dem Ortsnamen »Berlin« da war – noch heute als Ortsbezeichnung lebendig ist; und zwar als einziges bedeutendes Namensdenkmal der Templer. Die »Rue de Temple« in Paris ist eine Straße von vielen, »Tempelhof« aber ist noch immer eine Stadt, und dank des Flughafens ist ihr Name zu einem weltweit bekannten Andenken des Templerordens geworden.

Die Menschheitsgeißel des Nationalismus

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Europakarte des Mittelalters angebracht. Man hat sich dabei zunächst zu vergegenwärtigen, daß Nationen im heutigen Sinne nicht bestanden. Die Menschheitsgeißel des Nationalismus gar, die erst aus der Französischen Revolution hervorging, war völlig unbekannt. Selbst ein Unterschied zwischen germanischer und keltischer Abstammung wurde nicht gemacht.

Wenn wir also in der Ära der Templer von »Deutschen« oder »Franzosen« sprechen, so ist dies nicht im Sinne der heutigen Nationen zu sehen, es ist bei korrekter Betrachtung sogar falsch, denn es gab weder Deutsche noch Franzosen nach heutigem Verständnis, und die Menschen fühlten sich auch keineswegs solcherart unterteilt. Sie verstanden sich zunächst als »die Christenheit«.

Dann gab es das lose Gemeinsamkeitsbewußtsein des germanisch-gallischen Raums, also jener Völker, die im Altertum gegen Rom gekämpft hatten. Franken, Normannen, Burgunder waren allesamt Germanen; und die Gallier galten zu Recht als ein diesen verwandter Stamm. Zwischen Franzosen und Deutschen gab es keinen Gegensatz. Noch der Sonnenkönig Louis XIV. nannte die Franzosen »Abkömmlinge der Deutschen«.

Erst in den vergangenen 150 Jahren ist durch die tragischen Bruderkriege die höchst zweifelhafte Unterteilung in Germanen und Kelten vorgenommen worden, die korrekter Betrachtung nicht standhält. Tatsächlich haben beide Völker sowohl germanische wie keltische Völker, und diese beiden Völkerschaften dürften wiederum ein und desselben nordischen Ursprungs sein. Wenn die einen eine romanische Sprache annahmen, beziehungsweise eine romanisch-germanische Eigensprache entwickelten, und die anderen nicht, so konnte das noch nicht grundverschiedene Menschen hervorbringen.

Dieser Aspekt ist wesentlich, um zu verstehen, daß von nationalistischen Strömungen oder auch nur nationalem Eigensinn zur Zeit der Templer keine Rede sein konnte. Einem Franken aus Paris erschien ein »lichtes Reich« mit dem Zentrum Deutschland genauso erstrebenswert wie wenn dessen Zentrum Frankreich geheißen hätte; denn der Gemeinsamkeitsbegriff

war eben ein viel größerer, als es heutzutage der Fall ist.

Man muß dies so ausdrücklich betonen, weil der leidige Nationalismus späterer Jahrhunderte, ohne Rücksicht auf historische Realität, auch den Templern zu unterschieben versucht wurde, indem man ihre Lehren auf das Keltentum im speziellen zurückzuführen versuchte.

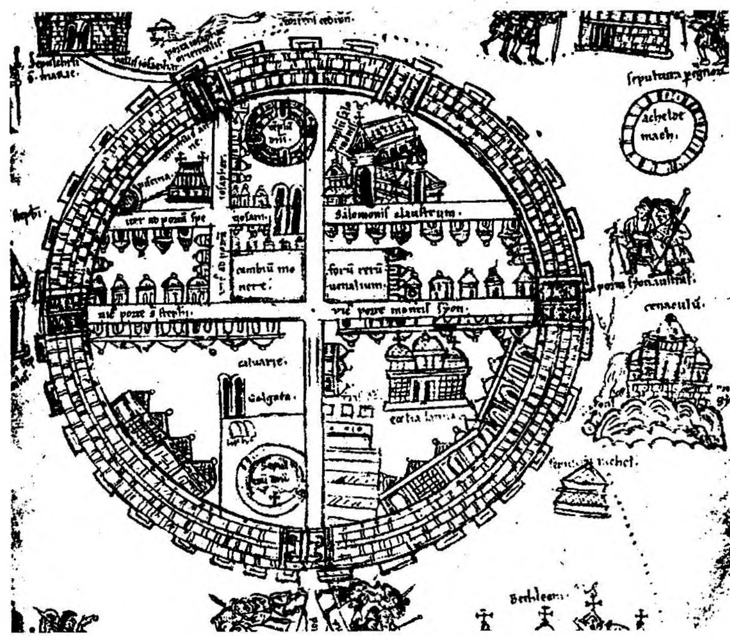
Allein das Christentum stand im Mittelpunkt

Tatsächlich gab es an ein spezielles Keltentum zu jener Zeit keinerlei Erinnerung mehr noch hätte es Interesse hervorgerufen; ebensowenig wie das Germanentum. Allein das Christentum stand allenthalben im Mittelpunkt – und somit auch wesentlich der Orient. Das neue verheißene Reich in Mitteleuropa ist daher auch nicht etwa ein fränkisches, germanisches oder gallisches Reich, sondern »Das Neue Babel«.

Der Templerorden war kein nationaler Orden. Ritter der verschiedensten Herkunft gehörten ihm an, sogar einige christianisierte Orientalen. Seine Gründer und die Mehrzahl seiner Führer aber waren fraglos Franken und Normannen, also Männer, die aus dem heutigen Frankreich hervorgingen.

Das bedeutendste Verdienst am Aufbau des Ordens gebührt den aus Frankreich stammenden Rittern. Wenn die Geheimwissenschaften in nicht geringem Umfange von einer deutschen Minderheit betrieben wurden, so hat dies wohl vor allem den Grund, daß die wertvollsten Dokumente solcher Natur in Süddeutschland aufbewahrt worden waren, wo sie auch sicher waren vor dem Zugriff des Königs von Frankreich.

Es ist überdies sehr wahrscheinlich, daß die oberste militärische und wirtschaftliche Führung des Ordens sich nur am Rande für die geheimwissenschaftlich esoterischen Arbeiten interessierte und interessieren konnte; zu viele weltliche Belange galt es ständig zu regeln. Manches spricht sogar dafür, daß die Geheimwissenschaftler schließlich gar nicht besonders ernst genommen wurden.



Ausschnitt aus einem Stadtplan von Jerusalem. Nach einer Miniatur des 12. Jahrhunderts.

Bei dem Stichwort esoterische Geheimwissenschaft im Zusammenhang mit dem Templerorden wird immer wieder das rätselhafte Wort »Bafomet« fragend erwähnt. Das Geheimnis dieses Wortes ist leicht gelöst, wenn man seine Ursprungssprache kennt. Weil aber so viele Neo-Pseudo-»Templer« sich getrost weiterhin den Kopf zerbrechen sollen, sei hier nur vom Sinn gesprochen.

Das rätselhafte Wort »Baphomet«

In späterer Zeit, jedoch noch vor Erlöschen des Ordens und also durch Templer selbst, wurde das Wort in Buchstaben-Abkürzungen aufgelöst, die sowohl vorwärts wie rückwärts einen Sinn ergeben. Dies ist die Ursache dafür, daß aus dem mit »f« geschriebenen Bafomet die »ph«-Version »Baphomet« entstand. Dabei handelte es sich aber um Spielereien, denen keine wirkliche Bedeutung zukommt.

Der Sinn von Bafomet ist das Bekenntnis zu einer Ur-Schöpferkraft, die aus den Kräften Männlich und Weiblich besteht und noch vor allem Sein, selbst noch vor dem Sein Gottes, bestand. Es ist zugleich die unsichtbare Sonne des ewigen Lichts im Jenseits. Wäre in der persischen Übersetzung nicht ein Schreibfehler unterlaufen, den zu erkennen die Ritter damals natürlich nicht in der Lage waren, hätte jeder Assyrologe mit der Deutung ein leichtes Spiel.

Die Frage nach dem Gral

Eine weitere Frage, die im Zusammenhang mit den Templern unweigerlich aufgeworfen zu werden pflegt, ist die Frage nach dem Gral, die Frage nach der Suche nach dem Gral.

Hier kann zunächst ein Mißverständnis vorliegen. Blanqfort hat einst den Ausruf getan: »Wir wollen trinken aus dem Kelch des reinen Wissens um Christus den Herrn!« Mit diesem »Kelch« war nicht der Gral gemeint – sondern das wahre Evangelium.

Der Gral – als ein Gefäß, in dem vom Blute Christi sei – ist von Templern nie gesucht worden. Ein Templer hätte an einen solchen Gral auch nicht glauben können, da das Blut Christi sich in Licht verwandelt hat und daher, unendlich vermehrt, dem heiligen Abendmahl dienen kann. Auch Richard Wagner hat in seinem Parsifal das Blut des Heilands gewiß nur als Gleichnis aufgefaßt.

Wenn der Gral aber als vorchristlichen Ursprungs gesehen und damit einem magischen Stein gleichgesetzt wird, so könnte man der Sache näherkommen, was indes ein eigenes Thema wäre.

Gewiß ist, daß zumindest in Wien sich Templer mit babylonischer Magie beschäftigt haben. Es wäre aber irrig, deshalb dem Templer-Orden als ganzem dergleichen magisches Handeln oder Trachten unterstellen zu wollen. Jene Templer, die sich in Wien mit okkulten Künsten befaßten, waren zweifellos eine Sondergruppe – wie überhaupt der deutsche Hang zur Mystik eine Eigenerscheinung ist und die deutschen Templer nicht als typisch für das Gros des Ordens angesehen werden können.

Ehe man den Templerorden an sich in den Schein des Okkulten rückt, wäre sicherlich richtiger, seiner Führung eine große Toleranz zu bescheinigen, aufgrund derer die geheimwissenschaftliche Tätigkeit namentlich der deutschen Brüder widerspruchslos geduldet wurde.

Der Kreis schließt sich immer wieder

Wie groß die Duldsamkeit der Ordensführung war, wird unter anderem daran zu messen sein, daß im süddeutschen Raum sogar mitunter Frauen Zutritt zu Ordenshäusern hatten, was grundsätzlich gegen die Ordensregeln verstieß.

Bei der im übrigen sehr strengen Ordnung und Disziplin bleibt fraglich, ob dergleichen im Sinne okkulter Forschungen zugestanden worden war, oder ob einfach Mangel an Kontrolle und Disziplinierungsmöglichkeit die Ursache gewesen ist. All dies sind und bleiben aber unbedeutsame Nebenerscheinungen, die mit Geschichte und Wesen des Templer-Ordens wenig zu schaffen haben.

Abschließend sei noch auf den im Templer-Prozeß vorgebrachten Anwurf eingegangen, bei den Aufnahmeriten hätten die Ritter auf das Kreuz Christi speien müssen. Dies ist auch von Nogaret ursprünglich nie so behauptet worden. Vielmehr hieß es, »das Heiligste der Kirche« sei zu schmähen gewesen. Das aber war die Bibel, das Buch, das die »Schriften des Teufels«, das sogenannte »Alte Testament«, und die völlig verfälschten Evangelien enthielt. Damit kommen wir der Sache wieder auf den Kern – und der Kreis schließt sich zugleich. □

Zitate

Wirtschaft

Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Fünfzig Prozent der Wirtschaft sind Psychologie. Wirtschaft ist eine Veranstaltung von Menschen, nicht von Computern.«

Wiedervereinigung

Alfred Grosser, französischer Publizist: »Frankreich wünscht die Wiedervereinigung, solange sie unmöglich ist.«

Konfusion

Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident: »Ich habe gewisse Probleme damit, Deutschstämmige in der vierten oder fünften Generation hier vorrangig aufzunehmen, vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist.«

Lebenslüge

Willy Brandt, ehemaliger sozialdemokratischer Bundeskanzler: »Die Wiedervereinigung ist zur spezifischen Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik geworden.«

Nationalstaat

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks wird es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern will. Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen.«

Ausländerwahlrecht

Friedrich Zimmermann, Bundesinnenminister: »In Hamburg soll der Anfang mit der Umgestaltung der Republik gemacht werden. In Bezirken mit einem hohen Ausländeranteil hätte die deutsche Bevölkerung bald nichts mehr zu sagen. Ich darf aber die deutschen Bürger beruhigen. Dieser Anschlag auf die Verfassung wird gestoppt und zwar so schnell wie möglich. Die Verfassungslage ist ganz eindeutig. Die Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen ist nach Artikel 20 des Grundgesetzes dem ›Volk‹ vorbehalten, und damit sind nach Artikel 116 die deutschen Staatsangehörigen zu verstehen. Dies gilt für den Bund ebenso wie für Länder und Kommunen. Nach dem Grundgesetz gibt es danach kein Wahlrecht für Ausländer. Entweder klagt die Bundesregierung dagegen in Karlsruhe, oder aber die CDU/CSU-Bundestagsfraktion muß dem Ausverkauf von deutschen Interessen Einhalt gebieten.«

Konjunktur

Robert A. Jeker, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt und Oberst im Generalstab der Schweizer Milizarmee: »Wir rechnen damit, daß sich die Konjunktur in Amerika und weltweit im Laufe der beiden kommenden Jahre verflachen wird. Dafür gibt es zahlreiche Indizien, wie etwa die hohe Auslastung des Produktionsapparates und das wachsende Inflationspotential. Dabei bleiben die Aussichten für 1989 zunächst noch günstig. Aber im Laufe des Jahres wird sich das Wirtschaftsklima ändern, doch dürfte die Abschwächung in den USA stärker ausfallen als in Europa, wo sich der geplante europäische Binnenmarkt 1992 stimulierend auswirkt.«

Sowjetunion

Friedrich Dürrenmatt, Dramatiker, Erzähler und Essayist: »Man kann nicht ewig ein Land haben, das nicht funktioniert. Nur, es ist eben die Frage: Kann man das ändern? Wenn Gorbatschow sagt, er rüste jetzt ab, dann werden Millionen Arbeitskräfte frei. Es ist wahnsinnig. Was will er denn mit diesen Leuten machen? Sie sagen mit Recht, jeder hat Arbeit. Aber führen Sie einmal in Rußland das Gesetz ein – oder auch bei uns, das Recht auf sinnvolle Arbeit. Da würden wir staunen, wieviel Leute auch wir entlassen müßten. Wahnsinnig vor welchen Problemen Gorbatschow steht. Ich finde ihn ungeheuer mutig. Ich bin sogar absolut sicher: Der will irgendwie, daß der Russe den Anschluß findet. Und je mehr Gorbatschow öffnet, desto mehr sieht der Russe, wie man anderswo lebt. Natürlich will er auch Luxus, so wie der Chinese. Aber beim Chinesen hat das sehr schnell zu Korruption geführt. Mir hat jetzt ein russischer Maler gesagt, bei ihm sei es einfach so: Wenn man ein Taxi brauche, müsse man zu dem gehen, der einfach befiehlt, wer ein Taxi haben müsse oder auch nicht. Das liege, sagte er, in den Händen von Gangstern. Aber er meinte auch: Die sind ja die ersten, die es lernen, wie man sich durchschlägt. In Kasachstan sei vorher alles korrupt gewesen, aber es hätte funktioniert. Heute sei es noch immer korrupt, aber es funktioniere nichts mehr. Das sind die Probleme, die jetzt kommen.«

Deutsche Frage

Professor Karl Carstens, Alt-Bundespräsident: »Wollen die Deutschen in einem freien Staat oder in mehreren Staaten leben? Darüber müssen sie frei entscheiden, die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR. Entscheiden sie sich für den staatlichen Zusammenschluß, so entstehen gewiß sehr schwierige, aber nach meiner Überzeugung lösbare Probleme. Entscheiden sich beide Teile oder ein Teil in einer freien Abstimmung gegen den Zusammenschluß, so muß auch diese Entscheidung respektiert werden. Aber die Vorfrage darf nicht einfach ignoriert werden, jedenfalls nicht von den Deutschen, die im freien Teil Deutschlands politische Verantwortung tragen.«

Erkenntnis

Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart: »Einer Gesellschaft, die man damit unterhalten kann, daß zwei Menschen einen Ball hin und her schlagen, ist alles zuzutrauen.«

Bundeswehr

Hans Poeppel, Generalleutnant a. D. und Präsident der Gesellschaft für Wehrkunde: »Überall auf der Welt sind Streitkräfte Kennzeichen der Souveränität eines Staates. Sie bestimmen maßgeblich seinen Einfluß und sein Gewicht. Ohne dieses Instrument bliebe eine jede Gesellschaft ein Spielball fremder Interessen und der Einflüsse nicht zuletzt ihrer Kontrahenten. Sie wäre nicht bündnisfähig und verlöre ihre Identität. Was bliebe wohl von der Sicherheit im Bündnis, wenn in seinem europäischen Kernland die psychologische Entwaffnung letztlich erfolgreich verliefe: ein europäisches Haus mit Moskauer Hausordnung.«

Deutschland

Gennadi Gerassimow, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums: »Wir meinen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre eigene Entwicklung genommen haben, und man muß von zwei selbständigen – wenn man Österreich mitrechnet, von drei selbständigen – deutschen Staaten sprechen.«

Geschichte

Franz Schönhuber, Vorsitzender der Republikaner: »Wir wehren uns dagegen, daß unsere Geschichte permanent auf Auschwitz reduziert wird. Wir erklären feierlich die Umerziehung der Deutschen für beendet und den Fahrkartenschalter nach Canossa für geschlossen.«

Wende

Professor Gertrud Höhler, Literaturwissenschaftlerin und Unternehmensberaterin, CDU: »Entweder habe ich die Einlösung des Versprechens von der ›geistigen Wende‹ verpaßt oder das Konzept ist nicht transportiert worden. Das ist ja immer der mildeste Vorwurf, daß man etwas nicht gut verkauft hat. Aber ich glaube, bei diesem alten Vorwurf kann man es hier nicht bewenden lassen. Es könnte ja auch sein, daß man das, was man verkaufen wollte, nicht zu Ende produziert hat oder nicht richtig verpackt hat – im Marketingsinne gesprochen. Das Produkt, die Promotion muß stimmen, und dazu zählen auch ästhetische Elemente. Ich vermisse die einfachen Botschaften. Die CDU scheut einfache Botschaften, weil sie sich als differenziert denkende und reagierende Partei verkaufen möchte. Die Linke hat immer einfache Botschaften angeboten und dafür eine große Gefolgschaft bekommen. Hier liegt vielleicht der Kardinalirrtum der CDU. Mir fällt überhaupt kein klarer, kurzer Satz ein, mit dem ich jemanden die CDU erklären könnte.« □

Medizin

Essen so natürlich wie möglich

Günter Carl Stahlkopf

Über Ernährung, mit und ohne dem Spezialwort »Diät«, sind tausendfach Bücher und Anweisungen geschrieben worden, die sich teilweise bewußt mit einer wissenschaftlichen Deutung oder Fundierung, zum anderen Teil aber auch nach reiner empirischer Erfahrung oder laienhaften Beurteilung und sogenannter »Erkenntnis« um Sachaussagen bemühen. Alles in allem hat dieses in Hunderten von Gewichtstonnen gemessene Geistesgut von Jahr zu Jahr mehr, zu einem echten Wirrwarr widersprüchlicher Meinungen geführt.

Mit unserer umfassenden Regena-Ganzheits-Therapie bemühen wir uns erstmalig in der Medizin, um die Freilegung aller kausalen Ursachen und denen sich daraus ergebenden physiologischen Ursachen-Kettenglieder, um zu wissen, daß die Nahrung einen entscheidenden Therapiefaktor zur kausalen Ausheilung von chronischen Krankheiten bildet, wie ebenfalls die richtige oder natürliche Nahrung zur Vermeidung von akuten Krankheiten, wie generell zur Gesunderhaltung der Menschheit dient.

Falsche oder richtige Ernährung

In der bis heute noch völlig ungelösten Frage: Was ist Krankheit und wie entsteht dieselbe, hat man deshalb verständlich seit Jahrtausenden – bis in die Jetztzeit zurück – der sogenannten falschen oder richtigen Ernährung den Hauptstellenwert eingeräumt.

Die sogenannten Vegetarier führen fast doktrinär alles Übel auf den Fleischgenuß zurück und kommen dadurch zwangsweise auf Ersatz-Eiweiß-Lösungen über Eierspeisen, Soja-Produkte, Milch – Quark – Käse, die verschiedensten Nüsse von Bäumen und Sträuchern, sowie einer Auswahl besonders eiweißhaltiger Früchte mit Einschluß der reichhaltig auch in unseren Breiten zur Verfügung stehenden Blattgemüse und Salate.

Unsere tägliche Nahrung sollte so natürlich wie nur möglich sein.

Aus ethischen Gründen ist der Vegetarismus voll zu begrüßen, aber wie er praktiziert wird, ist er nicht gesund.

In südlichen Breiten ist er ganz besonders leicht zu praktizieren, und in den Tropen unter gewissen Bedingungen sogar notwendig, wenn dabei ein gutes Gleichgewicht mit dem Kohlehydrat-Zucker- und Fetthaushalt herstellt und gegeben ist.

In mittleren und besonders in nördlichen Breiten unserer Lebensbedingungen ist für die breite Bevölkerungsschicht, besonders für den Handarbeiter, aus mehreren – zunächst rein biologischen Anbau- und Versorgungsgründen – der Vegetarismus praktisch und finanziell kaum durchführbar und ratsam.

Während des Herbstes, Winters und auch im kalten Frühjahr braucht nun mal der Eskimo, Lappländer, Norweger, Schwede, Deutsche und die Bewohner der Gebirgsländer Österreich, Schweiz sowie der Pole und Russe seinen Fisch und natürlich Lebertran sowie Fleisch.

Die immer noch in Laien-Kreisen herumspukende Ansicht, daß die kausalen Ursachen der Krankheit allein ernährungsseitig bedingt sind, ist eine absolut irrige Aussage. An einigen Beispielen erklärt, wird von uns klar widerlegt, daß die Zuckerkrankheit unter dem Terminus der Nomenklatur Diabetes mel, nicht ihre kausale Ursache in einer Fehlernährung hat in Form des zu Unrecht so verpönten Weißmehls.

Die kausale Ursache ist nicht die Ernährung

Bei Rohköstler ist die Situation ähnlich oder gleich wie beim Vegetarier.

Es kann sich dabei nur um ein auslösendes Moment handeln, das sich durch Abstellen einer derartigen übertriebenen einseitigen Kost, besonders im Zustand der Prä-Diabetes bei Kindern oder Erwachsenen, durchaus für den Augenblick und auf Zeit zurückbilden kann, um dafür mit Sicherheit nachher um so gravierender zum Ausdruck zu kommen als klare Zuckerkrankheit.

Das heißt, daß Ernährungs- und Verhaltensfehler mit Einschluß von zum Beispiel durchaus generell für alle chronischen Krankheiten als schädlich oder störend zu sehenden pathogenen Erdstrahlen-Schädigungen, über ihren auslösenden Faktor – positiv – vom Arzt zu betrachten sind, weil sie einen schlummernden oder ruhenden, latenden »Prozeß« eben früher mit allen seinen Symptomen dem Arzt sichtbar und erkennbar auswertbar machen.

Der Arzt ist damit viel früher in der Lage, die richtige zellregenerative Therapie einzuleiten.

Die in »Außenseiter-Diät-Kreisen« bis heute vertretene Ansicht, daß unter dem Ausdruck der Zahnfäule oder auch Karies, diese vorweg hauptsächlich ebenfalls auf Ernährungsfehler mit Richtung Weißmehl-Erzeugnisse zurückzuführen sei, ist ebenfalls aus der rein kausalen Sicht als falsch und irrig hinzustellen.

Selbstverständlich wird auch von mir generell der Zuckerwarenkonsum, wie überhaupt die »Zuckerversüssung« von allen Speisen, besonders bei den Dessert-Gerichten, als absolut schädlich anerkannt.

Medizin

Essen so natürlich wie möglich

Zucker ist ein schädliches »Industrie-Produkt« und bei allen chronischen Krankheiten vom Diabetes, über alle Gefäß- und Kreislauferkrankungen, Rheuma, Gicht, Arthritis bis hin zum Krebs, als eines unserer schwersten Stoffwechsel-Gifte von der Ernährungsseite her zu erkennen.

Es gilt die alte Kollath-Erkenntnis

Ich habe diese Erkenntnis als einmal selbst Schwerkranker von Dr. Bruker gelernt, wofür ich ihm über diesen Hinweis nach drei Jahrzehnten nochmals gebührend danken möchte.

Fahren Sie in die Südländer, um sich davon zu überzeugen, daß die Spanier, Italiener, Griechen mit ihren fast vorwiegend weißen Broten und Mehlspeisen über ein strahlend, blendend weißes Gebiß verfügen, was wir im nachhinein bei unseren Kindern niemals mit Vollkornnahrung über ein Leben lang erzielen können.

Mit Vollkornnahrung in der übertriebenen Sekten-Manier oder Reformhaus-Bewegung können wir den Prozeß bei Kindern bis zum Ausbruch der Karies höchstens um zwei bis drei Jahre verschieben. Mehr nicht!

Auch hier ist die kausale Ursache nicht nur im gestörten Stoffwechsel zu sehen, sondern ähnlich wie beim Diabetes auf genetische Belastung. Oder mit einem Wort: Blut und Lymphe sind belastet und dieses gesamte System ist eben mit Einschluß aller Stoffwechsel-Abhängigkeiten in Form der Kausal-Ketten-Abhängigkeiten echt zell-regenerativ anzufassen.

Was sollen Sie also generell essen, und was soll der chronisch Kranke essen? Nach wie vor gilt die alte Kollath-Erkenntnis: »Laß Deine Nahrung so natürlich wie möglich sein!«

Das heißt: Je weniger die Nahrung von der Ernährungsmittelindustrie »zugerichtet und küchenfertig« ist, je mehr hat man Chancen sich richtig zu ernähren!

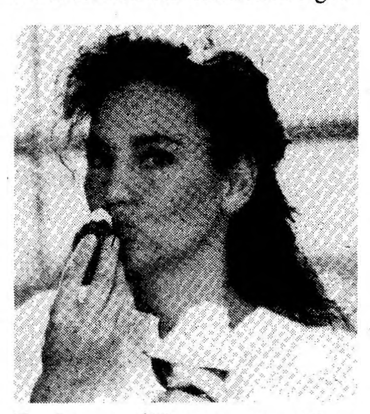
Im Gegensatz dazu ist nicht das Grobmehl- oder Vollkornbrot als absolut gesund hinzustellen, weil unter anderem der dazu benötigte Hefetrieb zur Herstellung eines »schmackhaften« in Gänsefüßchen hergestellten Vollkorn-Brotes absolut für alle Stoffwechselprozesse schädlich ist. Ein leichteres, ausgemahlenes Weißmehl braucht zum Trieb im Brot bedeutend weniger Hefe, und ist allein dadurch für einen Rheuma- oder Krebskranken besser, das heißt schadloser zu verdauen.

Trotz des hohen Vitamin-B-Komplexes in der Hefe ist und bleibt Hefe für den Gesamtstoffwechsel eine echte, schädliche Belastung und ist weitgehend zu meiden.

Hefe also meiden, wo es nur geht. Dafür nur am Morgen eine über Nacht eingeweichte Sechs-Korn-Brei-Schale von der Mühle Donath in Stockhausen essen, ohne Zusätze. Sie unterstützt sicher die gestörte Darmträgheit, aber nicht von der kausalen Seite her. Hierzu bedarf es einer echten, schädigungsfreien Drüsen-Therapie.

Von Herzen und ohne Reue

Von den Mundspeicheldrüsen, den Magendrüsen, der Pankreas-Tätigkeit, über Leber-Galle-Funktion und der Darm-Drüsen und der darniederliegenden Darmperistaltik, die einer Lähmung gleichkommt, mit Einschluß der wichtigen Durchblutung für alle angesprochenen Systeme, hilft von der kausalen Seite her nur eine echte zellregenerative Therapie.



Zuckerversüßung vor allem der Desserts ist absolut schädlich, weil Zucker eines unserer schwersten Stoffwechselgifte ist.



Backwaren sind förderlich, wenn sie nicht mit zuviel Hefe hergestellt sind und dafür länger geknetet wurden.

Lassen Sie sich damit ein schönes Brötchen aus Weißmehl, besonders aber für den Kranken, ein echtes französisches Weißbrot als Pariser Baguette, dünn mit Butter bestreichen, von Herzen und ohne Reue gut schmecken.

Es wird entgegen allen anderen »modernen, reformerischen Ernährungshinweisen« Ihrer Gesundheit nur förderlich sein, weil es nicht nur mit wenig Hefe hergestellt ist, sondern weil es länger, wesentlich länger geknetet wird. Mit diesem verlängertem Knet- oder Walkvorgang knetet der Bäcker mehr »Luft« in den Teig. Er geht deshalb besser oder leichter auf, und man spart dadurch eben noch mal wieder Hefe zum Trieb.

Der Teig-Trieb-Vorgang bei der üblichen Konsum-Bäckerei bei fast allen Backwaren ist dagegen ein völlig umgekehrter, indem man notwendige Bearbeitungszeiten ersetzt durch mehr schädliche Triebstoffe.

Der Mensch wie auch das Tier, und dabei besonders das kranke Individuum lebt nicht davon, was uns die Kalorientabelle der Wissenschaftler vorschreiben an Kohlehydraten, Eiweiß und Fett, sondern er kann nur von dem leben, was sein gesunder oder geschwächter, kranker Stoffwechsel zu verdauen und damit umsetzen kann.

Jedes »zuviel« an Nahrung wird nicht physiologisch umgesetzt, verarbeitet oder aufgenommen, sondern wirkt stoffwechselbelastend – toxisch – auf den Gesamtorganismus und schadet.

Die Folgen sind besonders beim Krebskranken meist verheerend. Es tritt eine Gesamtverschlimmerung ein, mit auch erhöhtem Tumorwachstum, Blut und Lymphe werden völlig unnötig zusätzlich mit Stoffwechselgiften belastet. Schmerzen und alle Symptomatik verschlechtern sich, und der Arzt zieht falsche Schlüsse.

Der Mensch wie das Tier leben gesund und besonders krank nur

von dem, was sein gesunder oder kranker Gesamtstoffwechsel physiologisch verarbeiten kann. Ich kann mich also mit falscher und dann noch zuviel Nahrung kranker machen, und besonders dann, wenn ich mich als Arzt von den Ernährungstabellen leiten oder abhängig mache. Daraus aber zu folgern, daß eine solche falsche Ernährung grundsätzlich oder generell die Ursache, das heißt die kausalen Ursachen der Krankheiten sind, ist absolut falsch.

Eiweiß-Verdauung und Nahrungswahl

Diese kausalen Ursachen sind zellulär tiefer zu suchen. Ich will aber heute darauf nicht eingehen und einige Hinweise auf eine gesunde Ernährung geben:

Fleisch ist nach wie vor die natürlichste und am leichtesten verdauliche Eiweiß-Ernährungsform. Der Mensch wird außerdem damit in einem hohen Prozentsatz – und auch schon fast ausreichend – mit allen Mineralstoffen wie auch Metallen – hauptsächlich Eisen für die Blutbildung – aber auch mit Vitaminen ernährt.

Da ich beim Vegetarismus das zugrundeliegende ethische Gut betont habe, möchte ich betonen, daß ich den Genuß von Fleisch nicht als einen Verstoß gegen ethische Grundsätze betrachte.

Zur Begründung führe ich unvollkommen an, daß die Ordnungsgesetze der Natur in der Ökologie beweisen, daß das gesamte Tierreich mit wenigen Arten und Gattungen in der Ausnahme, von den für ihn passend nächst niederen, kleineren Lebewesen seinen Nahrungsbedarf deckt, und dadurch ihre eigene Fortpflanzung gewährleistet. Eine solche Ordnungs-Gesetzmäßigkeit kann nicht ohne Sinn und damit auch nicht ohne Ethik sein.

Bei den Pflanzen ist das nicht anders. Das heißt, von den verschiedensten Moosbildungen angefangen bis zum dichten Urwald, lebt die stärkste Pflanze, von dem niederen Wachstum, was seine Lebensgrundlage zuerst für dieses stärkere oder große Wachstum erst vorbereitet hat. Auch hier ist der eine Nährboden, das Lebensmilieu, für das nächst größere oder gar höhere pflanzliche Leben.

Die Natur oder die Schöpfung, vor der wir uns zu beugen oder unterzuordnen haben, hat uns zu unserer Nahrung nicht nur das Tier gegeben, sondern mit ihm alles andere.

Als einen Verstoß gegen die Ethik kann ich es deshalb nur ansehen, wenn wir aus dem normalen Fleischverzehr eine Völlerei betrieben, mit außerdem heute unmöglichen, krankhaften und tierquälerischen Zucht-Mast-Methoden.

Den Eiweiß-Ersatz beim Quark zu suchen, ist als Abwechslung und zur Gaumenfreude – in Grenzen gehalten – eine auch nützliche wie auch ökonomisch gute Sache für den Gesunden. Den Quark aber vordringlich oder überhaupt für den Kranken als Haupteiweißträger zu wählen, halte ich aus folgenden Gründen für falsch.

Quark läßt weit sehen und langsam gehen

Quark hat einen hohen Anteil von Milchsäure, die besonders für den stoffwechselseitig geschädigten Patienten, der zwangsweise an zellulär gebundenem Milchsäure-Überschuß leidet, absolut schädlich ist. Alle so durch Gärung entstandenen Milchprodukte wie Joghurt und Käse sind deshalb entgegen aller falschen Diätvorschriften unbedingt weitgehend zu meiden, nach dem Grade seiner Stoffwechselschädigung.

Der Purin-Anfall als Endprodukt einer Quark-Verdauung in Harnsäure ist höher als beim Fleischverzehr. Milchsäure- und Harnsäure-Substitution über Quark-, Käse-, Joghurt-Nahrung blockiert den Stoffwechsel mehr und mehr und führt zur Zell-Latenz und damit zur Verschlimmerung eines jeden Leidens.

Die Vergleiche, die der Arzt in der Symptomatik registriert nach dem Motto: Fleischnahrung führt zur Fäulnis, während die Quark-Nahrung eine solche nicht kennt, ist »am Rande« beobachtet und läßt unberücksichtigt, daß der hohe Milchsäure-Gehalt als Konservierungsstoff, also als Schutz vor Zerfall, wohl eine solche Fäule nach außen – auch riechbar – nur beschränkt zuläßt.

Quark- und Milchprodukte-Nahrung führt mehr und mehr zur Drüsenlatenz und zur Arterio-Sklerose mit allen Folgen sowie generell zur Zellen-Sklerose. Mit dieser Form des Fleisch-Eiweiß-Ersatzes ist nicht viel »Staat« zu machen, und er ist beim Kranken abzulehnen. Der Volksmund sagt: »Quark läßt weit sehen und langsam gehen!«

Der gesunde Eiweiß-Ersatz durch Nüsse: Er wird als natürliche Eiweißquelle als geradezu ideal hingestellt. Aus meiner Erkenntnis dazu drei Beispiele.

Haselnüsse für die Anregung der Drüsen- und Zelltätigkeit durchaus als sehr gut beim Gesunden anzusprechen. Für den Kranken des Magen-Darm-Traktes mit Leber-Galle, Pankreas und anderem viel zu schwer verdaulich. Wir sind keine Eichhörnchen und auch keine Feldmäuse, die davon leben müssen und sich ihren Winter-Nahrungsvorrat damit anlegen.

Wal- oder Baumnüsse: Auch hier wie oben noch schwerer zu verdauen und absolut hemmend, also nicht Drüsen anregend, da besonders das feine Häutchen, das den Kern einmantelt, stark gerbesäurehaltig und lähmend, verhärtend und zusammenziehend wirkt.

Zu den Pflanzen-Eiweiß-Trägern

Sonnenblumen sind einerseits sehr gesund und eine echte Aufbaunahrung, wenn man beim Kranken mit wenigen Kernen zu jeder Mahlzeit anfängt, dazu einige Tropfen Karottensaft. Wenn man dies langsam auf 50 Kerne täglich steigert, dann sind diese Kerne auf Zeit ein echter Fleischersatz.

Warum mit der Einschränkung auf Zeit? Weil über Wochen und Monate gegessen, die Sonnenblumenkerne auch zur Verhärtung des Zellularsystems führen.

Bei Sonnenblumenöl ist es ähnlich. Man sagt, daß die Russen den Krieg gewinnen konnten, weil sie problemlos die Truppen an der Front mit absolut ausreichend Kalorien über die leicht zu lagernden wie transportierenden Sonnenblumen-Kerne versorgten.

So gut und so verhältnismäßig leicht auch die Sonnenblumen-Kerne vom Kranken auch verdaut werden können, so ist auf Dauer ihr Einsatz nicht ideal. Auch hier wieder der Hinweis auf fanatische Spezial-Diätkost zu verzichten und natürlich zubereitete, gesunde Hausmanns-Gemischtkost zu wählen.

Über Eiweiß-Nahrung als letztes Beispiel: Grüner Salat. Unterschätzen Sie nicht die ungeheure Kraft als echte Kranken-Erhaltungs- und Aufbau-Kost. Und dies besonders deshalb, weil sein Eiweißgehalt minimal und nach deren Auswertung von Ernährungswissenschaftlern absolut irrig unterbewertet wird.

Denken Sie dabei einmal an das »Kuh-Ernährungsbeispiel«: Vom frühesten Frühling bis zum spätesten Herbsttag frißt das liebe »Rindvieh« praktisch nichts weiter als grünes Gras mit dem Ergebnis, daß es dabei schnekkenfett wird, gesunde Kälber gebährt und mit fettreicher Milch großwachsen läßt.

Denken Sie dabei aber auch an unsere herrlichen Rehe und Hirsche in den Wäldern, sie leben selbst im Winter von den trockenen Blättern beziehungsweise Knospen, die im Frühjahr wieder das Grün entwickeln.

Denken Sie dabei aber in einem weiteren Beispiel daran, daß der Gras-Saft den Eiweißgehalt der Muttermilch aufweist, dann können Sie erfassen, daß der grüne Blattsalat selbst dem Schwerstkranken die letzte Hoffnung zum Überwinden realisieren hilft. Und dazu dann noch die Regena-Therapie.

Essen Sie also »fuderweise« Salat ohne Essig und Senfsauce, mit etwas Olivenöl, etwas Salz, feingehackten Zwiebeln und wenig Knoblauch dazu, und Sie haben täglich gesunde »Hochzeitsmahlzeiten«. □

Weitere Informationen über die Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Die Faszination des Lecithin

Kay Vogel

Es gibt in der Riesenzahl der Stoffe, die der Mensch zu sich nehmen kann, kein anderes vergleichbares Beispiel, das die Eigenschaft »Lebensmittel« und die Eigenschaft »Diätetikum« so nahtlos miteinander verbindet, wie das Lecithin. Als Lebensmittel ist es »Zusatzstoff«. Damit werden seine technologischen, antioxidativen und synergistischen Funktionen abgedeckt. Suchte man nach einem Beispiel für einen biologischen Wirkstoff, der dem Lecithin vergleichbar wäre, man fände es noch am ehesten bei den Vitaminen. Vitamine sind lebensnotwendige Substanzen, die dem Körper mit der Nahrung zugeführt werden müssen, da er sie nicht aufbauen kann. Lecithin ist freilich kein Vitamin. Aber es enthält Komponenten, denen eine Art von Vitaminwirkung zugeschrieben wird: essentielle Fettsäuren, Cholin und Inosit. Deshalb zeigen die physiologischen Funktionen des Lecithin und die physiologischen Funktionen der Vitamine manche Ähnlichkeit, ja Übereinstimmungen.

Es gibt keinen Zweifel, daß Lecithine wertvolle Bestandteile einer bedarfsangepaßten Ernährung und hochinteressante Bausteine wirksamer Diätetika und Pharmazeutika sind. Der Grund dafür liegt in der Zusammensetzung aus essentiellen Fettsäuren und den vitaminähnlichen Substanzen Cholin und Inosit. Dabei unterscheidet sich Pflanzen-Lecithin – zum Beispiel Soja-Lecithin – vom Lecithin im Hühnerei vor allem dadurch, daß es essentielle (ungesättigte) Fettsäuren aufweist, viel Inosit, jedoch kein Cholesterin.

Lecithin im Nervensystem

Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß fast alle Körperzellen von sich aus schon Lecithin (Phospholipide) enthalten. Besonders reich an Phospholipiden ist das Gehirn. Die Leber ist ein Sitz für ihre Biosynthese, und die Lipide der Mitochondrien – das sind die Regelelemente für die Zellatmung und die Energieproduktion im Körper – bestehen zu 90 Prozent aus eben solchen Phospholipiden

Ein großer Teil sämtlicher Stoffwechsel-Vorgänge findet statt oder wird zumindest geregelt in den Zellmembranen. Das sind hochkomplizierte Gebilde, die zugleich der Stofftrennung und dem Stoffaustausch dienen. Sie sind in Form sogenannter Doppelschichten organisiert, die zum großen Teil aus Phospholipiden bestehen und für die stetige Erneuerung und Regenerierung des Zellmaterials sorgen. Das geschieht relativ rasch in der Leber, relativ langsam zum Beispiel im Gehirn.

Im Zentralnervensystem finden sich besonders viele und besonders vielfältige Formen der Phospholipide. Da die Blut-Hirn-Schranke für sie durchlässig ist, ist die ausreichende Ernährung (Biosynthese) der Nervenzellen mit diesen Substanzen sichergestellt; spezielle Enzymsysteme sorgen für höchste Effizienz bei niedrigsten Dosierungen.

Lecithin und Cholesterin

Ohne zugeführtes Lecithin ist die Bildung von Acetylcholin gefährdet. Acetylcholin ist der wichtigste Überträgerstoff; seine Unterfunktion kann zu schweren mentalen Störungen führen. Deshalb haben sich bei der Behandlung bestimmter Geisteskrankheiten hohe Lecithingaben durchaus bewährt.

Und um so mehr leuchtet es ein, daß auch bei leichteren nervösen Störungen, Erschöpfungszuständen und vorzeitigen Alterungserscheinungen in Lecithin ein leicht zugängliches und einfach zu handhabendes, gleichsam ergänzendes Nahrungsmittel gesehen werden darf, das wirksam ist und gefahrlos aufgenommen werden kann.

Lecithin ist bekannt als Gegenspieler arteriosklerotischer Störungen. Das Lecithin erfüllt diese Funktion, weil es ein ständiger Begleiter der in sogenannten Lipoproteinen zusammengelagerten Fett- und Eiweißstoffen ist, die mit dem Blut zu den Körperzellen transportiert werden sollen. An diesen Komplexen beteiligt ist das Cholesterin.

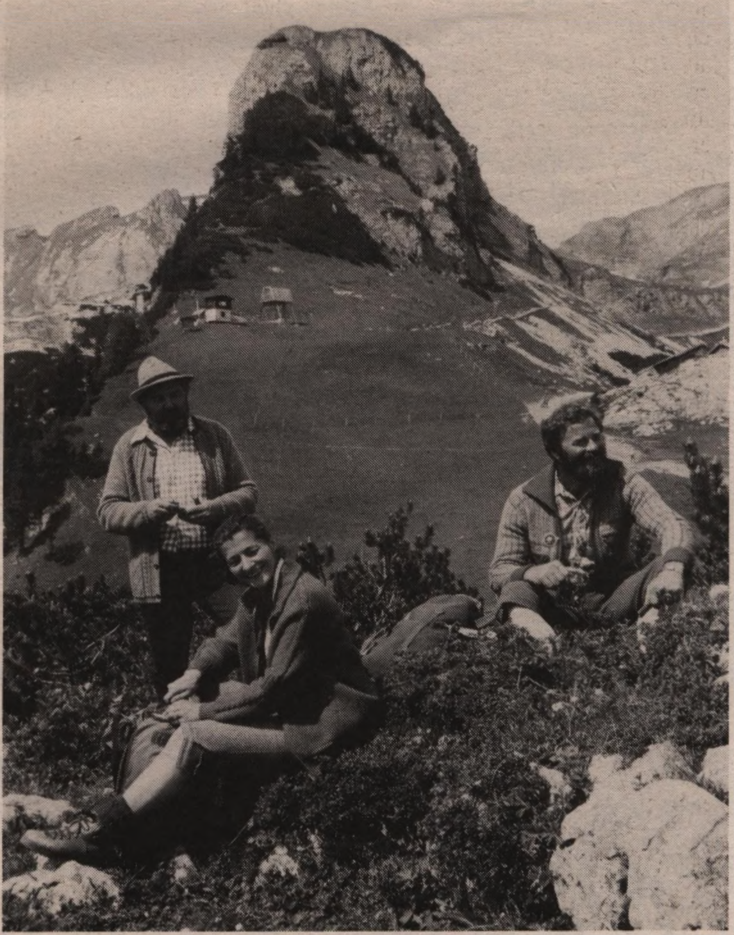
Es besteht ein Gleichgewicht zwischen Lecithin und Cholesterin, das es dem Organismus ermöglicht, Cholesterin – das sich sowohl an der Innenwand der Blutgefäße als auch zum Beispiel in Gallensteinen unlöslich niederzuschlagen vermag – wieder zu lösen und damit Störungen zu verhindern beziehungsweise zu beseitigen.

Ähnlich wirksam ist Lecithin in der Galle; nur im Gemisch mit Lecithin sind die Gallensäuren imstande, das steinbildende Cholesterin aufzulösen. Das ausgewogene Gleichgewicht dieser drei Substanzen in der Gallenflüssigkeit ist die Voraussetzung für eine normale Funktion der Galle.

Lecithin kann der Leberverfettung entgegenwirken.

Lecithin in der Nahrung

Lecithin ist ein Naturprodukt, und Lecithin ist kostengünstig. Bei den modernen Produktionsmethoden wird mit Argusaugen und mit scharf gespitztem Bleistift auf die Effizienz der verwendeten Rohstoffe geachtet, und nur zu gern wäre man bereit, das Bessere an die Stelle



Eigentlich sollte der Mensch nicht so leicht aufgeben. Stellen sich nervöse Störungen, Erschöpfungszustände und vorzeitige Alterserscheinungen ein, ist Lecithin ein glänzendes Nahrungsmittel.

des Guten zu setzen – wenn es für den unvergleichlichen Wirkstoff Lecithin ein echtes Äquivalent gäbe.

Die überwiegende Mehrheit der Experten ist der Meinung, daß die Zufuhr von Lecithin mit der Nahrung von früher etwa drei Gramm pro Tag auf einen Tageswert von unter einem Gramm abgesunken ist. Der Grund für das Absinken der Lecithin-Aufnahme ist leicht zu finden. Die moderne Raffination der Speiseöle führt zu einem Produkt, dem alle Fettbegleitstoffe entzogen worden sind, sämtliche Stoffe also, die im organischen Verbund von Pflanze und Tier für die Stabilität und für die natürliche Funktion der Fette sorgen.

Forschungsergebnisse haben ergeben, daß der Vitamin-E-Gehalt von Speiseöl bei der physikalischen Raffination je nach den Bedingungen auf 50 Prozent und darunter sinkt. Das Speiseöl wird auf diese Weise zwar für längere Zeit haltbar und damit der Küchenplanung zugänglich gemacht, aber die Folgen sind offenkundig und der Preis ist hoch.

Das eine Gramm Lecithin, das der Bundesbürger im statistischen Mittel als Tagesdosis mit dem täglichen Essen zu sich nimmt, stammt mit Sicherheit nicht aus den Nahrungsfetten, nicht aus dem Zucker, also nicht aus dem Süßen und Fetten, vom dem er zuviel ist. Damit aber bleibt der Verbraucher bei seinen bevorzugten Nahrungsmitteln auf der Soll-Seite seiner Lecithin-Bilanz.

Auf die Haben-Seite schwenkt er über mit Fleisch und Fisch, mit Vollkornprodukten, selbstverständlich mit Ei – dessen Lecithin allerdings nur 15 Prozent Linolsäure enthält, Soja-Rein-Lecithin dagegen ungefähr 60 Prozent – Gemüse, Salate und Rohkost tragen zur Aufbesserung dieser Bilanz praktisch nichts bei. Unterm Strich läßt sich die Unterversorgung also weder qualitativ noch quantitativ widerlegen.

Aber natürlich sind die raffinierten Öle und Fette nicht der einzige Grund für das wahrscheinliche Lecithin-Defizit in unserer Ernährung. Auch die Zunahme der Außer-Haus-Verpflegung trägt mit dazu bei. Immer mehr Menschen finden sich in einer Gemeinschaftsverpflegung zusammen. Das muß zunächst kein Nachteil sein.

Freilich spielt fast überall, wo viele Menschen zugleich satt gemacht werden müssen – im Gastgewerbe, bei der Schulverpflegung, bei der Personalverpflegung, bei der Ernährung für die Streitkräfte, leider nicht zu vergessen bei der Ernährung in Krankenhäusern – der spitze Bleistift eine richtungweisende Rolle. Es ist eben schlechterdings nicht möglich, immer das physiologisch Wünschbare zu realisieren. Auch das Lecithin ist hiervon indirekt betroffen; es wird damit Gegenstand der Ernährungspolitik.

Vom Risiko, ohne Lecithin zu leben

Es sei einmal unterstellt, die knapp 100 Milligramm Lecithin der Statistik reichten aus, ihre Biosynthese in allen Körperzellen sicherzustellen. Diese Voraussetzung kann eigentlich nur dann mit einiger Gewißheit als richtig angesehen werden, wenn man von einer voll ausgewogenen und bedarfsangepaßten Zusammensetzung der Kost ausgehen darf und damit rechnen kann, daß alle Stoffwechselvorgänge normal funktionieren. Schon diese erste Bedingung dürfte in weiten Bereichen der Bevölkerung nur mit einer gewissen Näherung erfüllt werden.

Die zweite Voraussetzung für die Annahme einer gesicherten und vollständigen Biosynthese des Lecithin hat allerdings noch weniger Aussicht, als erfüllt gelten zu können. Auch ohne Hinweis auf das sarkastische Wort, wonach es kaum Menschen gibt, die »gesund« sind, sondern allenfalls solche, deren »Nicht-Gesundheit« mehr oder weniger deutlich erkennbar ist, dürfte es offenkundig sein, daß die wenigsten Menschen tatsächlich im Vollbesitz dessen sind, was man allgemein als Gesundheit bezeichnet.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie vielfältige, zentrale Lebensvorgänge – Atmung, Stoffaustausch, Energiegewinnung, Energietransport, Nervenfunktion – sich in Membranen und Mitochondrien abspielen, wie eng die Funktionen dieser Organellen mit dem Vorhandensein von Lecithin verknüpft, an die Verfügbarkeit von Phospholipiden gebunden sind, dann kann man denjenigen den Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit des Urteils nicht ersparen, die die Notwendigkeit einer regelmäßigen Zufuhr von Lecithin verneinen.

Keinerlei Risiko besteht mit Blick auf die Verträglichkeit des Lecithin. Dieser Wirkstoff ist deshalb auch völlig ungeeignet für »Geschäfte mit der Angst«. Jahrzehntelange Beschäftigung mit dem Lecithin hat gelehrt, in ihm einen stets aktiven, bei Überdosierung jedoch gänzlich harmlosen Helfer zu erblicken.

Professor Cairella vom Therapeutischen Institut der Universität Rom faßt seine Erfahrungen so zusammen:

»Auf der Basis der aus der Literatur und aus eigenen Erfahrungen bekannt gewordenen Ergebnisse kann man die Ergänzung der Diät durch Soja-Lecithin mit Sicherheit als eine nützliche Maßnahme ansehen bei der Vorbeugung und Behandlung einer breiten Zahl von Krankheitserscheinungen. Um jedoch befriedigende Resultate zu erhalten, muß man den einzelnen Patienten sowohl unter klinischen als auch unter Stoffwechsel-Gesichtspunkten sorgfältig betrachten, damit eine gezielte selektive Behandlung hinsichtlich Dosis und Dauer angewandt werden kann.«

Die gute Verträglichkeit

Die gute Verträglichkeit des Lecithin hat auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Während des XXII. Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Ernährung im März 1985 in München befaßten sich einige der über hundert Vorträge mit den Schwierigkeiten, Menschen zur Änderung ihres Ernährungsverhaltens zu veranlassen beziehungsweise zu motivieren.

Immer wieder wird vorgeschlagen, die koronaren Risiken zum Beispiel durch eine fettmodifizierte (fettverminderte) Diät zu reduzieren. Auch intensives körperliches Training wirkt im gleichen Sinne. Aber immer wieder wird festgestellt, »daß selbst die Infarktpatienten nur zum Teil motiviert sind, ihre Gewohnheiten zu ändern«.

Rein-Lecithin macht keine gravierende Änderung im Eßverhalten nötig – ein Teelöffel jeden Morgen zum Frühstück bedeutet schon einen kräftigen Schritt in die richtige Richtung. 98prozentiges Rein-Lecithin erhält man über den Vital-Versand, Stadtring 36, D-4460 Nordhorn, außerdem auch das Büchlein »Lecithin der unvergleichliche Wirkstoff«, von Werner Schäfer und Volkmar Wywiol.

Die Rolle von Lecithin als Arzneimittel hängt mit der Quasi-Vitamin-Wirkung des Naturstoffs zusammen. In Kosmetika ergänzt Lecithin die hautfreundlichen Aufgaben der Grundsubstanzen, hilft beim Stabilisieren der Duftnoten und Farbnuancen. Doch bei aller Wichtigkeit solcher Funktionen bleibt Lecithin auch im Bereich der menschlichen Ernährung mehr oder weniger ein Hilfsstoff, ein Zusatzstoff unter anderen.

Demgegenüber steht Lecithin im Bereich der Physiologie durchaus im Brennpunkt der Ereignisse. Hier ist Lecithin nicht mehr Hilfsstoff, Substanz unter vielen, sondern allein verantwortlich für lebenswichtige Prozesse, die regelmäßig mit konstanter Aktivität ablaufen müssen, solange die mit einer bestimmten Aufgabe befaßte Zelle am Leben ist.

Als Lebensmittel-Zusatzstoff darf und kann Lecithin seine vielfältigen, staunenswerten Eigenschaften beweisen und seine Kräfte in Aktion setzen. Als körpereigene Leitsubstanz dagegen muß es wirken, wenn die Zelle, wenn Tier und Mensch leben sollen. □



Vertrauliches

USA

Eine Bedrohung für die Sicherheit

Das amerikanische Verteidigungsministerium glaubt, daß die Sowjetunion jetzt »eine ernsthafte Bedrohung für die amerikanische Sicherheit« in der westlichen Hemisphäre darstellt.

»Die Sowjets und ihre Verbündeten sind jetzt in der Lage, den Panamakanal zu bedrohen und unsere Häfen am karibischen Golf und unsere See-Verbindungslinien im Südatlantik abzuriegeln«, stellte der ehemalige US-Verteidigungsminister Frank Carlucci in seinem Jahresabschlußbericht vor dem amerikanischen Kongreß fest. »Im Falle eines Krieges würde dies unsere Möglichkeit, lebenswichtige natürliche Hilfsmittel zu bekommen, ernsthaft beeinträchtigen.«

Diese Bewertung Ibero-Amerikas weicht dramatisch vom Vorjahresbericht ab, in dem nicht nur keine Rede von einer »sowjetischen Bedrohung« des Panamakanals, sondern Panama nicht einmal erwähnt wurde. Der Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums scheint jedoch auch die souveräne Regierung Panamas mit der sowjetischen Bedrohung zu verwechseln.

Abgesehen von jener »ernsten Bedrohung« präsentiert der Bericht noch vier andere Punkte: erstens, der gesetzwidrige Anbau, Produktion und Handel mit Drogen; zweitens, »das Wiederauftauchen größerer linksstehender Gruppen von Aufständigen in Kolumbien, Peru und Chile sowie die fortwährenden Aufstände in El Salvador und Guatemala.

Drittens: »Die politische Krise in Panama, derzeit mitten in der amerikafeindlichen Kampagne des Noriega-Solis-Regimes. Und viertens: »Wirtschaftliche Probleme bedrohen die Stabilität einer Reihe von Staaten und könnte schließlich zu militärischen Machtübernahmen führen. Drogengeld ist zu einem ernsthaften Faktor der Korruption geworden und könnte in einigen Ländern als annehmbare Quelle für das Staatseinkommen werden.« □

China

Vierte schlechte Ernte nacheinander

Der chinesische Kontinent steht zum vierten Mal hintereinander vor einer mageren Ernte. Die Getreideproduktion des kommunistischen China wird wahrscheinlich zehn Millionen Tonnen unterhalb der Zielsetzung ausfallen. Die Panikkäufe sind die schlimmsten seit den fünfziger Jahren, da Millionen in diesem Jahr vom Hunger oder Nahrungsmangel bedroht sind.

Eine Reihe von Kommentaren in der chinesischen Presse riefen zur Rückkehr zu der Politik Mao Tse-tungs auf. Maos Slogan war: »Nehmt das Getreide als Hauptverbindungsglied.«

Das chinesische Magazin »Outlook« beschuldigte »einige Leute, daran zu glauben, die Landwirtschaft sei nicht mehr das Fundament; sie wollen keine weiteren Bemühungen in die Landwirtschaft stecken«.

Sehr niedrige staatliche Einkaufspreise haben die Bauern zu »Bargeld-Ernten« oder in die städtische Industrie getrieben. »Preisreformen« wurden kürzlich gestoppt in dem verzweifelten Bemühen, das zum Halten zu bringen, was man als »wütende Inflation« bezeichnet. Aber die Regierung, die bereits verheerende zwölf Prozent ihrer Gesamtausgaben in Getreidesubventionen gesteckt hat, kann die Subventionen nicht noch mehr erhöhen.

Die schlechten Ernten sind teilweise auf die landwirtschaftlichen »Reformen« des chinesischen Führers Deng Xiaoping zurückzuführen, die zu einer Aufteilung der Gemeinden in einzelne Parzellen führte und eine derart starke Aufteilung des Landes mit sich brachte, daß die Bauernhöfe jetzt für die Mechanisierung zu klein sind. □

Commonwealth

Der Ruf nach einem ökologischen Faschismus

Sir Shirdath »Sonny« Ramphal, Generalsekretär des britischen Commonwealth, verlangt eine neue Weltordnung auf der Grundlage des Umweltschutzwesens, und den Ersatz der staatlichen Souveränität durch eine »Weltregierung«.

Ramphal ist Mitglied der Brundtland Commission on Enviroment and Development, geleitet von dem sozialistischen Premierminister Norwegens, Gro Harlem Brundtland. Seine Rede eröffnete eine Reihe von Vorträgen an der Universität Cambridge über das Thema der Brundtland Kommission 1987 mit dem Thema »Our Common Future« (»Unsere gemeinsame Zukunft«).

Ramphal prägte einen neuen Begriff, mit der er die Perspektive »kein Wachstum« angriff und versicherte: »Die Brundtland-Kommission vollzog einen bemerkenswerten Bruch mit früheren Analysen, wie zum Beispiel dem Bericht des Klubs von Rom Anfang der siebziger Jahre.«

Anstatt »Grenzen zum Wachstum« unterstützt die Brundtland-Kommission »ein neues Zeitalter des Wachstums«, doch auf der Grundlage von »qualitativ unterschiedlichen« Parametern als in den vergangenen Zeiträumen des Wachstums.

»Es muß ein Wachstum sein, das zu einer tragbaren Entwicklung beiträgt. Um eine tragbare Entwicklung weltweit zu erreichen, ist eine langfristige Perspektive erforderlich.«

Wörtlich meinte Ramphal: »Der Botschaft der Brundtland-Kommission von einer ›gemeinsamen Zukunft‹ lag die Prämisse zugrunde, daß wir über unseren Planeten nicht nur als eine Welt vieler Staaten denken dürfen, sondern auch an den Staat unserer einen Welt; daß wir bereit sein müssen, die Konzepte einer Weltregierung von morgen zu nähren, sie nicht im Keim erstikken zu lassen durch Gedanken an staatliche Souveränität von gestern; daß das Überleben der Menschheit nicht gesichert werden kann, es sei denn durch die Reichweite vollstreckbarer Gesetze über die unsichtbaren Grenzen der Umwelt hinweg.«

Ramphal macht den rapiden Bevölkerungsanstieg dafür verantwortlich, zu »vielen der Umweltprobleme der Welt« beigetragen zu haben. Aber »Umweltfragen stehen heute fest auf nationalen und internationalen Tagesordnungen. Politiker von Michail Gorbatschow bis zu Mrs. Thatcher und Finanzleute von den Präsidenten der Weltbank bis zu den umweltmäßig ›sauberen‹ Firmen-Trustmanagern propagieren ihre ›grünen‹ Empfehlungsschreiben«. □

USA

Bush zeigt keine Eile bei Israel-Problem

Beobachter des Nahen Ostens in Washington werden langsam unruhig. Sie fangen an sich Sorgen zu machen über die langsame Vorgehensweise der Bush-Regierung in bezug auf das potentiell sprengstoffgeladene »israelische Problem« in der Region. Es erhebt sich bei ihnen der Verdacht, daß der neue amerikanische Präsident und sein Außenminister James Baker keinen Plan zur Lösung des dortigen Problems haben, oder, was noch schlimmer ist, daß sie nicht einmal beabsichtigen, sich das Problem einmal genauer zu betrachten.

Bislang war die amerikanische Regierung mit ihren Verkündigungen in bezug auf Angelegenheiten des Nahen Ostens einsichtsvoll und umsichtig. Der Eindruck, den sie zu erwecken versucht, ist der einer bedachten Vorsicht – des Zeitgewinns sozusagen –, während das Weiße Haus und Minister Baker das Problem überprüfen und eine Strategie entwickeln, um mit ihm fertigzuwerden. Aber ihre

Handlungen strafen den Eindruck, den sie zu erwecken versuchen, Lügen.

»Alles deutet auf eine Fortsetzung der gleichen müden proisraelischen Politik der Reagan-Jahre hin«, sagt ein Beamter des US-Außenministeriums. »Sie mischen die Karten unehrlich mit Eagleburger, Ross und Haass drüben beim NSC (National Security Council). Sie tauschen Murphy gegen Kelly aus, der vom Nahen Osten keine Ahnung hat.«

Die Position des stellvertretenden US-Außenministers für Nahost-Fragen ist eine Schlüsselstellung. In den letzten Jahren wurde diese Position von Richard Murphy ausgefüllt, der eine starke Gegengewichtskraft gegen die widerlich lauten proisraelischen Neigungen des ehemaligen Außenministers George Shultz darstellte. John Kelly ist ein angesehener Karriere-Diplomat, gilt jedoch nicht als Fachmann für die Region, wie Murphy es war. Man glaubt, daß Kelly nur nominell die Verantwortung übernehmen wird – während man es dem stellvertretenden Minister Lawrence Eagleburger und dem Polizeichef Dennis Ross überlassen wird, Befehle über den Nahen Osten zu erteilen.

Die Beweise dafür, daß der neue amerikanische Präsident wahrscheinlich in Reagans proisraelische Fußstapfen treten wird, sind in der Tat überzeugend, doch Informanten aus dem Weißen Haus und in der Geheimdienst-Gemeinde behaupteten etwas anderes.

»Die Nahost-Situation wird zur Zeit überprüft und neu bewertet«, versicherte ein Angestellter des Weißen Hauses nachdrücklich. »Dieser Prozeß begann unter Reagan und setzt sich fort.«

»Daran ist mehr als man auf den ersten Blick erkennt«, sagt ein altbewährter Geheimdienstexperte. »Das Einvernehmen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Lösung aller regionalen Probleme – um den Globus herum – besteht immer noch. Jedermann, auch die Europäer und sogar Japan und China, stimmen darüber überein.

Ein Teil des Abkommens gestattet es den Sowjets, die Führung zu übernehmen, sich im Nahen Osten neu zu etablieren und zwar in einer beachtenswerten Art und Weise. Deswegen laufen sie dort unten herum, treffen sich mit den Ägyptern und den Israelis. Deshalb bauen sie auch ihre diplomatischen Bindungen mit Israel wieder auf. Die Zulassung einer offenen Auswanderung der Juden ist ebenfalls ein Teil des Abkommens.

Die Israelis, die PLO, die Syrier, jeder weiß was vor sich geht. Und jeder macht das Spiel mehr oder weniger mit. Offensichtlich sind die Israelis über die Entwicklung nicht sehr glücklich, aber die radikaleren arabischen Staaten auch nicht. Aber es gibt nichts, was sie in dieser Hinsicht tun können; es sei denn, jemand wollte einen Krieg. Das ist immer eine Möglichkeit.

Es wird lange dauern, diese Sache auszuarbeiten, aber es kann geschafft werden. Das größte Problem liegt in dem Übergang von einer zur anderen Regierung. Bush und Genossen müssen halt die amerikanischen Juden davon überzeugen, daß eine friedliche Lösung – zu der irgendein Arrangement mit den Palästinensern und der PLO gehören muß – auch für Israel gut ist.

Leider wird es uns möglicherweise einen Arm oder ein Bein kosten. Wahrscheinlich brauchen wir so eine Art Mini-Marshall-Plan für die Region, um uns einen dauerhaften Frieden zu erkaufen.« □

Edward Teller

Wie die USA Israel helfen können

Der Kernphysiker Dr. Edward Teller oder Dr. Strangelove, wie er in der Blütezeit seines Lebens in den fünfziger und sechziger Jahren in amerikanischen Kreisen der US-Verteidigungspolitik genannt wurde, hat einen technologischen Plan, um Israel zu helfen, im kommenden Jahrhundert zu überleben und zu wachsen.

Die Vereinigten Staaten sollen natürlich die Rechnung bezahlen. Der Vater der Wasserstoffbombe schreibt in einem Artikel in der Zeitschrift »Moment«: »Israel hat es sich zur Praxis gemacht, wissenschaftliche Entdeckungen in brauchbare Wirklichkeit umzusetzen. Ich glaube, daß Raketenverteidigung, Kernenergie und genetische Engineering die drei größten Revolutionen des 21. Jahrhunderts sein werden. Entwicklungen in diesen Technologien werden die hervorragenden Exportartikel mit sich bringen, die man sich vorstellen kann.«

Tellers Plan beginnt mit dem gemeinsamen amerikanisch-israelischen Arrow-Projekt, ein Entwicklungsprogramm für antistrategische ballistische Kurzstrekkenraketen (ATBM). Die USA haben sich unter der Reagan-Regierung dazu verpflichtet, 80 Prozent des schätzungsweise Milliarden Dollar teuren Programms zu finanzieren. Ihre Rechtfertigung der großen Investition bestand darin, daß das Programm irgendwie von Nutzen sein könnte für die Strategic Defense Initiative (SDI) – schon seit langem eines von Tellers Lieblings-Steckenpferden.

Aber es gab noch andere Erwägungen: Keineswegs die geringste davon war der Wunsch, für die Israelis ein weiteres kostspieliges Schenkungsprogramm zur Verteidigung zu finden, an dem sie selbst teilnehmen können, nachdem sie bei dem Lavi-Düsenjäger-Programm mehr abgebissen hatten, als sie kauen konnten. Die technologische Katastrophe, die finanziell außer Kontrolle geraten war, kostete den amerikanischen Steuerzahler etwas über eine Milliarde Dollar, bevor es Ende 1987 glücklicherweise beendet wurde.

Daß Israel das Arrow-ATBM mit Erfolg entwickelt, so Teller, wäre sowohl für die USA als auch für den zionistischen Staat von großer Bedeutung. Er meint: »Die Vereinigten Staaten könnten mit Kurzstreckenraketen angegriffen werden, die von 100 Meilen entfernten Unterseebooten abgefeuert werden. Die Bedrohung mit Kurzstreckenraketen ist vorhanden, ob man sich nun in Europa, Israel, in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten oder in Japan befindet.«

Daher glaubt Teller, daß das Arrow-Projekt »lebenswichtig für das Überleben Israels und auch für die Stabilität der Welt ist«. Arrow-ATBM-Systeme, sagt er, könnten »überall in der Welt« verkauft werden und würden »der Zukunft Israels wirtschaftlich helfen.«

Was Teller bei seiner sauberen Analyse nicht erwähnte, ist die Tatsache, daß die USA nun schon seit 30 Jahren an einer Vielfalt von Raketenabwehr-Verteidigungen, darunter ATBM, arbeiten.

Ebenfalls die Sowjetunion. Aber, obwohl sie Hunderte von Milliarden Dollar für diese Entwicklungsbemühungen ausgegeben haben, konnte bislang noch keine der beiden Nationen ein System entwerfen, das wirksam genug wäre, um die noch höheren Kosten der Entwicklung eines solchen Waffensystems in normaler Größenordnung zu rechtfertigen.

Teller sollten diese Tatsachen sehr wohl bekannt sein. Als stellvertretender Direktor der Lawrence Livermore National Laboratories in Kalifornien trat er jahrelang für die Entwicklung amerikanischer antiballistischer Raketensysteme ein, die auf atmosphärische Punktverteidigung beruhen – von denen jedoch keines jemals gut genug funktioniert hat, um es einsatzfähig zu machen.

Indessen ging die Sowjetunion anders an die Sache heran. Ihre Wissenschaftler entwickelten eine exo-atmosphärische Flächenverteidigung, die offenbar vielversprechender war, zumindest was die strategischen Langstrekkenraketen betraf.

Wenn man sich Tellers wenig eindrucksvolles Stammbuch in bezug auf Raketenverteidigung betrachtet, dann kann man sich nur fragen, ob sein anderer Rat an die Israelis nicht ebenso suspekt ist. Laut Teller gibt es noch zwei weitere Gebiete, auf denen Israel technologische Durchbrüche erzielen könnte, die für den zionistischen Staat von großem Wert wären und auch in höchst lukrativen Export umgesetzt werden könnten, nämlich kleine Kernreaktoren zur Erzeugung von Energie und zum Einsatz bei dem landwirtschaftlichen genetischen Tier- und Pflanzen-Engineering. □

Briefe

Betr.: Parteien »Ex-DDR-Politiker rechnet mit der SPD ab«, Nr. 2/88

Den Verfasser, Gerhard Wilde, kann man zu dem interessanten und aufschlußreichen Artikel nur beglückwünschen, in dem endlich einmal die schillernde »Gallionsfigur« Willy Brandt, wenigstens zu einem Teil, in's Rampenlicht gerückt wird. Die ausführlichen Presseberichte vom 75. Geburtstag des SPD-Patriarchen, mit den überschwenglichen Lobhudeleien seitens des Herrn Weizsäcker vor einer internationalen Komparserie, konnten einen fast zu Tränen rühren.

Meisterhaft verstehen es die meisten Kommentatoren, die historische Wahrheit und die oft fragwürdigen »Verdienste« von politischen Repräsentanten durch »weglassen« geschickt zu manipulieren.

Auch wenn Brandt's Buch »Verbrecher und andere Deutsche« bereits 1979 systematisch und mit überhöhten Preisen aufgekauft wurde, um es verschwinden zu lassen, damit es kein Deutscher mehr lesen sollte (»Welt am Sonntag« berichtete hierüber am 2. 9. 79), so ist doch bekannt, daß Brandt dem damaligen Gesandten der USA in Stockholm, Mr. Johnson, am 2. 9. 1944 (also noch vor der Konferenz von Jalta und Potsdam) ein Memorandum (Nr. 4027) überreichte, in dem er Vorschläge zur Abtretung der deutschen Ostgebiete machte. Es heißt darin unter anderem, er habe keinerlei nationale Gefühle oder irgendwelche Bindungen an Grenzen. Daher schlage er vor, die Ostgebiete aus dem Reich auszugliedern und den Polen zu geben. In diesem Falle sollte die gesamte deutsche Bevölkerung aus den abgetretenen Gebieten ausgesiedelt werden.

Der US-Gesandte fügte seinem Bericht nach Washington noch folgenden Satz an: »Dies scheint der Gesandtschaft ein vernünftiger Vorschlag, insbesondere, da er von einem Deutschen kommt.«

Wilhelm Hillen, Wangen

Betr.: Bundesrepublik »Gefragt ist Gemeinsinn«, Nr. 12/88, und Leserbrief, Nr. 3/89

Bezüglich der Umsiedler aus der Sowjetunion und Rumänien kann man sich ein Kopfschütteln nicht ersparen, wenn man die Argumentation in den Medien wie den Leserbrief in der Märzausgabe zur Kenntnis nehmen muß. Es ist richtig, daß wir nicht alle Deutschstämmigen der ganzen Welt aufnehmen können. Das steht doch aber gar nicht zur Debatte. Man soll doch nicht um Dinge argumentieren, um die es gar nicht geht.

Der Verfasser des Leserbriefes bestätigt die Anpassungsfähigkeit dieser Umsiedler. Aber dieser Anpassungsfähigkeit wegen sollte man diese Menschen dort lassen, wo sie herkommen. Materielle Absichten werden ihnen unterstellt. Diese Vorwürfe, die man den Umsiedlern unterstellt, werfen aber eine ganze Menge Gegenfragen auf. Sind die Vertriebenen 45/46 nur gekommen, um den Restdeutschen das letzte Stück Brot wegzunehmen? Wirtschaftszweige sind von ihnen aufgebaut worden.

Worin besteht der Aufbau der Türken oder Tamilen? Daß sie vom Gastarbeiter zum Mitbürger, zum Wahlbürger, zum Staatsbürger befördert werden. Das Ende ihres Aufbaus besteht darin, daß Türken, Tamilen über das Schicksal der Restdeutschen bestimmen sollen. Die Restdeutschen sind dann nur noch zum Arbeiten und Zahlen gut genug.

Diese Fähigkeit wird von dem Verfasser des Leserbriefes nicht in Frage gestellt. Trotzdem sollen sie nicht aufgenommen werden, demnach sind es Gründe, um die man herum- und vorbeiredet.

Solange in der Bundesrepublik Tamilen und Türken Platz haben, haben Deutsche in jedem Fall Platz. Ein Deutscher steht mir näher als ein Tamile oder Türke.

Vierzig Jahre will man die Türken integrieren. Der Erfolg ist, daß man sie vom Gastarbeiter zum deutschen Mitbürger befördert hat. Nicht die Türken sollen integriert werden, sondern wir sollen von den Türken integriert werden. Das ist die Wirklichkeit.

Die andere Frage ist, kommen die Völkerscharen aller Herren Länder nicht aus materiellen Gründen?

Man redet vom Platzmangel. Dieser Platzmangel besteht aber nur für Deutsche. Für Tamilen und Türken ist Platz und auch Geld da. Zum anderen geht es um die Deutschen aus dem Ostblock, Sowjetunion, Rumänien. Das ist wahrhaftig nicht die ganze Welt. Wenn es aber nur materielle Gründe sind, weshalb diese Menschen das Arbeiterparadies verlassen, dann stimmt etwas in diesem Paradies nicht.

Die Perestroika ist doch nichts anderes als eine sozialistische Bankrotterklärung, die wir sanieren sollen. Auch wenn wir das wollten, könnten wir das überhaupt? Wenn aber unsere Hilfsbereitschaft begrenzt, nicht unerschöpflich ist, muß sie sich auf die Kreise beschränken, die anderweitig eine Hilfe nicht zu erwarten haben.

Oder können die Deutschen von der Türkei oder sonstwo Hilfe erwarten?

Alois Balluschek, Hamm

Betr.: UFO »Geheimnis der deutschen Flugscheiben«, Nr. 3/89

In dem Artikel weisen Sie darauf hin, daß die Typ-Bezeichnung »Haunebu« von der Bedeutung/Herkunft her nicht geklärt ist. Aus anderen Quellen ist mir bekannt, daß dieses Wort »Haunebu« in der Antike von den Ägyptern verwandt wurde, um damit die »Nordleute« oder »Nordmeervölker« zu bezeichnen. Diese Völker spielen vor allem in dem Atlantisbericht von Plato und in der geschichtlichen Erforschung hierzu durch Jürgen Spanuth eine Rolle.

Friedmar Fritze, Karlsbad



Ich möchte Sie auf eine Diskussion zwischen Indogermanisten hinweisen. Darin wird »Haunebu« als Nordgermanisch Bewohner des Meeresstrandes übersetzt, und zwar mit den Wortstämmen haune = Hafen und bu = leben, wohnen.

Unter anderem wird darauf verwiesen, daß der Begriff »Haunebu« auch bei im Orient ansässigen Indogermanen (Philister) die Bedeutung Seevölker = Völker vom großen Ozean hatte, im Altertum in Ägypten als Haunebut bekannt.

Alfred Dagenbach, Heilbronn

Betr.: Zitate – Björn Engholm über Politik, Nr. 3/89

»Nicht der mündige Mensch ist das Ziel, sondern der amüsierfähige«. Was Björn Engholm ausgesprochen hat, entspricht genau dem heutigen Zeitgeist, dem Götzen unserer Tage. Ehrlos, würdelos, charakterlos, geistlos, vaterlandslos und gottlos – so wünschen sich gewisse »Machtbeglücker« an den Schalthebeln politischer Macht und Volkskontrolle wohl den neuen Einheitsmenschen. Wir sollen nur noch materiellen Gelüsten und Scheinfreiheiten hinterherjagen, das »richtige« Denken sollen wir gefälligst den sich dem Zeitgeist mit Haut und Haaren verkauften Polit-Priestern überlassen.

Nein, ohne mich. Wie edel und sinnvoll sind dagegen die Bismarck-Worte: »Wir sind nicht auf der Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun.«

Rolf Plewka, Recklinghausen

Betr.: Sowjetunion »Besonderheiten der Außenpolitik«, Nr. 3/89

Die Durchdringung des westlichen Informationswesens mit marxistisch-leninistischer Denkart ist völlig verständlich, da sie den gemeinsamen USA-/UdSSR-Interessen unterstellt ist. Auch die Kirchen, die die großen Massen der Gläubigen beeinflussen, werden von ihnen unterwandert. Darum kämpft auch die Kirche für ein Chaos in Süd-Afrika. Die Ordnung in Süd-Afrika soll vernichtet werden, damit sich die zahlreichen feindlichen Negerstämme gegenseitig vernichten können.

Es gibt keine sowjetische Desinformation und Meinungslenkung, sondern nur eine gemeinsame USA-/UdSSR-Aktion mit der Absicht, nicht nur in Süd-Afrika, sondern auf der ganzen Welt Chaos und blutige Bürgerkriege hervorzurufen.

Unsere »rabiaten Theologen« sind intelligent genug, sind aber Materialisten, die genau wissen, daß sie die hohen Einkommen und Stellungen sofort verlieren würden, wenn sie sich der internationalen Macht widersetzen würden. Mit Gerechtigkeitsfanatismus werden die Völker verdummt und ins Elend gestürzt. Man darf nicht vom Vormarsch des Sowjetmarxismus reden, sondern vom gemeinsamen USA-/UdSSR-Marxismus.

Aus diesem Grunde ist es nicht sonderbar, daß die westliche Meinungsmache und Politik vor der Wirklichkeit die Augen schließt. Der Westen tanzt nicht nach der Pfeife der UdSSR, sondern es ist die gemeinsame Politik USA/UdSSR auf dem Wege zur Weltherrschaft. Der Ostblock übertrifft den Westen bei weitem an Intensität, denn der Kommunismus ist die gefährlichste Waffe der USA für die Enteignung der ganzen Welt.

Aus diesem Grunde wird auch planmäßig die Lebenskraft der westlichen Welt vernichtet, sowie auch ihre Jahrtausende alten geistigen und künstlerischen Fähigkeiten sowie auch ihre Intelligenz. Es ist auch nicht verwunderlich, daß mit Genehmigung der USA in Helsinki der UdSSR Vormarsch und Einfluß zugestanden wurde, die jeder Vernunft spotteten. Es war keine törichte und politische Entblößung, keine Verblendung und Unverstand, sondern ein seit langem geplanter Schritt auf dem Wege zur gemeinsamen Macht.

In Jalta wird wieder Stalin die ganze Schuld zugeschoben, obwohl er, was leicht zu beweisen ist und sogar schon in der »Prawda« angedeutet wurde, eine machtlose Attrappe war und für alle Morde die Schuld auf sich nehmen mußte, was die Geschichte einwandfrei beweist.

Als Lenin 1919 an die Macht kam, befahl er sofort, die ganze russische Führungsschicht zu ermorden. 1922 rühmte sich Trotzky, daß er schon 36 Millionen ermordet habe. Stalin war damals noch völlig unbekannt.

Als Lenin 1924 starb, kam Lazarus Kaganowitsch an die Macht. Nach den für ihn geltenden Richtlinien in dem Protokoll: »Wir ersetzen den Herrscher durch die Karikatur eines Präsidenten, den wir aus der Mitte des Volkes, mitten aus den Kreaturen und Sklaven nehmen!« Stalin wurde als machtlose Attrappe an die Spitze des Staates gestellt und mußte gleich die Schuld für die vor seiner Zeit von Lenin befohlenen Massenmorde an 40 Millionen Weißrussen und den späteren Morden der grausamen und mörderischen Regierung übernehmen.

Herbert Biemann, Fellbach

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.

